Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

13.07.1971 - 61. (außerordentliche) Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

61. (außerordentliche) Sitzung

am Dienstag, dem 13. Juli 1971

INHALT

Geschäftsordnungsdebatte über Zulassung von Sachverständigen:

Abg. Böhrnsen (SPD) 3436
Abg. Klein (CDU) 3436
Abg. Brouwer (NPD) 3437
Abg. John (FDP) 3438
Präsident Dr. Klink 3439
Abg. Dr. Borttscheller (FDP) 3439
Abg. Böhrnsen (SPD) 3439
Abg. Brouwer (NPD) 3440
Abg. Klein (CDU) 3440
Abg. Hardegen (CDU) 3441
Präsident Dr. Klink 3442
Abg. Fischer (CDU) 3442
Abg. Dr. Czichon (SPD) 3442
Abg. Dr. Sieling (CDU) 3443
Abstimmungen über die Hinzuziehung von Sachverständigen 3443
Sachverständiger Dr. von der Vring, Gründungsrektor der Universität Bremen . 3444
Sachverständiger Zöller, Doktorant an der Universität München 3462

Antrag (Entschließung): Kritik an der Planung der Ausbildung für Lehrer und Mathematiker an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 563)

Antrag (Entschließung): Einstellung der Berufungsverhandlungen und der Personalentscheidungen für die Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 564)

Antrag: Lehrerausbildung an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 562)

Antrag (Dringlichkeitsantrag): Bildung einer Kommission für einen Alternativplan zum Lehrerbildungsmodell der Planer an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 565)

Abg. Klein (CDU) 3468
Abg. John (FDP) 3472
Abg. Brouwer (NPD) 3473
Abg. Dr. Czichon (SPD) 3477
Abg. John (FDP) 3482
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 3483
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 3489
Abg. Schepers (CDU) 3492
Abg. Franke (SPD) 3496
Abg. Dr. Sieling (CDU) zur Geschäftsordnung 3501
Abg. Friedrich Meier (SPD) zur Geschäftsordnung 3501
Abg. Dr. Sieling (CDU) 3502
Abg. Fischer (CDU) 3506

Senator für das Bildungswesen Thape . . . 3507
Abg. Dr. Graf (FDP) 3513
Abg. Vorsatz (NPD) 3516
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 3519
Bürgermeister Koschnick,
Präsident des Senats 3521
Abg. Dr. Borttscheller (FDP) 3525
Abg. John (FDP) 3525
Abg. Klein (CDU) 3527
Abg. Franke (SPD) 3531
Bürgermeister Koschnick,
Präsident des Senats 3533

Abstimmungen 3537

Präsidium

Präsident **Dr. Klink** Vizepräsident **Bugla**

Schriftführer **Wenke**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats und Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für das Bauwesen und für Justiz und Verfassung **Seifriz** (SPD)

Präsident des Staatsgerichtshofs Professor **Rohwer-Kahlmann**

Staatsrat **Kählitz** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Wohlfahrt und Jugend)

Oberregierungsrat **Dücker** (Senator für das Bildungswesen)

Oberregierungsrat **Lindhorn** (Senatskanzlei)

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.33 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 2. Juli 1971 einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung eingereicht. Der Antrag ist von 27 Abgeordneten unterschrieben und hat damit die gemäß Paragraph 16 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung von mindestens einem Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl.

Der Vorstand der Bürgerschaft hat daher diese außerordentliche Sitzung mit den von der CDU-Fraktion beantragten Tagesordnungspunkten anberaumt.

Der Abgeordnete John und FDP-Fraktion haben einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, der mit der Drucksachen-Nummer 565 hektographiert an die Abgeordneten verteilt wurde. Er steht unter folgendem Betreff: Bildung einer Kommission für einen Alternativplan zum Lehrerbildungsmodell der Planer an der Universität Bremen.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung müssen wir zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags beschließen.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Ihnen vorliegende Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, der den Senat auffordert, die Bildung einer Kommission von Fachleuten zu ermöglichen oder den Senat dazu bewegen will, eine solche Kommission von Fachleuten zu berufen, die einen Alternativplan zum Lehrerbildungsmodell der hauptamtlichen wissenschaftlichen Planer der Planungskommission Lehrerbildung des Gründungssenats für die Universität Bremen erarbeitet, ist von der FDP-Fraktion aus folgenden Gründen als Dringlichkeitsantrag eingereicht worden:

Wir haben besonders in den letzten Tagen erlebt, als es um die Diskussion von Planerpapieren der hauptamtlichen wissenschaftlichen Planer Frau Nevermann, Herrn Dr. Maier und auch von Frau Busch ging, daß wir aus Kreisen des Gründungssenats in der verschiedensten Form und in Pressemitteilungen aus der Universität immer wieder gehört haben, es handle sich hier nur um unverbindliche Diskussionspapiere. Bedauerlicherweise haben wir bisher noch keine Alternativpapiere zu diesen angeblich so unverbindlichen Diskussionspapieren vorgelegt bekommen.

Wir meinen, daß es deshalb dringend erforderlich ist, daß Wissenschaftler aus der Pädagogischen Hochschule zum Beispiel, dem Studienseminar und dem Schulpraktischen Institut vom Senat beauftragt werden sollten, einen solchen Alternativplan für ein Lehrerbildungsmodell zu erarbeiten, da bisher seitens der Universität, wie gesagt, solche Pläne nicht existieren. Wir bitten Sie deshalb, der Dringlichkeit unseres Antrags zuzustimmen.

Lassen Sie mich abschließend noch auf folgendes verweisen: Als dies alles bekannt wurde, hat sich der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Koschnick, in einem Schreiben an den Gründungsrektor gewandt und darauf verwiesen, der Senat sei nicht bereit, solche Dinge ohne weiteres so hinzunehmen. Das war, wenn ich mich recht erinnere, Herr Bürgermeister, am 28. 6. Wir nehmen das zur Kenntnis. Nur, wir meinen, der Senat sollte diesen Worten auch Taten folgen lassen. Deshalb unser Antrag. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Sie haben die Begründung für die dringliche Behandlung gehört.

Wer der dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, da interfraktionell vereinbart worden war, die auf der Tagesordnung stehenden drei Anträge in der Beratung miteinander zu verbinden, schlage ich dem Hause vor, auch diesen Dringlichkeitsantrag in die gemeinsame Beratung mit einzubeziehen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Das ist beschlossen.

An unserer heutigen Sitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil zwei Klassen des Kippenberg-Gymnasiums, eine Klasse des Gymnasiums Pestalozzischule II sowie eine Klasse des Gymnasiums Hermann-Böse-Straße. Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreise.

(Beifall)

Vom Senat begrüße ich den Präsidenten des Senats, Herrn Bürgermeister Koschnick, Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Seifriz und Herrn Senator Löbert, sowie Herrn Senatsdirektor Niedergesäß, Herrn Staatsrat Kählitz, Herrn Senatsdirektor Stahl, Herrn Oberregierungsrat Lindhorn, Herrn Senatsdirektor Dr. Reif und Herrn Senatsdirektor Kreuser, sowie Herrn Professor Rohwer-Kahlmann, den Präsidenten des Staatsgerichtshofs.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht versäumen, der Abgeordneten Frau Marianne Hänecke, die am heutigen Tag ihren Geburtstag begeht, die herzlichsten Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

(Starker Beifall)

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Antrag (Entschließung): Kritik an der Planung der Ausbildung für Lehrer und Mathematiker an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 563)

Antrag (Entschließung): Einstellung der Berufungsverhandlungen und der Personalentscheidungen für die Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 564)

Antrag: Lehrerausbildung an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 562)

Antrag (Dringlichkeitsantrag): Bildung einer Kommission für einen Alternativplan zum Lehrerbildungsmodell der Planer an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 565)

Dazu Herr Bürgermeister Koschnick und Herr Senator Thape, ihnen beigeordnet die Herren Staatsrat Kähler, Oberregierungsrat Lindhorn, Senatsdirektor Kreuser und Oberregierungsrat Dücker.

Drei der auf der Tagesordnung stehenden Anträge liegen den Abgeordneten gedruckt vor. Die Anträge Nummer 563 und Nummer 564 tragen die Unterschrift des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Der Antrag Nummer 562 ist von dem Abgeordneten John und FDP-Fraktion unterzeichnet. Der Dringlichkeitsantrag Nummer 565 wurde hektographiert verteilt. Er ist unterzeichnet von dem Abgeordneten John und FDP-Fraktion. Der dringlichen Behandlung dieses Antrages hat das Plenum zu Beginn der heutigen Sitzung zugestimmt.

Zwei der vorgelegten Anträge stellen ihrem Inhalt nach Entschließungen dar. Gemäß Paragraph 30 der Geschäftsordnung finden Abstimmungen über Entschließungen in der Regel ohne vorherige Aussprache statt. Interfraktionell bestand jedoch Einvernehmen darüber, diese Entschließungsanträge in die Beratung einzubeziehen und begründen zu lassen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Meine Damen und Herren, in der Interfraktionellen Sitzung wurde von der SPD-Fraktion angekündigt, einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen mit dem Inhalt, den Gründungsrektor der Universität Bremen, Herrn Dr. von der Vring, als Sachverständigen zu hören.

Mit Schreiben vom 12. Juli 1971 teilt die CDU-Fraktion mit, daß sie Herrn Michael Zöller ebenfalls als Sachverständigen gemäß Paragraph 28 der Geschäftsordnung vorschlägt.

Ich nehme an, daß beide Fraktionen ihre Geschäftsordnungsanträge begründen möchten.

Das Wort hat der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion bittet, nach Behandlung der Anträge durch das Plenum und den Senat und vor Eintritt in die Generaldebatte Herrn Thomas von der Vring als Sachverständigen zu folgender Frage zu hören: Inwieweit entspricht das vom Gründungssenat verabschiedete Strukturmodell für Lehrerbildung den allgemeinen Vorstellungen zur Reform der Lehrerbildung in der Bundesrepublik?

(Abg. Fichtner [NPD]: Das ist ja ein Witz!)

Wir bitten, diesem Antrag zu entsprechen.

Die Witze machen Sie, Herr Fichtner!

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben Bedenken, Herrn Dr. von der Vring in diesem Hause als Sachverständigen zu hören.

(Lachen bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, daß er zur betroffenen Partei gehört, weil er mitverantwortlich ist für die Universitätsentwicklung, die wir auch heute begründet kritisieren. Ihm fehlt das, was einen Sachverständigen kennzeichnet, die Unabhängigkeit und die Neutralität, das Nichtverwickeltsein in den Gegenstand der Beurteilung.

(Abg. Ella Müller [SPD]: Das gibt es ja nicht!)

Gleichwohl, meine Damen und Herren, könnten wir einverstanden sein, Herrn Dr. von der Vring zu hören, allerdings nur unter zwei Bedingungen: Erstens, Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, entsprechen unserem Antrag, Herrn Michael Zöller als Sachverständigen ebenfalls zu hören,

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Selbstverständlich!)

zweitens, beide Sachverständigen erstatten ihr Gutachten vor Eintritt in die Begründung der Anträge und in die Debatte.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Michael Zöller ist Doktorand. Er hat politische Wissenschaften, Geschichte und Philosophie studiert und ist zur Zeit Mitarbeiter am Geschwister-Scholl-Institut für politische Wissenschaften der Universität München. Er gehört neben Professor Ruegg und Professor Richard Löwenthal zu den drei gleichberechtigten Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Er ist hervorgetreten auch und gerade durch Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Hochschulpolitik, zum Beispiel der Hochschulreform, der Organisation und der Demokratisierung der Hochschulen und hat sich auch mit der Wissenschaftstheorie der neuen Linken öffentlich beschäftigt.

Wir meinen, die Gutachter sollten dem Hause Entscheidungshilfen liefern, und das setzt voraus, daß sie vor Begründung der Anträge sprechen, damit ihre Auffassungen, soweit sie geteilt werden, von den einzelnen Rednern mit in die Begründung eingeführt werden können. Wir bitten Sie, sich zu diesem unserem Vorschlag zu äußern, insbesondere zu den beiden Bedingungen, die ich gekennzeichnet habe. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU, einen weiteren Sachverständigen hier sprechen zu lassen, kam für meine Fraktion überraschend. Ich kann aus diesem Grunde zu dieser Frage im Augenblick noch keine Stellung nehmen. Hinsichtlich der Berufung des Herrn von der Vring als Sachverständigen möchte ich aber für meine Fraktion folgende Erklärung abgeben:

Wenn die SPD für die heutige Debatte Herrn von der Vring als Sachverständigen für Universitätsfragen laden will, so kann dieses Verfahren meines Erachtens, sehr geehrte Damen und Herren, unserer Überzeugung nach nur folgende Gründe haben. Erstens: Die SPD hält den Senator für das Bildungswesen, Herrn Thape, nicht für sachverständig genug,

(Zuruf von der NPD: Sehr gut!)

alle die Universität betreffenden Fragen in der heutigen Debatte zu beantworten.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Jawohl!)

In diesem Fall erklärt die SPD damit, daß Herr Senator Thape als Leiter des Ressorts Bildung falsch am Platze ist.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Jawohl! — Beifall bei der NPD)

Oder die SPD hat zur Kenntnis genommen, daß in der Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Bremer Universität es zweckmäßig wäre, ihren politischen Bildungsexperten aus der Schußlinie herauszunehmen und Herrn von der Vring als einen Sündenbock aufzubauen, auf den dann jeder seine Steine unter der Parole werfen kann, daß er der Schuldige für die politische Ausrichtung der Universität ist.

Vor diesem Schicksal, meine Damen und Herren, wollen wir Herrn von der Vring bewahren.

(Heiterkeit bei NPD und CDU)

Das hat er nicht verdient! Er war und ist in seinem Gründungssenat durchaus konsequent. Herr von der Vring hat während seiner Tätigkeit in Bremen nie einen Hehl daraus gemacht, wie er sich die Ausrichtung der Bremer Universität im politischen Sinne denkt. Herr von der Vring hat auch die Äußerungen von Mitgliedern des Gründungssenats — wir denken hierbei an diejenigen von Herrn Professor Wiethölter — vor wenigen Wochen ohne Widerspruch hingenommen, daß nämlich eine Bremer Reformuniversität das Geschäft einer Minderheit und zunächst auch für eine Minderheit bestimmt sei. Damit hat Herr von der Vring alles Reden um eine angeblich angestrebte Pluralität der Ansichten in der kommenden Bremer Universität ad absurdum geführt und mit seinen Gesinnungsfreunden im Gründungssenat zum Ausdruck gebracht, daß es für ihn bei der Festlegung eines Kurses der Bremer Universität in erster Linie auf die Durchsetzung seiner politischen Ideen und der seiner politischen Freunde ankommt.

Wir erkennen rückhaltlos an, wie der Gründungsrektor in Verfolg seiner politischen Zielsetzung mit dem politischen Senat der Freien Hansestadt Bremen Schlitten gefahren ist. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, war gekonnt, das war zielstrebig, und das war konsequent.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Jawohl! — Beifall bei der NPD)

Die Begründung der SPD, daß durch die Berufung von Herrn von der Vring als Sachverständigen in Universitätsfragen in der heutigen Debatte eine Versachlichung stattfinden könnte, vermögen wir nicht einzusehen. Die heutige Sondersitzung ist von allen Oppositionsparteien in diesem Haus verlangt worden, um quasi über das Gericht zu halten, was unter dem Vorsitz des Gründungsrektors Herrn von der Vring im Hinblick auf die politische Ausrichtung der Bremer Universität durch den Gründungssenat getan wurde.

Herr von der Vring hat seine Absicht, die Ausrichtung der Bremer Universität in seinem politischen Sinne durchzuführen, vor und nach seiner Berufung niemals geleugnet. Dieser Weg ist von ihm konsequent gegangen worden. Das dürfte doch wohl unbestritten sein. Bei der Beantwortung der Fragen aus dem Plenum ist aber wohl kaum derjenige sachverständig, der für das Aufkommen dieser Fragen verantwortlich zeichnet. Nicht die Beantwortung technischer Fragen interessiert heute das Plenum, sondern die Zweifel einer breiten Öffentlichkeit und höchster Regierungsstellen im Bund, ob, was in Bremen angestrebt wird, sich noch innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Staates bewegt.

(Beifall bei der NPD)

Für die Beantwortung dieser Fragen ist aber ausschließlich der politische Senat mit seinem Senator für das Bildungswesen zuständig. Wir brauchen als Politiker nicht die Argumentation oder Erklärungen des Pseudo-Angeklagten, sondern verlangen sie von denjenigen, die die politische Verantwortung für das tragen, was, hervorgerufen durch die Kritiken von sachverständigen Hochschulleh-

rern, durch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz in den Raum gestellt worden ist und hier debattiert werden soll.

Es kommt hinzu, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Herr von der Vring den Diskussionsbeiträgen von bremischen Bürgern in öffentlichen Debatten um die bremische Universitätspolitik mit einer — gestatten Sie mir den Ausdruck — Arroganz entgegengetreten ist und eine solche arrogante Beantwortung der Diskussionsbeiträge in der von ihm geführten Sitzung geduldet hat, daß er sich für die Heranziehung als Sachverständiger durch dieses Haus, der Repräsentation demokratischer Ordnung in diesem Land, disqualifiziert hat.

(Beifall bei der NPD)

Inwieweit Herr von der Vring die Meinung anderer als diskussionsfähig in seinem Sinne hält, geht aus den Worten des Genannten eindeutig hervor, nämlich, daß sozialistische Theorie der allgemeinen Orientierung von Sozialisten im politischen Kampf gegen den Kapitalismus diene und nicht der Diskussion mit Nichtinformierten. Nichtinformierte sind im Sinne von Herrn von der Vring alle diejenigen, die sich nicht dieser sozialistischen Ideologie verschrieben haben, und das sind weit über fünfzig Prozent der bremischen Bevölkerung. Wer aber seine Meinung und Ansicht für die allein seligmachende hält und nicht bereit ist, die Argumente des Andersdenkenden zu werten, muß in diesem Hause, das die Verkörperung der Demokratie bedeutet, als eine Provokation empfunden werden.

Die Fraktion der NPD sieht sich aus diesem Grunde nicht in der Lage, dem Begehren der SPD, Herrn von der Vring als Sachverständigen zu laden, zu entsprechen. Wäre ein neutraler Sachverständiger von der SPD vorgeschlagen worden, hätte die NPD-Fraktion einer solchen Nominierung gern zugestimmt.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Wir befinden uns in einer Geschäftsordnungsdebatte. Nach der Geschäftsordnung ist die Dauer der Debattenbeiträge auf fünf Minuten beschränkt. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf der Tagesordnung der heutigen Sondersitzung dieses Hauses stehen inzwischen vier Anträge. Diese Anträge, über die hier beraten und beschlossen wird, richten sich nicht an den Gründungssenat für die Universität Bremen, sondern sie richten sich an den Senat der Freien Hansestadt Bremen, also an die Regierung dieses Bundeslandes. Dieses Haus, das Landesparlament, hat sich mit diesen Dingen zu befassen, und deshalb ist die FDP-Fraktion der Meinung, daß entgegen der Auffassung der SPD-Fraktion, die zuerst darauf bestand, einen Sachverständigen in der Person des Herrn von der Vring hier zu hören, diese Anhörung nicht nötig ist. Die politischen Auseinandersetzungen finden normalerweise nicht zwischen der Universität Bremen und den Fraktionen dieses Hauses statt, sondern in diesem Hause geht es um die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sind wir heute hier, und das haben wir heute zu leisten. Das ist die Absicht auch der Anträge, die die FDP-Fraktion hier gestellt hat.

Wenn es nun allerdings so aussieht, daß Sachverständige — einmal von der SPD-Fraktion und andererseits von der CDU-Fraktion — hier gehört werden sollen, dann meinen wir, daß in jedem Fall nicht nur ein, sondern zwei Sachverständige gehört werden müssen. Wir meinen auch, daß diese Sachverständigen am Anfang dieser Sitzung, nämlich jetzt, gehört werden sollten. Geschäftsordnungsmäßig ist es durchaus nicht so, daß die Debatte erst dann eröffnet wird, wenn verschiedene Redner hier gesprochen haben und auch Senatsvertreter, denn die Debatte ist vorher eröffnet worden. So legen auch wir den entsprechenden Paragraphen der Geschäftsordnung aus. Das also dazu!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch folgendes sagen: Die Universität hat ja, so habe ich es heute in der Zeitung gelesen, eine neue Dokumentation vorgelegt, und ich habe, wie Sie vielleicht auch, aus der Zeitung erfahren, daß ich heute eine solche Dokumentation erhalten habe.

(Abg. Fichtner [NPD]: Ja, Sie, ein bevorzugter Abgeordneter!)

Ich habe aus der Zeitung erfahren, Herr Kollege Fichtner, daß ich eine solche Universitätsdokumentation erhalten habe, aber ich habe diese, und, wie mir Kollegen meiner Fraktion im übrigen gesagt haben, auch sie, bisher noch nicht.

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Da können Sie sehen, daß nicht alles stimmt, was in der Zeitung steht!)

Ich bin der Ansicht, meine Damen und Herren, die Universität wäre gut beraten, wenn sie anders handelte. Was ich in der Zeitung darüber gelesen habe, ist in der Tat frappierend. Dort wird nämlich erneut ganz klar für eine Partei und gegen andere Parteien — soweit die Zeitungsberichte es ausweisen — Stellung bezogen, obwohl die Universität gerade in letzter Zeit wiederholt hat, sie würde sich in die Auseinandersetzung der Parteien auch im Wahlkampf in Bremen nicht einmischen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wie sind diese Dinge miteinander zu vereinbaren!

Abschließend folgendes: Wir würden einer Anhörung von Sachverständigen nur dann zustimmen, wenn diese beiden Sachverständigen, wie ich vorhin schon sagte, jetzt im Anschluß gehört werden, sonst nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, es liegen jetzt noch zwei Wortmeldungen vor. Ich möchte mich nicht in die Sachdebatte einschalten, ich will Sie nur auf eines hinweisen:

Es sind zwei Probleme angesprochen worden, und zwar von den Abgeordneten Klein und John, daß man wünscht, wenn Sachverständige, dann beide zu hören. Kann ich Ihre Bitte so verstehen, daß Sie es für zweckmäßig ansehen, daß die Abstimmung über die Zulassung der Sachverständigen in einem Abstimmungsvorgang erfolgt? Damit wäre sichergestellt, daß beide Sachverständigen zugelassen sind.

(Abg. Fichtner [NPD]: Einzelabstimmungen!)

Ich möchte es erst einmal erläutern. Wir können uns gleich darüber unterhalten!

Es ist auch der Wunsch geäußert worden, daß die Sachverständigen zu Anfang der Beratungen das Wort erhalten. Hier habe ich Bedenken von der Geschäftsordnung her. Wir haben eine Sondersitzung, und diese Sitzung ist einberufen worden mit der Begründung, es stünden drei Anträge zur Beratung an. Der Vorstand ist so verfahren. Also bilden diese Anträge die Grundlage für die Beratung in der heutigen Sitzung! Wenn man jetzt vorweg die Sachverständigen zu Wort kommen lassen würde, könnte die Begründung für die Sondersitzung eine andere Richtung bekommen.

Weiter verweise ich auf Paragraph 28 der Geschäftsordnung: „Die Bürgerschaft kann zu einzelnen Tagesordnungspunkten Sachverständige hinzuziehen und während der Beratung hören." Das heißt, Sachverständige sind ein Hilfsmittel zur Erläuterung von einzelnen Tagesordnungspunkten. Auch hier ist der Hinweis wieder gegeben, daß die Anträge im Mittelpunkt stehen und nicht die Sachverständigen.

Auch weise ich hin auf Paragraph 40 Absatz 2 der Geschäftsordnung, wo es heißt, daß Berichterstatter von Ausschüssen zu Beginn der Beratung auf ihre Wortmeldung hin das Wort erhalten. Das gleiche gilt für Abgeordnete, die mit der Begründung eines auf der Tagesordnung stehenden Antrags von den Antragstellern beauftragt sind. Das heißt, die Begründung von Anträgen steht zu Beginn der Beratung, nicht die Anhörung von Sachverständigen.

Das sind meine Bedenken, die ich gegen dieses Verfahren vorzubringen habe.

(Abg. Hardegen [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

Aber nun fahren wir fort in der Geschäftsordnungsdebatte.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Borttscheller.

Sie werden notiert, Herr Abgeordneter Hardegen!

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist hier von Herrn von der Vring gesprochen worden, er sei Sachverständiger. Ich persönlich muß hier laut erklären, er ist für mich kein Sachverständiger! Er wurde leider während meiner Abwesenheit im Ausland vom Senat berufen gegen die Stimmen meiner beiden Kollegen von meiner Couleur. Wäre ich hier gewesen — nehmen Sie das sehr ernsthaft —, hätte ich damals alle Hebel in Bewegung gesetzt, daß der Mann nicht berufen worden wäre, weil er ganz sicherlich als früherer Vorsitzer der Jungsozialisten, mit diesem Etikett ausgestattet von Ihnen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, aufs Schild gehoben worden ist.

Er hat seitdem nichts unversucht gelassen, seinen Namen, der heute als Sachverständiger in aller Munde ist, Lügen zu strafen. Er hat das Fahrzeug Universität miserabel getrimmt, es schwimmt mit Ach und Krach mit Schlagseite sehr stark nach Backbord. Das kann niemals die Arbeit eines Sachverständigen sein, sondern eines von der Politik seiner Couleur besessenen Mannes.

(Beifall bei FDP, CDU und NPD)

Wer besessen ist, ist kein Sachverständiger, der steht nicht über den Dingen!

Herr von der Vring mag Sachverständiger sein allenfalls in der Anfertigung von geistigen — geistigen in Anführungszeichen — Sprengsätzen. Er war der Anfang vom Ende dieser Koalition mit Ihnen, meine Damen und Herren! Sie war mir lieb und wert, und ich war der Standartenträger Jahrzehnte hindurch dieser Koalition.

(Lachen bei der SPD)

Heute ist diese — nun können Sie sagen, alte Liebe rostet nicht — Liebe im Eimer. Und wenn Sie so weitermachen mit der linksgetrimmten Universität, dann reiten Sie nicht nur Ihre Partei zuschanden, sondern sehr viel mehr, und das ist Bremen!

(Starker Beifall bei FDP, CDU und NPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Böhrnsen.

Wir befinden uns immer noch in der Debatte, ob wir die Sachverständigen zulassen wollen und welche Bedingungen dabei zu beachten sind.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weise die Polemik, die bei der Frage über die Anhörung von Sachverständigen hier aufgetreten ist, auf das schärfste zurück, vor allen Dingen auch Ihre Ausführungen gegenüber Senator Thape, Herr Brouwer!

(Beifall bei der SPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Na und?)

Es ist schlimm, denn wenn wir schon in einer solchen Frage polemisch werden, dann kann ich mir vorstellen, wie die Sitzung hier heute abläuft, daß

dann von Sachverstand und Sachinhalt nicht mehr die Rede ist.

Herr Klein, Sie haben behauptet, daß unser Sachverständiger parteiisch ist! Dann darf ich sagen, daß wir Ihren Sachverständigen für genauso parteiisch halten, und ich verweise auf die Ausführungen in den „Bremer Nachrichten" vom 19. 6. 71 — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —: Da sagt Ihr Sachverständiger, die SPD der Hansestadt habe sich demokratiefeindlichen, elitären Gruppen geöffnet, wenn man es so weitertreiben läßt, sei eine neue USPD nicht auszuschließen.

Wenn das nicht polemisch und wenig sachverständig ist, dann frage ich, was es dann ist.

Wir werden aber trotzdem der Anhörung Ihres Sachverständigen zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete Brouwer das Wort.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es dreht sich um die Frage, ob die Abstimmung über die Zulassung der Sachverständigen hier getrennt erfolgen soll. Ich habe in meinem Beitrag versucht, die Bedenken meiner Fraktion, die sie gegen die Berufung von Herrn Dr. von der Vring als Sachverständigen hat, sehr dezidiert zu entwickeln.

Aus diesem Grund beantragt meine Fraktion getrennte Abstimmung über die Zulassung der Sachverständigen.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Böhrnsen, es bleibt dabei! Der Herr Zöller ist nicht in die Geschichte der Gründung der Universität in Bremen verwickelt! Wir könnten uns mit einer en bloc-Abstimmung einverstanden erklären, wenn unsere zweite Bedingung erfüllt wird, nämlich daß beide Sachverständigen nach Eröffnung der Beratung selbstverständlich, aber vor der Begründung der Anträge hier zu uns sprechen können. Leider, Herr Kollege Böhrnsen, haben Sie sich dazu nicht geäußert. Sie haben zwar Ihr Einverständnis erklärt, beide Sachverständige zu hören, Sie haben aber nicht gesagt, ob Sie auch mit unserer zweiten Bedingung einverstanden sind, beide Sachverständige vor Eintritt in die Begründung der Anträge zu hören!

(Abg. Schriever [SPD]: Geht doch aus der Geschäftsordnung hervor!)

Paragraph 28 der Geschäftsordnung schließt unseren Wunsch nicht aus. Es heißt dort, daß Sachverständige während der Beratung zu hören sind.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Während der Beratung!)

Die Beratung ist eröffnet, bevor die Sachverständigen sprechen. Ich darf zur sachlichen Begründung — jetzt habe ich etwas zur formalen Seite gesagt — noch auf das Thema verweisen, zu dem wir unseren Sachverständigen hören wollen. Daraus folgt, daß wir die Darlegungen des Herrn Zöller, die wir ja nicht kennen — —

(Anhaltende Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich freue mich, daß ich hier etwas zur Entschärfung beitragen kann. Aber bitte, glauben Sie mir das, gestern sind lediglich die Fragen besprochen worden.

(Abg. Kähler [SPD]: Für so naiv halten Sie uns?)

Der Sachverständige stand uns erst seit gestern abend zur Verfügung. Er soll sich zu folgenden Fragen äußern: Erstens: — —

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß der Redner sich selber nicht mehr versteht. Wir müssen zumindest so ruhig sein, daß wir den Ausführungen hier folgen können. — Das Wort hat der Abgeordnete Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Erstens: Verträgt sich die politische Definition der Aufgabe einer Universität mit Wissenschaftspluralismus und Wissenschaftsfreiheit? Zweitens: Wer hat die Kompetenz, Zweck und Ziel einer Universität zu definieren? Drittens: Geben die erkennbaren Strukturen eine Garantie für wissenschaftlichen Pluralismus? Viertens: Bietet die bisherige Praxis der Bremer Universität Gewähr für einen Pluralismus der Lehrinhalte und Forschungsrichtungen sowie für eine entsprechende Berufungspolitik? Fünftens: Besteht Aussicht auf die Übertragbarkeit und Vergleichbarkeit der in Bremen erbrachten wissenschaftlichen Leistungen?

Diese Fragen sind an den Sachverständigen gerichtet worden, meine Damen und Herren, weil Basis unserer Anträge begründete Zweifel sind, nämlich ob erstens Pluralismus der Lerninhalte der Wissenschaftsmeinungen hier in Bremen gewährleistet ist, zweitens, ob Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen gewährleistet ist, drittens, ob die Vergleichbarkeit der Leistungen gewährleistet ist. Und wir möchten die Antwort auf diese Fragen vorher hören und halten das für unverzichtbar.

Hinzu kommt noch folgendes: Gerade wegen des von Herrn Kollegen Dr. Borttscheller deutlich gekennzeichneten Engagements des Herrn Dr. von der Vring, wegen dieser besonderen Ausprägung seines Engagements, sollte man ihn vorher hören, denn sonst besteht die Gefahr einer ihm nicht zukommenden Manöverkritik der Arbeit dieses Hauses.

(Beifall bei CDU und NPD)

Und das möchten wir vermeiden.

Sollten Sie, meine Damen und Herren von der SPD, noch mit sich ringen und jetzt nicht unserer zweiten Bedingung zustimmen können, bitte ich um Unterbrechung der Sitzung, damit der Geschäftsordnungsausschuß zusammentreten und auch die soeben von Herrn Präsidenten angeschnittene Formalfrage in unserem Sinne entscheiden kann. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, ich habe noch eine Frage. Sie haben gerade die Fragen an Ihren Herrn Sachverständigen vorgetragen. Ich muß wieder auf die Geschäftsordnung verweisen und möchte mir Klarheit verschaffen. Da heißt es: Die Bürgerschaft kann zu einzelnen Tagesordnungspunkten Sachverständige hinzuziehen.

Können Sie mir sagen, zu welchen Tagesordnungspunkten diese Fragen sein sollen?

Abg. **Klein** (CDU): Zu unseren beiden Anträgen und zum Antrag der FDP. Sie stehen in einem erkennbaren inneren Sachzusammenhang und gründen auf der Basis des Zweifels des Begründers, wie ich das soeben gekennzeichnet habe.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, ich würde also folgendes sagen: Wir sollten die Dinge heute nicht so formal sehen. Bei den Anträgen geht es im Grunde um Lehrerbildung, um die Ausbildung von Naturwissenschaftlern und die Anstellung beziehungsweise Berufung von künftigen Hochschullehrern. Die Fragestellung, die hier vorliegt, ist sehr allgemein gehalten. Ich würde es so verstehen, Herr Abgeordneter Klein, daß man vielleicht zu Tagesordnungspunkt 2 beziehungsweise 1 eine Brücke finden kann bei sehr weiter Auslegung der Geschäftsordnung. Können wir uns so verstehen?

Abg. **Klein** (CDU): Das schließt die Erfüllung unseres Wunsches nicht aus.

Präsident Dr. Klink: Das schließt nicht aus! Ich habe nur den Bezugspunkt zur Erfüllung der Geschäftsordnung gesucht.

Abg. **Klein** (CDU): Immer dann, wenn durch Ausführungen von Ihnen die Erfüllung unserer Wünsche in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gebracht wird, sind wir Ihnen zu Dank verbunden!

(Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Sie sehen, wie ich mich sehr bemühe, Ihren Wünschen geschäftsordnungsmäßig nachzukommen. Bitte, haben Sie dann auch Verständnis, wenn es manchmal nicht möglich ist.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Hardegen.

Abg. **Hardegen** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich glaube, über einen Punkt ist sich wohl die Mehrheit des Hauses einig, nämlich die Tatsache, daß zwei Sachverständige gehört werden sollen. Was bisher kontrovers über die geschäftsordnungsmäßige Angelegenheit der Fragen war, darüber ist ja gerade eben Klarheit geschaffen worden, Herr Präsident!

Sie haben aber vorhin die Paragraphen 28 und 40 der Geschäftsordnung angeführt und haben Bedenken geäußert in bezug auf die Reihenfolge der Redner und die Worterteilung an die Sachverständigen. Und ich glaube, das ist der einzige Punkt, der im Moment noch kontrovers ist.

Herr Präsident, ich bin der Ansicht, daß der Paragraph 28 von Ihnen hier eben zu eng ausgelegt worden ist, denn wenn Sie, Herr Präsident, die Tagesordnungspunkte aufrufen und die Beratung eröffnen, befinden wir uns bereits in der Beratung. Es bestehen geschäftsordnungsmäßig keinerlei Bedenken, die Herren Sachverständigen eingangs zu hören, das heißt, bevor die einzelnen Fraktionen und der Senat das Wort ergreifen.

Warum uns daran liegt? Nähere Begründungen hat mein Fraktionskollege Herr Klein eben ausgiebig geäußert. Ich habe den Eindruck gewonnen, als ob die SPD noch nicht vollkommen diese Meinung teilt. Ich bitte daher — Herr Abgeordneter Klein hat es eben schon angedeutet — um Unterbrechung der Sitzung und um Anhörung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, um die Auslegung des Paragraphen 28 zu klären. Paragraph 40, den Sie angeführt haben, Herr Präsident, ist nach meiner Ansicht vollkommen erfüllt, den können wir nicht heranziehen. Falls im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß keine Einigung erzielt werden kann, bitte ich, eine Interfraktionelle Sitzung einzuberufen, damit diese Frage geklärt wird. Dies ist ein Antrag!

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren! Es ist ein Wunsch vorgetragen worden. Er ist ein Hinweis auf Paragraph 71 der Geschäftsordnung, da heißt es: Bei Zweifelsfragen von weitreichender Bedeutung über die Auslegung der Bestimmung der Geschäftsordnung holt der Präsident die Stellungnahme des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses ein. Es ist erklärt worden, daß diese Frage als eine Frage von weitreichender Bedeutung angesehen wird.

Ich unterbreche deshalb die Sitzung und berufe gleichzeitig den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß ein. Wir werden uns dann über diese Frage Klarheit verschaffen.

Es ist nach meiner Uhr jetzt 10.15 Uhr. Ich schlage Ihnen vor, daß wir die Sitzung um 10.30 Uhr fortsetzen.

(Unterbrechung der Sitzung: 10.15 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 11.00 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

In der Zwischenzeit hat der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß getagt. Im Anschluß daran haben sich auch die Fraktionen mit dieser Frage noch einmal befaßt. Die Zweifelsfrage, die gemäß Parapraph 71 der Geschäftsordnung dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zur Stellungnahme vorgelegt wurde, lautete:

Ist es nach der Geschäftsordnung zulässig, daß Sachverständige, die zu einzelnen Tagesordnungspunkten sprechen sollen, vor der Begründung der einzelnen Tagesordnungspunkte durch die Antragsteller zu Worte kommen oder nicht? Meinungsbildung im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß war die, daß mit einem Stimmenverhältnis von 5 : 4 die Meinung vertreten wurde, es ist nicht zulässig, daß Sachverständige vor Begründung der Anträge zu Worte kommen. Soweit die Stellungnahme des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte es doch für notwendig, darauf hinzuweisen, daß dies lediglich eine Ansichtsbildung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses sein kann,

(Z u r u f von der SPD: Wurde ja gesagt!)

die nicht in der Lage ist, die Bürgerschaft zu präjudizieren. Ich weise darauf hin, und ich bitte um Verständnis dafür, Herr Präsident, wenn ich das tue, daß die Ansicht im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß 4 : 5 war.

(Abg. O s t e n d o r f f [FDP]: Er hat gesagt 5 : 4!)

In der Geschäftsordnung steht, daß die Bürgerschaft zu einzelnen Tagesordnungspunkten Sachverständige hören kann. Es steht darin, daß das im Rahmen der Aussprache geschieht. Die Aussprache wird eröffnet in dem Moment, wo der Tagesordnungspunkt aufgerufen wird. Deswegen ist es nach der Geschäftsordnung ohne weiteres möglich, dann die Sachverständigen zu hören. Ich bitte das Haus, bei seiner Entscheidung diese Sachlage zu berücksichtigen.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Fischer, ist das ein Antrag, den Sie hier gestellt haben? Denn Sie sagen: bei der Entscheidung zu berücksichtigen! Ich stimme Ihnen völlig zu. Es ist selbstverständlich eine Stellungnahme, es ist keine verpflichtende Entscheidung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, ich stelle hiermit den Antrag, das Haus möge beschließen, wenn Sachverständige zu der heutigen Tagesordnung gehört werden sollen, so sollen sie Gelegenheit haben, sich zu Beginn der Aussprache zu äußern.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag zur Geschäftsordnung gehört. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? — Bitte, Herr Dr. Czichon!

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat sich bei ihrem Vorschlag, den Gründungsrektor der Universität Bremen als Sachverständigen zu hören, von dem Wunsch leiten lassen, diese Debatte, die in Gefahr ist, zu einer Wiederholung unzähliger früherer Parlamentsdebatten zu werden, zu versachlichen.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Wünsche dürfen Sie haben!)

Der Antrag der CDU stellt die Dinge, die im Parlamentarismus üblich sind, auf den Kopf. Wir haben hier Anträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion und der NPD-Fraktion vorliegen, die nach unserer Meinung zunächst begründet werden müssen, ehe dann zu bestimmten Sachfragen Sachverständige gehört werden könnten. Wenn aber die CDU-Fraktion hier Bedingungen stellt, die dem Gedanken, dem Wesen und dem Sinn des Parlamentarismus zuwiderlaufen — —

(Heftiger Widerspruch bei der CDU — Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, hören Sie doch erst einmal in Ruhe an, was der Abgeordnete Dr. Czichon zu sagen hat!

(Abg. S a g n e r [CDU]: Aber keine Zensuren! — Weitere Z u r u f e von der CDU — Starke Unruhe)

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Wenn solche Anträge gestellt werden, dann muß man sich mit diesen Realitäten abfinden.

Wir sind der Meinung, daß in diesem Hause das Primat den Politikern und nicht den Sachverständigen gehört,

(Stürmischer Beifall bei der SPD)

und aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag der CDU ab. Für uns stehen im Vordergrund der Diskussion hier die Anträge der drei oppositionellen Fraktionen, und wir werden uns bei unserer Stellungnahme der Fraktion auf diese drei Anträge beziehen. Das wird aber nicht dadurch gemindert, daß durchaus auch, falls Sie es wünschen, die beiden Sachverständigen vorweg sprechen können. Wir haben dagegen keine Bedenken. Nur, auf unsere Meinungsäußerung wird es keinen Einfluß haben.

Und eine weitere Bemerkung: Hier ist der Gründungsrektor der Universität in außerordentlicher

Weise diskriminiert worden, und er ist als Betroffener dargestellt worden.

(Zurufe von der CDU: Genau!)

Hier sind wir ein Parlament und kein Gericht! Und aus diesem Grund ist der Begriff „Betroffener" total unangebracht. Wenn wir ihn aber schon verwenden, bitte, dann erinnern wir uns der Straßenbahnunruhen, wo der Direktor der Bremer Straßenbahn, den wir als Sachverständigen gehört haben, mindestens in gleicher Weise betroffen war.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das war eine technische Frage! — Lachen bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier wollen wir eine sachliche und sachbezogene Debatte. Wir erwarten von den Sachverständigen, daß sie die Beantwortung unserer Fragen in einer Weise durchführen, wie sie Wissenschaftlern und wissenschaftlichem Stil gemäß ist.

Aus diesem Grund haben wir einen Sachverständigen benannt, von dessen wissenschaftlicher Qualifikation wir überzeugt sind, und wir wissen, daß er in dieser nüchternen, sachlichen und wissenschaftlichen Weise antworten wird. Wir erwarten das auch vom Sachverständigen der CDU-Fraktion und werden, mit dem Bedauern allerdings, das hier parlamentarisch etwas Falsches gemacht wird, der Anhörung der Sachverständigen vor Eintritt in die Antragsbegründung und vor der Diskussion der Anträge zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte das, was Herr Dr. Czichon hier gesagt hat, doch zurückweisen insofern, als es doch wohl ein guter parlamentarischer Stil ist, daß man den Sachverständigen sachlich zu dem sprechen läßt, was er zu den Fragen zu sagen hat

(Abg. Boljahn [SPD]: Aber wann?)

und ihn nicht sprechen läßt, nachdem er gehört hat, was zur Begründung der Anträge aus diesem Hause gebracht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Dann wird der Sachverständige, ob er will oder nicht, zum Debattenredner der Fraktion, von der aus er hier empfohlen worden ist.

(Abg. Ströh [SPD]: Na und?)

Meine Damen und Herren, um zu vermeiden, daß wir die in sich geschlossene Parlamentsdebatte dadurch zerreißen, daß die Sachverständigen zwischenzeitlich sprechen, haben wir uns dafür eingesetzt, daß vorweg die Sachverständigen sprechen, und ich bin Ihnen dankbar, Herr Dr. Czichon, insofern, daß Sie dem beigepflichtet haben.

Sie haben den Vergleich gebracht zwischen Herrn von der Vring und dem Straßenbahndirektor. Auf diesen Vergleich wäre ich nie gekommen! Aber nachdem Sie ihn nun mal gebracht haben, meine Damen und Herren, möchte ich hier noch einmal feststellen, daß das Sprechenlassen des Direktors der Straßenbahn damals und das Sprechenlassen von Herrn Dr. von der Vring heute uns nicht festnageln kann, daß wir in Zukunft Betroffene, von der Sache her Betroffene, hier als Sachverständige grundsätzlich zu hören hätten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir sind in einer Geschäftsordnungsdebatte gewesen, denn es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Geschäftsordnungsdebatte.

Es ist eine Reihe von Anträgen gestellt worden, über die wir jetzt befinden müssen. Ich schlage Ihnen vor, in folgender Reihenfolge über die Anträge abzustimmen:

Erstens über den Antrag des Abgeordneten Fischer, CDU-Fraktion, wann die Sachverständigen zu hören sind. Herr Abgeordneter Fischer hat beantragt, vor Begründung der Anträge, sofort nach Eröffnung der Beratung.

Danach werden wir über den Antrag der NPD-Fraktion abstimmen, ob wir über die Zuziehung von Sachverständigen getrennt abstimmen. Wenn dieser Antrag der NPD abgelehnt wird, werden wir global über die Zulassung der Sachverständigen abstimmen.

Ist über den Weg der Abstimmung Klarheit?

(Zustimmung)

Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Abgeordneten Fischer ist, daß wir die Sachverständigen sofort nach Eröffnung der Beratung anhören, das heißt vor Begründung der Anträge, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(NPD und vier Abgeordnete der SPD)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der NPD-Fraktion, über die Hinzuziehung der Sachverständigen getrennt abzustimmen. Das heißt zunächst einmal über Dr. von der Vring und

dann über die Hinzuziehung des Sachverständigen Herrn Zöller.

Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür NPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Der Antrag ist abgelehnt.

Darf ich daraus folgern, daß es die Meinung der Bürgerschaft (Landtag) ist, daß wir in einem Wahlgang über die Hinzuziehung beider Sachverständigen beschließen wollen?

Ich höre keinen Widerspruch. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen dann zur Frage der Hinzuziehung von Sachverständigen gemäß Paragraph 28 der Geschäftsordnung. Hierüber hat die Bürgerschaft zu befinden.

Meine Damen und Herren, wer zustimmen möchte, daß die Herren Dr. von der Vring zu Punkt 1 und 3 und Herr Zöller zu Punkt 2 sowie 1 als Sachverständige gehört werden sollen, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD, CDU und FDP — Abg. Vorsatz [NPD]: Gegenprobe bitte!)

Es wird Gegenprobe gewünscht. — Bitte die Gegenprobe!

(Dagegen teilweise NPD)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Fichtner und Abg. Marta Kruse [NPD])

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt mit überwältigender Mehrheit, die Herren Dr. von der Vring und Zöller als Sachverständige anzuhören.

Meine Damen und Herren, damit ist die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen und die Beratung über die Tagesordnungspunkte eröffnet.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst einmal den —

(Abg. Fichtner [NPD]: Zur Geschäftsordnung!)

einen Moment, ich will erst einmal meinen Satz zu Ende bringen! — Sachverständigen Dr. von der Vring anhören, im Anschluß daran den Sachverständigen Zöller, und daß dann die vorliegenden Anträge in folgender Reihenfolge begründet werden: Die CDU-Fraktion begründet die Anträge 563 und 564, die Begründung der Anträge 562 und 565 erfolgt von seiten der FDP-Fraktion. Dann kommt ein Sprecher der NPD-Fraktion, dann ein Sprecher der SPD-Fraktion, und dann, wenn es gewünscht wird, ein Vertreter des Senats, und dann geht die Debatte weiter.

Können wir so verfahren, daß wir an dieser Rednerfolge festhalten? — Ich höre keinen Widerspruch. — Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns auch über eins klar: daß, wenn wir heute Sachverständige anhören wollen, die Sachverständigen zu den ihnen vorgelegten Fragen Stellung nehmen, und daß, wenn sie ihre Antwort erteilt haben, sie sich am Podium für Zusatzfragen zur Verfügung stellen, und, wenn Zusatzfragen nicht mehr gewünscht werden, abtreten und damit ihre Sachverständigenfunktion abgeschlossen ist. Falls die Bürgerschaft meint, die Sachverständigen sollten erneut zu Worte kommen, dann müßte in eine erneute Beschlußfassung eingetreten werden.

Ist das die Auffassung der Bürgerschaft? — Ich höre keinen Widerspruch. — Das ist verfahrensmäßig so beschlossen.

Nun hat zur Geschäftsordnung das Wort der Abgeordnete Fichtner.

(Abg. Fichtner [NPD]: Ist erledigt!)

Hat sich erledigt! Sehen Sie, Sie müssen zuhören und abwarten.

(Heiterkeit — Abg. Fichtner [NPD]: Ich habe sehr aufmerksam zugehört, und deshalb habe ich zurückgezogen!)

Das sollte auch keine Belehrung sein, Herr Abgeordneter Fichtner! Wir hatten uns in den Fraktionen ja auch geeinigt. Sie waren nicht da und haben die Informationen ja auch nicht gehabt.

Dann gebe ich jetzt dem Sachverständigen Dr. Thomas von der Vring das Wort.

Herr Sachverständiger, ich möchte Sie auf eins hinweisen: Sie dürften hier im Laufe Ihrer Ausführungen Zwischenfragen von Abgeordneten bekommen. Das heißt, die Abgeordneten wenden sich an das Präsidium. Ich würde dann klingeln und Sie unterbrechen, damit wir feststellen können, ob Sie die Zwischenfrage annehmen oder nicht. Das ist dann Ihre Entscheidung. Das ist bei uns Geschäftsordnung.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sind Zwischenrufe gestattet?)

Zwischenrufe sind gestattet.

(Heiterkeit)

Das Wort zu seinen Ausführungen als Sachverständiger zu der vorgelegten Frage hat der Sachverständige Dr. von der Vring.

Dr. von der Vring, Gründungsrektor der Universität Bremen, als Sachverständiger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wenn ich hier als Sachverständiger auftrete, zweierlei im Auge zu behalten: Erstens, daß ich mich auf die Rolle eines Sachverständigen beschränken muß und nicht Ihr freier Diskussionspartner bin. Zweitens, daß ich auf der Wissenschaftlichkeit der Behandlung

des Problems der Lehrerbildung bestehen muß. Die zur Zeit öffentlich geführte Diskussion führt dazu, daß eine Gefährdung des wissenschaftlichen Charakters der Diskussion um das Lehrerbildungskonzept in Bremen entstehen könnte. Die Wissenschaftlichkeit der Arbeit der Bremer Universität zu verteidigen, ist meine Aufgabe. Erwarten Sie deshalb auch von mir nicht hier eine politsche Rede — das ist nicht meine Aufgabe —, sondern einen Hinweis, eine Erläuterung der an mich gestellten Frage.

Die Lehrerbildungsreform steht heute ganz zentral im Mittelpunkt aller Bildungsreform. Das ist allgemeine Ansicht. Der Lehrer wird als der entscheidende Träger der Reform in der täglichen Praxis betrachtet. Die Ausbildung der Lehrer weist heute — darüber besteht Einigkeit — erhebliche Mängel auf. Die große Reformdebatte im Bildungsbereich gilt weithin der Lehrerbildungsreform. Sie steht auch ganz im Vordergrund der Reformarbeit an der Universität Bremen. Es geht heute darum, den Lehrer von morgen, den Lehrer für ein neues Schulsystem, für die integrierte Gesamtschule zu bilden.

Dabei bekommt der Lehrer — und das ist in dem Zusammenhang eine politische Position — die Aufgabe, vor Ort mit dafür zu sorgen, daß das, was das Grundgesetz fordert, nämlich die Chancengleichheit für alle Kinder, die heute nicht gegeben ist, verwirklicht wird. Damit hat der Lehrer eine politische Aufgabe ersten Ranges. Daß es politischen Widerstand auslöst, wenn der Lehrer zum Träger einer Reform des Bildungswesens im Sinne der Demokratie und der vollen Chancengleichheit für alle Kinder gemacht wird, ist nicht verwunderlich, wenn man die politische Landschaft der Bundesrepublik kennt.

Der Gründungssenat hat am 5. Juli ein Strukturmodell zur Lehrerbildung an der Universität Bremen beschlossen, das das Resultat eines langwierigen wissenschaftlichen Diskussionsprozesses ist. Er hat ferner beschlossen, die kontroversen theoretischen Positionen, die im Verlauf dieser Diskussion eingenommen worden sind, dem Papier als Anhang beizufügen und das Ganze in Kürze als Broschüre der Öffentlichkeit zu übergeben. Dieses Papier versteht sich als Orientierungspapier für die Universität Bremen bis zu dem Zeitpunkt, an dem es durch den Fortgang der Diskussion als überholt erscheint.

Dieses Papier prägt die Arbeit der Bremer Universität auf dem Gebiet der Lehrerbildung, und es ist die Frage gestellt worden, inwiefern diese Konzeption der Lehrerbildung der Bremer Universität den allgemeinen Reformtendenzen in der Bundesrepublik entspricht beziehungsweise wo sie abweicht. Ich bin auch darauf hingewiesen worden, daß es nachzuweisen sei, inwiefern sie im Zusammenhang stehen.

Das ist eine wissenschaftliche Aufgabe, der ich mich hiermit unterziehen will. Ich will in bezug auf dieses Lehrerbildungskonzept und die im Hintergrund geführten Debatten über dieses Konzept darstellen, inwiefern es übereinstimmt mit den allgemeinen Konzeptionen der Lehrerbildungsreform, die zusammenfassend dargestellt sind in den gemeinsamen Empfehlungen von Wissenschaftsrat und Bildungsrat zur Lehrerbildung, die letztes Jahr erschienen sind. Diese Zusammenfassung bezieht sich daneben auf folgende Positionen: auf den Bildungsbericht der Bundesregierung vom Jahr 1970, auf den „Diskussionsentwurf zur Neuordnung der Lehrerausbildung", den der hessische Kultusminister 1971 im März herausgegeben hat, auf die „Vorschläge zur Reform von Schule und Hochschule" der Konferenz Pädagogischer Hochschulen der Bundesrepublik, auf den Vorschlag „Die Ausbildung der Lehrer und Erzieher mit Hochschulstudium" von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und auf zwei sehr wichtige Schriften der Bundesassistentenkonferenz „Forschendes Lernen — Wissenschaftliches Prüfen" und „Integrierte Lehrerausbildung".

Das Stukturmodell der Lehrerbildung an der Universität Bremen zielt auf eine einheitliche Lehrerausbildung für Lehrer aller Schulstufen. Sie löst die traditionelle Ausbildung von Gymnasiallehrern einerseits und von Grund-, Haupt- und Realschullehrern andererseits ab. Demgemäß soll auch nach einer Übergangszeit von sechs Jahren die Pädagogische Hochschule Bremen voll in die Universität integriert sein. Die Integration und Vereinheitlichung der Lehrerbildung bei innerer Differenzierung von Fächern und Schulstufen ist ein allgemeines Ziel der Lehrerbildungsreform, das in der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Gesamthochschulen ihren organisatorischen Ausdruck findet.

Daß es Widerstand gegen diese Integration, insbesondere von bestimmten Gruppen der Hochschullehrer, gibt, ist Ihnen bekannt. Darüber geht aber heute die allgemeine Reformarbeit beim Wissenschaftsrat und bei der Bundesregierung hinweg. Der Wissenschaftsrat hat kürzlich der Universität Erlangen gesagt, entweder integrierte Lehrerausbildung oder keine.

Das Lehrerstudium soll aus folgenden Schwerpunkten bestehen: dem erziehungswissenschaftlichen Studium, dem Fachstudium sowie der praktischen Erfahrung, Erprobung und kritischen Auswertung. Darin stimmen alle wesentlichen Reformmodelle überein. Das allgemein anerkannte Reformprinzip der Differenzierung der Lehrerbildung nach Schulstufen wird in Bremen in einer besonderen Form verwirklicht. Während die Frankenthaler Beschlüsse der Kultusminister die Trennung zwischen Ausbildung für die einzelnen Stufen Primarbereich, Sekundarbereich I und Sekundarbereich II mehr betonen, strebt die Bremer Universität eine Stufenorientierung der Ausbildung an, die den Lehrer neben seiner Schwerpunktstufe auch einsetzbar macht in benachbarten Schulstufen. Mir scheint, das ist eine Notwendigkeit der Ökonomie, um den Lehrer sinnvoll einsetzen zu können, gerade in den heutigen Schulen.

Die Universität Bremen folgt mit ihrem Vorschlag den Empfehlungen des Wissenschaftsrats und des

Bildungsrats, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Bundesassistentenkonferenz. Die Frankenthaler Beschlüsse der Kultusminister sehen für die verschiedenen Schulstufen eine unterschiedliche Gewichtung von Erziehungswissenschaften und Fachwissenschaften vor. Insbesondere in der Sekundarstufe II soll das Fachstudium deutlich überwiegen. Auch Wissenschaftsrat und Bildungsrat folgen dieser Tendenz, lassen aber und empfehlen es, andere Versuche zu.

Im Projektstudium der Universität Bremen sollen demgegenüber in jeder Phase sowohl die erziehungswissenschaftlichen als auch die fachwissenschaftlichen Komponenten, die den Lehrerberuf prägen, wenn auch mit wechselndem Schwergewicht, enthalten sein. In allen Phasen und in allen Teilen der Ausbildung soll nicht nur das Fach, sondern auch die Erziehungswissenschaft in einem engen Zusammenhang behandelt werden. Eine mengenmäßige Bestimmung der Teile ist darum schwer möglich. Sie bleibt der konkreten Ausführung des Modells in der Praxis durch die Hochschullehrer überlassen. Es wäre denkbar, daß der Bildungssenator dazu über die Prüfungsordnung entsprechende Vorschriften erläßt. Diese größtmögliche Integration aller Teile des Lehrerstudiums zu einem Ganzen — und die wird in Bremen in einer Weise betrieben, wie es nirgends anders bisher gelungen ist — folgt der intensiven Forderung des Wissenschaftsrats und des Bildungsrats.

Eine starke Einbeziehung der Gesellschaftswissenschaften in die Erziehungswissenschaft soll der letzteren eine produktive Orientierung geben. Diese Tendenz der starken Einbeziehung der Sozialwissenschaften in das Studium, insbesondere in das Lehrerstudium wird häufig in der Öffentlichkeit politisch kritisiert und stößt auf politischen Widerstand. Diese Tendenz wird aber nicht zuletzt vom Wissenschaftsrat, vom Bildungsrat, vom hessischen Diskussionsmodell ganz entschieden unterstützt. In den Empfehlungen von Wissenschaftsrat und Bildungsrat heißt es hierzu — ich darf zitieren —:

„In den Erziehungswissenschaften, der Soziologie und der Psychologie sind in den letzten Jahrzehnten Fortschritte erzielt worden, die bisher nur unzulänglich für Lehrerausbildung ausgewertet wurden. Die Erforschung der Lehr- und Lernprozesse und ihrer Bedingungen und die wissenschaftliche Erhellung von Sozialisationsprozessen in ihren psychischen und sozialen Voraussetzungen können in weiten Bereichen die Befähigung des Lehrers für Unterrichts- und Erziehungsaufgaben verbessern." — „Wer im Lehrerberuf oder in anderen pädagogischen Berufen tätig werden will, muß Erziehungssituationen, Unterrichts- und Erziehungsaufgaben und Lernprozesse in ihren anthropologischen, gesellschaftlichen und politschen Bezügen analytisch verstehen können. Eine so begründete kritisch-wissenschaftliche Haltung gegenüber der pädagogischen Arbeit läßt sich nur durch eine Ausbildung erreichen, die auf Ergebnissen und Methoden der Erziehungs-, Verhaltens- und Gesellschaftswissenschaften aufbaut."

In diesem Zusammenhang fordern Wissenschaftsrat und Bildungsrat als Teil der Lehrerausbildung unter anderem „ideologiekritische Analyse gesellschaftlicher Normen und pädagogischer Erziehungsziele", das heißt, sie fordern die Universität auf, all das, was in der Öffentlichkeit als selbstverständliche Ziele der Erziehung dasteht, sozialwissenschaftlich-kritisch unter die Lupe zu nehmen. Die Fachdidaktik soll gemäß den Vorstellungen von Wissenschaftsrat und Bildungsrat in das Fachstudium integriert werden. Dagegen sträuben sich heute noch sehr viele Universitätsfakultäten, die gern die Fachdidaktik als Ergänzung zum Fachstudium geben würden. Wissenschaftsrat, Bildungsrat, hessisches Modell, Bundesassistentenkonferenz, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft — alle sind sich darin einig, das muß aufhören, die Fachwissenschaft muß von der Fachdidaktik erschlossen werden für die Praxis.

Das Projektstudium, meine Damen und Herren, eignet sich für die Zwecke der Lehrerbildung in ganz besonderem Maße. Es ist keine reine Erfindung der Bremer Universität, es stammt aus dem Projektgedanken der Schulreform der Weimarer Zeit und ist in den letzten Jahren aufgenommen worden auf der einen Seite durch die Konferenz der Pädagogischen Hochschulen, und auf der anderen Seite von der Bundesassistentenkonferenz. Dazu gehört in erster Linie Berufsbezogenheit der Lehrerausbildung. Die Probleme des Lehrens in der Schule sollen in allen Teilen des Studiums stets gegenwärtig sein. Dies gilt nicht nur für die Erziehungswissenschaften, sondern auch für die Fachwissenschaften, für das Fachstudium, das von der Fachdidaktik mit der Schulpraxis verbunden wird, wie es Wissenschafts- und Bildungsrat formulierten. Die wissenschaftliche Vermittlung der Berufsbezogenheit steht im Mittelpunkt sämtlicher moderner Reformkonzepte.

Die Frage der gesellschaftlichen Relevanz, die im Projektstudium eine große Rolle spielt, ist in der Öffentlichkeit viel diskutiert worden. Ich werde zum Schluß noch ein paar Bemerkungen dazu machen und mich hier auf die Frage der gesellschaftlichen Relevanz in der Lehrerbildung beschränken.

Die Forderung nach Einbeziehung der Frage der gesellschaftlichen Relevanz, das heißt gesellschaftlichen Erheblichkeit oder Nichterheblichkeit der Fächer wie der Tätigkeit des Lehrers in das Studium des Lehrers stößt auf politischen Widerstand, der sich teilweise nährt — das muß hier konziediert werden — aus den Politisierungsparolen extrem linker Studentengruppen. Demgegenüber bestehen Wissenschaftsrat und Bildungsrat ebenso wie das hessische Modell auf der gesellschaftlich-politischen Dimension der Lehre in Erziehungswissenschaft wie in der Fachwissenschaft.

Ich darf hierzu wiederum Wissenschaftsrat und Bildungsrat zitieren:

„Der Lehrer hat Teil an der Entwicklung neuer Bildungsinhalte und an der Bestimmung von Berufs-

zielen. Mit dieser Aufgabenstellung wird er zum ersten und wichtigsten Träger fortschreitender Schul- und Bildungsreform." — „Die Ausbildung in einer und mehreren Fachwissenschaften soll nicht nur Kenntnisse einschlägiger Methoden und entsprechende Fertigkeiten vermitteln. Sie muß auch allgemeine Gesichtspunkte wie spezifische Beiträge des Fachs zu philosophischen, anthropologischen, erziehungswissenschaftlichen Problemen, Wissenschaftstheorie sowie die gesellschaftliche Relevanz des Faches einschließen."

Das ist die Forderung der modernen Lehrerbildungskonzeption in aller Munde. Das Projektstudium wird in besonderem Maße erreichen, daß die in der Ausbildung in einem bestimmten Studiengang beteiligten Fächer nicht unverbunden nebeneinander her, sondern wirklich interdisziplinär integriert gemeinsam studiert werden, ohne daß dabei die Eigenständigkeit der Fachsystematik und der Fachmethoden verlorengeht. Diese Forderung nach Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aller beteiligten Fächer ist heute in aller Munde, obwohl nirgends brauchbare Lösungsvorschläge vorliegen, außer in Bremen.

Auch Wissenschaftsrat und Bildungsrat betonen die interdisziplinäre Dimension sowohl von erziehungs- und sozialwissenschaftlichem als auch von fachwissenschaftlichem Studium. Sie fordern — ich zitiere —: „organisatorische Formen im Bereich der Hochschule zu finden, die eine wissenschaftliche Kooperation der Fachvertreter zu dem speziellen Zweck der Lehrerbildung möglich machen und der Entwicklung von Inhalten der Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften speziell förderlich sind."

Diese Forderung hat die Bremer Universität mit ihrem Konzept eines Projektstudiums erfüllt, und deswegen stößt das Projektstudium auf entsprechenden Anklang beim Wissenschaftsrat und Bildungsrat. Im Vordergrund der Lehre soll die Kleingruppenarbeit stehen. Sie soll im Sinne des forschenden Lernens die Indoktrination verhindern, die Motivation der Studenten fördern, sie soll insbesondere helfen,

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Was heißt das?)

das selbständige Lernen zu lernen, und sie soll die wichtige Fähigkeit zur Teamarbeit — das klingt heute besser als Kooperation — vermitteln. Die Wichtigkeit dieser Ziele braucht hier nicht besonders betont zu werden.

In diesem Zusammenhang möge ein Zitat aus den Empfehlungen von Wissenschaftsrat und Bildungsrat die auffällige Parallelität in den Überlegungen dieser Gremien mit jenen Überlegungen der Bremer Universität, besonders der Planungskommission Lehrerbildung, deutlich machen. Und ich bitte Sie, auch die Sprache zu beachten, denn es ist dieselbe Sprache, die hier in Bremen manchmal schockierend wirkt:

„Der primäre Inhalt des Lehrerberufs" — so heißt es — „ist nach allgemeinem Verständnis das Lehren als Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten. Darüber hinaus muß der Lehrer beim Lernenden das Verständis für das Gelernte wecken und den Zusammenhang der Dinge sichtbar machen. Ferner gehört zur Aufgabe des Lehrers die Einführung in die Erkenntnisprozesse und die Lehre von Methoden, wie Wissen gewonnen und gesichert wird. Auch muß der Lehrer bei den Lernenden die Fähigkeit entwickeln, Grundprinzipien des Gelernten auf ähnliche oder neue Aufgaben zu übertragen (Transfer). Beim Lernenden ist Problembewußtsein, problemlösendes Denken und Kreativität zu entwickeln."

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Was heißt das?)

Diese Worte stoßen, von der Planungskommission Lehrerbildung benutzt — —
Ich kann es erläutern: Problembewußtsein das ist das Bewußtsein dessen, daß Probleme überhaupt da sind, und die Fähigkeit, sie zu erkennen,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das hatten wir uns gedacht!)

problemlösend zu denken — hatten Sie sich sicher auch gedacht —, und Kreativität ist die Produktivität, Neues zu entdecken, Neues selbst zu entwickeln. Das wird insbesondere vom Lehrer gefordert.

„Da im Leben fachliche Leistungen sehr oft in Zusammenarbeit erbracht werden müssen, gehört es weiter zur Aufgabe des Lehrers, die Lernenden zu tätiger Mitwirkung in Gruppenarbeit anzuleiten."

(Abg. Vorsatz [NPD]: Ein Gutachten intellektueller Dürftigkeit! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ich bitte um Unterbrechung! Herr Abgeordneter Vorsatz, wenn Sie Zwischenfragen haben — ich weiß nicht, ob das eine Frage war —, dann würde ich bitten, gehen Sie an das Mikrophon. Wir sollten jetzt erst einmal die Sachverständigen, die Gäste des Hauses sind, hören.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das war ein erlaubter Zwischenruf!)

Dr. von der Vring: Ich habe das nicht als Unterbrechung verstanden, sondern als wohlwollenden Hinweis auf die Erwartungssituation, die hier besteht.

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Das ist ein Werturteil!)

Für die ersten Semester der im Aufbau befindlichen Universität sind zwei Alternativen einer Orientierungsphase für Anfänger vorgesehen, die einen Ausstieg aus dem Lehrerstudium beziehungsweise einen Einstieg in das Lehrerstudium bis zum Ende des dritten Semesters möglich machen. Im Laufe des dritten Semesters sollte im Gegensatz zu dem,

was heute üblich ist bei der Gymnasiallehrerausbildung, die Entscheidung der Studenten für oder gegen den Lehrerberuf in einem bestimmten Fach getroffen sein. Diese Forderung entspricht der von Wissenschaftsrat und Bildungsrat, die sagen, daß gegen eine frühe Berufsentscheidung und ihre Forderung nichts, aber auch gar nichts eingewandt werden kann. Diese Orientierungsphase wird an der Pädagogischen Hochschule Göttingen zur Zeit experimentell durchgeführt und ausgewertet.

Besonderer Wert wird an der Universität auf die Einbeziehung der Schulpraxis in die Studiengänge der Universität gelegt. So soll je ein sechswöchiges Schulpraktikum nach dem dritten und nach dem sechsten Semester durchgeführt werden, wobei wichtig ist, daß das über Vorbereitung und Auswertung in das Studium eingebaut ist. Diese vorgegebene intensive Verknüpfung der Praxis mit dem theoretischen Studium wird von Wissenschaftsrat und Bildungsrat ausdrücklich gefordert. Ich darf hierzu bitte zitieren:

„Bestandteil der Ausbildung für alle künftigen Lehrer sind die Beobachtung und Analyse der Schulwirklichkeit während der Ausbildung und eigene Unterrichtsversuche auf der Basis der jeweils gewonnenen Einsichten. Nur dadurch kann Theorie wirklich begriffen und Praxis kritisch verstanden und auf Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft werden. Eine solche Verbindung von Theorie und Praxis wird auch in anderen vergleichbaren Studiengängen gefordert."

Im letzten Abschnitt des Studiums werden in verstärktem Maße Curriculumforschung und Planung betrieben, also die Forschung und die Planung der Schulausbildungsgänge in der Schule und ihre Überprüfung auf den neuesten Stand. Das entspricht einer besonderen, wichtigen Reformperspektive. Wissenschaftsrat und Bildungsrat haben in diesem Zusammenhang ganz besonders die gesellschaftliche Relevanz der Lehre an den Schulen hervorgehoben. Das sogenannte klinische Jahr — das ist das Jahr der Schulpraxis, der Berufseinführung, eine Verkürzung von der eineinhalbjährigen Zeit auf ein Jahr — soll sinnvoll aus dem Studium herausentwickelt werden und Theorie und Praxis in der Planung, Durchführung und Auswertung von Schulunterricht berufsnah verbinden.

Dies entspricht voll den Reformzielen von Wissenschaftsrat und Bildungsrat. Ich verweise dabei aber auf die weitergehenden Vorstellungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Konferenz der Pädagogischen Hochschulen, die nach einer bestimmten Übergangszeit diese Trennung von erster und zweiter Phase in der Lehrerbildung völlig abschaffen wollen und eine einphasige Lehrerausbildung anstreben.

Eine Besonderheit unserer Lehrerausbildung, die sich aus der Forderung nach berufsbezogener, didaktisch planvoller Lehre ergibt, ist die Zusammenfassung mehrerer Schulfächer zu Gegenstandsbereichen. Diese Gegenstandsbereiche können als didaktisch geplante Fächerkombinationen des Lehramtsstudenten verstanden werden. Dabei werden — und das ist wichtig und wird hiermit betont — einige für den Lehrerberuf ungeeignete und unergiebige Kombinationen von Fächern ausgeschlossen sein, wie etwa die Kombination von Deutsch und Physik. Das entspricht den Grundsätzen zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien, die die Kultusministerkonferenz 1968 beschlossen hat.

Wissenschaftsrat und Bildungsrat fordern in diesem Sinne die Entwicklung neuer Studiengänge. Die Konferenz der Pädagogischen Hochschulen spricht vom Studium der Didaktik eines Gegenstandsbereiches und der dazu gehörenden Fachwissenschaft. Und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft strebt in diesem Sinn den Einbereichs-Lehrer an — das Wort Ein-Fach-Lehrer ist falsch, denn es klingt so, als könnte jetzt noch ein Fach gestrichen werden —, einen Lehrer, der für eine Fächerkombination, einen festen, in sich durchgegliederten Bereich, dasteht. Wer aus der Schulpraxis kommt, weiß, wie hilfreich es wäre, mit so ausgebildeten Lehrern die Stundenpläne aufbauen zu können.

Die Universität Bremen betrachtet ein achtsemestriges Studium zuzüglich eines berufseinführenden Jahres für die Lehrer aller Schulstufen als notwendig. Diese Vorstellung ist vor allem aus Finanz- und Kapazitätsgründen zur Zeit überall umstritten. Auf Wunsch des Bildungssenators, aber auch zur Erleichterung der Integration von Pädagogischer Hochschule und Universität, wird die Universität auch sechssemestrige Studiengänge vorbereiten und anbieten. Sie hegt dabei aber die Hoffnung, daß das sechssemestrige Lehrerstudium eine Übergangserscheinung sein wird. Ich fasse zusammen: Das Konzept der Lehrerausbildung an der Universität Bremen befindet sich nachweislich in vollster Übereinstimmung mit den wichtigsten und erfolgversprechenden gegenwärtigen Reformperspektiven in der Bundesrepublik.

Ich bitte Sie um Verzeihung dafür, daß das eine sehr trockene wissenschaftliche Angelegenheit ist, aber ich muß darauf bestehen, daß diese schwierigen Fragen in einer ihnen angemessenen und ertragreichen Form behandelt werden.

Ich möchte noch ein Mißverständnis, das im Raum steht im Zusammenhang mit diesen Konzepten, behandeln, da an dieser Stelle von einer Bedrohung der wissenschaftlichen Freiheit an der Universität Bremen die Rede ist. Die Frage lautet: Wie verbindlich sind die gegenwärtigen Planungen und Konzepte der Universität für die einzelnen Hochschullehrer?

In den letzten Wochen ist mehrfach gesagt worden: Entweder sind die Planungen der Universität verbindliche Vorschriften für die kommenden Hochschullehrer oder sie sind Geldverschwendung. Diese Alternative ist falsch!

Ich habe zu Anfang meiner Amtstätigkeit hier in Bremen die Frage an die Planungskommissionen gerichtet: Wie sollen Ihre Arbeitsergebnisse an der

Universität Bremen sich auswirken, wenn Gründungssenat und Planungskommissionen nicht mehr existieren? Und das wird in Bälde der Fall sein! Diese Frage ist in allen Teilen der Universität unablässig erörtert worden und hat allmählich zu einem Konsensus der Bremer Universität geführt, der in der letzten Sitzung des Gründungssenats zum ersten Mal deutlich ausformuliert worden ist.

Planung der Lehre in der Universität bei Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Freiheit des einzelnen Hochschullehrers gemäß Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes kann keine „imperative", also befehlende Planung sein! Sie entspricht vielmehr dem, was in der volkswirtschaftlichen Planifikation etwa Schwedens und Frankreichs „indikative" Planung heißt. Das ist so etwas Ähnliches wie „konzertierte Aktion", nur erfolgreicher.

(Zuruf des Abg. Dr. Borttscheller [FDP])

An dieser Stelle zeigt sich, daß Wissenschaft ohne Werturteile nicht auskommt, Herr Senator!

Ziel der Planung der Universität ist folgendes: Die Lehrveranstaltungen der verschiedenen Hochschullehrer sollen bezüglich ihrer Form und ihres Inhalts so aufeinander abgestimmt sein, daß das Studium eines Studenten vom ersten bis zum letzten Semester ein sinnvolles Ganzes und nicht ein Zusammengeklaubtes aus einem Neckermann-Katalog ergibt.

Das Rätesystem gehört selbstverständlich zu den Problemen einer politikwissenschaftlichen Ausbildung. Die Überprüfung, inwiefern und warum wir repräsentative und nicht direkte Demokratie brauchen, ist eine der ersten Fragen, um zu erläutern, warum die Positionen der außerparlamentarischen Opposition nicht zutreffen und nicht funktionierend sind. Also muß man sich im Studium wissenschaftlich mit dem Rätesystem auseinandersetzen, wobei sich dann allerdings nicht die Frage stellt, ob das Rätesystem ein wünschbares System ist, sondern sich die Frage stellt, ob das Rätesystem überhaupt demokratisch funktionieren kann.

Ein solcher Studiengang soll wissenschaftlich begründete Lernziele verwirklichen. Zu diesem Zweck werden in einem wissenschaftlichen Planungsprozeß, an dem nach Möglichkeit alle Betroffenen teilnehmen sollen, allgemeine Studiengänge sowie konkrete Lehrprogramme für ein jedes Semester ausgearbeitet.

(Unruhe)

Ich möchte hier niemand unterbechen!

(Heiterkeit)

Ich darf also wiederholen: Um dies zu erreichen, werden in einem wissenschaftlichen Planungsprozeß, an dem nach Möglichkeit alle Betroffenen teilnehmen sollen, allgemeine Studiengänge sowie ganz konkrete Lehrprogramme für ein jedes Semester ausgearbeitet. Die Ergebnisse dieses Planungsprozesses sind aber keine rechtlich erzwingbaren Vorschriften. Vielmehr wird die Orientierung der Hochschullehrer an den Ergebnissen dieser Planung dadurch erreicht — und das ist der Sinn aller demokratischen Planung —, daß sie an dieser Planung teilnehmen und daß durch offene und gründliche wissenschaftliche Diskussion größtmögliche Übereinstimmung erzielt wird.

Von zentraler Bedeutung ist darum, daß der Planungsprozeß zugleich von den Beteiligten als ein auf Konsensus abzielender Verständnisprozeß verstanden wird. Dazu, zu dieser Verständigung, waren die Herren Barner und Oberschelp nicht bereit. Wenn ein Hochschullehrer die Planungsergebnisse nicht akzeptieren kann, so wird von ihm erwartet, daß er seine Einwendungen in den Planungsprozeß oder in eine Diskussion über die Veränderungen, Aufhebung der Ergebnisse schon gefaßter Beschlüsse einbringt.

Was geschieht aber, wenn ein Hochschullehrer auf die beschlossenen Studiengänge oder auf die diesen vorgegebenen staatlichen Prüfungsordnungen in seinem Lehrangebot keine Rücksicht nimmt, wenn er sich weigert, mit seinen Kollegen gemeinsam ein abgestimmtes Semesterprogramm zu erarbeiten? Was geschieht dann? Dann haben die Studenten Pech gehabt! Denn niemand kann diesen Hochschullehrer zwingen. Erstens aus rechtlichen Gründen! Die Disziplinargewalt liegt beim Senat als Dienstherrn, und auch dieser ist aufgrund von Artikel 5 Absatz 3 nicht befugt, den Hochschullehrern inhaltliche Auflagen zu machen. Das gilt auch für die Prüfungsordnung. Und zweitens aus praktischen Gründen, und das halte ich für viel wichtiger! Ein aufgezwungenes Lehrprogramm wäre mit Sicherheit ein schlechtes Programm. Gute Lehre läßt sich nicht erzwingen. Und genau dies, meine Damen und Herren, ist das Dilemma jeder Studienreform und der Grund, warum es mit der Studienreform in der Bundesrepublik nicht vorangeht, weil sie sich nicht erzwingen läßt.

Ein vernünftiges Studium verlangt die Abstimmung zwischen verschiedenen Professoren — und überlegen Sie sich, was das heißt, die Abstimmung zwischen verschiedenen Professoren — und die Erarbeitung von Studienplanungsbeschlüssen. Beides aber hängt vom guten Willen der Hochschullehrer ab und mißlingt dann, wenn ein größerer Teil der Hochschullehrer nicht mitmacht. Darum brauchen wir in Bremen — und das zielt auf die Berufungspolitik — Hochschullehrer, die eine solche Studienorganisation und Studienplanung bejahen und bereit sind, die Mühen dieser dauernden gegenseitigen Abstimmung mit den Kollegen auf sich zu nehmen. Und darum brauchen wir die Teilnahme der Studenten an der dauernden Studienplanung der Universität, damit ihr Interesse an einem planvollen und sinnvollen Studien- und Lehrprogramm mit Nachdruck vertreten wird.

Das heißt also, das Gelingen der Studienreform in Bremen hängt ab a) von der allgemeinen Bereit-

schaft der Hochschullehrer und Studenten zur fairen Diskussion, zur sachlichen Verständigung und zur Erarbeitung gemeinsamer Lehrprogramme, b) von der Bereitschaft der Hochschullehrer und Studenten, solche empfehlenden Planungsbeschlüsse auch dann zu respektieren, wenn der einzelne nicht voll damit einverstanden ist,

(Abg. Fischer [CDU]: So kann man es auch machen!)

c) von der sachlichen Plausibilität solcher Konzepte wie etwa des vorliegenden Studienmodells der Lehrerbildung. Wenn das nicht erreicht wird, wird diese Reform mißlingen.

Niemand kann garantieren, daß es der Bremer Universität auf Dauer gelingen wird, die schwierigen Bedingungen eines solchen reformierten Studiums aufrechtzuerhalten. Erst recht aber kann niemand auch nur Ansätze des Gelingens solcher Studienreformen an irgendeiner anderen Universität der Bundesrepublik vorweisen. Darum sind alle Sorgen um die Freiheit der Wissenschaft an der Universität illusorisch. Das Problem liegt gerade auf der ganz anderen Ebene. Es liegt darin, daß die Studienreform nicht erzwungen werden kann. Hier liegt der eigentliche Anlaß zur Sorge.

Darum braucht diese Universität die öffentliche Rückendeckung gegenüber Hochschullehrern, die sich diesem langwierigen und mühsamen Verständigungsprozeß der Studienplanung verweigern wollen und ordinarienhafte Autonomieansprüche hinter politischer Polemik gegen die ihnen lediglich vorgeschlagenen Planungen verbergen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Na, na, na!)

Die Gründungsgremien der Universität wissen: die Planungsergebnisse werden Makulatur sein, wenn es ihnen selbst nicht gelingt, die Hochschullehrer von ihrem Sinn zu überzeugen.

In diesem Zusammenhang muß ich noch auf ein Problem, auf ein vorherrschendes Mißverständnis, das sich aus dieser Frage fortsetzt, verweisen, insbesondere ein Problem von Ihnen, Herr John. Wenn gesagt wird, die Aufgabe der Wissenschaft sei es, die Wahrheit zu erkennen — und ich verweise auf Professor Löwenthal, der erklärt hat, die Wissenschaft kennt nur einen Gott, und das ist die Wahrheit —, wenn das die Aufgabe der Wissenschaft ist, dann wird sofort gefragt: Wer bestimmt, was Wahrheit ist?

(Abg. John [FDP]: Sehr richtig!)

Und wenn gesagt wird, in das Studium muß auch die gesellschaftliche Relevanz der Fächer und Berufe einbezogen werden, wie es etwa der Wissenschaftsrat fordert, dann wird sofort gefragt: Wer bestimmt, was gesellschaftlich relevant ist?

Diese Frage meine Damen und Herren, ist eben so autoritär wie falsch und verkennt das Wesen der Wissenschaft. Wissenschaft kennt nicht diese Art autoritären Bestimmens, wie es die Politik notwendigerweise kennt. Hier liegt der fundamentale Unterschied zwischen Wissenschaft und Politik. Die Frage nach der Wahrheit oder nach der gesellschaftlichen Relevanz der Wissenschaft zu stellen, heißt, sie nach allen Seiten hin zu stellen und von allen Seiten Antworten zu erhalten. Es besteht auch ein Anspruch auf Anworten von allen Seiten. Die wissenschaftliche Diskussion endet stets nur vorläufig, und zwar in Einigkeit oder in Uneinigkeit. Das letzte Wort, nämlich basta — basta heißt: Schluß jetzt! —, das gibt es in der Wissenschaft nicht, im Gegensatz zur Politik.

Die wissenschaftliche Diskussion wird nicht mit dem Ziel geführt, eine Entscheidung zu fällen — das ist das große Mißverständnis —, aber sie wird auch nicht mit dem Ziel geführt, eine Vielfalt von Meinungen zu erzeugen, sondern wissenschaftliche Diskussion wird seit eh und je geführt mit dem Ziel, unter den Beteiligten größtmögliche Einigkeit im Urteilen über Sachverhalte herzustellen, ohne Zwang, nämlich durch Überzeugung. Im Denken strebt die Wissenschaft den Konsensus und nicht den Kompromiß an. — Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Starker, langanhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Sachverständiger Dr. von der Vring! Ich würde bitten, bleiben Sie noch am Rednerpult stehen, wir wollen jetzt in eine Meinungsbildung darüber eintreten, ob noch weitere Fragen gestellt werden.

Darf ich erst einmal grundsätzlich voraussetzen — das gilt selbstverständlich auch für den folgenden Sachverständigen —, daß hier nicht die nach der Geschäftsordnung vorgeschriebene Beschränkung der Redezeit gilt, daß wir grundsätzlich einverstanden sind, daß die Sachverständigen solange am Rednerpult verharren, solange sie Ausführungen selbst machen beziehungsweise wie wir selbst wünschen. — Damit stelle ich fest, daß die Sachverständigen nicht von der Vorschrift der beschränkten Redezeit betroffen sind.

Werden jetzt weitere Fragen an den Sachverständigen gewünscht?

Das Wort zu einer Frage hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Darf ich zunächst eine Frage zur Geschäftsordnung stellen: Es ist doch sicherlich erlaubt, wenn auch nicht gleich, sondern wenn vielleicht ein anderer Abgeordneter gefragt hat, noch weitere Fragen zu stellen?

Präsident Dr. Klink: Selbstverständlich! Wir sind hier nicht an die aktuelle Fragestunde gebunden. Wir fragen, bis es keine Wortmeldungen mehr gibt.

Abg. **John** (FDP): Die erste Frage, Herr Dr. von der Vring! Ich bitte um folgende Antwort auf meine Frage:

(Stürmische Heiterkeit)

Ist nicht die Gefahr vorhanden, daß die interdisziplinäre Kooperation, von der viel gesprochen wird, mit dem Projektstudium gleichgesetzt wird, obwohl das Projektstudium ja nicht unbedingt interdisziplinäre Kooperation beinhaltet?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: An eine Gleichsetzung kann nicht gedacht sein. Interdisziplinäre Kooperation ist ein Moment, das Projektstudium ausmacht. Wir wissen alle, daß das Studium auf einen bestimmten Beruf hin mehrere Fächer einbezieht, und die Forderung nach interdisziplinärem Studium im Projektstudium bedeutet, daß diese Fächer in das Studium zusammengeführt werden. An ein Gleichsetzen von interdisziplinärer Kooperation und Projektstudium kann schon deswegen nicht gedacht werden, weil in der Forschung ja sehr häufig auch von interdisziplinärer Arbeit die Rede ist.

Präsident Dr. Klink: Das Wort zu einer weiteren Zwischenfrage hat der Abgeordnete Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Dr. von der Vring, es sind den Bremer Hochschullehrern, berufenen Hochschullehrern, immer wieder die Vorwürfe gemacht worden, sie hingen der materialistischen Erkenntnistheorie an. Ich frage Sie also: Ist das Vertreten einer materialistischen Erkenntnistheorie durch einen Hochschullehrer vereinbar mit der Freiheit der Wissenschaft, wie wir sie hier in den westlichen Demokratien verstehen?

(Abg. Fichtner [NPD]: Das ist ja abgesprochen!)

Sie können ja auch Fragen absprechen!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich wundere mich etwas über diese Frage, ich habe aber zu einem ähnlichen Thema, nämlich der Bedeutung und was heißt materialistischer Ansatz, im Gründungssenat Stellung genommen. Hier liegt in der Tat wohl ein Mißverständnis vor, ein fundamentales Mißverständnis, wenn man materialistischen Ansatz, sei es in der Erkenntnistheorie, Herr Franke, sei es im Fachansatz selbst, wenn man materialistischen Ansatz mit Marxismus oder gar Leninismus gleichsetzt.

Hier wird es ja politisch, aber hier muß ich nun wirklich auch meine Verwunderung zum Ausdruck bringen. Diese Gleichsetzung schlägt einem ja in allen Diskussionen in der Öffentlichkeit immer entgegen, und sie wird in der Universität nicht verstanden, weil man nicht weiß, wie man auf solch eine Idee kommen kann. Bloß damit, daß bei Marx materialistische Dialektik, dialektischer Materialismus oder dergleichen im Raume steht, damit ist doch hier überhaupt nichts ausgesagt.

Was bedeutet materialistischer Ansatz, meine Damen und Herren? Ich will es versuchen zu erläutern. Zunächst einmal muß gesehen werden, daß man wohl kaum Materialismus anders als als Gegenbegriff zum Idealismus überhaupt sich denken kann. In anderen Zusammenhängen, wo es keine idealistischen Positionen gibt, gibt es auch keinen Materialismus. Materalismus bezeichnet ein Denken, das sich bemüht, die unabhängig vom menschlichen Fühlen und Wollen existierenden Dinge und Verhältnisse, auch Lebensverhältnisse, als Wirklichkeit, als Dinge zu betrachten.

Der Materialismus, meine Damen und Herren, ist, so scheint mir, doch die wichtigste Grundlage des abendländischen Denkens überhaupt. Ohne ihn, meine Damen und Herren, könnte zum Beispiel die parlamentarische Demokratie, das Prinzip der Gewaltenteilung, Montesquieu etwa — Gewaltenpluralismus würden wir heute sagen —, gar nicht gedacht werden. Stellen Sie sich vor, das Prinzip der parlamentarischen Demokratie als Gegenposition gegen die nun wirkliche idealistische Position, die wir kennen, die besagt, es bedarf nur des weisen, gerechten und allmächtigen Fürsten oder Diktators. Das ist Idealismus. Der parlamentarische Pluralismus ist demgegenüber die materialistische Position.

Es ist umstritten, meine Damen und Herren, ob es den Materialismus im Altertum schon gegeben hat, aber eines ist sicher, und da empfehle ich nur die Lektüre von philosophischen Handwörterbüchern, das kann man sehr schnell nachholen: die klassischen Positionen von René Descartes, von Hobbes, die gesamte Aufklärung, die Position des bürgerlichen Liberalismus, meine Damen und Herren, Adam Smith', Ricardos', Malthus', auf der die gesamte moderne Nationalökonomie aufbaut, das ist Materialismus. Comte, Durkheim, die moderne Soziologie! Wenn Durkheim sagt, daß gesellschaftliche Verhältnisse wie Dinge zu behandeln seien, von außen zu behandeln seien, dann ist das ein materialistischer Ansatz. Die Position des naturwissenschaftlichen Materialismus, insbesondere seit Darwin.

Der historische Materialismus, der sich nicht auf den Marxismus beschränkt, sondern die gesamte Sozialgeschichte durchzieht. Und dann die Spezialität, die marxistisch ist, nämlich der dialektische Materialismus, der sich bezieht auf den Hegelschen Idealismus, an dem er entwickelt worden ist. Hier, beim dialektischen Materialismus, können Sie in der Tat von Marxismus sprechen! Von Leninismus? — da wird es schon wieder schwierig!

Es gibt in der heutigen Landschaft der modernen Wissenschaften nur wenige Felder, die die Erkenntnisse des materialistischen Denkens noch nicht voll akzeptiert haben. Zu diesen Feldern gehören nicht zuletzt die Erziehungswissenschaften — hier muß man dann von Pädagogik sprechen — einerseits und die Literatur- und Kunstwissenschaften andererseits. Wenn in letzter Zeit von jüngeren Wissenschaftlern so heftig diskutiert wird um einen materialistischen

Ansatz, dann handelt es sich — Sie werden das feststellen — vorwiegend um die Rebellion junger Wissenschaftler, junger Erziehungs- und Literaturwissenschaftler gegen die wissenschaftlichen Positionen der älteren Generation. Sie werden im Bereich der Wirtschaftswissenschaften niemanden finden, der sagt, wir müssen einen materialistischen Ansatz einführen. Es wäre gar kein Platz dafür, das ist ja schon voll durchgesetzt.

In der Literaturwissenschaft wird heute versucht, die Analyse der Literatur aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang und aus ihrer Funktion in der Gesellschaft zu entwickeln. Vom Marxismus ist hier nicht zufällig die Rede, sondern deshalb, weil die marxistischen Literaturwissenschaftler von Franz Mehring bis Hans Maier in Hannover bislang unbestritten in diesem Feld dominieren. Es gibt einfach zur Zeit kaum nichtmarxistische, materialistisch orientierte Literaturwissenschaftler in der älteren Generation.

Der aktuelle Anlaß zu dieser Suche vieler junger Literaturwissenschaftler nach einem materialistischen Ansatz ist die Reform der Lehrerausbildung. Denn, und da wird es praktisch, sobald die Frage nach den tatsächlichen Bildungszielen der traditionellen Schulfächer für die Ausbildung der Schüler gestellt wird, gerät die traditionelle Literaturwissenschaft in ganz hilfloses Stammeln, wenn die Frage gestellt wird: Wozu wird in der Schule Shakespeare, Goethe oder Thomas Mann gelesen? Stellen Sie einmal die Frage an normal ausgebildete Lehrer für Sprachen und Literatur! Was werden Sie für Antworten bekommen? Jeder hat andere! Sie sind völlig beliebig, deswegen belanglos, man macht es, weil man's macht.

Materialistischer Ansatz heißt hierbei, die Frage konkret zu formulieren und zu untersuchen als Frage nach dem Sinn, der Wirkung und der Aussagekraft von Literatur einerseits und als Frage nach dem Erkenntnisgehalt der Literatur für die Schüler bestimmter Altersstufen andererseits. Der Zugang zur Beantwortung dieser Frage, die der Wissenschaftsrat und der Bildungsrat in den Mittelpunkt ihrer Empfehlungen stellen, ist in hohem Maße sozialwissenschaftlich und psychologisch, das versteht sich ganz von selbst.

In der Erziehungswissenschaft spitzt sich die Frage nach dem materialistischen Ansatz noch mehr zu. Die Kritik richtet sich nämlich einfach gegen traditionelle Positionen, die aber heute ein wenig abgebaut werden und die eine Vielfalt pädagogischer Werte, wie es heißt, definieren, ohne diese Werte aus realen Gegebenheiten begründen zu können, also erklären zu können. Die moderne materialistisch ansetzende Erziehungswissenschaft stellt ganz schlicht und einfach — und darum geht es heute — bei aller Reform den Vorgang des Lehrens mit all seinen sozialen, psychologischen aber auch physiologischen Zusammenhängen in den Mittelpunkt und versucht, ihn empirisch-wissenschaftlich abzuhandeln.

Ich möchte nur wissen, was dies alles mit Marxismus zu tun haben soll oder gar, was noch schlimmer ist, mit einer Einschränkung der Freiheit!

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Marxismus ist schlimm, sagten Sie gerade!)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie mit Ihrer Antwort zu Ende?

Dr. von der Vring: Ich bin mit der Beantwortung dieser Frage zu Ende.

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete John eine Frage. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Dr. von der Vring: Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Dr. von der Vring, wie beurteilen Sie die folgenden Feststellungen von Professor Dietrich? Er sagt erstens, daß die Bremer Lehrerausbildungsvorstellungen auf der Erkenntnistheorie Lenins und zweitens dem historischen Materialismus beruhen und daß sich daraus ein Methodenmonismus zu entwickeln droht. Er faßt das zusammen — ich zitiere —: „Das Bild des Lehrers der Bremer Reformuniversität ist identisch mit dem des Ideologen des Marxismus-Leninismus. Der Lehrer hat dafür Sorge zu tragen, daß auf der Basis der materialistischen Erkenntnistheorie und des historischen Materialismus die sogenannte richtige Erkenntnis gewonnen wird und sich durchsetzt, nämlich die Ideologie des Marxismus-Leninismus."

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Herr John, ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, was es mit der Frage nach richtig und falsch auf sich hat.

(Abg. John [FDP]: Die Frage hat Herr Professor Dietrich gestellt, die habe ich jetzt noch einmal gestellt!)

Sie haben diese Frage übernommen, so habe ich es verstanden, und der Zusammenhang ist damit auch angezeigt, daß in keiner Weise von irgendeiner Festlegung der Lehrer oder der Schüler an dieser Bremer Universität in irgendeinem Sinne von Aussagen die Rede sein kann. Aber Herr Professor Dietrich, den ich gebeten habe, mir seinen Standpunkt zu erläutern und ihn nach Möglichkeit im Gründungssenat vorzutragen, damit wir darüber diskutieren und möglicherweise Konsequenzen ziehen können — denn wenn das zugetroffen hätte, was dort angesprochen ist, wäre es eine schlimme Sache gewesen, der Gründungssenat hätte unverzüglich handeln müssen und auch ich hätte unverzüglich handeln müssen —, Professor Dietrich hat mir inzwischen geschrieben, daß durch die Be-

schlüsse des Gründungssenats seine Bedenken voll und ganz ausgeräumt sind.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das haben wir gelesen!)

Ja, warum wird das dann gefragt? Ich muß doch hier antworten!

(Abg. Fischer [CDU]: In der Zeitung standen aber erhebliche Einschränkungen!)

Seine Bedenken sind voll ausgeräumt, und, meine Damen und Herren, er stimmt dem Strukturmodell der Bremer Lehrerbildung voll zu. Ich habe noch einmal telefonisch nachgefragt, das ist tatsächlich seine Ansicht.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie fertig mit Ihrer Antwort, Herr Sachverständiger?

Dr. von der Vring: Ja!

Präsident Dr. Klink: Sind Sie nun bereit, eine Frage des Abgeordneten Vorsatz zu beantworten?

Dr. von der Vring: Bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Vorsatz!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Dr. von der Vring, teilen Sie mit mir die Auffassung, daß der historische und dialektische Materialismus die ideologische Grundlage des Kommunismus ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Herr Dr. Vorsatz —

(Heiterkeit — Abg. Vorsatz [NPD]: Sie tun mir zu viel Ehre an!)

verzeihen Sie bitte, das war keine böse gemeinte Anspielung —, ich teile Ihre Ansicht nicht. Ich teile Ihre Ansicht insoweit, als das System des Sowjetbolschewismus, die KPdSU, die SED und die entsprechenden Parteien für sich den dialektischen Materialismus und den historischen Materialismus in Anspruch nehmen. Was es dort mit dem dialektischen Materialismus auf sich hat, da habe ich meine Zweifel. Den historischen Materialismus gibt es dort nur beschränkt, nämlich in der Beschränkung der Meinungsfreiheit, und er darf nicht angewandt werden etwa auf das Phänomen des Stalinismus oder der Parteidiktatur.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr richtig!)

Präsident Dr. Klink: Es hat nun eine Frage der Abgeordnete Dr. Borttscheller. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Dr. von der Vring: Ja!

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Mehrere Fragen!)

Präsident Dr. Klink: Gut, mehrere Fragen! Kommen Sie bitte an das Fragemikrophon! Ich würde doch vorschlagen, daß Sie die Fragen einzeln stellen.

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Zunächst eine Feststellung!

(Zurufe von der SPD: Fragen!)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Borttscheller, wir können alles in die Form einer Frage kleiden. — Bitte sehr!

(Abg. Fichtner [NPD]: Geben Sie sich Mühe!)

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Was ist in gemeinverständlichen Worten das Wesen des Projektstudiums?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Das Wesen des Projektstudiums in gemeinverständlichen Worten — Sie gestatten zwei oder drei Minuten, bitte — ist erstens, Sie können es nur aus dem, was heute ist, verstehen, aus der traditionellen Ausbildung, daß die einzelnen Lehrveranstaltungen verschiedener Hochschullehrer so aufeinander abgestimmt sind, daß sie ein sinnvolles Ganzes ergeben. Zweitens, daß dieses sinnvolle Ganze auf den Studienabschluß des Studenten hinzielt. Drittens, das heißt insbesondere, daß es so ausgerichtet wird, daß der Student später sich ausgebildet fühlen kann für den Beruf, für den er ausgebildet wird. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es sind alles Selbstverständlichkeiten als Forderungen, sie werden aber nirgends erfüllt. Viertens, um das zu erreichen, genügt es nicht, hier dieses Fach, dort jenes Fach, dort das dritte zu studieren, sondern es ist nötig, daß der Student die verschiedenen Fächer verbindet an Fragen der Praxis, des Berufs und dort aufschließt.

Wir wissen, daß es eines der schwierigsten Probleme des Studierens ist, Fragen zu bekommen, denn wer keine Fragen hat, der wird nichts lernen. Die Fragen, die ein Student hat und an denen er lernt, sind sinnvollerweise die Fragen seiner späteren Berufstätigkeit. Aus diesen Gründen sollen die Fragen der späteren Berufstätigkeit in die einzelnen Lehrveranstaltungen so eingebracht werden, daß die Studenten überhaupt wissen, wozu das Ganze gut ist. Das ist sehr populär ausgedrückt! Das sind die wichtigsten Momente! Die Organisationsform ist im Schwergewicht die Arbeit in kleinen Gruppen, weil das Aus-sich-heraus-gehen und das Selbständigwerden offensichtlich nicht gelingt in Gruppen, die größer als sieben Personen sind. Ich habe sogar die Erfahrung gemacht, daß die Abwesenheit des Hochschullehrers es in bestimmten Phasen erleichtert, daß die Leute ihre Meinung frei äußern, weil sie dann nicht Angst haben müssen, sich zu blamieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie eine weitere Frage, Herr Dr. Borttscheller? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Setzt nicht das Projektstudium, wenn es Erfolg haben soll, voraus, daß einer, der es betreibt, fit sein muß mindestens in einer oder zwei Disziplinen?

(Abg. Kahrs [SPD]: Wo bleibt denn da die Forschung?)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Das Projektstudium setzt beim organisierenden Hochschullehrer voraus — —

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Ich meine jetzt die Studenten!)

Nein, das setzt es nicht voraus!

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Ich meine die Studenten, nicht die Professoren!)

Das ist das Ergebnis des Projektstudiums. Es wird das Ergebnis des Projektstudiums sein — —

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Aber nicht am Anfang!)

Nicht am Anfang! Wobei aber, Herr Dr. Borttscheller, es in einem Punkt eine Schwierigkeit gibt, auf die Sie vielleicht hinaus wollen. Das spitzt sich zu im Bereich der Mathematik. Dort läßt es sich schwer machen, die gesamte Grundlegung der Mathematik — ich bin kein Mathematiker, kann es Ihnen im einzelnen also nicht erklären — jetzt gleich in Projekte einzubringen, sondern man muß eine Vorgabe geben für bestimmte Dinge, die dem Projektstudium vorgegeben werden. Aber es ist nie gesagt worden, daß das Projektstudium normale Kurse, Vorlesungen und dergleichen ausschließt. Im Gegenteil! Die Kurse sollen um das Projektstudium herum geführt werden.

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Also beantworten Sie meine Frage!)

In diesem Sinne beantworte ich Ihre Frage: Es ist nicht erforderlich, daß derjenige, der das Projektstudium studiert, schon seinen Doktor in der Tasche hat.

Präsident Dr. Klink: Sie haben den Wunsch nach einer weiteren Frage? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Wird das Rätesystem zum Gegenstand eines Projektstudiums gemacht?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Herr Dr. Borttscheller, das Redesystem mit Sicherheit! Das Rätesystem möglicherweise in bestimmten Lehrveranstaltungen.

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Sie können mir unterstellen, daß ich Rede und Räte auseinanderhalten kann!)

Das war nicht gegen Sie gemeint! Aber sehr häufig wird auch bei Studenten das Redesystem mit dem Rätesystem verwechselt.

(Starker Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Können Sie, und ich frage Sie als Sachverständigen, Herr Dr. von der Vring — ich habe Rätesystem gemeint —, dazu Stellung nehmen?)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Frage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Sie haben das Wort „Gesellschaft" vielfach in den Mund genommen. Was ist in Ihren Augen die vollständige, sich gegenseitig durchdringende — auf Deutsch integrierte — Gesellschaft? Was macht das Wesen aus?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Die Gesellschaft, Herr Dr. Borttscheller, das kann ich nur sagen, das sind wir alle. Max Horkheimer, mein Lehrer, hat die Gesellschaft anders definiert. Er hat gesagt: Gesellschaft beginnt dort, wo es weh tut. Das sind die verschiedenen Definitionen, die wir einander gegenüberstellen. Die Universität wird niemals definieren können, was Gesellschaft ist, sondern sie wird immer nur Versuche machen, die Definitionen, die es gibt, aufeinander abzustimmen.

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Wollen Sie den Versuch machen, die Gesellschaft in ihrer Vielfältigkeit zu erfassen, so daß in der Lehre, die Sie in der Universität vortragen, wirklich die Vielfalt sich widerspiegelt?

Dr. von der Vring: Selbstverständlich!

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Das ist eine Festlegung, ich werde Sie daran erinnern! — Heiterkeit und Beifall)

Präsident Dr. Klink: Das war keine Frage, aber Sie haben sich ja schon auf Ihren Sitzplatz zurückgezogen!

Dr. von der Vring: Ich darf dazu vielleicht noch eine Bemerkung machen?

Präsident Dr. Klink: Nein, jetzt müssen wir in den Fragen fortschreiten. — Die nächste Wortmeldung haben wir von dem Abgeordneten von Groeling-Müller! — Bitte, stellen Sie Ihre Frage!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Dr. von der Vring, sind Sie der Meinung, daß durch die Personalpolitik im Personal der Hochschule und im wisschenschaftlichen Lehrkörper Ihre Forderungen erfüllt werden, daß Fragen nach allen Seiten gestellt werden müssen und Antworten von allen Seiten gegeben werden müssen? Wie gedenken Sie das nach den anfänglichen Mißerfolgen, vor allem bei den Planern, im Ansatz in Zukunft sicherzustellen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich würde sagen — und das gilt ja für alle Bereiche der Wissenschaft auch an anderen Universitäten —, daß das von der Breite auch der Zahl der Hochschullehrer abhängt, wie breit tatsächlich das Spektrum ist. Aber es wäre schlimm bestellt, wenn etwa an dem Lehrstuhl, von dem ich komme, wo es einen Professor gab für den gesamten Bereich der politischen Wissenschaften in Hannover, damit alle anderen Meinungen aus dem Studium entfernt wären. Es gehört mit zu den Aufgaben des Hochschullehrers, auch stellvertretend diese Meinungen einzubeziehen. Auf der anderen Seite würde ich allerdings sagen, daß es leichter wäre, nach allen Seiten Offenheit zu erreichen, wenn die Blockade der Bremer Universität bei der Personaleinstellung von bestimmter Seite her aufgehoben würde.

(Beifall bei der SPD — Abg. S t r ö h [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Frage stellen, Herr Abgeordneter von Groeling-Müller? — Bitte sehr!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Ich hatte gefragt, wie Herr Dr. von der Vring in Zukunft sicherzustellen gewillt ist, daß eben im lehramtspersonellen Gelände Vielfalt von Frage und Antwort gesichert ist, daß nicht eine Blockade der Vielfalt von der Seite der Berufenen ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Die Berufenden werden in Zukunft zweierlei sein, erstens im wesentlichen doch die neuen Hochschullehrer und Studenten, die spätestens in einigen Monaten ganz allein die Berufungskommission bilden werden, soweit nicht für neue Fächer von auswärts Berufungskommissionsmitglieder herangezogen werden, und zweitens der Senat als Dienstherr. Ich werde mich dafür einsetzen, und ich habe mich immer dafür eingesetzt, daß eine Berufungspolitik erfolgt, die diesen Ansprüchen des Pluralismus entspricht. Die Berufungspolitik dieser Universität entspricht diesen Ansprüchen. Sie brauchen nur dort, wo sich die Hochschullehrer jetzt zum ersten Mal vorstellen — in die Planungskommissionen —, einmal hineinzugehen und die Debatten zu verfolgen. Und ich bitte Sie, schauen Sie doch in die Zeitungen, und Sie erleben den Pluralismus der Bremer Universität in Mathematik in den Schlagzeilen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Frage zu stellen?

Dann kommt jetzt als nächster der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Dr. von der Vring, Sie haben vorhin von gewissen Voraussetzungen gesprochen hinsichtlich der Hochschullehrer, die nach Bremen berufen werden, die sich zu bestimmten Dingen bekennen müssen. Meine Frage: Ist bei einer solchen Einschränkung nicht immer die Gefahr gegeben, wenn Hochschullehrer, wie auch Herr Professor Oberschelp und Herr Dr. Barner, die jetzt nicht mehr nach Bremen kommen, durch solche Einschränkungen vertrieben werden, die aber — ich meine jetzt die Hochschullehrer — an sich für die bremische Universität und ihre Arbeit doch, glaube ich, recht viel Nutzen gebracht hätten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Herr John, wir sind uns doch soweit einig, daß wir eine Ausbildung der Lehrer haben wollen nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Daraus folgt — und dieser Schlußfolgerung kann sich niemand entziehen, das ist allgemeiner Konsens bei der Reformdebatte —, daß das Lehrprogramm aufeinander abgestimmt sein muß und daß die Lehrangebote verschiedener Hochschullehrer aus verschiedenen Fächern aufeinander abgestimmt sein müssen. Und gerade weil es nicht möglich ist, dem einen zu sagen, du mußt das machen und dem anderen zu sagen, du mußt das machen, muß darauf bestanden werden, daß die beteiligten Hochschullehrer sich auf die dauernde Diskussion einlassen, die darauf hinzielt, Einigkeit unter ihnen über das abzuwickelnde Studienprogramm herzustellen.

Daß das mit gegenseitige Schonung zu machen ist, ist selbstverständlich, gerade deshalb, weil jeder, der nach Bremen kommt, diese Art von wissenschaftlicher Diskussion erst noch einüben muß. Denn wo findet sie denn sonst statt?

(Abg. v. G r o e l i n g - M ü l l e r [FDP]: An allen Universitäten!)

Ich komme ja auch aus einer Fakultät, in der es die Diskussion zwischen den Fächern nicht gegeben hat. Sie hat es nicht gegeben. Wenn man mal so eine Edelveranstaltung interdisziplinärer Art gemacht hat, dann war das ein Vortrag, an dem verschiedene Professoren teilgenommen haben und manchmal, das war aber eine Erfindung der Linken — und das auch wohl nur bei den Linken funktioniert hat um Herrn Maier und Hern Brückner —, wurden gemeinsame Seminare von zwei oder drei Hochschullehrern gemacht. Das war schon viel!

Diesen Anspruch zu stellen, heißt nicht, irgendjemand zu Bekenntnissen zu zwingen und heißt nicht, irgendjemand in seiner Freiheit einzuschränken. Aber Wissenschaftler zu sein, kostet seinen Preis, nämlich den Preis, sich wissenschaftlich zu verhalten. Das ist wissenschaftliches Verhalten, das man von jedem Hochschullehrer verlangen muß.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete Vorsatz den Wunsch, eine Frage vorzutragen. — Bitte, stellen Sie Ihre Frage!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Dr. von der Vring, wenn, wie Sie vorhin in Ihrer Antwort an Herrn Dr. Borttscheller erklärten, die Universität den Begriff Gesellschaft nicht definieren kann oder nur mit den Worten Horkheimers, „Gesellschaft fängt dort an, wo es weh tut", was ist dann in Ihren Augen gesellschaftlich relevant zum Beispiel bei geplanten Projekten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich könnte Ihnen zu einem bestimmten Projekt, wenn wir es vorliegen hätten und es hier durchdiskutieren würden, oder zu einem bestimmten Fach, von dem ich etwas verstehe — das wäre ja auch die Voraussetzung, bitte, verstehen Sie mich nicht als Sachverständigen für alle Fächer, die es gibt —, konkret meine Meinung darüber sagen, warum ich dieses oder jenes für gesellschaftlich wichtig und notwendig hielte, zu behandeln. Dann würde ein anderer herkommen und würde sagen: Ich bin der und der Meinung. Und da sie gemeinsam jetzt am Ende Lehrveranstaltungen vorbereiten sollen, müssen sie sich zusammenraufen und werden zu einem gewissen Konsens kommen und darüber diskutieren und werden sehr theoretisch diskutieren. Und das wird eine ganz lange Diskussion sein, die nie endet und die auch erst über viele Semester hinweg überhaupt zur Grundlage eines Konsens über die Maßstäbe kommt. Wir sind nicht soweit.

Aber es bedeutet heute die Parole: gesellschaftlich relevant, daß man diese Diskussion eröffnet, diese Frage stellt und sich ihr stellt. Es ist nötig, diese Frage heute, im Anfang der Reform überhaupt zu behandeln. Darum geht es! Ich habe darauf hingewiesen, daß es nicht die Aufgabe der Universität ist, zu entscheiden, ob Gesellschaftsrelevanz besteht, sondern am Ende, wenn ein Studienplan zustande gekommen ist, dann heißt es auf deutsch, dies halten wir für wichtig, bis uns jemand eines Besseren belehrt.

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete John den Wunsch, eine Frage zu stellen. — Bitte sehr!

Abg. **John** (FDP): Herr Dr. von der Vring, sind Sie bereit zu konzedieren, daß die Universität Bremen, die aus den Steuergeldern aller Bürger — und nicht nur in Bremen — bezahlt werden muß, eine Universität für das ganze Volk sein muß und nicht nur für die sogenannten Unterprivilegierten, von denen häufig auch von Ihnen gesprochen wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich bin, Herr John, bereit, Ihnen das zu konzedieren. Ich bin aber der Meinung, daß eine Universität, die auch den Unterprivilegierten das gibt, was sie brauchen,

(Abg. John [FDP]: Auch!)

auch, und dann geht es weiter — von denjenigen immer wieder in allen konkreten Fragen Prügel kriegen wird, die tatsächlich die Machtmittel in der Hand haben. Wir haben schon viele solcher Prügel bekommen!

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Was heißt Macht?)

Wer etwa ein Presseorgan oder mehrere Presseorgane beherrscht und damit Meinungen machen kann, übt Macht aus!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter John, haben Sie den Wunsch, eine weitere Frage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **John** (FDP): Sie haben am Anfang Ihrer Ausführungen davon gesprochen, daß die öffentliche Diskussion, wie sie sich insbesondere in den letzten Wochen und Monaten entwickelt hat, dazu beiträgt, die wissenschaftliche Diskussion, wenn ich Sie so richtig verstanden habe, oder die wissenschaftliche Arbeit zu gefährden. Sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß ein wesentliches Prinzip des „Bremer Modells", zu dem ich mich nach seinen Grundsätzen nach wie vor bekenne, aber nicht zu seiner Verwässerung, durch die öffentliche Diskussion gefährdet werden kann?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich bin nicht dieser Meinung, sondern ich bin der Meinung, daß das Prinzip der öffentlichen Diskussion auf der Ebene der Wissenschaft erst dann verwirklicht ist, wenn alle Beteiligten stets die Frage nach Gründen und Tatsachen mit großer Sorgfalt stellen.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, werden weitere Fragen gewünscht?

Zu einer weiteren Frage hat der Abgeordnete Dr. Borttscheller das Wort.

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Wer hat in Ihren Augen die Machtmittel, von denen Sie soeben gesprochen haben, inne?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich habe Ihnen ein Beispiel gesagt, daß es Besitzer von Zeitungen gibt, die damit Politik machen können.

Abg. Dr. Borttscheller (FDP): Hat das Parlament die Macht in der Hand in Ihren Augen oder nicht?

Dr. von der Vring: Das Parlament hat durch seine Regierung, beziehungsweise sagen wir, die Parlamentsmehrheit — —

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Die Mehrheit hat doch die Macht?)

Die Mehrheit hat Macht, aber die Mehrheit des Bundestags hat zum Beispiel — —

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Wir reden hier von Bremen! — Unruhe — Zurufe von der SPD: Wir wollen die Antwort hören! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Eine Sekunde! Herr Dr. Borttscheller, können Sie noch einmal präzise Ihre Frage formulieren, damit wir die Antwort hören können!

Abg. **Dr. Borttscheller (FDP):** Ich habe meine Frage präzise gestellt und eine unpräzise Antwort bekommen! Aber ich verzichte, ich verzichte!

Dr. von der Vring: Ich möchte die Frage beantworten!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zu einer Frage der Abgeordnete Vorsatz!

(Zurufe von der SPD: Wir wollen die Antwort hören!)

Der Redner hat sich zurückgezogen und auf seine Frage verzichtet! Wir müssen jetzt nach der Reihenfolge gehen.

Das Wort zu einer Frage hat der Abgeordnete Vorsatz!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Dr.von der Vring, teilen Sie die Meinung Professor Wiethölters, daß die in der Bundesrepublik Verrufenen in Bremen die Berufenen sein würden und daß die Bremer Universität eine Minderheitenuniversität sein soll?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Aus Ihrer letzten Frage schließe ich, daß die erste schon beantwortet ist, daß ich diese Ansicht nicht teile. Ich habe im Gründungssenat einer ganzen Menge Ansichten, die geäußert worden sind, nicht widersprochen. Ich widerspreche aber Ihrer These, daß in dieser Form die Äußerung gefallen ist und verstanden wird! Es ist nur auf eines hinzuweisen:

(Abg. John [FDP]: Steht im Protokoll des Gründungssenats! — Abg. Vorsatz [NPD]: Stimmt das Protokoll nicht?)

Es zeigt sich doch in der tatsächlichen Wirklichkeit, daß in besonderem Maße Leute in Bremen sich bewerben, denen woanders die Doktorarbeit kaputtgeht oder die woanders keine Chancen haben, und die jetzt erwarten nach allem, was in der Zeitung steht, in Bremen jetzt endlich eine Chance zu bekommen! Das ist eine Erwartungssituation, der wir nicht unbedingt zu entsprechen brauchen. Wir haben durch all das, was sich in der Öffentlichkeit abspielt, eine ganz einseitige Auswahl der Bewerbungen. Das müssen Sie sehen! Es ist doch heute in der Tat so, daß ein junger Akademiker, der etwa vor der Habilitation steht, sich fürchten muß, wenn er nicht ein gestandener Politiker mit einem dicken Fell ist, sich auf eine Bewerbung in Bremen einzulassen!

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das war keine Beantwortung meiner Frage!)

Ich habe eine Antwort auf Ihre Frage erteilt! Ich habe Ihre Frage dahingehend beantwortet, daß ich diese Ansicht nicht teile, so wie Sie sie formuliert haben. Und die zweite Frage habe ich dahingehend beantwortet, daß ich es nicht für meine Aufgabe halte, bei jeder Bemerkung eine Klarstellung zu machen. Ich erwarte auch nicht, daß hier entweder der Präsident der Bürgerschaft oder etwa der Präsident des Senats bei jeder Bemerkung von Ihnen aufs Podium geht und sagt, das müßte er klarstellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete Ostendorff den Wunsch, eine Frage zu stellen. — Bitte, Herr Ostendorff!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Dr. von der Vring, habe ich Sie am Ende Ihrer ersten Ausführungen recht verstanden, als Sie für die Wissenschaft ausführten, daß es dort anders zuginge als in der Politik, in der Wissenschaft ginge es ohne Zwang, in der Politik ginge es mitunter nicht ohne autoritäre Maßnahmen? Und habe ich Sie weiter richtig verstanden, daß Sie in der Wissenschaft auf einen Konsensus abzielen müßten, während wir in der Politik allenfalls einen Kompromiß erzielen können?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich würde es nicht ganz so formulieren, möchte aber in der Tendenz Ihnen zustimmen.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Wenn Sie dem zustimmen, ist diese Ihre Erkenntnis neuerer Art oder haben Sie die schon seit längerer Zeit?

Dr. von der Vring: Die habe ich schon ziemlich lange!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Wenn Sie sie schon längere Zeit haben, würden Sie mir bitte erklären, wieso sich in Ihrem Brief vom 26. 4. 71 — Anlage Papier I — eine Formulierung findet, „die Überprüfung der einzustellenden Wissenschaftler und so weiter, die sich der politische Senat angemaßt hatte?"

Dr. von der Vring: Können Sie bitte die ganze Stelle vorlesen?

Abg. **Ostendorff** (FDP): Ich kann die ganze Stelle vorlesen. Anlage Papier I Absatz 2: „Eine Überprüfung der einzustellenden Wissenschaftler unter politischen Gesichtspunkten und Maßstäben, die sich der politische Senat angemaßt hat — angemaßt hat

—, verletzt zum einen die Ausprägungen des Gleichheitssatzes in Artikel 3 und 33 Grundgesetz, sie ist zum andern schon deshalb unzulässig, weil die Prüfungskompetenz des Senats darauf beschränkt ist, die Einhaltung des der Universität gewährleisteten Beurteilungsspielraums bezüglich der fachlichen Qualifikation zu überprüfen."

Ich wiederhole meine erste Frage: Wenn Ihre Erkenntnis, daß es in der Politik ohne gewisse bestimmende Maßnahmen nicht abgeht, schon älteren Datums ist, bedauere ich, daß Sie seinerzeit diese Formulierung gefunden haben. Deshalb möchte ich Sie fragen, ob Sie mit mir bedauern, daß Sie seinerzeit diese Frage der „Anmaßung des politischen Senats" gestellt haben?

Dr. von der Vring: Das ist ein Beschluß des Gründungssenats und nicht ein Beschluß oder eine Feststellung des Gründungsrektors, den Sie vorgelesen haben. Oder können Sie das nochmal klarmachen? Ich würde ansonsten Ihre Frage dahingehend bejahen, daß ich die Formulierung „angemaßt" bedauern würde, aber die rechtliche Darstellung, um die es sich handelt, aufrechterhalte.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Vielen Dank!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete Horst-Werner Franke den Wunsch, eine Frage zu stellen. — Bitte sehr!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Dr. von der Vring, wie steht es mit der Ausübung der Macht im Parlament? Die Frage würde ich gern noch einmal aufnehmen vom Kollegen Dr. Borttscheller. Sie scheint mir aber nicht sinnvoll zu sein — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Bitte eine Frage!

Abg. **Franke** (SPD) Wie stellen Sie sich also zu der Frage, wie übt eine parlamentarische Mehrheit Macht aus im Hinblick auf die Freiheit der Wissenschaft, also auf die Autonomie der Universität?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Das ist, Herr Franke, von Land zu Land verschieden.

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Ostendorff [FDP]: In Bremen ist alles anders!)

Die Frage nach der Form der Machtausübung des Landes Bremen gegenüber der Universität ist ja an Hand der Berufungsdiskussionen um die vorgelegten Vorschläge durchaus in kontroverser Weise behandelt worden, und im Gründungssenat wurde die Meinung vertreten und sich zu eigen gemacht, daß diese Form der Machtanwendung nicht richtig sei. Auf der anderen Seite ist aber auch festgestellt worden, der Bürgermeister hat diese meine Thesen jetzt gegenüber der Ministerpräsidentenkonferenz wieder belegt, daß in der Tat die Machtverhältnisse, denen sich das Land Bremen in der Bundesrepublik ausgesetzt sieht, natürlich auch Konsequenzen von seiten des Senats, die ihm aufgezwungen sind, nach sich zieht. Die Machtverhältnisse sind so, daß auch den Mächtigen Dinge aufgezwungen werden. Ich möchte hier nicht Aussagen machen,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Der SPD stehen die Haare zu Berge, Herrn Franke fallen die letzten Haare aus!)

vor der Bürgergerschaft für das Land Bremen eine Analyse anstellen, weil ich dazu im Moment gar nicht in der Lage bin. Aber in bezug auf den Bundestag kann man etwa doch sagen, daß die Regierung bestimmte Dinge möchte und die Mehrheit hat und sie dennoch nicht durchführen kann. Das ist doch das Problem der Bundesregierung in der heutigen Frage der Reform und der Finanzierung.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Es ist doch kein Geld da!)

Präsident Dr. Klink: Der Abgeordnete Franke möchte eine weitere Frage stellen. — Bitte sehr!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Dr. von der Vring, hat es in der Vergangenheit bei den 49 Sitzungen des Gründungssenats und zu den dort getätigten Beschlüssen jemals eine Diskussion zwischen den Mitgliedern des Gründungssenats und den Hauptsprechern der Opposition gegeben?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Nein, das hat es leider nicht gegeben im Gründungssenat. Ob es in den Planungskommissionen stattgefunden hat, vermag ich nicht zu beurteilen. Es hat aber im Gründungssenat, und das ist spezifisch für das Verhältnis von Macht, von politischer Macht und Universität in Bremen, äußerst intensive Diskussionen zwischen Gründungssenat und Mitgliedern der Senatsmehrheit sowie Mitgliedern des Senats gegeben, und ich muß hier bemerken, daß es eigentlich für alle Mitglieder, Mitarbeiter der Bremer Universität eine sehr starke Motivierung ist, daß es uns im Gegensatz zu Mitgliedern und Mitarbeitern anderer Universitäten gelingt, mit dem Dienstherrn in sachlich-wissenschaftliche, offene und öffentliche Diskussionen zu kommen, bei denen es gute Ergebnisse gibt. Das ist etwas, so scheint mir, was einmalig ist. Wenn ich mir eine Diskussion vorstelle zwischen der neugegründeten Universität Augsburg und ihrem Dienstherrn, dem Ministerpräsidenten, in solcher Öffentlichkeit, richtig von Mann zu Mann — das kann man sich doch gar nicht vorstellen. Und das besagt, daß in Bremen doch sehr viel anders ist.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut! — Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Nun möchte der Abgeordnete von Groeling-Müller eine Frage stellen. — Bitte sehr!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Dr. von der Vring, Sie sagten etwas über die Macht der Mächtigen und über die Einstellung gewisser Presseorgane. Ich würde Sie fragen,

(Starke Unruhe — Lachen bei der SPD)

haben Sie das Gefühl, daß die Bremer Zeitungen und dazu der wesentlichsten Organe also äh, äh — —

(Heiterkeit)

bis auf zwei wesentliche Tageszeitungen, die anders denken, die hier also öffentlich kritisiert haben, daß vor allem die Bremer Zeitungen nicht alle Stellungnahmen der Universität zum größten Teil im Wortlaut gebracht haben, und bei Antworten auf diese Stellungnahmen der Universität, haben Sie da nicht festgestellt, daß die Antworten zu veröffentlichen, sehr, sehr schwierig ist?

Präsident Dr. Klink: Ist die Frage klargeworden, Herr Sachverständiger?

(Heiterkeit bei der SPD)

Dr. von der Vring: Ich glaube, daß ich die Frage verstanden habe, und ich bin zwar mit Ihrer Einschränkung „bis auf zwei" nicht einverstanden, möchte aber feststellen, daß insbesondere mit dem Schwerpunkt in der Bremer Presse die Chancen einer Darstellung der Universität recht groß sind, daß aber die physische Kapazität der Universität, sich darzustellen und daneben noch in Eile eine Universität zur Eröffnungsreife zu entwickeln, nicht gegeben ist. Aber die Machtverhältnisse liegen ja offensichtlich auf der Ebene etwas größerer, überregionaler Tageszeitungen, und deren Auswirkungen spüren wir in der Tat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Frage zu stellen, Herr von Groeling-Müller? — Bitte sehr!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Der zweite Teil meiner Frage war nicht so deutlich beantwortet. Es war die Frage: Ich darf feststellen, daß auch diese Selbstdarstellung der Universität trotz Mühe und heraushängender Zunge stets möglich war, die Antwort der Widerstreitenden, zum Beispiel Opposition, einfach schwieriger in der Presse unterkommt als die Darstellung der Universität.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Den Eindruck habe ich überhaupt nicht!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete Dr. Graf den Wunsch, eine Frage zu stellen. — Bitte, Herr Dr. Graf!

Abg. **Dr. Graf** (FDP): Herr Dr. von der Vring, meine Frage schließt sich an an eine Verlautbarung der FU in Berlin. Ich darf zunächst einmal den Absatz, an den sich meine Fragen knüpfen, vorlesen. Es handelt sich um eine Verlautbarung der Pressestelle im Anschluß an die Rücktrittswelle der Professoren an der FU in Berlin. Da ist auch unter anderem hingewiesen auf den Rücktritt der Professoren Pabst und Loos, und dann kommt folgender Satz: „Ein Symptom dafür" — für diesen Rücktritt nämlich — „ist, daß Professor Loos in den Tagen vor seinem Rücktritt durch den Rektor der Universität Bremen beschuldigt werden konnte, in Absprache mit Notgemeinschaft und Bremer FDP die Hochschullaufbahn des Berliner Romanisten Gerhard Schneider in massivster Form behindert zu haben."

Meine Fragen: Erstens, woher haben Sie die Kenntnis von Erörterungen in Senatssitzungen? Und zweitens, wer hat Sie ermächtigt, nach außen davon Gebrauch zu machen?

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Denunziant Schneider!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich habe erstens keine senatsinternen Vorgänge nach außen getragen, sondern meine Informationen über das, was sich abgespielt hat zwischen Bremer Politikern und Herrn Professor Loos, habe ich über den Berliner Senat erfahren. Ich möchte allerdings meine Quelle nicht erläutern. Was Ihre letzte Äußerung anbetrifft, so weiß ich nicht, ob das eine Bestätigung von Vermutungen sein soll.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, besteht der Wunsch, weitere Fragen zu stellen?

Bitte, Herr Abgeordneter Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Ich habe noch eine Frage: Welchen Einfluß haben „Rote Zellen" auswärtiger Universitäten auf das Geschehen an der Bremer Universität?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Es ist, wir mir scheint, und nach meiner Erfahrung das Grundprinzip der „Roten Zellen", die Reformarbeit, gerade die Reform der Lehrerbildung, zu verweigern. Das Grundprinzip aller Mitarbeiter der Bremer Universität ist, die Reformen so durchzuführen, daß wir eine allmählich sich verbessernde Lehrerbildung und Universitätsform bekommen. Wenn das die „Roten Zellen" täten und zum Prinzip erheben würden, was wir hier wollen, dann würde man ja in Berlin von seiten des Senats voll Begeisterung ihnen um den Hals fallen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort zu einer weiteren Frage hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Sind Sie mit mir der Meinung, Herr Dr. von der Vring, daß die Aktivitäten „Roter Zellen", wo wir sie heute an unseren Hochschulen

beobachten können, zuletzt in Bochum und so weiter, daß diese Aktivitäten eine Reformuniversität in Bremen, so, wie Sie das verstehen, unmöglich machen?

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Die begrüßen sie!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Wenn es diese Aktivitäten — es gibt ja verschiedene, aber wenn es die sind, die Sie meinen und die wir im Auge hatten — in der Bremer Universität geben würde und sie sich durchsetzen würden, würden wir sagen müssen, daß unsere Reform mißlungen ist.

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur nächsten Frage hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Dr. von der Vring, ist die folgende Auffassung, die Sie 1965 schriftlich geäußert haben, — —

(Oho-Rufe bei der SPD — Abg. Franke [SPD]: Klassenkampf! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich bitte doch zu beachten, daß wir einen Sachverständigen haben, der zu Sachfragen spricht. Ich bitte das doch zu berücksichtigen! Ich weiß nicht, was Sie fragen wollen. Zur Debatte steht nicht eine Person, sondern eine Sache!

Abg. **Klein** (CDU): Meine Frage bezieht sich auf den Beratungsgegenstand. Ich darf wiederholen: Herr Dr. von der Vring, ist die folgende Auffassung, die Sie 1965 öffentlich geäußert haben, gesellschaftsrelevant, so daß sie bei der hiesigen Universitätsgründung ihren Niederschlag finden könnte? Ich darf Ihre eigenen Worte zitieren: „Sozialistische Klassenkampfstrategie aber muß zugleich offensiv sein. Ihr Ziel ist die wirkliche Solidarisierung der Beherrschten. Voraussetzung dieser Solidarisierung ist heute primär der Abbau jener strukturellen Bedingungen, die die Konkurrenzneigung der einzelnen stärken. Umgekehrt vollzieht sich die Offensive der Herrschenden in der Stärkung und Vermehrung solcher Bedingungen. Wir finden solche Phänomene des Klassenkampfes von oben, die einer sozialrevolutionären Politik den Weg weisen, in der Bundesrepublik in großer Zahl, besonders in der Politik der Unternehmer, der CDU/CSU und FDP sowie der Kirchen. Ideologisches Zentralmotiv ist die Glorifizierung des Risikos, das mit Privatinitiative identifiziert wird. Gemeint ist die Initiative des einzelnen in der Rollenanpassung und im Konkurrieren. Im anderen Gewande, als Subsidiaritätsprinzip, beherrscht es die katholische Soziallehre."

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich würde folgendes sagen: Diese Frage zielt ab auf eine persönliche Äußerung aus dem Jahr 1965. Ich für meine Person würde sagen, sie hat nichts mit dem, was der Sachverständige

(Widerspruch bei der CDU)

hier vorgetragen hat, zu tun. Aber ich stelle es dem Sachverständigen frei, sich zu dieser Frage zu äußern. Wenn er möchte, kann er es tun.

Dr. von der Vring: Ich will mich dazu äußern.

(Beifall bei der SPD)

Erstens: Ich halte diese Frage für unsachlich. Zweitens: Ich darf doch die Formen meiner Antwort selbst wählen, und ich bitte Sie um so viel Geduld, bis ich mein letztes Wort gesprochen habe. Das ist doch das Minimum.

(Abg. Fischer [CDU]: Die Belehrung können Sie sich schenken! Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich bin der Meinung, daß solche Positionen und solche Ansichten in ihrem Zusammenhang diskutiert werden müssen, erklärt werden müssen, daß jeder Begriff erläutert werden muß. Genau das ist der Verweis auf die Wissenschaftlichkeit der Methode, die uns hier sehr häufig verloren geht. Ich komme auf die Frage zurück!

Drittens: Ich würde auf die konkrete Frage, so wie Sie sie gestellt haben, nur weil sie als moralische Pression gestellt ist, und nicht weil ich sie für sachlich halte, so antworten, daß ich die Grundgedanken dieser Position auch heute noch habe,

(Beifall bei der SPD)

daß ich aber in wesentlichen Punkten meine Ansichten modifiziert habe.

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Inwieweit?)

Ich würde mich allerdings weigern, diese Frage „Inwieweit" und „An welcher Stelle?" zu diskutieren, wenn Sie mir nicht die Gelegenheit geben würden, diese Fragen in der der Wissenschaft angemessenen Weise, wo ich auch Fragen an Sie stellen kann, Punkt für Punkt und Schritt für Schritt durchzudiskutieren.

(Stürmischer Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Der Abgeordnete Klein möchte Ihnen eine Frage stellen. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Dr. von der Vring: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Ich frage nicht nach der Wissenschaftlichkeit, sondern nach der gesellschaftlichen Relevanz, der gesellschaftlichen Erheblichkeit Ihrer folgenden Auffassung, die Sie Mitte 1970 veröffentlicht haben, und zwar in der Zeitschrift „Konkret". Ich zitiere: „Die sozialistische Theorie

dient also der allgemeinen Orientierung von Sozialisten im praktischen Kampf gegen den Kapitalismus, aber nicht der Diskussion mit den Nichtinformierten. Andererseits ist es natürlich so, daß die Sozialisten nur dann eine Chance haben, ihre Einsichten politisch durchzusetzen, wenn sie deren praktische Konsequenzen aus konkreten Situationen unmittelbar und ohne Rückgriff auf sozialistische Begriffe ableiten können."

Präsident Dr. Klink: Ist die Frage klar?

Dr. von der Vring: Ganz glasklar! Die Antwort lautet: Theoretische Diskussion setzt theoretische Fähigkeit des Mitdiskutierenden, des Hörenden voraus. Sie setzt voraus die Fähigkeit zu folgen, zu argumentieren und teilzunehmen an ihr. Diese Voraussetzung kann bezüglich der allgemeinen Öffentlichkeit nicht gemacht werden. Das ist ein uraltes Problem, das wissen Sie genau wie ich. Schon mit Ihnen habe ich Schwierigkeiten,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Wir mit Ihnen auch!)

ganz klar zu machen, was ich eigentlich meine, wenn ich dies oder jenes sage, weil Sie mich ja nie fragen, warum ich dieser Meinung bin, sondern immer — und das ist das Unwissenschaftliche — nur fragen, welcher Meinung ich sei. Mir geht es bei dieser Frage etwa um denselben Sachverhalt, der Ihnen vielleicht die Dinge mehr erläutern kann. Eine Theorie ist dann richtig, wenn ihre Verwendung zum selben Ergebnis führt wie das Nachdenken eines klugen und informierten Menschen ohne Theorie.

Wenn Sie zum Beispiel zur Lösung von Gleichungen zweiten Grades eine bestimmte Formel benützen, dann müßten Sie — sonst würde die Formel nicht stimmen — nach langem Herumbasteln auch am Ende, ohne im Besitz dieser Formel zu sein, zum selben Ergebnis kommen. Die Funktion der Theorie ist die der schnellen, ökonomischen Verständigung über Sachverhalte, um die Produktivität des Denkens zu steigern. Sie setzt Ansprüche und bestimmte Verfahrensweisen, die man in der politischen Tagesdiskussion nicht erfüllen kann. Deshalb ist es vollkommen sinnlos, was der eine oder andere heute dauernd meint, tun zu müssen: theoretische Erkenntnisse, deren Zustandekommen niemand nachvollziehen kann, als bloße Tatsachen auszugeben. Dann werden nämlich Ansichten zu Schlagwaffen und hören auf, wissenschaftliche Erkenntnisse zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch nach einer weiteren Frage? — Bitte sehr, Herr Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Habe ich recht in der Annahme, daß Sie in beiden Antworten auf meine Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz Ihrer geäußerten Auffassung ausgewichen sind und sie nicht beantwortet haben?

(Beifall bei CDU und NPD)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Sachverständiger!

Dr. von der Vring: Ich halte die Fragen, die ich aufzuwerfen pflege, natürlich für gesellschaftlich relevant, sonst würde ich sie nicht aufwerfen. Ich verschwende meine Zeit nicht. Ich bin aber durchaus der Meinung, daß ich andere erst davon überzeugen muß, daß sie gesellschaftlich relevant sind, bevor ich ihr Gehör finde. Zum Beispiel müßte ich erst Sie davon überzeugen, daß die Frage nach der Solidarität eine ganz zentrale Frage ist, bevor ich Ihr Ohr dafür gewinnen würde zu überlegen, wie man dahin kommen könnte.

(Abg. Ströh [SPD]: Das ist geradezu unmöglich!)

Präsident Dr. Klink: Werden weitere Fragen gewünscht?

Das ist nicht der Fall. Dann ist die erste Anhörung des Sachverständigen Dr. Thomas von der Vring abgeschlossen.

Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Dr. von der Vring, sehr herzlich dafür bedanken, daß Sie die Diskussion in so sachlicher und offener Form geführt haben. Der Dank gilt selbstverständlich auch dem Haus.

(Starker und anhaltender Beifall bei der SPD)

Ich weiß, wir haben sehr schwierige Sachfragen in großer Ruhe und Sachlichkeit diskutiert.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt 12.53 Uhr. Es besteht die Möglichkeit, jetzt in eine Mittagspause einzutreten. Ich sehe, dies ist Ihr Wunsch. Ich berufe die Bürgerschaft wieder ein für 14.00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung um 12.54 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.01 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet. Ich schlage Ihnen vor, angesichts der gestiegenen Temperaturen, die Jacken abzulegen. Das gilt für die Herren! Die Damen bitte ich, sofern Sie es wünschen, um entsprechende Anwendung.

Meine Damen und Herren, wir sind so verblieben, daß wir zuerst die Sachverständigen anhören wollen, und wir haben heute vormittag den Sachverständigen Herrn Dr. von der Vring gehört, jetzt kommt also der Sachverständige Herr Zöller.

Herr Zöller, ich bitte Sie, zum Rednerpult zu kommen. Ich weise Sie, genau wie Herrn Dr. von

der Vring, darauf hin, daß gemäß Paragraph 44 der Geschäftsordnung Zwischenfragen möglich sind. Wenn die Glocke erklingt, dann bitte ich Sie, innezuhalten, dann werde ich sehen, ob Sie einverstanden sind, die Zwischenfrage anzunehmen.

Ich bitte Sie nun, zu der aufgeworfenen Frage des Antragstellers, der CDU-Fraktion, Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran werden wir genauso verfahren, wie bei Herrn von der Vring, daß Sie sich für zusätzliche Fragen zur Verfügung halten. — Bitte sehr!

Sachverständiger Zöller, Doktorant an der Universität München: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie zunächst um Nachsicht für einige Vorbemerkungen, nämlich erstens: Ich bitte Sie, meine Ausführungen als Anmerkungen eines hochschulpolitisch Interessierten zu betrachten, der vom „Bremer Modell" ursprünglich Initiativen für die Probleme der Studienreform erwartete.

Zweitens: Ich beanspruche für meine Argumente nicht den Mantel der Wissenschaftlichkeit, da es hier um Probleme geht, die zwar einen gewissen Informationsstand voraussetzen, die aber — und daran bitte ich festzuhalten — politische Entscheidungen und nicht wissenschaftliche voraussetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich empfinde es als Irreführung der Öffentlichkeit, wenn alte professorale wie linke Reaktionäre einerseits eindeutig politische Ansprüche erheben und sich dann andererseits mit Berufung auf wissenschaftliche Autonomie der einsetzenden Kritik entziehen, indem sie diese als unwissenschaftlich denunzieren.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Diese Immunisierungsstrategie, wohl eine neue Abwandlung der Kategorie Reizwortvermeidungsstrategie, verträgt sich kaum mit dem Anspruch auf Demokratie, Öffentlichkeit und Transparenz im Hochschulwesen.

Drittens: In der Gleichsetzung der Bildungsratsempfehlungen mit den Bremer Projektstudienmodellen möchte ich nur soviel sehen, als daß ich Herrn Dr. von der Vring als Liebhaber formaler Fähigkeiten zu dem Kunststück gratuliere, sich auf die Arbeit des für diese Empfehlungen wesentlich verantwortlichen Bildungsratsmitglieds, Professor Hans Maier, des heutigen bayrischen Kultusministers, bezogen zu haben.

Viertens: Ein weiteres Kunststück sehe ich darin, „Lehren als Vermitteln von Kenntnissen und Fertigkeiten" — so daß aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrats angeführte Zitat — hier anzuführen in Paranthese zum „Bremer Modell", da gerade dies in offiziellen Bremer Papieren ständig als

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Polemik! — Abg. Grantz [SPD]: Sie sind doch kein Debattenredner!)

das ideologisch abzulehnende Gegenstück präsentiert wird.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Sachverständiger, wir müssen uns noch darüber verständigen, wie wir den Auftrag des Sachverständigen verstehen. Ich will hier nicht in die Debatte eingreifen, ich möchte Sie jedoch fragen, ob wir einer Meinung sind, daß ein Sachverständiger kein Debattenredner ist, der nicht in die politische Debatte eingreift, sondern zu aufgeworfenen Fragen Stellung nimmt?

(Abg. Schepers [CDU]: Das tut er doch! — (Abg. Klein CDU]: Genau zum Thema!)

Ich möchte nur feststellen, ob der Herr Sachverständige und ich darin übereinstimmt!

Sachverständiger Zöller: Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, daß es natürlich sehr schwer ist — und das war auch der Sinn meiner Vorbemerkung —, zu differenzieren zwischen dem politischen Problemen der Hochschulpolitik. Darum geht es ja gerade! Ich versuche ja zu exemplifizieren, daß mein Begriff von Wissenschaft — und da sehe mich doch in Übereinstimmung mit sehr ernsthaften Theoretikern — also sich nicht so leicht auseinanderdividieren läßt in rein wissenschaftliche und rein politische Fragen. Das verstehe ich auch als eine der Grundintentionen der Bremer Universitätsgründung und empfinde das als Aufforderung, selbst den gesellschaftsrelevanten Zusammenhang von wissenschaftlichen und politischen Problemen mit einzubeziehen.

Präsident Dr. Klink: Ich möchte nur einmal folgendes wissen: Es ist also von der CDU die Frage vorgelegt worden: 1. Verträgt sich die politische Definition der Aufgabe einer Universität mit Wissenschaftspluralismus und Wissenschaftsfreiheit? Dazu kommen die weiteren Fragen. — Ich bitte Sie — jeder hat natürlich seinen eigenen Stil —, als Sachverständiger Stellung zu nehmen! — Bitte sehr!

Sachverständiger Zöller: Ich hoffe, deutlich zu machen, daß ich momentan bei der Frage der Verträglichkeit politischer Definition der Aufgabe der Universität mit Wissenschaftspluralismus und Wissenschaftsfreiheit bin, also Frage 1 der CDU, zu der ich Stellung nehmen soll!

Hierzu gehört ganz zentral — ich bitte mir das als die letzte Nebenbemerkung noch zu gestatten — die Verwechslung von Empirismus und Materialismus, auf die ich dann, wie wir eben festgestellt haben, nicht im einzelnen eingehen kann. Es gibt im übrigen verschiedene Wörterbücher der Philosophie, und nicht alle benutzen das gleiche, wie ich sehe.

Die Universität Bremen, so entnehme ich einer Presseerklärung des Gründungsrektors vom 9. Oktober 1970, werde sich „am Wohl des Volkes" orientieren. Ich gestehe, ohne mich dessen zu schämen, daß ich auf jeden Fall nicht weiß, was das Wohl des Volkes verlangt, daß ich dies zu definieren bis-

her nicht für die Aufgabe der Wissenschaft hielt und daß die Unmöglichkeit einer verbindlichen Umschreibung des Volkswohls mir bisher gerade als ein wesentlicher Grund dafür erschien, daß wir das System der demokratischen Mehrheitsbildung in unseren Parlamenten haben, dem es nicht um Dekretierung der Wahrheit, sondern um einen demokratisch legitimierten Konsens geht. Vor allem aber gestehe ich, daß mir all jene, die genau das Wohl des Volkes zu kennen vorgeben, leicht suspekt sind, und zwar suspekt weniger aus persönlichen Erfahrungen, sondern aus einiger Geschichtskenntnis.

Der Bremer Gründungsrektor, Herr Dr. von der Vring, ist in diesem Punkt etwas sicherer als ich, von ihm war zu hören, eine kritische Universität müsse „Partei ergreifen" und „sich offen auf die Seite des Fortschritts des Volkes, in der konkreten Bedeutung des Wortes" schlagen.

Nun gibt es für mich, abgesehen davon, daß die deutschen Universitäten sich schon einmal auf die Seite des Volkes geschlagen haben, und, soweit sie es nicht von selbst taten, später dorthin geschlagen wurden, kaum einen Begriff von einer weniger konkreten Bedeutung, als den des konkreten Volkes. Und diesem konkreten Volk sind noch allemal jene am schlechtesten bekommen, die seine Interessen so ganz genau zu kennen glaubten. Deshalb geht es auch bei dieser Art von Parteiergreifung in den seltensten Fällen darum, sich auf die Seite des Volkes zu schlagen, sondern diesem eher seine Seite zuzuweisen. Diejenigen, die sich dazu berechtigt glauben, nennen sich dann allerdings Partei, zum Beispiel die Partei Lenins, die ja Kraft Definition proletarisch und damit auf den Interessen des Volkes stehend ist.

Es war eben ein Vorteil der vielgeschmähten „bürgerlichen" und „positivistischen Wissenschaft" — ich brauche das Anführungszeichen sicher nicht nachzutragen —, daß sie sich selbst nie für fähig hielt, die wahren Interessen jener Gesellschaft, die sie angeblich verteidigt, auch nur zu definieren. Wenn die vom Grundgesetz vorgesehene Freiheit der Wissenschaft, also sowohl ein Schutz vor Eingreifen von außen sein, als auch eine Pluralität im innern sichern soll, dann stehen sich in Bremen merkwürdige Verteidiger der Wissenschaftsfreiheit gegenüber.

Die ersteren zerstören Wissenschaftsfreiheit und Pluralismus durch deren Umdefinition zu emanzipatorischer Wissenschaft. In ihrem Sinne argumentiert der nach Bremen berufene Ulrich Karl Preuß: Die Wissenschaft, von der das Grundgesetz spreche, sei ein unbestimmter Rechtsbegriff, dessen Auslegung — so Preuß — könne daher nur durch die wissenschaftlichen Instanzen selbst vorgenommen werden, alles andere sei eine Intervention, ein Eingriff in den Wissenschaftsprozeß.

Zitat: „Eine solche interventionistische Wissenschaftsbestimmung würde daher den Kern der Wissenschaftsgarantie selbst treffen. Sie würde den permanenten Prozeß der wissenschaftlichen Entwicklung und Umformung in das Prokrustesbett eines Rechtsinstituts spannen und dabei notwendig eine bestimmte wissenschaftstheoretische Position für verbindlich erklären." Soweit würde ich mich mit Herrn Preuß völlig einig erklären.

Da also das Grundgesetz keinen Wissenschaftsbegriff verbindlich gemacht habe, so argumentiert Preuß weiter, könne seinem Schutz auch eine Auffassung unterschoben werden, die gesellschaftliche Praxis mit einbezieht und ihre Ergebnisse durch Abstimmungen hervorbringt. Also habe die Universität das verfassungsmäßig verbriefte Recht, Beschlüsse dieser Art zu fassen.

Damit aber, meine Damen und Herren, zeigt sich eine bedauerliche Eigenschaft jenes politisch-emanzipatorischen Wissenschaftsbegriffs — und dies, Herr Abgeordneter Franke, möchte ich noch auf Ihre Frage von heute früh nachtragen —, er kann nämlich, im Unterschied zu anderen, nicht darauf verzichten, sich für verbindlich zu erklären. Von allen zur Zeit in Frage stehenden ist dieser Wissenschaftsbegriff der einzige, der keine andere Auffassung von Wissenschaft neben sich dulden kann, da zumindest jedes Mitglied der wissenschaftlichen Korporation das Risiko eben dieser Majorisierung auf sich nehmen muß, was wohl zwingend nur durch den Nachvollzug eben jener Begründung möglich ist.

Die Konsequenz, will man liberale Freiheitsgarantien auch als solche aufrechterhalten, und sie nicht, wie es einer heutigen Tendenz sehr oft entspricht, in politische Pflichtbindungen umdefinieren, kann also dann nur heißen: . . . dessen Auslegung kann — hier wäre einiges aus dem Preuß'schen Zitat wegzulassen und dann fortzufahren — nur durch die wissenschaftlichen Instanzen selbst vorgenommen werden, sondern es muß im Gegenteil heißen: Die Hochschulen verzichten darauf, eben diese vom Gesetzgeber unterlassene Definition nachzuliefern und damit den als Freiheit übriggelassenen Bereich zu zerstören, indem sie ihn ausfüllt, und zwar in einer für alle verbindlichen Weise.

Ich möchte das auf die etwas feuilletonistische Formel bringen: Wissenschaftspluralismus besteht in dem Verzicht auf den Versuch, denselben herzustellen. Wer will, kann also gesellschaftliche Praxis im Interesse der Emanzipation für Wissenschaft halten, die Universität aber darf nicht durch Mehrheitsbeschluß nach diesem Begriff verfahren und ihn dadurch, auch für seine Gegner, allgemeinverbindlich machen.

Die zweite Gruppe von gefährlichen Freunden von Freiheit und Pluralität liquidiert nun diese, indem sie jetzt für Pluralismus zu sorgen gedenkt. Wie unterschiedlich auch der jeweilige Ausgangspunkt der Argumente sein mag, die Folgen sind gleich: In Bremen ist sich wohl keine der kämpfenden Seiten mehr des Umstands bewußt, daß die Freiheit der Wissenschaft nur ein formales Recht sein kann, das mit der Bewahrung seiner Formalität steht und fällt. Das Ende von Freiheit und Pluralität der Wissenschaft besteht, wie gesagt, in dem Versuch, diese

zu definieren. Ich bin mir allerdings dessen bewußt, daß dies liberale Grundsätze sind, die sich heute zumindest in einem normativ anfälligen Bereich der Wissenschaft nicht allzu großer Unterstützung erfreuen.

Damit bin ich bei der Frage nach Transparenz, also nach Verbindlichkeit. Daß auch in Bremen Entscheidendes hinter verschlossenen Türen geschieht, verdiente keiner Erwähnung, handelte es sich nicht um eine angeblich jedem Kabinettsstil abholde Musterpolitik. Doch der Gründungssenat wird zu Recht einwenden, es sei noch selten ein solches Maß an Öffentlichkeit der Verhandlungen, Beratungen und Anhörungen verwirklicht worden, wie im Fall der Bremer Universitätsgründung.

Der Einwand erscheint mir so richtig wie unerheblich, denn was uns Fortschrittshungrige interessiert, ist nicht die Frage, ob an einer Diskussion zehn oder hundert Genossen teilgenommen haben, sondern ob diese Diskussion zu einer Pluralität von Meinungen, zu einer Mehrzahl von Entscheidungsalternativen und zu einem Angebot zu kritischer Teilhabe an jeden Interessierten geführt hat oder nicht.

Der Eindruck spricht mehr für das Gegenteil. Den Jahren unermüdlicher Diskussion, den Mengen hektographierten Papiers und dem Umfang kolportierter Gerüchte entspricht nur das Fehlen bindender Beschlüsse, der Mangel an autorisierten Protokollen und die Fülle von Dementis. Wer irgendwo nachzufassen sucht, ist allemal der Genasführte. Was er kritisiert, stellt sich regelmäßig als nur vorläufig, als unverbindlich, als Ausdruck eines eben absolvierten Lernprozesses, wenn nicht gar, wie dann die Entschuldigung lautet, als unqualifiziertes Produkt

(Beifall bei der CDU)

einiger Übereifriger aber dennoch löblich Engagierter heraus.

Ich brauche in diesem Zusammenhang nur an die Auseinandersetzung mit Herrn Barner zu erinnern. Was die Kommunikationsforschung seit langem wußte, präsentiert sich in Bremen als das Dilemma einer sich selbstbefriedigenden Räteöffentlichkeit, deren Emsigkeit sich nur im Kreise dreht. Dies ist das Geheimniskrämerische an der totalen Öffentlichkeit. Schließlich besteht das Grundproblem moderner Kommunikationsstrukturen ja eben darin, daß auf den einzelnen eine Fülle von Informationen eindrängt, von deren sinnvoller Verarbeitung seine Möglichkeiten zur Teilnahme am politischen Geschehen abhängen. Ist er nicht in der Lage, das Informationsangebot zu ordnen und auf eindeutig geregelte Kompetenzen und Verantwortungsstrukturen zu beziehen, so kann er weder eigene Aktivitäten in die politische Auseinandersetzung einbringen, noch anderen gegenüber Kontrolle ausüben.

Der Kommunikationsaktivismus Habermas'scher Prägung, der in der Bremer Universitätsgründung sich vollzieht, entspricht daher zwar der Spontaneitätsidylle umlaufender Rätemodelle und zeigt als karikierender Exzess die Schwächen der auch anderwärts nur im geringen Ausmaß praktizierten Hochschulselbstverwaltung. Mit dem Ablauf eines funktionierenden öffentlichen Informations- und Entscheidungsprozesses hat dies jedoch nach sozialwissenchaftlichen Kriterien herzlich wenig zu tun.

(Beifall bei CDU und NPD)

Die Trennung von inneruniversitärer und außenstehender Öffentlichkeit ist daher in Bremen im Gegenteil noch spürbarer zutage getreten als anderwärts. Das Fehlen von Strukturen macht es eben außenstehenden Beobachtern unmöglich, Zusammenhänge und Verantwortungen zu erkennen und schließt daher die weitere Öffentlichkeit vom Geschehen und also auch von der Kontrolle der Entscheidungen aus. In der Bremer Universität und auch ihr gegenüberstehend gibt es demnach genügend kontrollwillige Subjekte, aber keine kontrollierbaren Objekte. Transparenz existiert, wenn überhaupt, nur für die Teilnehmer am Spiel.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur zweiten Frage: nach dem Verhältnis von Autonomie und staatlicher Verantwortung. Am Beispiel Bremen stellt sich also das Problem der Autonomie in besonderer Schärfe. Wenn Sie mir eine feuilletonistische Einblendung gestatten, so will ich berichten, daß ich gestern bei meiner Ankunft in Bremen ein fast kafkaeskes Beispiel dafür erlebt habe. Auf dem Rathausplatz präsentierte sich die Bremer Staatsgewalt in Form eines Musikkorps der Polizei und spielte, wie man glauben konnte, Musik. Es stellte sich dann aber für mich heraus, daß das Ganze nur eine Fernsehaufzeichnung war, man nur zum Schein in die Instrumente blies und die Musik von jemandem gemacht wurde, der mit dieser Staatsautorität nicht so ganz identisch war

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und NPD)

und die Platte im Hintergrund aufgelegt hatte.

Ich betrachte das, um es auf das soziologische Problem der Autonomie zu reduzieren, genau als unsere Fragestellung. Denn wenn Autonomie idealtypisch gefaßt darin besteht, daß eine begrenzte soziale Einheit das Recht erhält, Normen von interner Gültigkeit selbst festzusetzen und ebenfalls selbst über deren Einhaltung zu wachen, so bleibt als das Problematische an der Autonomie nur bestehen, daß sie unter Umständen auch Außenstehende mit umfassen könnte, daß es also in Frage käme, von diesen Entscheidungen auch solche Personen existentiell abhängig zu machen und in ihren Belangen zu betreffen, die weder am Zustandekommen dieser Normen, noch an der Kontrolle ihrer Einhaltung beteiligt waren.

Angesichts der heutigen Bedeutung von Bildung und Wissenschaft wird jedoch kaum noch jemand behaupten wollen, daß nur Professoren, Assistenten und Studenten davon betroffen seien, ob in einer Hochschule hinlänglich geforscht und ausgebildet

wird. Das Undemokratische der unter dem Vorzeichen der Autonomie betriebenen sogenannten Demokratisierung besteht eben darin, daß die Mehrzahl der Betroffenen, nämlich die Gesamtgesellschaft und ihre demokratisch legitimierten politischen Repräsentanten, vom Zustandekommen der Entscheidungen ausgeschlossen werden.

Entsprechend empört werden auch Politiker und Journalisten auf ihre Kompetenz hingewiesen, wenn sie Kritisches zu Bremen äußern, und so zeigt sich auch am Problem der Autonomie der gesellschaftsfeindlich-elitäre Charakter der in Bremen besonders zahlreichen Vertreter der neuen Linken. In der Frage der Autonomie treffen sich nämlich alte und neue Hochschulreaktionäre in herzlicher Gemeinsamkeit, und Politiker spielen bei dieser ihrer Entmündigung zunächst sehr gern mit. Benutzen sie zunächst die Autonomie als Alibi vor der eigenen Verantwortung zur Struktur und Aufgabenstellung einer künftigen Universität, so greifen sie nun, nachdem dieses Lavieren mehrere Gründungssenate verschlissen und wohl die letzten Liberalen verscheucht hat, zu dem Versuch, die Autonomie ausgerechnet da einzuschränken, wo sie ihr Recht hätte, nämlich in der Auswahl von Wissenschaftlern.

Es bezeichnet für mich nur die Ausweglosigkeit der Situation, daß auch diese problematischen Eingriffe nicht mehr ihren Zweck erfüllen können, denn dem Gründungsrektor von der Vring ist zumindest darin zuzustimmen, daß die Struktur der Universität in einer Art und Weise zugeschnitten wurde, die die personelle Auswahl eindeutig präjudiziert.

Die Diskussion um Gottschalch geht daher am Kern des Problems vorbei, denn dieser gehört nach meiner Ansicht ganz sicher in die neue Bremer Universität.

(Zurufe von der SPD — Heiterkeit bei der CDU)

Damit ist zur Frage der Rechtsstaatlichkeit bereits das Primäre gesagt, und ich will mich im folgenden vor allem auf Originalquellen der Bremer Universitätsgremien beziehen.

Zieht man unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit noch heran, daß es in einem Textentwurf zum Anstellungsvertrag eines Hochschullehrers heißt, „eine stärkere Konkretisierung der Tätigkeitsmerkmale ist im weiteren Verlauf des Planungsprozesses in der Diskussion der Beteiligten untereinander und mit allen Planungskommissionen möglich und sollte auch der ständigen Kontrolle dieser oder entsprechender Gremien unterliegen", zieht man also derartige Definitionen von Tätigkeitsmerkmalen noch hinzu, und bedenkt man außerdem, daß die Projektkommissionen als die für Forschung und Lehre entscheidenden halbparitätischen Gremien jederzeit nach beliebigem Bedarf entstehen können, so ist unerfindlich, was einen qualifizierten Wissenschaftler außer etwaiger ideologischer Übereinstimmung mit der vorherrschenden Tendenz zum jeweils so empfundenen „Wohl des Volkes" veranlassen sollte, sich unter Umständen lebenslang an eine solche Universität zu binden.

Daß alles immer wieder ab ovo diskutiert werden muß, jede bestehende Struktur einfach durch eine andere ersetzt werden kann, entspricht zwar vielleicht rätedemokratischen Idealvorstellungen, kaum aber den Voraussetzungen halbwegs kontinuierlicher wissenschaftlicher Arbeit. So bleibt für mich die Frage, ob wenigstens die bis jetzt erkennbaren inneren Strukturen der künftigen Universität eine gewisse Pluralität in der Auswahl des Lehrenden, der lehrenden Personen und der Lehrinhalte gewährleistet. Die innere Struktur, die damit angesprochen ist, besteht aber doch wohl nach dem vielfachen Hinweis der Gründer in den organisatorischen Folgerungen aus der Idee des sogenannten Projektstudiums. Es müßte also das Kunststück vollbracht werden, eine organisatorische Emanation des freischwebenden Geistes zu konstruieren, und darin sind wohl die öffentlichen Rechtler überfordert.

Was also ist ein Projekt? „Die Konzeption des Projektstudiums meint ein Studium in Lern- und Forschungseinheiten, die problemorientiert, fachüberschreitend, integrativ, berufsbezogen und gesellschaftlich relevant sein müssen." So lese ich im Papier „Ergänzungen zum Projektstudium" der Planungskommission Lehrerbildung. Und weiter ist zu erfahren, „die emanzipatorische Chance des Projektstudiums besteht darin, die Methoden der kooperativen rationalen Problemlösung nicht nur zur Lösung technischer und organisatorischer Probleme anzuwenden, sondern innerhalb dieser Projekte zugleich auch den Stellenwert der wissenschaftlichen und beruflichen Tätigkeit im gesellschaftlichen Zusammenhang reflektieren zu lernen. Um das zu ermöglichen, dürfen Fragestellung und Aufbau der Projekte nicht beliebig und zufällig sein, sondern müssen sich an den objektiven Problemen der Gesellschaft beziehungsweise an der speziellen Berufspraxis in der Gesellschaft orientieren."

Sie können also, erfährt man nun wenigstens, doch nicht — wie heißt es hier — „beliebig und zufällig" sein, sondern sie müssen sich an den objektiven Problemen orientieren. Die allerdings müssen doch wohl erst definiert sein, und ich frage, von wem! Man ist begierig, nun endlich die objektiven Probleme der Gesellschaft oder auch nur eine Methode zu deren jeweiligen Ermittlung zu erfahren, und da es wieder konkret wird, wird man auch prompt wieder auf später verwiesen. Also lautet der nächste Satz: „Eine solche Orientierung an objektiven Problemen ist jedoch weder durch irgendeine Form der Studienorganisation zu sichern, noch läßt sie sich dogmatisch dekretieren. Ihre Bestimmung unterliegt den permanenten Diskussions- und Entscheidungsprozessen der universitären Öffentlichkeit".

Weitere Papiere, die sich mit spezielleren Vorhaben befassen, zeigen dann allerdings die wünschenswerte Eindeutigkeit. „Die Erkenntnis der gesellschaftlichen Konstituierungsbedingungen von Er-

kenntnisprozessen und der gesellschaftlichen Verwendung ihrer Ergebnisse oder die Untersuchung der gesellschaftlichen Konstituierungs- und Verwendungszusammenhänge führt im Gefolge dieser Erkenntnisprozesse zu einer richtigen und der gesellschaftlichen Entwicklung förderlichen Erkenntnis." Erkenntnis heißt schließlich, es „ist die Erlangung des Bewußtseins von der realen gesellschaftlichen Entwicklung."

Nimmt man diese drei Sätze zusammen und setzt man nicht eine logische Tautologie an, was man dem Ernst derjenigen sicher nicht antun darf, die dieses Papier produziert haben, so sind dies Zitate aus einem Papier „über die Ausbildung des Lehrers" und zugleich bewundernswert kurze Zusammenfassungen der marxistischen Ideologienlehre und Wissenschaftstheorie.

Es bedarf kaum noch des Hinweises, daß die Planer, die sich mit der „Didaktik der Eingangsphase im Rahmen der integrierten Lehrerbildung" befassen und nach eigenem Zeugnis „materialistisch" vorgehen und die „Wahrheit aufzeigen" wollen, denn noch deutlicher wird diese Tendenz in der sogenannten Skizze des Studiengangs Arbeitslehre/Politik.

Theoretische Begründungen, Diktion und Darstellungen der beiden vorgeschlagenen Modelle lassen eindeutig erkennen, daß hier ein Studiengang für die Arbeitslehre und Politik vorgeschlagen wird, der auf der wissenschaftstheoretischen Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus beruht, und zwar — ich sage das mit vollem Bewußtsein — speziell des dialektischen und historischen Materialismus, und die Lehrer befähigen soll, die Gesellschaft entweder revolutionär zu ändern, oder es sei wirklich eine logische Tautologie, was ich vorgelesen habe.

Als Basis für den Aufbau dieses Studiengangs dient eindeutig die politische Ökonomie, wobei die Verfasserin sich auch in der Terminologie fast genau an das Inhaltsverzeichnis der ersten Bände des „Kapitals" gehalten hat.

(Abg. J o h n [FDP]: Das stimmt genau! Das steht schon in meiner ersten Lehrerprüfung!)

Die Skizze des Studiengangs gewinnt insofern zentrale Bedeutung, als die Betrachtung sozialer, ökonomischer, politischer, technischer und historischer Probleme und Sachverhalte ausschließlich aus der Sicht des historischen und dialektischen Materialismus geschieht und die bisherigen eigenständigen Fächer Arbeitslehre, Technisches Werken, Politische Bildung, Geschichte und so weiter aufgehoben und durch diesen Studiengang ersetzt werden.

Zur Abrundung des Bildes muß nur noch das Papier zur Struktur der Lehrerbildung herangezogen werden. Dort heißt es, es sei davon auszugehen, „daß das entwickelte Potential an Fähigkeiten ein historisch fortschrittliches sei, soweit es dazu diene, die menschlichen Produktivkräfte auch gegen den Widerstand der bestehenden Verhältnisse tatsächlich zu entfalten." Entsprechend wird es als Aufgabe des Lehrers beschrieben, „den inhaltlichen Gang der Erkenntnisse seinen wesentlichen Elementen entsprechend zu strukturieren", was im Klartext doch wohl nichts anderes heißen kann, daß es zwar keine Fächer im alten Sinne mehr gibt, daß aber an die Stelle dieses Ordnungsprinzips, das sich aus der Wissenschaftsgeschichte ableitet, das richtige marxistische Bewußtsein treten muß, indem der Lehrer die Erkenntnis der Schüler leitet.

Was soll ein Lehrer auch anders tun, dessen eigenes Studium weniger in der vorhin aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zitierten Aneignung von Kenntnissen, als in Gesellschaftsrelevanz bestand? Leider liegt für die Bremer Uni inhaltlich ausgeführtes Material zur Studienplanung nicht vor, sieht man von einigen Themenvorschlägen auf zwei Seiten des eben genannten Papiers ab.

In Berlin allerdings wurde vor wenigen Tagen ein solches Programm vorgelegt, das von den gleichen theoretischen Voraussetzungen ausgeht wie das Bremer Projektstudium und dieses in der Einleitung auch ausdrücklich betont. Dieser Plan enthält zum Beispiel ein genaues Programm für die ersten vier Semester der Ausbildung von Englisch-Lehrern. Läßt man die „Lektüre amerikanischer Undergroundzeitschriften" einmal als „sprachwissenschaftliche Übung" gelten, so verteilt sich der Stoff der ersten vier Semester folgendermaßen: Zwanzig Wochenstunden entfallen auf Soziologie, elf Wochenstunden auf reine Sprachtechnik, also Übungen im Sprachlabor, und ganze dreizehn auf sprachwissenschaftliche Themenstellungen, „Schülerjargon" und „Undergroundliteratur" inbegriffen. Der hohe Anteil von Soziologen unter den Berufungsvorschlägen für alle Bremer Fächer dürfte zusammen mit den Grundzügen der Bremer Theorie des Projektstudiums für die Übertragbarkeit des Beispiels sprechen.

Welcher Art diese Soziologie sein wird, steht nach den angeführten Grundsätzen für mich außer Zweifel: Wer sich an die Universität Bremen begibt, stimmt entweder mit dem marxistischen Wissenschaftsvorverständnis überein oder merkt, wie die Mathematiker Oberschelp, Barner, Klink und Dietrich, bald darauf, daß er in Bremen doch nicht ganz richtig am Platze ist.

Um es nocheinmal zu sagen: Ich stimme dem Gründungsrektor von der Vring völlig darin zu, daß die Strukturen und die vorgesehene wissenschaftliche Betätigung eindeutig präjudiziert sind. In welchem Sinne, glaube ich, gezeigt zu haben. Nur strenggläubige Marxisten können aus dieser Spielart des Projektstudiums etwas machen, denn nur sie sind in der Lage, die Wissenschaftsgeschichte, also den Fächerkanon, durch Problembewußtsein zu ersetzen. Die Kurzformel für mich lautet: Zwergschule, also Schule ohne Klassen und Fächer, in der aus richtiger Weltanschauung alles gelehrt werden kann, mit Bekenntnischarakter. Ein abenteuerlicher Umweg vom katholischen Turnen zur sozialistischen Mathematik.

(Beifall bei CDU, FDP und NPD)

Ich sehe in den gegenwärtigen Ansätzen der Bremer Universität keine Garantie für Öffentlichkeit, keine demokratische Kontrolle, keine Wahrnehmung ihrer Verantwortung durch die zuständigen Politiker, keine Rechtssicherheit für die künftigen Mitglieder der Universität, keine Übertragbarkeit der Studienleistungen, also kein faires Angebot an die Studenten, die hier bald ihr Studium beginnen sollen, vor allem aber sehe ich einen ideologischen Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft, eine uneingestandene und von vielen unerkannte totalitäre Versuchung. Das heißt, ich sehe keinen Pluralismus der Personen, Lehrinhalte und Forschungsrichtungen.

Nicht nur, daß es in Bremen keine Grundlagenforschung geben wird und kann, weil diese Art der Forschung ihre Gesellschaftsrelevanz erst im Nachhinein zeigt, dafür aber wirklich relevante Ergebnisse zeitigen kann. Es kommt hinzu, daß man ja schon weiß, „was zum Wohl des Volkes" ist. Also sind Ergebnisse und Fragestellung identisch, was mit der formallogischen Definition eines folgenlosen Diskutierens unter Gleichgesinnten identisch zu setzen ist. Es ist der Regelkreis einer Nullsumme, das Ergebnis entspricht immer dem Input. Wo nur sozialistisches Bewußtsein eingegeben wird, kommt auch sozialistisches Bewußtsein heraus.

(Beifall bei CDU und NPD)

Und Diskussionen stellen die Bremer Universitätspapiere ja reichlich in Aussicht.

Bürgermeister Koschnick hat nun in seiner Not angekündigt, er werde auf Pluralismus in der Berufungspolitik der Bremer Universität achten. Ist diese Äußerung, in politischen Klartext übersetzt, schon für sich bemerkenswert, so offenbart sie doch auch eine Auffassung von Wissenschaftspluralismus, gegen die ich noch einige Einwendungen erheben möchte. Dies nicht wegen der Möglichkeit eines Proporzdenkens, das man in früheren Jahren wohl ein österreichisches genannt hätte, sondern vor allem auch wegen der Gefahr einer allgemeinen Gesinnungsschnüffelei. Wissenschaftlicher Pluralismus, und nur um diesen geht es, nicht um politischen, kann eben nur erreicht werden, wenn gesichert wird, was in Bremen vorerst vertan zu sein scheint, daß nämlich die wissenschaftliche Qualifikatation den Ausschlag gibt, und daß man sich zu deren Beurteilung verstärkt der wissenschaftlichen Öffentlichkeit stellt.

Anders ausgedrückt, man ist in die Situation geraten, frühere Fehler nur durch neue Fehler kompensieren zu können. Man hat zunächst die eindeutig politische Verantwortung für die Errichtung einer Universität, für ihre Organisation, für ihre Struktur und für ihre innere Rechtsgestalt, was alles eindeutig politische, nicht wissenschaftliche Fragen sind, unter Benutzung des Alibis der Autonomie von sich abgewiesen und ist heute, da man in den Folgen steht, nun genötigt, die Autonomie wieder einzuschränken, wo sie ihr ursprüngliches Recht hat.

(Abg. Schepers [CDU]: Sehr richtig!)

Nochmals von einer anderen Seite betrachtet: „Wollte die Hochschule ein politisches Mandat wahrnehmen, so müßte sie entsprechende Auflagen für ihre politische Zusammensetzung sich gefallen lassen. Das aber wäre absurd und würde ihre wissenschaftliche Arbeit unmöglich machen. Die Hochschule kann auch nicht die Rolle einer politischen Partei spielen. Dann müßte die Mitgliedschaft in ihr von dem Bekenntnis zu einem bestimmten politischen Programm abhängig gemacht werden. Deshalb verkennt die Hochschule ihren Auftrag, wenn sie sich zum Sprecher politischer Gruppierungen oder gesellschaftlicher Gruppen macht, auch wenn sie solche abseitigen Funktionen pseudo-wissenschaftlich makiert."

Ich will Ihnen gern gestehen, daß die letzte Passage ein Zitat war. Es stammt vom Berliner sozialdemokratischen Wissenschaftssenator Professor Stein. In Berlin weiß man heute nicht mehr so genau, was im Falle der Hochschulen zum „Wohle des Volkes" sei, wie man noch vor kurzem zu wissen glaubte. Der Berliner Politologe Schwan, SPD-Mitglied und früher einer der eifrigsten Befürworter der neuen Hochschulstruktur Berlins, erklärt heute in der Berliner SPD-Zeitung „Berliner Stimme" das Experiment für gescheitert.

Sollte es in Bremen wider allem Anschein möglich sein, die Fehler anderer nicht noch einmal zu vollziehen, sollte das Experiment Bremen dies durch eine Hegelsche List der Vernunft ermöglicht haben, so hätte sich in meinen Augen der Aufwand gelohnt, und es wäre überdies der emanzipatorischen Wissenschaft zum Trotz erwiesen, daß der Wert vieler wissenschaftlicher Arbeiten gerade in den Ergebnissen liegen kann, die nicht durch Gesellschaftsrelevanz schon innerhalb der ursprünglichen Fragestellung lagen. — Ich danke Ihnen!

(Starker Beifall bei CDU, FDP und NPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben die Ausführungen des Sachverständigen Zöller gehört.

Wünscht ein Abgeordneter eine Zusatzfrage an den Sachverständigen zu richten?

Ich frage noch einmal, wird das Wort zu einer Zusatzfrage gewünscht?

Bitte sehr, Herr Abgeordneter Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Ist es zutreffend, Herr Sachverständiger, daß der Materialismus die wichtigste Grundlage des Abendlandes ist?

Sachverständiger Zöller: Ich kann mich zu diesem Satz nicht äußern, wenn ich demjenigen, der diesen Satz gesprochen hat, nicht das Unrecht tun soll, daß ich vielleicht das, was er gemeint hat, nicht in der Form gehört habe, wie es ausführlich hätte dargestellt werden müssen. Sicher hat er nicht den Materialismus, sondern den Empirismus gemeint. Dadurch würde sich das Mißverständnis wahrscheinlich leicht auflösen.

Präsident Dr. Klink: Werden weitere Fragen gewünscht?

Ich stelle fest, daß keine weiteren Fragen gewünscht werden.

(Starker Beifall bei CDU, FDP und NPD)

Herr Sachverständiger Zöller, ich möchte mich auch bei Ihnen für die sachlichen Ausführungen bedanken.

(Erneuter starker Beifall bei CDU, FDP und NPD)

Soweit ich die Ausführungen für nicht sachlich hielt, habe ich darauf hingewiesen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Sachverständigen angehört.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf Punkt 1:

Antrag (Entschließung): Kritik an der Planung der Ausbildung für Lehrer und Mathematiker an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 563),

Antrag (Entschließung): Einstellung der Berufungsverhandlungen und der Personalentscheidungen für die Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 564),

Antrag: Lehrerausbildung an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 562)

und

Bildung einer Kommission für einen Alternativplan zum Lehrerbildungsmodell der Planer an der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 565).

Meine Damen und Herren, wir haben uns heute vormittag darüber verständigt, daß die Antragsteller erst einmal die Möglichkeit zur Begründung haben.

Das Wort hat der Abgeordnete Klein zur Begründung der beiden Entschließungsanträge.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Begründung der von meiner Fraktion vorgelegten Anträge, die Ihnen inhaltlich bekannt sind, beziehe ich mich voll und ganz auf die Ausführungen des Sachverständigen Michael Zöller.

(Lachen bei der SPD)

Als heute morgen die Debatte begann und Herr Dr. von der Vring sprach, verstärkte sich bei mir der Eindruck, es liegt dichter Nebel über der bremischen Universitätslandschaft.

(Abg. Schepers [CDU]: Umweltschutz!)

Wir hatten mehr als ein Jahr lang gewarnt, unsere Besorgnisse begründet,

(Zuruf von der SPD: Begründet nicht!)

hier wird eine Universität gegründet mit marxistischer Ausrichtung. Die Realitäten, die eine solche Kritik stützten, wurden schlaglichtartig erhellt, als vor kurzem vier nicht unmaßgebliche Professoren, nämlich Barner, Oberschelp, Klink und Dietrich, dieselben Befürchtungen marxistischer Ausrichtung öffentlich formulierten und zwei dieser Herren sogar daraus die beachtliche Konsequenz zogen, den Ruf nach Bremen abzulehnen.

Nach dieser Erhellung der Szene

(Abg. Czichon [SPD]: Im Nebel?)

setzte das ein, was ich Vernebelung nenne. Der Senat entzündete einen sehr großen Nebeltopf, nämlich die Dokumentation, die er vergeblich den Ministerpräsidenten vorlegte, und die Mitglieder und maßgeblichen Gründer dieser bremischen Universität versuchten das ihre zu tun, die Landschaft zu vernebeln.

(Abg. Stäcker [SDP]: Sie kommen als Windmacher!)

Wenn ich im Bilde bleiben darf: Ab und zu hörte man aus den Nebelschwaden dumpfe Rufe.

(Zuruf von der SPD: Wir brauchen ein Nebelhorn! — Heiterkeit — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Im Augenblick nicht, Herr Präsident, ich bin noch nicht fertig.

Ab und zu hörte ich dunkle Rufe,

(Heiterkeit bei der CDU)

dumpfe Rufe der Leute, die diese Universitätsgründung zu verantworten haben. Ich hörte den Ruf nach Freiheit,

(Erneute Heiterkeit bei der CDU)

ich hörte den Ruf nach Pluralismus — heute morgen hörte ich sogar den Ruf „Gut Freund" —, ich hörte aber nichts von dem, worum es hier geht, wovon ich zu sprechen habe, und wovon Herr Zöller gesprochen hat. Ich hörte nichts von dem kritisierten ideologischen Inhalten des Wissenschaftsbetriebes, wie er hier geplant ist und der Lehre, wie sie hier geplant ist.

(Beifall bei der CDU)

Und davon zu sprechen ist unsere politische Aufgabe. Ich lasse mich nicht daran hindern, auch nicht durch das Argument, das sei Wissenschaft, und davon verstünden wir nichts.

(Erneuter Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie nun bereit, eine Zwischenfrage des Kollegen Franke zu beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Klein, sind Sie vielleicht der Ansicht, daß die Professoren Dietrich und Klink, als sie ihre geäußerten Bedenken zurückzogen, auch Nebeltöpfe geworfen haben?

(Abg. Schepers [CDU]: Nein, die hat Franke geworfen!)

Abg. **Klein** (CDU): Ich bin Ihnen dankbar, ausgesprochen dankbar für diese Frage, sie gibt mir nämlich Gelegenheit, eine objektiv unwahre Mitteilung des Herrn Dr. von der Vring richtigzustellen. Es ist gar nicht so, wie hier getan wird, daß Herr Professor Dietrich seine Bedenken zurückgezogen hätte. Ich habe hier vorliegen einen Auszug aus dem „Weser-Kurier" vom 9. 7. 1971, eine Zeitung, die ich sehr schätze, und wenn sie etwas in Anführungszeichen setzt, dann verlasse ich mich darauf. Und sie hat folgendes in Anführungszeichen gesetzt. Ich darf zitieren, letzter Absatz, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

„Zwar ist die Kritik des PH-Professors am Planer-Papier durch die Zurückweisung des Gründungssenats inzwischen ‚erledigt', seine Bedenken gegen die Planungskommission Lehrerbildung jedoch erhält Dietrich aufrecht.

(Abg. Fischer [CDU]: Hört, hört!)

So wie die Kommission jetzt zusammengesetzt sei, nämlich von links nach links, seien Konzepte nur aus diesen Richtungen zu erwarten. Diese Linie würde durch die Skizze des Studiengangs Arbeitslehre/Politik der Planerin Barbara Busch bestätigt. ‚Ich habe nichts gegen Marxisten in der Kommission', betont Dietrich. Und er bleibt dabei, wie auch den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Koschnick, schon einmal vorgeschlagen, die Planungskommission wäre neu zu besetzen: im Sinne einer Ausgewogenheit der politischen Ansichten."

Genau das fordern wir seit Beginn unserer Kritik an dieser Universitätsgründung.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Klein, sind Sie bereit, eine weitere Frage des Kollegen Franke zu beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Sehr gern, zumal ich mich gerade mit dem Kollegen Franke sehr gern unterhalte. Ich habe nur ein Bedenken: Ich glaube, mir steht nur eine halbe Stunde zu. Wenn Sie die Antworten abziehen von der Redezeit, hätte ich diese Bedenken nicht.

Präsident Dr. Klink: Es ist richtig! Ihnen steht eine halbe Stunde zu. Aber diese halbe Stunde umfaßt alles, Ihre Ausführungen und Ihre Antworten.

(Abg. Franke [SPD]: Danke sehr, dann werde ich es nachher vom Pult aus sagen!)

Abg. **Klein** (CDU): Das ist nett. Ich möchte unterstreichen, was Herr Zöller über die marxistische Ausrichtung der Lehrerbildung hier gesagt hat. Ich möchte die einzelnen Papiere, die er hier erwähnt hat, nicht noch einmal behandeln, aber ergänzende Unterlagen vorlegen.

Außerordentlich wichtig, und auch für Professor Dietrich wichtig gewesen ist die Diskussion der Planungskommission Lehrerbildung unter Beteiligung der hauptamtlichen Planer Bonin, Brentzel, Busch, Maier, Marzahn, Mützelburg, Nevermann, Vollmer, de Vries am 14./15. Mai 1971 über das Strukturmodell Lehrerbildung, das vor einigen Tagen vom Gründungssenat zum großen Teil verabschiedet worden ist. Auf diese im Protokoll festgehaltene Diskussion möchte ich jetzt zurückkommen und Ihnen einige wesentliche Auszüge vorhalten.

Es geht in diesem Papier, in diesem Protokoll, darum, daß einige Partner in der Diskussion den marxistischen Bezug in einem Abschnitt des Strukturmodells Lehrerbildung als nicht deutlich genug formuliert betrachten. Sie wünschen eine Konkretisierung, damit Mißverständnisse ausgeschaltet werden. Es heißt hier, ich zitiere wörtlich aus dem Diskussionsprotokoll. — Allerdings ist in diesem Protokoll nicht vermerkt, wer im einzelnen gesprochen hat —:

„Dem Vorwurf der mangelnden Spezifiziertheit des Modells wurde von den Planern folgendes entgegengehalten: Eine Ableitung des Lehrerbildungsmodells aus der konkreten historischen Situation unter Bestimmung des Standes der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse muß notwendigerweise auch eine klassenmäßige Spezifizierung vornehmen. Ein so zu beschreibendes Lehrerbildungsmodell müßte dann aber seinen Inhalten nach ein sozialistisches Modell sein," — ich füge ein: völlig richtig, völlig logisch — ich fahre im Zitat fort: „das den Versuch macht zu beschreiben, was welche Klassen in der konkreten Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaft lernen müssen. Die Beschreibung eines solchen Modells ist aber nicht Aufgabe der Verfasser gewesen. Ihre Aufgabe war es, von der Tätigkeit des Lehrers her Forderungen für die Ausbildung dieser Lehrer zu entwickeln, die zwar materialistisch begründet werden müssen, aber im Hinblick auf eine klassenneutrale Formulierung von gesellschaftlichem Lernen. Die materialistische Begründung ist dadurch gegeben, daß auf bestimmte objektive gesellschaftliche Zusammenhänge rekurriert wird und nicht auf Objektivationen des Geistes. Dem wurde aus der Mitte der Planungskommission widersprochen. Es genüge nicht, in einer gegebenen erkenntnistheoretischen Sprache anzudeuten, was eigentlich gemeint sei. Die Verfasser des Modells hätten die ganzen Erfahrungen von Politisierungsprozessen in der Studentenbewegung schlecht ver-

arbeitet. Man hätte nicht erkannt, daß bestimmte, nach der Meinung der Verfasser idealistische Positionen Prozesse vorangetrieben haben, die sich auf die Klassenbeziehungen ausgewirkt haben. Das Modell fördere aber die Entpolitisierung, wenn man jetzt in abstrakte und dann vielleicht weniger der Idealisierung sich aussetzende Darstellungsweisen zurückfalle."

Hier wird meines Erachtens ein außerordentlich wichtiger Punkt, auch ein schwieriger Punkt, angesprochen. Die Planer, die verantwortlich waren für diese Vorlage des Strukturmodells, haben zwar den materialistischen Ansatz deutlich formuliert, ihn aber nicht marxistisch konkretisiert. Kritiker im Planergremium, hauptamtliche Planer, meinen nun, das sei eine Gefahr für eine Konkretisierung der Studiengänge im Sinne des Marxismus, und sie bitten um eine Verdeutlichung der konkreten Inhalte.

Ich finde, hier wird klar, daß Leute derselben Coleur, Leute desselben Wissenschaftsverständnisses, nämlich eines marxistischen, zusammensitzen und nicht mehr über qualitativ andere Positionen sprechen, sondern nur noch über die Taktik ihres Vorgehens. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, muß natürlich die sogenannte Reizwortvermeidungsstrategie als ein ganz besonders gefährliches taktisches Prinzip erkannt werden. Wir sind der Auffassung, daß die Ablehnung jeglichen idealistischen Ansatzes, wie es hier in diesem Papier, selbst bei den abstrakt oder formal Formulierenden, ja klar zum Ausdruck kommt, eine zentrale Verletzung der Freiheit der Wissenschaft ist.

Wir dürfen niemals inhaltlich verbindlich Wissenschaft definieren, und wir dürfen es auch als verantwortliche Politiker für Universitätsgründungen nicht zulassen, daß solches geschieht, denn dann haben wir das, was uns Herr Zöller hier eindringlich geschildert hat: die Definition des Wissenschaftsbegriffs mit dem Anspruch der Verbindlichkeit tötet die Wissenschaft.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Jawohl! Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Ich wollte Ihnen diese, wie ich meine, wichtigen Stellen aus dem Protokoll eines wichtigen Gründungsgremiums nicht vorenthalten. Hinzu kommt nun folgendes: Ein Verständnis dieser Planer für Lehrerbildung, das darauf abzielt, sich selbst zu begreifen als ein zentrales ideologisches Institut der künftigen Universität. Man ist sich, und das können Sie in diesem Protokoll ebenfalls nachlesen, darüber einig, daß die materialistische Ausgestaltung der Studiengänge, die ich nur als marxistisch begreifen kann, und dies aufgrund aller Äußerungen, daß die auch verbindlich sein soll für die Studiengänge im Bereich der Mathematik und im Bereich der Sozialwissenschaften.

Da gibt es das Beispiel der Auseinandersetzung Barner — Kurth, im Bereich der Sozialwissenschaften gibt es das Beispiel des einmütig vom Gründungsrektor verabschiedeten Juristenpapiers, wo der dekuvrierende Satz unter Verletzung der Reizwortvermeidungsstrategie steht, daß Recht und Juristen Instrumente herrschender Interessen seien, das ist eine Schilderung der Lage zur Zeit, und daß die jungen Juristen, die auszubildenden Juristen, diese Instrumentalisierung erkennen müßten, um sie zu überwinden.

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, daß alles versucht werden muß, diese gefährliche, einseitige Entwicklung, dieses Schaffen und Vollziehen eines verbindlichen Wissenschaftsbegriffs und das Einfließenlassen in die Studiengänge, zu vermeiden, und zwar durch uns. Wir haben die politische Verantwortung dafür, daß das Recht, das Grundrecht auf Freiheit der Wissenschaft und der Forschung formal gewährt und je nach der Zusammensetzung der einzelnen Gremien, die möglichst plural zu erfolgen hat, ausgefüllt und konkretisiert wird. Das schließt aber ein eine Personalpolitik, die die Vielfalt der Wissenschaftsbegriffe und auch die Vielfalt der Ziele von Wissenschaft schon in sich verkörpert.

Wir haben nach wie vor ganz starke Zweifel daran, daß hier in Bremen eine solche Personalpolitik betrieben worden ist. Ich darf darauf hinweisen, daß gerade Herr Professor Gottschalch, der nach der Auffassung von Herrn Zöller hierhin gehört, einer der exponiertesten Befürworter der kritischen Universität in Berlin gewesen ist und wohl als ein Mentor der APO in Berlin bezeichnet werden kann. Ich habe eine größere Zahl von Presseausschnitten aus den letzten Jahren über die Ereignisse in Berlin gelesen, ich brauche da gar nicht den Verfassungsschutz zu bitten, zu dem ich sowieso keine Beziehungen habe, und es wurde klar, daß er zu den Begründern der kritischen Universität gehört und daß er auch einer der wesentlichen Fürsprecher der APO und auch wohl eine führende Persönlichkeit der APO ist.

Er versteht sein politisches Engagement so: Er ist der Auffassung, daß seit den fünfziger Jahren unsere parlamentarische Verfassung versagt habe, für ihn ist der Parlamentarismus am Ende. In seinem Buch über Rätedemokratie und Parlamentarismus nennt er unsere parlamentarische Demokratie ein demoautoritäres System oder eine Ermächtigungsdemokratie. Er will von diesem Verständnis des Parlamentarismus her, das wir selbstverständlich nicht teilen, ein Rätemodell in die Gesellschaft und auch in die staatliche Verfassung einführen und ist sich dabei im klaren, daß das mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Er kommt zu dieser Auffassung von einem deutlich ausgedrückten, formulierten marxistischen Standpunkt, er sagt nämlich: Die Rätedemokratie setzt voraus, die Verwirklichung des Rätemodells setzt zwingend voraus die Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Das hat also gar nichts mit diesem im Sinne des

Herrn Gottschalch völlig verrotteten System der sozialen Marktwirtschaft gemein.

Warum sage ich Ihnen das? Hier wird an einer Person ganz besonders deutlich, daß die Personalauswahl programmatische Bedeutung hat. Wenn sich hier nun Strukturen entwickeln, die darauf hinzielen, verabsolvutierte marxistische Inhalte zu verwirklichen, und Personen hinzukommen — —

(Zurufe von der SPD)

Das ist nicht nur Herr Gottschalch! Herr Gottschalch ist nur ein gutes Beispiel. Es gibt auch noch Herrn Dr. Holzer, und es gibt noch Frau Dr. Brenner, und es gibt noch die anderen Begründer der kritischen Universität in Berlin wie den Herrn Wolfgang Nitsch, den Vorsitzenden des Strukturausschusses, oder den Herrn Leibfried, denjenigen, der die Dokumentensammlung herausgegeben hat „Wider die Untertanenfabrik", in der die Begründer der kritischen Universität in Berlin geschrieben haben, oder auch, wie hier schon zitiert, den Herrn Ulrich Preuß, alle sind sie hier. Wenn die Leute dann die Möglichkeit haben, ihre ebenso wissenschaftsfeindliche wie gesellschaftliche Auffassung aufgrund dieser sich hier bildenden Strukturen mit öffentlichen Mitteln zu Lasten unserer Gemeinschaft vollziehen zu können, dann müssen wir einschreiten. Wir sind bereit dazu, und wir sind auch der Auffassung, daß es uns gelingen wird, diesen Schaden abzuwenden. Allerdings können wir ohne Hilfe der Bevölkerung dieses Ziel nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Lage, meine Damen und Herren, hat Herr Bürgermeister Koschnick den Ministerpräsidenten Pluralität der wissenschaftlichen Lehrmeinungen, Freiheit der Forschung und Lehre und Vergleichbarkeit der Leistungen versichert. Auch das letzte kann er meines Erachtens nicht verwirklichen, denn diese völlige qualitative Verschiedenartigkeit der hier sich abzeichnenden Inhalte von Studiengängen ermöglicht eben nicht die Übertragbarkeit und Vergleichbarkeit der Leistungen. Hier beziehe ich mich auf die Aussagen von Herrn Zöller ebenfalls. Dieses alles kann der Senat nicht realisieren, kann Bürgermeister Koschnick nicht realisieren, wenn er nicht eingreift und die materiellen Verhältnisse, wenn Sie so wollen, die objektiven Zwänge dieser Universitätsentwicklung ändert. Das geht nur durch Aufhebung des Universitätserrichtungsgesetzes.

Wir haben einen entsprechenden Antrag in der letzten Sitzung gestellt und sind mit einer Stimme Mehrheit unterlegen. Soweit sind wir schon gediehen

(Heiterkeit bei der SPD)

mit unserem Vordringen! Das darf auch hier einmal festgehalten werden. Die Aufhebung des Universitätserrichtungsgesetzes entzieht diesen Kaderstrukturen die öffentlichen Berechtigungen, die rechtlichen und finanziellen Autonomien, und wenn das dann entfallen ist, sind sie lediglich unverbindliche Beratungsgremien, und der Senat, jeder staatliche Senat, ganz egal, wie er sich parteipolitisch zusammensetzt, hat dann die Möglichkeit, das zu verwerten, was im Sinne des Versprechens von Bürgermeister Koschnick dienlich ist und das zurückzuweisen, was die Erfüllung dieses Versprechens verhindert.

Solange dieses Universitätserrichtungsgesetz besteht und diese Kadergruppen sozusagen dem Senat gegenüber autark, autonom und irgendwie gleichberechtigt auftreten, müssen wir uns gefallen lassen, daß aus dem Bereich der Universität entweder diffamiert wird oder Nebelkerzen geschossen werden, daß Agitprop-Zentralen sich dort bilden und auf Staatskosten tätige Propagandakompanien unser ehrliches politisches Bemühen um Freiheit, Bemühen um die Offenheit dieser Gesellschaft abqualifizieren, diffamieren und, was geradezu unerträglich ist, unseren Kontakt zu der Bevölkerung stören, indem man letztlich mit der sozialistischen Theorie im Hinterkopf auch im Sinne des Herrn Gottschalch so tut, als seien wir mit unserer Ermächtigungsdemokratie doch nur Diener herrschender Interessen, doch nur Sicherer des status quo und nicht in der Lage, den Fortschritt der Gesellschaft voranzutreiben. Wir müßten ja letztlich mit grundlegend verändert werden!

Das klingt so in der Verächtlichkeit dessen, was uns von der Universität her entgegenschallt. Wir meinen, wir müssen hier die angemessenen Proportionen wiederherstellen. Die Universitätsgründer sind nichts anderes als unverbindliche Berater, wie sie es auch bei Herrn von Oertzen sind, dem Mentor des Herrn von der Vring, oder wie sie das bei Herrn von Friedeburg sind und wie die anderen Herren mit „von" noch heißen mögen in der deutschen Bildungslandschaft,

(Heiterkeit bei der CDU)

auch dort sind sie unverbindliche Berater. Diese Leute haben die Kinder ihres Geistes nicht mit Autonomie ausgestattet, und sie haben auch viel weniger Probleme mit ihnen, und die Gesellschaft ebenfalls.

(Beifall bei der CDU)

Nur hier, in der gesellschaftspolitisch eben doch etwas anfälligeren Provinz Bremen — Provinz jetzt nicht im abwertenden Sinne —, da ist das gelungen, aber ich bin sicher, daß es den Oppositionsparteien in diesem Hause bald gelingen wird, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, damit die Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen auch und gerade in Bremen realisiert werden kann und Herr Bürgermeister Koschnick sich nicht zu schämen braucht, daß er sein Wort, das er gegeben hat, nicht halten kann.

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegt Ihnen vor zunächst der Antrag Nummer 562 der FDP-Fraktion, betrifft Lehrerausbildung an der Universität Bremen. Wir fordern hiermit den Senat auf, der Bürgerschaft darüber zu berichten, wie er zu verhindern gedenkt, daß die Bremer Universität den Versuch unternimmt, an einem entscheidenden Punkt, nämlich durch die Lehrerausbildung und damit über unsere Schulen unserer Gesellschaft im Sinne des marxistisch-leninistischen Klassenkampfes revolutionär zu verändern.

Wenn ein solcher Antrag gestellt wird, das haben wir nun wiederholt erlebt, dann wird häufig von denjenigen an der Universität oder auch von einigen Kollegen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion überlegen gelächelt und gesagt, wozu eigentlich ein solcher Antrag! Wir meinen, daß ein solcher Antrag durchaus begründet ist, weil sich in der Zwischenzeit nämlich eine ganze Menge getan hat. Die schon hier wiederholt erwähnte Kritik der Professoren Oberschelp, Barner, Klink und Dietrich hat uns als Fraktion dazu — unter anderem — gebracht, diesen Antrag hier im Hause einzubringen.

Wir haben heute morgen erlebt, wie ein Sachverständiger, Herr Dr. von der Vring, den Versuch machte — jedenfalls aus meiner Sicht und der Sicht meiner Kollegen aus der FDP-Fraktion —, die Wissenschaft etwa in den Rang eines Götzen zu erheben, und daß derjenige, auch das erleben wir ja zu wiederholten Malen im Gründungssenat, der also nicht in der Lage ist, mit Wissenschaftlern so zu sprechen, wie sie sich das denken, daß derjenige selbstverständlich weit „unter Niveau" ist.

Meine Damen und Herren, ich habe heute morgen bei der Begründung der Dringlichkeit unseres anderen Antrags schon gesagt, die Freien Demokraten betrachten das Parlament als die Stätte, wo die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition stattzufinden haben. Hier haben die Abgeordneten zu sprechen, hier hat die Regierung dem Gesamtparlament, und nicht nur der Opposition, Rede und Antwort zu stehen. Ich gehe in diesem Zusammenhang auch ein auf die Vorwürfe, die bei der Gründungssenatssitzung gemacht wurden, in der ironischerweise von einigen Teilnehmern dieser Sitzung gesagt wurde, daß Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, die man vorher ausdrücklich auch zur Teilnahme an einer solchen Sitzung eingeladen hatte, gar nicht bereit waren, dort mit den anwesenden Wissenschaftlern zu diskutieren. Ich wiederhole noch einmal im Anschluß an das, was ich gerade hier ausführte, daß wir h i e r miteinander zu debattieren haben.

Die Freien Demokraten — und das haben sie allerdings in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, zuletzt am 16. Mai auf Wunsch der Universität — scheuen in gar keiner Weise die Diskussion mit Vertretern der Universität. Bei dieser vierstündigen Diskussion am 16. Mai allerdings — das muß ich hier bekennen — ist zwischen den FDP-Vertretern und den Universitätsvertretern nicht sehr viel herausgekommen. Herr Dr. von der Vring war Teilnehmer an diesem Gespräch.

Nun, meine Damen und Herren, es ist hier heute morgen auch von einem Wissenschaftsbegriff gesprochen worden, und ich hatte den Eindruck, daß dieser Wissenschaftsbegriff — und nicht erst heute morgen, den habe ich schon länger —, so, wie er von einer Reihe von Vertretern der Universität verstanden wird, ein sehr stark politisierter Wissenschaftsbegriff ist, und das ist bei denjenigen, die vom Marxismus her die Dinge betrachten, auch gar nicht weiter verwunderlich. Wer nämlich, wie die verschiedenen Planer beispielsweise, von solchen Ansatzpunkten an das Abfassen von Papieren geht, der muß zu solchen Ergebnissen kommen, denn schließlich heißt es ja aus der Sicht der Marxisten, die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.

Wir meinen allerdings — und das haben wir ja schon in unserer Presseerklärung vom 4. Mai dieses Jahres gesagt —, daß ein solcher verengter Ansatz des Klassenkampfes außerdem ein unwissenschaftlicher Ansatz ist, weil er eben zu eng ist, und es wird außerdem dabei spürbar die Arroganz einer gewissen „Elite" oder die sich dafür hält, die glaubt, die Wahrheit gepachtet zu haben und nur allein über den richtigen Weg, wie es in der gesellschaftlichen Entwicklung weitergehen muß, zu verfügen.

(Beifall bei der CDU)

Die Freien Demokraten lehnen eine solche Betrachtungsweise nach wie vor ab. Sie müssen allerdings sich nicht an den Gründungssenat für die Universität in Bremen wenden, sondern sie müssen sich an die Landesregierung wenden als Parlamentsfraktion, und deshalb hier unser Antrag. Dieses zu diesen Dingen, und vielleicht kommen wir im Laufe der Debatte noch darauf zurück, eine ganze Menge von Einzelfakten beizutragen.

Ich werde mich jetzt beschränken auf zwei Dinge, und zwar auf eine Information der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die heute morgen wiederholt von Herrn von der Vring zitiert wurde, und diese GEW-Information der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Lehrerverein Bremen-Nord, vom 8. Juli — also vor fünf Tagen erschienen —, besagt folgendes: Ein Schreiben, überschrieben „Liebe Kolleginnen und Kollegen!" Und dann eine Stellungnahme des Vorstands des Lehrervereins Bremen-Nord, ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„Die Arbeit von W. Maier und A. Nevermann zur Didaktik der Eingangsphase in der Lehrerausbildung an der Universität Bremen ist die einzige bisher bekanntgewordene und zur Diskussion gestellte Vorlage zur Lehrerausbildung an der Universität Bremen. Sie ist somit als Grundsatzpapier zu betrachten. Grundlage der in diesem Papier konzipierten Lehrerbildung ist die marxistisch-leninistische

Erkenntnistheorie, mit der die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur objektiv erkannt, sondern gleichzeitig subjektiv verändert werden sollen, und zwar in eindeutig marxistischem Sinne. Das ist als Grundlage der Lehrerausbildung abzulehnen. Der Vorstand des LVBN erwartet, daß zu dem vorliegenden Diskussionspapier von Maier/Nevermann auch Alternativmodelle entwickelt werden, die andere erkenntnistheoretische Ansätze in den Mittelpunkt stellen, Wissenschaftlichkeit der Lehrerbildung sollte grundsätzlich jede Einseitigkeit ausschließen".

Ich würde wünschen und hoffen, daß der Gesamtverband im Landesverband Bremen der GEW sich dieser Auffassung der GEW Bremen-Nord recht bald anschließt. Ich glaube, diese Stellungnahme beweist sehr deutlich, daß die Kritik nicht etwa nur aus dem sogenannten „bürgerlichen" Lager kommt, wie man so sehr gern sagt, sondern daß es durchaus ernstzunehmende Leute und Organisationen gibt, die die gleichen Sorgen haben wie wir.

Es ist hier heute schon gesagt worden, daß Herr Professor Dietrich und Herr Professor Klink, der ja sogar Mitglied des Gründungssenats ist, und beide sind auch immerhin Mitglieder der SPD, daß diese Herren praktisch ihre Kritik zurückgezogen hätten. Herr Kollege Klein hat schon zitiert aus dem „Weser-Kurier", ich kann es mir deshalb ersparen, das noch einmal zu wiederholen. Das Entscheidende aber — darauf muß noch einmal verwiesen werden — ist doch: Bleibt die Zusammensetzung, die einseitige Zusammensetzung von Planungskommissionen so, wie es jetzt der Fall ist, insbesondere im Bereich der Lehrerbildung, bleibt die Gruppe der hauptamtlichen wissenschaftlichen Planer so bestehen und erfährt sie keine weitere Pluralisierung, dann ist doch die Frage, die Professor Dietrich mit Recht auch stellt, berechtigt: Was haben wir dann aus dieser Ecke eigentlich zu erwarten?

Wir als Parlamentarier meinen deshalb, wir müssen den Senat ersuchen — das möchte die FDP-Fraktion mit ihrem Antrag —, hier einzugreifen, und wir müssen den Senat bitten, das ist die Auffassung der FDP-Fraktion, hier in diesem Parlament zu sagen, wie er eine solche Einseitigkeit in der Lehrerausbildung zu verhindern gedenkt.

Meine Damen und Herren, darauf möchte ich mich zunächst in der Begründung unseres Antrags beschränken. Wir werden sicher Gelegenheit haben, noch auf manches zurückzukommen. Ich möchte Sie bitten, diesem Antrag dann zuzustimmen.

Herr Präsident, darf ich den anderen Antrag gleich mit begründen?

Präsident Dr. Klink: Ja!

Abg. **John** (FDP): Ich darf mich dann zunächst dafür bedanken, daß das Haus heute morgen der Dringlichkeit unseres Antrags Nummer 565 zugestimmt hat. In diesem Antrag fordern wir den Senat auf, eine Kommission von Fachleuten zu berufen, die einen Alternativplan zum Lehrerbildungsmodell der hauptamtlichen wissenschaftlichen Planer der Planungskommission Lehrerbildung des Gründungssenats für die Universität Bremen erarbeitet. Der Kommission sollten Vertreter der Pädagogischen Hochschule, des Studienseminars und des Schulpraktischen Instituts angehören. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, daß der Senat eine solche Kommission berufen sollte, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Sie kennen die nun inzwischen vorliegenden Papiere. Es wird zwar immer gesagt, wie ich heute morgen schon ausführte, daß es nur unverbindliche Papiere seien, Diskussionsgrundlagen gewissermaßen. Ich habe gerade ausgeführt, daß sogar die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Bremen-Nord hierzu anderer Meinung ist, denn sie sprach von einem Grundsatzpapier. Dieser Meinung sind wir auch. Wir meinen aber, da von den Planern und der Planungskommission, wie eben schon ausgeführt worden ist, kaum etwas anderes zu erwarten ist, ist es dringend notwendig, daß die hier in Bremen bestehenden Institutionen wie die Pädagogische Hochschule, die ja im Zeitraum von sechs Jahren etwa in die Universität integriert werden wird, und die Institutionen des Studienseminars und des Schulpraktischen Instituts in einer solchen Kommission mitarbeiten sollten. Das bedeutet nicht, daß nicht auch andere Wissenschaftler daran mitarbeiten könnten.

Wir stellen uns dabei vor, daß die Arbeitsergebnisse einer solchen vom Senat zu berufenden Kommission dann in die weitere künftige Arbeit der bremischen Universität eingebracht werden könnten, weil nämlich im Laufe der Zeit immer mehr Hochschullehrer nach Bremen kommen werden. Wir halten es für sehr zweckmäßig, daß auch aus bremischer Sicht von bremischen Wissenschaftlern zu diesem Problem Stellung genommen wird, die hier an den Institutionen schon längere Zeit arbeiten.

Wir bitten Sie deshalb, also auch unserem Antrag Nummer 565 Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Damit sind die vorgelegten Anträge begründet.

Es hat nunmehr das Wort der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung der heutigen Sondersitzung, die von den drei Oppositionsparteien FDP, CDU und NPD verlangt wurde, baut sich auf den vorliegenden Anträgen der CDU und FDP auf. Nachdem die Antragsteller ihre Anträge begründet haben, ist es nunmehr meine Aufgabe, die Begründung für die Unterstützung dieser Anträge durch die Fraktion der NPD in Form einer Stellungnahme zu dem politischen Fragenkomplex, der zu dieser Sondersitzung letztlich geführt hat, abzugeben.

Hierbei ist es meines Erachtens notwendig, auch auf die Überlegungen zurückzugreifen, die seinerzeit die Bremer Bevölkerung mit dem Gedanken vertraut machten, mit erheblichen Belastungen der Haushalte ihrer Stadt für Gegenwart und Zukunft die Gründung einer bremischen Universität zu bejahen. Ich spreche hiermit quasi als ein Mann von der Straße und nicht als Hochschulexperte meiner Fraktion. Diese Stellungnahme mag später durch meinen Fraktionsfreund, Herrn Vorsatz, noch entwickelt werden.

In der Presse, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurde kürzlich die Auffassung vertreten, daß der heutige Tag wohl eine lange Redeschlacht, aber keine Ergebnisse erbringen würde. Das dürfte, so hoffe ich jedenfalls, grundsätzlich falsch sein. Es haben sich die Universitäts- und Bildungsdebatten in diesem Hause in der Vergangenheit dadurch ausgezeichnet, daß der Senat zu den Vorhaltungen der Opposition mehr oder weniger schwieg oder konkrete Feststellungen konkreter Tatsachen mit höchst allgemeinen Ausführungen beantwortete oder sich in Versicherungen erging, daß die Befürchtungen der Opposition grundlos seien. Rechtzeitig für die Debatte am heutigen Tage liegt das Ergebnis der Mnisterpräsidentenkonferenz vor, das wiederum auch, wie in früheren Debatten in diesem Hause, vom Herrn Präsidenten des Senats lediglich mit Gründen einer politischen Polarisierung disqualifiziert wird.

Nachdem es in den letzten Wochen nicht an warden Stimmen Sachverständiger aus dem Hochschulbereich gefehlt hat, die die politische Ausrichtung der kommenden bremischen Universität in ihrer Verantwortlichkeit für die Freiheit von Lehre und Forschung offen legten, haben nunmehr bereits vier Ministerpräsidenten deutscher Länder im Namen ihrer Regierungen sich von dem bremischen Universitätsexperiment distanziert und sogar durch ihren Sprecher, den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Herrn Kohl, die Frage aufgeworfen, ob hinsichtlich der Ausrichtung der Bremer Universität sich diese noch innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Staates bewege. Hier ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach unserer Überzeugung der Punkt erreicht, der nicht mit deklamatorischen Versicherungen aus der Welt zu schaffen ist, daß nämlich alle Kritiker am „Bremer Modell" unrecht und lediglich die Verfechter dieses „Bremer Modells" recht hätten.

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der letzten Plenarsitzung darauf hingewiesen, daß wir die FDP als bisherigen Koalitionspartner der SPD nicht aus ihrer Mitverantwortung für die heutige Situation hinsichtlich der politischen Entwicklung der bremischen Universität entlassen können und wollen. Zu lange hat nach unserer Überzeugung die FDP mit Konsequenzen gezögert oder diese nicht für notwendig gehalten oder diese nicht mit ihrer Koalitionstreue für vereinbar gehalten, um die verhängnisvolle Ausrichtung der bremischen Universität, die sich bereits seit Jahr und Tag abzeichnete, zu stoppen.

Auch die CDU hat unserer Überzeugung viel zu lange am „Bremer Modell" festgehalten.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Dann kritisieren Sie man ordentlich!)

Als die Auseinandersetzungen im Gründungssenat unter Professor Killy bekannt wurden — diese schwelten bereits Monate vor dem Austritt von Herrn Professor Killy aus dem Gründungssenat —, mußte eingesehen werden, daß die Parität in der personellen Besetzung des Gründungssenats zu einer linkssozialistischen Ausrichtung der Universität führen mußte. Zu diesem Zeitpunkt hätten nach unserer Meinung die FDP und CDU erkennen müssen, daß der Weg für eine linkssozialistische Universität geöffnet wurde.

Die NPD hat zu diesem Zeitpunkt einen Entwurf für ein Hochschulorganisationsgesetz vorgelegt. Dieser Entwurf war nach unserer Überzeugung die echte Alternative zu den Vorstellungen, die die linke Seite dieses Hauses beim Aufbau der Bremer Universität zu praktizieren gedachte. Dieser Entwurf wurde seinerzeit nicht nur von der SPD/FDP-Koalition, sondern auch von der CDU rundweg abgelehnt!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das ist ja allerhand!)

So ist es, Herr Böhrnsen!

Wir sollten diese Tatsache bei der heutigen Diskussion nicht vergessen und versuchen, das damals Versäumte in letzter Stunde zu reparieren, auch auf die Gefahr hin, daß sich hierdurch womöglich die Eröffnung der Bremer Universität verzögern könnte und hierdurch nicht unerhebliche Kosten entstehen könnten. Im übrigen: Die Wegweiser zur Universität könnten ruhig solange hängen bleiben, bis durch die Auswirkungen des Wahlergebnisses die Voraussetzungen für eine vernünftige Normaluniversität geschaffen sind.

(Beifall bei der NPD — Abg. Böhrnsen [SPD]: Was schreiben Sie dann darauf?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wiederhole nochmals: Ich spreche hier nicht als Hochschulexperte, sondern ich spreche hier das aus, was der unverbildete Bürger unserer Stadt empfindet und ausgesprochen haben will. Die Auffassung der Öffentlichkeit geht doch dahin, daß Universitäten nur dann ihrer Aufgabe in der Weitergabe von Wissenschaft und Forschung gerecht werden können, wenn sie eine innere Struktur haben, die der grundgesetzlichen Garantie der Freiheit von Lehre und Forschung entspricht.

Wir bejahen insofern die Autonomie der Universitäten, wie es sie früher an den deutschen Universitäten gab und die beispielgebend für die ganze Welt war. Diese Autonomie wird aber heute in zu-

nehmendem Maße von denen mißbraucht, die die Autonomie der Universitäten deshalb gewahrt sehen wollen, um dem Staat die Möglichkeit zu nehmen, an den Universitäten dann einzugreifen, wenn diese dazu mißbraucht werden, zu Lehranstalten des politischen Umsturzes unserer grundgesetzlichen Ordnung umfunktioniert zu werden. Selbstverständlich setzt die Autonomie der Universitäten voraus, daß im Raume derselben Kräfe tätig sind, die sich hinsichtlich der Verantwortung, Steuergelder im größten Umfange zu verwalten, voll verantwortlich fühlen. Diese Kräfte müssen sich also als ein Teil der öffentlichen Ordnung und Einrichtungen dieses Staates und dieser Gesellschaft fühlen.

Das Beispiel der Berliner Universität sollte Warnung genug sein, wohin eine Entwicklung zu gehen vermag, wenn die Autonomie der Universität von Kräften ausgenutzt wird, die Gegner der heutigen Gesellschaftsform sind und ihre Einflußmöglichkeiten in den bestimmenden Gremien der Universität dafür benutzen, aktiv im revolutionären Sinne gegen die heutige Gesellschaft zu agitieren. Die Berufung solcher Kräfte nach Bremen, die in den vergangenen Jahren die Freie Universität in Berlin in ihren ruinösen Zustand gebracht haben oder die diesen ruinösen Zustand als Idealbild ihrer politischen Einstellung bezeichnen und die im „Bremer Modell" ein freies Feld für die Betätigung ihrer politischen Einstellung sehen und dementsprechend handeln, sollte alle Gegner einer marxistisch-leninistischen Ideologie in diesem Hause zu einer Einheitsfront zusammenschweißen. Diese Gegner suchen wir nicht nur in der FDP und CDU, sondern auch in der SPD!

Ich will damit zum Ausdruck gebracht haben, daß an die Spitze der Universität als Rektor ein Mann gehört, der nicht selber öffentlich erklärt, daß dieser Staat hinsichtlich seiner Gesellschaftsordnung umgekrempelt werden müßte und der unwidersprochen Ausführungen eines Mitglieds des Gründungssenats duldet, nach welchen an einer angestrebten Reformuniversität — ich wiederhole noch einmal, meine Damen und Herren, wörtlich gesprochen — „die Verrufenen in der Bundesrepublik buchstäblich die Berufenen zu sein haben, daß eine solche Reformuniversität das Geschäft einer Minderheit ist und zunächst auch für eine Minderheit gedacht ist!"

Deutlicher konnte wohl kaum der Geist charakterisiert werden, der in diesem Gründungssenat lebendig ist, von dem Gründungsrektor offenbar geteilt wird und der den Wunsch offenbar werden läßt, die Freie Universität Berlin zum Vorbild der Bremer Universität zu machen und was dort als gescheitert anzusehen ist, in Bremen fröhliche Wiederholung feiern zu lassen.

Für die Fraktion der NPD habe ich zu erklären, daß der Entschließungsantrag Nummer 563 der CDU wie auch der Antrag der FDP hinsichtlich der Lehrerausbildung an der Universität Bremen unseres Erachtens nicht ausreichen, um eine grundsätzliche Änderung in der Ausrichtung der Universitätspolitik durchzuführen. Mit Recht hat der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Herr Kohl, Zweifel darüber geäußert, ob es dem politischen Senat der Stadt Bremen gelingen würde, die Pluralität an der Universität Bremen zu sichern. Auch wir zweifeln nicht daran, daß der Bürgermeister unserer Stadt das Bestreben hat, diese Pluralität zu sichern, wir meinen aber, daß dem politischen Senat durch die Annahme des Universitäts-Errichtungsgesetzes derartig die Hände gebunden sind, das heißt, dem Gründungssenat durch dieses Gesetz derartig weitgehende Kompetenzen eingeräumt wurden, daß nur durch ein Abrücken vom „Bremer Modell", das als endgültig gescheitert zu betrachten ist, und durch eine Amtsenthebung des Gründungssenats und einer Neuberufung desselben unter anderen Vorzeichen die letzte Konsequenz für diejenigen gegeben ist, die sich mit aller Leidenschaft gegen eine einseitig politisch ausgerichtete Universität in Bremen wenden.

Es sei mir gestattet, bei dieser Gelegenheit auf eine Debatte zurückzukommen, die im Jahr 1968 im Niedersächsischen Landtag ablief. In dieser wurde auf die zu erstrebende Effizienz, das heißt der wissenschaftlichen Wirksamkeit auf die Lernenden an den Universitäten hingewiesen. Es war symptomatisch, daß der damalige Abgeordnete Herr von Oertzen, bekanntermaßen unserem Gründungsrektor, Herrn von der Vring, besonders nahe stehend, seinerzeit erklärte, daß es auf diese Effizienz gerade nicht besonders ankäme. Unter dem Begriff der Effizienz habe man besonders in den dreißiger Jahren die Ausrichtung der Universitäten durchgeführt, heute gehe es um ein Anderes. Der erste Gesichtspunkt aller Universitätsreformen müsse die Demokratisierung sein. So weit, so gut. Wenn der damalige Nur-Abgeordnete, Herr von Oertzen, der diese Ansicht vertrat, heute Kultusminister von Niedersachsen ist und heute nicht mehr im luftleeren Raum herum argumentieren kann, sondern Sachverhalte berücksichtigen muß, so mußte er es erleben, daß der linke Flügel seiner Partei sein Vorschaltgesetz mit der Begründung ablehnte, es sei nicht demokratisch genug, denn die Lehrkräfte hätten gegenüber den Lernenden ein allzu großes Übergewicht. Herr von Oertzen hat demnach erfahren müssen, daß zwischen Theorie und Praxis ein Unterschied ist und andererseits, daß man Geister, die man rief, nicht wieder loswerden kann.

Demokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet Gleichheit, Gleichheit zum Beispiel im Wahlrecht. An Schulen und Universitäten gibt es aber naturgemäß nicht Gleiche, sondern Ungleiche. Der Professor ist dem Studenten gegenüber im Wahlrecht gleich, sonst ist er aber dem Studenten nicht gleich, er kann nämlich schon etwas, während der andere erst etwas lernen soll. In dem Augenblick, in welchem man dem Lernenden ein entscheidendes Mitspracherecht über das einräumt, was er lernen soll, wird er entweder den bequemen Weg

gehen oder aus Mangel an Kenntnissen etwas Falsches tun.

(Beifall bei NPD und CDU)

Wenn man die Planung der Lehrerbildung Personen überläßt, die neben einem gerade abgeschlossenen Studium nur über die richtige sozialistische Gesinnung verfügen, wird die Heranbildung des notwendigen Lehrernachwuchses nicht so gestaltet werden, wie es der spätere Lehrauftrag des jungen Lehrers billigerweise verlangt.

Ich möchte richtig verstanden werden! Althergebrachtes braucht nicht unbedingt in die heutige Zeit zu passen, die Veränderungen in unserer Gesellschaftsordnung müssen durch Reformen im Althergebrachten ihren Ausdruck finden. Wer nun aber die Lernenden und Unerfahrenen über die Lehrenden und Erfahrenen setzt und mangelnde Lebenserfahrung durch revolutionäre Gesinnung zu ersetzen versucht, dem ist nicht darum zu tun, eine Universität zu gründen, die Lehre und Forschung in erster Linie vermittelt, sondern dem ist darum zu tun, eine politische Hochschule zu gründen, um damit den Nachwuchs dafür zu erhalten, um politische Ziele eines Tages zu verwirklichen.

Die Mehrheit der bremischen Bevölkerung will keine politisch eingefärbte Universität in Bremen haben, die sie mit ihren Steuergroschen finanzieren muß. Sie will eine Lehranstalt für die Vermittlung nicht von politischer Lehre, sondern von wissenschaftlichen Kenntnissen. Als vor zehn Jahren erstmalig die Frage einer Gründung einer Universität in Bremen aufkam und von der bremischen Bevölkerung mit allen Konsequenzen, die auf sie zukommen sollten, bejaht wurde, war der ausschließliche Wunsch hierfür lebendig, Bildungsmöglichkeiten für unsere Jugend zu schaffen. Bildungsmöglichkeiten aber ausschließlich für die Vermittlung von Wissen, das unsere Jugend für ihre berufliche Berufsziele braucht, unser Volk für die Erhaltung seiner Existenz. Kein Mensch in Bremen hat seinerzeit daran gedacht, eine Universität in Bremen gründen zu helfen, auf welcher Revolutionäre gegen unsere bestehende Gesellschaftsordnung herangezüchtet werden sollen.

Die NPD-Fraktion meint, daß am Schluß dieser Debatte eine klare Entscheidung dieses Hauses stehen müßte, die geeignet wäre, den alten Ruf Bremens wieder herzustellen. Wir meinen, daß es notwendig sei, in aller Klarheit zu zeigen, daß die Bremer Universität zukünftig in ihrer Ausrichtung zu keinem Zweifel anregen würde, ob sie sich innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Staates befände. Diese Zweifel können nach unserer Meinung nur dadurch ausgeräumt werden, als ein radikaler Wandel in der Führungsspitze unserer Universität, daß heißt im Rektorat und im Gründungssenat, durchgeführt würde.

Aus diesem Grund hat die NPD-Fraktion den Antrag eingebracht, den Gründungsrektor in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen und die Berufung des Gründungssenats rückgängig zu machen.

(Abg. K l e m m e r [SPD]: Da könnte er sich freuen! — Heiterkeit.)

Dieser Antrag wurde vom Präsidium der Bürgerschaft nicht als solcher anerkannt, sondern nur als Entschließungsantrag dann zugelassen, wenn wir zwanzig Unterschriften für diesen zusammenbrächten. Unsere Bemühungen für die Beibringung der fehlenden zwölf Unterschriften war leider vergebens, wobei wohl ausschlaggebend sein dürfte, daß dieser Antrag von uns kam, oder vielleicht waren auch die Kosten einer verzögerten Universitätseröffnung berücksichtigt. Von der Seite unseres Haushalts gesehen, wäre dieser Ablehnungsgrund allerdings nicht stichhaltig gewesen, da in diesem Fall die restlichen fünf Bundesländer freudig ihre Unterstützung für die Bremer Universität geleistet hätten.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Brouwer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Blase entgegenzunehmen?

Abg. **Brouwer** (NPD): Jawohl!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Blase!

Abg. **Blase** (SPD): Herr Kollege Brouwer, wenn Sie nun die fehlenden zwei Unterschriften bekommen hätten,

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: 12 Unterschriften!)

wären Sie dann der Meinung, daß der Senat ohne gesetzliche Grundlage einfach in den einstweiligen Ruhestand versetzen kann?

Abg. **Brouwer** (NPD): Das wäre zumindest fraglich, Herr Senator Blase,

(Heiterkeit bei der SPD)

es wäre aber eine Willenskundgebung, die von diesem Hause ausgesprochen worden wäre.

(Beifall bei der NPD)

Wir bedauern deshalb außerordentlich, wie ich eben schon sagte, daß unser Antrag nicht zur Abstimmung gelangt ist, weil er völlig eindeutig am Ende der Debatte das Meinungsbild dieses Hauses ergeben haben würde. Ein Politiker muß sich aber zu bescheiden wissen, und deshalb meinen wir, daß die Annahme der vorliegenden Anträge zumindest eine gewisse Korrektur hinsichtlich der Ausrichtung der Bremer Universität bringen könnte. Es ist nach unserer Überzeugung wohl die letzte Chance. Die NPD-Fraktion ist sich dieser Aufgabe bewußt.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Nun hat das Wort der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn jemand ein grünes Auto nicht von einem roten unterscheiden kann, dann weiß man, daß er farbenblind ist. Wenn er aber behauptet, daß das Auto rot ist und diese Behauptung immer wieder mit Pathos wiederholt und jeden beschimpft, der das nicht glaubt,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Dann ist es ein Ostfriese!)

dann weiß man, daß er neben diesem körperlichen Mangel auch noch einen psychischen Defekt hat. Das Gute ist daran immer noch, daß solche Farbenblindheit harmlos ist, denn jeder kann sich durch Augenschein überzeugen, daß das Auto rot ist.

(Abg. Fichtner [NPD]: Nur der Fahrer ist blau!)

Leider ist aber politische Farbenblindheit, sei sie echt oder vorgetäuscht, weniger harmlos.

(Abg. Fischer [CDU]: Das zu erkennen, verbietet Ihnen Ihre Farbenblindheit!)

Die Behauptung, daß an der Bremer Universität in aller Heimlichkeit der Keim zum Umsturz der Gesellschaft gelegt werde, ist nicht für jeden Außenstehenden sofort als falsch erkennbar. Außerdem ist dieser Gedanke für manche Leute so herrlich aufregend, wie früher für alte Jungfern der Gedanke an den Mann unterm Bett!

(Heiterkeit bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Czichon, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Nein, ich möchte jetzt nicht!

(Zurufe von der CDU — Heiterkeit bei der SPD)

Weil die Opposition diesen Sachverhalt kennt, benutzt sie jede Meinungsverschiedenheit innerhalb der Universität und jede Kritik an dieser Universität von außen zur Erfindung neuer Gruselgeschichten, und in diesem Fall sogar zur Einberufung einer bürgerschaftlichen Sondersitzung.

Wir alle sind es im Grunde leid, uns mit den gleichen Vorwürfen in jeder Bürgerschaftssitzung neu zu beschäftigen.

(Abg. Filzen [CDU]: Die Vorwürfe bleiben die gleichen!)

Etwas wirklich Originelles, Herr Klein, kann einem nach so vielen Debatten einfach nicht mehr einfallen. Der einzige Lichtblick war Ihre Nebelpoesie heute.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und es wäre bei diesem Sachverhalt auch eine Überforderung der Opposition, sich noch neue Argumente einfallen zu lassen.

(Abg. Hardegen [CDU]: Für Sie vielleicht, für uns nicht! — Abg. Fischer [CDU]: Sie haben die Wahrheit gepachtet!)

Seit Januar vorigen Jahres ist dies die dreizehnte Universitätsdebatte in diesem Hause. Mit einer Gesamtdauer von bisher 36 Stunden netto, das heißt nach Abzug aller Pausen. Ich muß sagen, nach 36 Stunden Debatte über ein und dieselbe Sache versagt auch das kreativste Abgeordnetengehirn und erlahmt auch die Feder des geduldigsten Journalisten.

Die Verwaltung der Bürgerschaft war so freundlich, den Sprechern der letzten Universitätsdebatte das Protokoll der letzten Bürgerschaftssitzung vorab zuzustellen. Ich vermute, daß sie uns nahelegen wollte, die alten Reden weitgehend wiederzuverwenden, und daß sie sich dabei von einer Anregung des Bildungssenators leiten ließ, der schon einmal vorgeschlagen hat, statt dieser Marathonveranstaltungen doch lieber Tonbänder mit den Reden alter Debatten ablaufen zu lassen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dr. Czichon, wir wollten keine Anregungen geben, die alten Reden zu wiederholen, sondern es geradezu vermeiden! Das war die Idee!

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Bisher ist dieser Gedanke rhetorischer Wiederholproduktionen auch nur vom Kollegen John gelegentlich aufgegriffen worden, der sich immer so gern und so ausführlich zitiert, Herr Präsident! Sonst ist er ja noch nicht so stark genutzt worden.

Die Sprecher der SPD-Fraktion haben jedenfalls bisher immer versucht, sei es auch nur in der Form, sich etwas Neues einfallen zu lassen. In der letzten Sitzung haben wir einen Antrag gestellt

(Abg. Schepers [CDU]: Die Frau unterm Bett!)

über die Beachtung der Grundsätze des Hochschulrahmengesetzes, weil wir glaubten, daß mit diesem Antrag, der eigentlich von der Sache her die Zustimmung aller Fraktionen hätte finden müssen, eine gemeinsame Plattform für künftige Überlegungen hergestellt werden könnte. Leider haben wir uns auch dabei geirrt.

(Abg. Klein [CDU]: Den haben Sie doch für überflüssig gehalten! — Abg. John [FDP]: Sie haben doch den Antrag als überflüssig bezeichnet, wenn ich nicht irre!)

In einer früheren Debatte habe ich versucht, den Grundgedanken des Projektstudiums der Mathematik aus persönlicher Erfahrung und aus persönlicher Kenntnis herzuleiten und zu erläutern. Schließlich sind wir in allen diesen Sitzungen auf jeden

Ihrer Vorwürfe, auf jeden Ihrer Angriffe eingegangen. Wir mußten aber bisher feststellen, daß alle diese Mühe vergebens war. Dennoch wollen wir die Bemühungen zur Darstellung der Notwendigkeit einer Reform und der in Bremen zu ihrer Realisierung beschrittenen Wege nicht aufgeben, denn die Sozialdemokratie ist von jeher die Verfechterin einer gründlichen und umfassenden Erwachsenenbildung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Parlamentsdebatten dieser Art sind sicher eine sehr teure Form der Erwachsenenbildung, aber Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sind es uns wert.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Der erste Sachverständige, den wir heute gehört haben, ist im Gegensatz zum Kollegen Franke und mir ein habilitierter Akademiker und obendrein ein Mann mit hochschuldidaktischen Erfahrungen. Vielleicht ist es ihm gelungen, die Reformpläne der Universität verständlich zu machen, besser jedenfalls, als dem Kollegen Franke und mir. Vielleicht hat er wenigstens bei denen Erfolg gehabt, die ihn verstehen wollten. Aus den Beiträgen von Herrn Brouwer und Herrn Klein haben wir allerdings gemerkt, daß sie nicht die Absicht hatten.

Ich möchte jetzt den Standpunkt der SPD-Fraktion zu den Vorwürfen und Auseinandersetzungen der letzten Wochen und zu den Anträgen der Opposition darlegen. Insbesondere aber die Meinung der SPD-Fraktion zur Kritik der Professoren Barner, Dietrich, Klink und Oberschelp.

Grundsätzlich: Jede wissenschaftliche Meinung und jede wissenschaftliche Methode muß sich der Kritik stellen und sich bis zum Beweis des Gegenteils die Vermutung gefallen lassen, falsch zu sein. Umgekehrt muß jeder Wissenschaftler, der glaubt, Anlaß zur Kritik zu haben, sich auch verpflichtet fühlen, diese Kritik in aller Eindeutigkeit zu äußern. Nur durch Meinungsstreit ist wissenschaftlicher Fortschritt möglich. Wissenschaft und Opportunismus schließen einander aus. Barner, Dietrich, Klink und Oberschelp haben dieser ihrer wissenschaftlichen Verpflichtung entsprechend gehandelt. Ob Form und Ort der Kritik immer richtig gewählt waren, mag dahingestellt bleiben. Das ist eine Frage, die diese Herren sich selbst vorlegen sollten.

Professor Dietrich glaubte aus einem von den Planern Dr. Maier und Frau Nevermann verfaßten Papier „Zur Didaktik der Eingangsphase der Lehrerbildung" entnehmen zu müssen, daß in Bremen ein Bild des Lehrers angestrebt werde, das identisch sei — vorhin wurde es gesagt — mit dem eines Ideologen des Marxismus-Leninismus. Er stützte diesen Vorwurf auf einige wenige Zeilen dieses recht umfangreichen Entwurfs, und zwar auf Abschnitt drei „Zur Ausbildung des Lehrers".

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Offenbar hat Professor Dietrich die Verfasser — das ist am heutigen Vormittag, so meine ich, deutlich geworden — gründlich mißverstanden und etwas in diese Zeilen hineininterpretiert, was auch nicht im Entferntesten gemeint war. Das passiert gelegentlich und ist nicht tragisch. Entscheidend ist, daß eine wissenschaftliche Meinungsverschiedenheit ausdiskutiert und eine Klärung erreicht worden ist. Professor Dietrich hat dem Gründungsrektor am 5. Juli geschrieben, daß er mit den von der Planungskommission Lehrerbildung ausgearbeiteten und vom Gründungssenat beschlossenen Strukturen der Lehrerbildung in Bremen voll einverstanden und die Angelegenheit damit für ihn erledigt sei.

(Abg. John [FDP]: Zitieren Sie ihn zu Ende!)

Professor Klink hatte aufgrund der gleichen Ausarbeitung von Maier und Nevermann die Sorge, daß der ganze Planungsprozeß zur Vorbereitung der Lehrerausbildung wissenschaftlich einseitig zu werden drohte. Er hat diese Sorge formuliert, der Gründungssenat hat mit den Planern darüber diskutiert, und Herr Professor Klink hat am Schluß dieser Aussprache seine Befriedigung darüber geäußert, daß die Bedenken offensichtlich unberechtigt waren. So geschehen am vorletzten Sonntag.

In beiden Fällen hat die Kritik zur Beseitigung von Mißverständnissen geführt und zu einer Übereinstimmung der Standpunkte. Sicherlich wird es künftig aber auch passieren, daß unterschiedliche Standpunkte trotz Diskussion bestehen bleiben und daß diese gegensätzlichen Meinungen bis zur allgemeinen Anerkennung der einen oder der anderen Auffassung mit aller Entschiedenheit vertreten werden. Das ist legitim und notwendig, und daran müssen wir uns gewöhnen. Wir wollen kein Kloster, in dem nur gedacht werden kann, was weltanschaulich erlaubt ist, sondern eine Universität, die der Meinungsfreiheit als Voraussetzung wissenschaftlichen Fortschritts verpflichtet ist.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich müßte die Opposition doch selbst erkennen, wie widerspruchsvoll ihr Verhalten ist. Einerseits fordert sie Pluralismus, und auf der anderen Seite regt sie sich über jede wissenschaftliche Meinungsverschiedenheit auf und deutet sie als Zeichen einer tiefen Krise.

(Abg. Fischer [CDU]: Ist ja keine wissenschaftliche Meinungsverschiedenheit, sondern Einseitigkeit!)

Pluralismus ohne Auseinandersetzung, meine Damen und Herren, hat es bestenfalls noch im Garten Eden gegeben, aber nicht mehr in unserer heutigen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ähnliche wissenschaftliche Meinungsverschiedenheiten bestanden — neben persönlichen Differenzen

allerdings — zwischen den Mathematikern Barner und Oberschelp auf der einen Seite und den anderen nach Bremen berufenen Professoren auf der anderen Seite über Art und Umfang des Projektstudiums. Solche Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten sind fruchtbar und müssen im Interesse eines bestmöglichen Lehrangebots ausgetragen werden, bis in gemeinsamer Arbeit der optimale Umfang und die optimale Form des Projektstudiums gefunden ist. In diesem Prozeß wird es nie einen Endzustand der allgemeinen Übereinstimmung geben, denn das wäre Verzicht auf wissenschaftliche Entwicklung.

Leider hat Oberschelp einen Ruf nach Aachen der Berufung nach Bremen vorgezogen. Das ist normal, und Oberschelp selbst hat davor gewarnt, diesen an anderen Universitäten alltäglichen Vorgang zu dramatisieren und politisch auszuschlachten. Wörtlich schrieb er an Herrn Dr. von der Vring:

„Mir scheint, daß die Ablehnung eines Rufes, die an anderen Universitäten ein beinahe alltäglicher Vorgang ist, in meinem Fall von der Öffentlichkeit aus den unterschiedlichsten Motiven heraus überdramatisiert worden ist. Bei aller Entschiedenheit, mit der ich meine eigenen Ansichten über ein sachgemäßes Mathematikstudium verfechte, würde ich es aber bedauern, wenn meine Äußerungen politisch mißbraucht würden zum Schaden der Mathematik und derjenigen Fachkollegen, die meine Skepsis nicht teilen."

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Die Ablehnung einer Berufung ist in der Tat alltäglich. Umgekehrt hat zum Beispiel Professor Arnold, der zur Zeit in Montreal in Kanada lehrt, einen Ruf an die TU Berlin ausgeschlagen und ist nach Bremen gekommen, weil er hier in Bremen wissenschaftlich günstigere Arbeitsbedingungen vorzufinden hofft.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Hofft!)

Man weiß nie, was einen erwartet, und als ich neu in diese Bürgerschaft eintrat, Herr Klein, habe ich auch nicht gewußt, was mich erwartet.

(Heiterkeit)

Im Fall Barner ist allerdings die Rufablehnung zu einem

(Abg. John [FDP]: Hier werden Sie ja auch nicht Beamter auf Lebenszeit!)

ausgesprochenen Politikum durch den Begriff der sozialistischen Mathematik geworden.

Ich möchte zunächst feststellen, daß dieser Begriff der sozialistischen Mathematik genauso unsinnig ist, wie etwa ein schwarzer Schimmel. In Wahrheit ist Mathematik in jedem Gesellschafts- und Herrschaftssystem die gleiche, und lediglich den Nationalsozialisten blieb es vorbehalten, den Begriff der „Deutschen Mathematik" zu erfinden, die sich dadurch auszeichnete, daß Forschungsergebnisse jüdischer Mathematiker nicht berücksichtigt wurden.

Auch Dr. Barner, der sich gestern erneut und ausführlich zum Thema einer sogenannten sozialistischen Mathematik geäußert hat, sagt nicht, daß es so etwas gibt. Er erklärt vielmehr, daß er selbst sie sich nicht vorstellen könne und daß er auch niemand kennt, der sie sich vorstellen kann. Er sagt aber: Wenn man die Mathematik nicht als exakte Wissenschaft ansieht, sondern als eine

(Abg. Klemmer [SPD]: Das ist wie bei den Ostfriesen! — Heiterkeit)

Wissenschaft, die Normen für Kultur und Gesellschaft setzt, dann wäre auch eine sozialistische Mathematik vorstellbar.

Freilich, wenn ich mir Luft nicht als gasförmigen Körper, sondern als einen festen Körper vorstelle, dann kann ich sie auch in Würfel schneiden und sie jemand an den Kopf werfen. Aber sie ist nun einmal ein gasförmiger Körper, und deshalb geht das eben nicht. Und genauso ist Mathematik eine exakte Wissenschaft und keine normative Wissenschaft, und deswegen ist sozialistische Mathematik barer Unsinn.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Fragen Sie die Mitglieder der Berufungskommission!)

Von denen hat keiner den Begriff verwendet oder ihn als möglich dargestellt! Herr Klein, setzen Sie doch nicht immer solche Ammenmärchen in die Welt.

(Abg. Klein [CDU]: Ich war selbst zugegen!)

Leider ist Vernunft aber in dieser Auseinandersetzung nicht gefragt,

(Abg. Ströh [SPD]: So ist es!)

und so wird in den Oppositionsanträgen Nummer 562 und 563 unbekümmert das ganze Geschwätz von Klassenkampfabsichten, von Marxismus-Leninismus und angeblicher ideologischer Bindung der Mathematik wiederholt, das in Wirklichkeit längst vom Tisch ist.

(Abg. Hardegen [CDU]: Na?)

Ich weiß wirklich nicht, meine Damen und Herren, was ich von Fraktionsvorsitzenden halten soll, die an den Sitzungen des Gründungssenats teilnehmen, dort selbst erleben, daß alle Vorwürfe entweder zurückgezogen werden oder sich in Wohlgefallen auflösen, die sich in Schweigen hüllen, obgleich sie gebeten werden, eventuelle Kritik zu äußern und anschließend weiter den alten Unsinn verzapfen.

(Abg. Klein [CDU]: Na!)

Mich erinnert diese Haltung — verzeihen Sie den Vergleich — lebhaft an die Haltung des Mönches in „Nathan der Weise", der trotz aller Informationen über Nathans Charakter und Nathans Handeln ste-

reotyp antwortet: „Tut nichts, der Jude wird verbrannt!"

(Abg. John [FDP]: Ihre Injurien sind bekannt! — Abg. Fischer [CDU]: Wer ist denn der Jude?)

Heute ist uns nun ferner ein Dringlichkeitsantrag der FDP auf den Tisch gelegt worden, der verlangt, eine Kommission einzusetzen, die Alternativpläne zum Lehrerbildungsmodell der hauptamtlichen wissenschaftlichen Planer der PKL erarbeiten soll. Der Antrag ist sicher im Interesse des Pluralismus gut gemeint, aber er geht von falschen Voraussetzungen aus.

(Abg. John [FDP]: Er kommt von der FDP-Opposition, und deswegen paßt er Ihnen nicht!)

Ich habe ihn als gutgemeint im Interesse des Pluralismus bezeichnet! Das scheint mir doch adäquat zu sein.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Den hätten sie vor acht Wochen noch unterstützt!)

Es gibt aber überhaupt kein Modell der Planer, nachdem die Vorschläge von Maier und Nevermann gegenstandslos sind, sondern nur ein Strukturmodell des Gründungssenats,

(Abg. Klein [CDU]: Das ist formal)

und dieses Strukturmodell ist noch von niemandem angegriffen

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Und Herr Zöller?)

worden. Professor Dietrich und Professor Klink haben es ausdrücklich unterstützt. Es läßt alle Wege der Reform offen, soweit sie nicht der allgemeinen Tendenz der Bildungsreform in der Bundesrepublik widersprechen. Es bedarf insofern keiner Alternative. Es bedarf der detaillierten inhaltlichen Ausgestaltung. Das ist sicher richtig!

Aber sollte es Ihnen entgangen sein, Herr John, daß vom Senator für das Bildungswesen schon eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden ist unter Vorsitz von Landesschulrat Banse, der Vertreter der Universität, der Pädagogischen Hochschule, des Schulpraktischen Instituts und des Studienseminars angehören, die sich mit eben dieser Frage beschäftigen wird? Wir würden gern Ihrem Anliegen, wenn Ihr Antrag umformuliert wird, entgegenkommen, aber so, wie er hier steht und gestellt worden ist, ist er schlicht falsch und kann nicht unterstützt werden.

(Abg. John [FDP]: Dann müssen Sie ihn ablehnen!)

Nun zum Antrag Nummer 564 der CDU-Fraktion. In ihm, meine Damen und Herren, wird eine moralische und politische Haltung deutlich, die wirklich erschütternd ist und auch durch eine noch so deutliche politische Kontroverse nicht entschuldigt werden kann.

(Abg. Klein [CDU]: Sie sollen auch erschüttert werden!)

Die Forderung, Herr Klein, bis zur Neubildung des Senats keine Personalentscheidungen zu fällen, das heißt keine Verbeamtung vorzunehmen, bedeutet praktisch, daß die Hochschullehrer, die auf die Berufungsentscheidung unserer Landesregierung vertraut und ihre alten Dienstverhältnisse gelöst haben, ihrer materiellen Existenzgrundlage beraubt werden sollen. Darauf läuft es hinaus!

(Abg. Franke [SPD]: Man will sie bestrafen, weil sie nach Bremen wollen!)

Dieses Ansinnen der Antragsteller an Bürgerschaft und Senat verstößt in so unfaßbarer Weise gegen Treu und Glauben, daß man sich fragen muß, ob es hier wirklich noch nur um den Reformcharakter einer Universität geht oder vielleicht um etwas ganz anderes.

(Beifall bei der SPD — Abg. Fischer [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie hier sagen!)

Wir meinen, daß es hier in Ihrem Antrag in der Tat um mehr geht, als nur um diese Bremer Reformuniversität. Am Beispiel Bremen entscheidet sich — ob uns das paßt oder nicht, wir haben uns diese Rolle nicht ausgesucht — das Schicksal der Hochschulreform in der Bundesrepublik.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut! — Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Der Nabel der Welt! Ausgerechnet Bremen!)

Wenn es hier gelingt, das Studium stärker als bisher auf den späteren Beruf zu beziehen, die Schranken zwischen den einzelnen Wissenschaften aufzuheben und forschendes Lernen zu praktizieren, dann kann keine andere Universität auf die Dauer in ihrem jetzigen Zustand verharren. Wenn aber die Bremer Universität in ihrem Reformanspruch scheitert, ist auf lange Zeit an eine grundlegende Verbesserung der Situation nicht zu denken.

(Abg. Schepers [CDU]: Ach du Ahnungsloser!)

Diese besondere Rolle der Bremer Universität ergibt sich zwangsläufig aus der Tatsache, daß andere Universitäten noch mit Satzungsfragen und mit der Anpassung alter Hochschulstrukturen an moderne Gesetze beschäftigt sind, während wir in Bremen mitten in der Universitätsreform selbst stehen, die vor allem eine Studienreform ist. Die Bremer Universität wird an die Stelle planloser und vorwiegend von den persönlichen Neigungen der Ordinarien abhängender Lehrveranstaltungen ein Lehrprogramm setzen, das planvoll auf den späteren Beruf bezogen ist. Sie wird an die Stelle überholten Vorlesungsbetriebs die selbständige Arbeit der Studenten in

kleinen Gruppen unter Anleitung von Tutoren oder Hochschullehrern setzen und schon während des Studiums die Zusammenarbeit verschiedener Fachrichtungen an interdisziplinären Projekten üben.

Sie wird aber auch den Studenten die Verantwortung deutlich machen, die sich aus ihrem späteren Beruf gegenüber der Allgemeinheit ergibt. Dem Ingenieur die möglichen Auswirkungen seiner technischen Entwicklungen, dem Lehrer die Problematik ungleicher Bildungschancen, und dem Juristen die Tatsache, daß Recht mit Geld leichter zu erringen ist als ohne Geld.

(Abg. Hardegen [CDU]: O la, la!)

Die Bremer Universität wird vor allem auch die Privilegien abschaffen, die bisher einen kleinen Teil von Hochschullehrern in so extremer Weise zuerkannt worden sind. Sie will von vornherein und konsequent ernst machen mit der Gleichberechtigung aller Lehrenden und mit partnerschaftlicher Mitwirkung der Studenten an allen Fragen der Universität.

Wen diese Absicht gelingt — und wir zweifeln nicht daran, daß sie gelingt —, wird die deutsche Hochschullandschaft grundsätzlich anders aussehen als heute. Darum ist es nur natürlich, daß sich alle Hoffnungen der Reformer und alle Anstrengungen der Reformgegner auf Bremen konzentrieren.

Die Bremer Universität ist keine Angelegenheit mehr, die in erster Linie Senat und Bürgerschaft in Bremen und nur am Rande die anderen Länder und die anderen Universitäten angeht. Das Schicksal der Bremer Universität bestimmt gleichzeitig das Schicksal der Reformansätze an anderen Universitäten und damit das Schicksal der Hochschulreform überhaupt.

Seit Freitag vergangener Woche, meine Damen und Herren, ist die Bremer Universität auch nicht mehr nur eine Frage der Hochschulpolitik, So, wie die CDU Bremens im Februar 1970 mit der Universität den Bürgerschaftswahlkampf vom Herbst 1971 eröffnet hat, hat die Bundes-CDU am vergangenen Freitag mit der Bremer Universität den Bundestagswahlkampf 1973 eröffnet.

(Lachen bei der CDU — Beifall bei der SPD — Abg. Fischer [CDU]: Junge, Junge! — Abg. Klein [CDU]: Bremen ist der Nabel der Welt!)

Die bremische CDU hat die große Leistung vollbracht, mit Hilfe ihrer Freunde in Rheinland-Pfalz, Bayern und dem Saargebiet den bremischen Haushalt um etliche Millionen zu belasten, die wir für Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser bitter nötig gebraucht hätten.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU — Abg. Hardegen [CDU]: Das Weserstadion nicht zu vergessen!)

Diese Tat, meine Damen und Herren, gehört zweifellos zu den bedeutendsten Leistungen der CDU in dieser Legislaturperiode.

Dennoch wird diese Entscheidung den Gang der Entwicklung nicht aufhalten. Schon in wenigen Wochen wird ein neuer Staatsvertrag der nicht von CDU-Ministerpräsidenten regierten Länder abgeschlossen sein, der die Finanzierung der Bremer Universität sichert, allerdings abgemindert um den aus den CDU-Ländern stammenden Betrag.

Uber den materiellen Schaden für Bremen hinaus aber hat die Entscheidung der Ministerpräsidenten dem Föderalismus und dem Ansehen der Politik beim Bürger im höchsten Maße geschadet. Insbesondere der Jugend nimmt dieser Versuch einer massiven Unterdrückung von Reform möglicherweise den Mut, noch auf Evolution in der Demokratie und im demokratischen System zu hoffen.

(Abg. Klein [CDU]: Haltet den Dieb!)

Die Jugend weiß, daß zwanzig Jahre geistiger Auseinandersetzungen um die Universitätsreform von 1947 bis 1967 keinen praktischen Fortschritt gebracht haben trotz aller zum Teil vorzüglichen Reformvorschläge.

(Abg. Ströh [SPD]: Keine Experimente!)

Die Jugendlichen haben aber auch erlebt, daß klirrende Fensterscheiben im Jahr 1967 von heute auf morgen Reformbereitschaft hervorgerufen haben, und sie haben weiter erlebt, daß nunmehr bestimmte Interessengruppen mit Hilfe einiger Presseorgane versuchen, alle Reformansätze planmäßig zu diffamieren. Wenn wir jetzt noch demonstrieren, wie versucht wird, eine Reform physisch und materiell zu liquidieren, dann zwingt man sie geradezu dazu, ihre Hoffnungen auf die Reformfähigkeit des parlamentarischen Systems zu begraben und wieder den schon einmal so erfolgreichen Weg der Gewalt zu gehen. Das ist meine Sorge!

(Starker Beifall bei der SPD)

Wenn diese Situation eintritt — und wenn wir einigen Ankündigungen des Verbandes Deutscher Studentenschaften glauben dürfen, dann könnte sie schon im nächsten Winter eintreten —, dann werden diejenigen am lautesten lamentieren, die diese Reaktion durch Verhinderung von Reformen selbst herbeigeführt haben.

(Abg. Stäcker [SPD]: Eben, eben! Sehr wahr! — Beifall bei der SPD)

Ich möchte in diesem Hause und an dieser Stelle besonders erinnern an unsere Aussprache im Januar 1968 anläßlich der Straßenbahnunruhen. Damals sprach Herr Dr. Sieling von der Staatsverdrossenheit der Jugend, und Herr Klein von der Notwendigkeit, jungen Menschen das dialogische Prinzip und die Achtung vor der Meinung des anderen beizubringen.

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Ihre politische Praxis, meine Herren, entspricht nicht

Ihren schönen Worten in Zeiten von Demonstrationen.

(Abg. Klein [CDU]: Aber genau!)

Wer vernünftige Reformansätze mit den Mitteln staatlicher Gewalt und öffentlicher Meinungsmanipulationsorgane zu unterdrücken versucht, darf sich nicht wundern, wenn auch gutwillige Reformer zu staatsverdrossenen Revolutionären werden!

(Beifall bei der SPD)

In der Bundesrepublik ist 1969 bei vielen Menschen die Hoffnung auf längst überfällige Reformen wieder erwacht. Diese Hoffnung droht jetzt zu schwinden angesichts der Widerstände großer Interessengruppen gegen jeden Reformversuch dieser Bundesregierung. Das Städtebauförderungsgesetz, das private Bodenspekulationen eindämmen sollte, ist im Bundesrat von der CDU/CSU ebenso zu Fall gebracht worden wie Graduiertenförderungsgesetz und Ausbildungsförderungsgesetz und andere Gesetze. Dieses Verhindern von Reformen um jeden Preis und mit allen Mitteln wird, wenn es Erfolg hat, dazu führen,

(Starke Unruhe bei der CDU)

daß reformwillige Kräfte zu der bitteren Schlußfolgerung kommen, daß Veränderung nur mit Gewalt erreicht werden kann.

(Abg. Klein [CDU]: Ach du lieber Gott!)

Wer Reform will und Radikalisierung verhindern möchte, der muß mit aller Kraft dafür kämpfen, daß der Reform eine Chance gegeben wird.

(Abg. Klein [CDU]: Natürlich! — Abg. Meurer [CDU]: Aber nicht die marxistische Universität!)

Und die große Chance der Hochschulreform ist Bremen! Wir Sozialdemokraten werden uns für diese Chance der Hochschulreform einsetzen um der Demokratie in unserem Lande willen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß noch einiges nachtragen, und zwar zu den Anträgen Nummer 563 und Nummer 564 der CDU-Fraktion.

Wir meinen, daß im Abschnitt 2 des Antrags Nummer 563 eine Formulierung günstiger wäre, die unseres Erachtens folgendermaßen dann lauten würde:

„Die Bürgerschaft (Landtag) mißbilligt die Versuche der Planungskommission Naturwissenschaften, die Freiheit von Forschung und Lehre im Bereich der Mathematik durch ideologische Bindungen zu beeinträchtigen."

Wir glauben, daß diese Formulierung impliziert, daß wir die Kritik der Professoren Oberschelp und Barner billigen, noch klarer ist. Wir bitten deshalb die CDU-Fraktion, da wir aus Geschäftsordnungsgründen keinen Änderungsantrag zu einer Entschließung einbringen können, dieses vielleicht zu berücksichtigen.

Zum Antrag Nummer 564 schlägt die FDP-Fraktion vor, hinter das Wort „keinerlei" und vor „Berufungsverhandlungen" das Wort „neue" dazwischenzusetzen, weil nämlich ein Teil von Berufungsverhandlungen schon abgeschlossen ist, um hier Mißverständnisse auszuschließen, beziehungsweise einige Berufungsverhandlungen im Augenblick wohl noch im Gange sind. Das weiß ich nicht genau. Darüber können aber die Mitglieder des Senats hier einiges sagen.

Ich möchte Ihnen nur noch sagen, Herr Kollege Dr. Czichon, Sie haben ja, wie gehabt, einige „bedeutsame" Bemerkungen in dem Ihnen eigenen Stil hier gemacht. Ich will nicht in die Versuchung verfallen, in dieser Form zu antworten. Ich will Ihnen nur folgendes sagen, Herr Kollege Dr. Czichon: Sie haben hier zwei Fraktionsvorsitzende angesprochen. Einer davon bin ich.

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Erraten!)

Das war bei der letzten Sitzung des Gründungssenats. Ich habe dort ausdrücklich erklärt — und ich habe es heute hier ja schon zwei- oder dreimal betont —, daß ich jederzeit zu Diskussionen bereit bin, wie auch meine politischen Freunde. Ich wiederhole aber hier eine Erklärung, die ich für die FDP-Fraktion schon vor etwa einem Jahr abgegeben habe: Vor einem Tribunal, dessen Urteil von vornherein feststeht, denke ich nicht daran, mich zu verantworten!

(Beifall bei FDP und CDU — Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Wenn der Kollege Horst-Werner Franke die heutige Bürgerschaftsdebatte dort vor diesem Tribunal vorwegnehmen wollte, dann denke ich ebensowenig daran, mich auf diese Versuchung — ich wäre versucht gewesen, dort zu antworten, nämlich dem Herrn Kollegen Franke — einzulassen. Das will ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, und es war ja der Kollege Thomas Franke, der hier, glaube ich, in der letzten Sitzung gesagt hat: Wenn jemand mit diesem Gründungssenat und in diesem Gründungssenat bei Sitzungen dabeigewesen ist und dort diskutiert hat, dann sei ich es gewesen. Vielleicht ist Ihnen das entgangen, Herr Kollege Dr. Czichon!

Ich wiederhole hier noch einmal für meine Freunde aus der FDP-Fraktion: Wir haben genügend Diskussionen mit den Vertretern der Universität hinter uns, mit Herrn von der Vring mehrere drei- bis vierstündige Sitzungen. Ich sage es noch einmal: Die letzte war am 16. Mai, an einem schönen Sonntagvormittag. Aber es stand eben Meinung gegen Meinung. Und das ist bis heute so geblieben. Ich erblicke darin kein Unglück, daß verschiedene Leute aus verschiedenen Richtungen in einer parlamentarischen Demokratie verschiedene Auffassungen haben. Daraus aber abzuleiten, die Vertreter politischer Par-

teien — in diesem Fall dreht es sich also um die FDP, deren Fraktionsvorsitzender hier angesprochen wurde — würden etwa einer solchen Diskussion mit den Vertretern der Universität ausweichen, das allerdings halte ich für absurd.

Ich glaube, bei dieser Diskussion waren Sie nicht dabei, Herr Kollege Dr. Czichon, sondern wieder der Kollege Horst-Werner Franke und Herr Dr. von der Vring, wo dann zwei Vertreter der FDP mit ihnen in einem Bremer Gymnasium an einem Tisch saßen. Sogar die „Bremer Bürgerzeitung" hat dann in entsprechender Weise darüber berichtet. Bei dieser Veranstaltung waren CDU-Vertreter nicht dabei, bei einer anderen Veranstaltung ist durch eine Panne am letzten Sonnabend ein FDP-Vertreter, aber nicht aus böser Absicht, sondern weil der Kollege von Groeling-Müller einer falschen Information zum Opfer gefallen war, nicht erschienen.

(Abg. K ä h l e r [SPD]: Das kommt bei Ihnen öfter vor!)

Die FDP-Fraktion und die Freien Demokraten überhaupt in Bremen werden diese Haltung weiter beibehalten, aber wir werden weiterhin für uns in Anspruch nehmen: Wir bestimmen, über welche Themen und an welchem Ort wir mit den Vertretern der Universität sprechen. Da lassen wir uns nicht zitieren, wie es diesen vielleicht paßt.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung machen zum leidigen Problem der Finanzierung. Die FDP ist nicht der Meinung, daß das nun unbedingt ein Schwert ist, das sehr scharf ist. Wir halten es eher für schartig. Wir meinen, daß Gebäude, die zum Beispiel halb angefangen sind oder die in einem Planungsprozeß sind, wo eine Firma beauftragt wurde, weitergebaut werden müssen, denn die sind ja gewissermaßen ideologieneutral, wenn Sie so wollen. Was aber unbedingt, weil diese Universität nach unserer Meinung kommen wird, für die Zukunft verstärkt — und dafür werden wir weiterhin eintreten, und dafür werden wir uns einsetzen — zu beachten ist, daß in dieser Universität in Bremen, deren Gebäude entweder schon zum Teil stehen oder weiter im Entstehen sind, schnellstens der Geist wirklich einzieht, vond em man sagen kann, es ist eine wirkliche Reformuniversität und — man scheut sich schon bald, das Wort Pluralismus in den Mund zu nehmen — in der ein wirklicher Pluralismus herrscht. Das ist unsere Ansicht, und dafür werden wir weiter eintreten.

(Beifall bei der FDP — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter John, nur eine Frage! Sie haben zwei Änderungswünsche vorgetragen zu den Entschließungen Nummer 563 und 564. Sie sagten schon, daß Sie selbst das nicht als Änderungsantrag einreichen können.

(Abg. J o h n [FDP]: Das war ein Vorschlag!)

Das war ein Vorschlag, der sich an die antragstellende Fraktion richtet! Und wenn er von dieser Seite aufgenommen wird, ist für uns oben im Präsidium die Sache erledigt.

Als nächster hat nunmehr das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Diskussion in der Bremischen Bürgerschaft unterscheidet sich im wesentlichen von voraufgegangenen Diskussionen nur dadurch, daß man zwei engagierten Wissenschaftlern die Gelegenheit gegeben hatte, vor diesem Hohen Hause zu Fragen aus dem Parlament Stellung zu beziehen, ohne daß dadurch aber eine gravierende Veränderung der Gesichtspunkte möglich war.

Die vorgetragenen Argumente unterschieden sich, soweit es die Gutachter anbelangt, in der Form der Diktion, nicht zuletzt bei den polemischen Ausflügen. Generell darf aber festgestellt werden, daß die gutachtlichen Äußerungen keineswegs dazu geeignet waren, die Fragen der Bremer Universität, zum Beispiel ihre Gründung, ihre Struktur, den Inhalt ihrer Reformvorstellungen, so zu versachlichen, daß man in ein gemeinsames Gespräch über Inhalt und Struktur hätte eintreten können. Was bleibt, ist die etwas beklemmende Feststellung, daß diese Darstellung bereits bekannter Argumente lediglich der Verfestigung von Vorurteilen diente. Es bleibt eine Schwarz-Weiß-Malerei, die mit dem Namen „wissenschaftliche Auseinandersetzung" nicht belegt werden kann.

Die heute hier begründeten Anträge beziehungsweise Entschließungen der Oppositionsfraktionen sind — und das sage ich ganz wertfrei — überwiegen Positionsbezüge für die Öffentlichkeit, nicht aber für die Universität. Nun hieße es sicher, Kooperationsbereitschaft und die Gesprächsbereitschaft von Politikern über Gebühr zu strapazieren, würde man ernstlich annehmen, daß drei Monate vor einer Bürgerschaftswahl die Abgeordneten selbst wirklich noch in der Lage seien, kontroverse Auffassungen mit dem Ziel der Uberwindung unterschiedlicher Meinungen zu diskutieren, nein, heute ging es um einen auf Wahlkampf abgestellten Schlagabtausch.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen kann aber seine Bemühungen nicht auf Wahltermine einrichten, er muß im bremischen Interesse versuchen, langfristige Konzeptionen zu entwickeln und sie unbeschadet der tagespolitischen Entscheidung sachlich zu untermauern und politisch durch entsprechende parlamentarische Mehrheiten abzusichern. Aus diesem Grund kann er sich auch nicht in das Getümmel der Wahlargumente einlassen, sondern an alle Fraktionen nur die dringende Bitte richten, unbeschadet des Wahlkampfes und der Wahlentscheidung am 10. Oktober dieses Jahres im stillen Kämmerlein über Inhalt und Struktur einer Reformuniversität, die wirklich diesen Namen verdient, nachzudenken, um eventuell nach den Wahlen, unbelastet von dem öffentlichen Engagement, zu prüfen, ob und in welchem Umfang dennoch Übereinstimmungen möglich sind.

(Vizepräsident B u g l a übernimmt den Vorsitz)

Zur Sache: Auch bei der jüngsten Diskussion über die Universität Bremen geht es wieder einmal um die Frage, ob denn diese Universität in Forschung, Lehre und Methode einseitige ideologische Bindungen fordere oder erwarte. In den Sitzungen der Bürgerschaft habe ich den Standpunkt der Landesregierung zur Frage der wissenschaftlichen Pluralität wiederholt und sehr deutlich dargelegt. Sie finden entsprechende Äußerungen bereits im Protokoll der Sitzung vom 2. September 1970. Ich zitiere:

„Wenn also der Senat der Freien Hansestadt Bremen in Übereinstimmung mit Gründungsrektor und Gründungssenat von der Methodenvielfalt und dem wissenschaftlichen Pluralismus spricht, dann sollte nicht verschwiegen werden, daß ich persönlich ein Anhänger der von Max Weber geforderten wertfreien Wissenschaft bin. Ich weiß, daß Max Weber mit dieser Forderung schon in den ersten 25 Jahren dieses Jahrhunderts auf die heftigste Kritik der etablierten wissenschaftlichen Meinung gestoßen ist, die nämlich eben durch wertfreie Forschung und Lehre ihre bisherigen Positionen gefährdet und ihre Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Verhältnissen offenbar werden sah. Es ist kein Wunder, daß andererseits auch die faschistische wie die marxistische Wissenschaftsauffassung erkannten, daß eine solcherart wertfreie Forschung und Lehre die wissenschaftliche, in manchen Fällen auch pseudowissenschaftliche Rechtfertigung verbot. Und dennoch bekenne ich mich dazu" — so habe ich damals erklärt —, „daß auch eine im Sinne von Max Weber entwickelte Richtung zur wertfreien Forschung und Lehre eben nur eine von vielen Richtungen und Lehrmeinungen ist. Eine wirklich demokratische Universität muß deshalb bereit sein, eine Vielfalt von Meinungen, mögen sie in der Sache noch so bekämpft werden, zu ermöglichen, um von daher zu einem kritischen Wissenschaftsverhältnis zu gelangen. Das setzt voraus, daß es keine Tabuisierung geben kann, sondern den Willen zum wissenschaftlichen kritischen Durchdenken aller vielleicht auch noch so lieb gewordener Tatbestände".

In diesem Sinne, um die wissenschaftliche Methoden- und Meinungsvielfalt an der Universität Bremen zu sichern, hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen sofort, als die Befürchtungen der Professoren Barner, Oberschelp, Klink und Dietrich in der Öffentlichkeit bekannt wurden, den Gründungssenat mit Schreiben vom 28. Juni 1971 gebeten, zu dem angegriffenen Planer-Papier Stellung zu nehmen. Er hat erklärt, „daß er, sollten die Vorwürfe der Wissenschaftler im Ganzen oder in wesentlichen Teilen zutreffend sein, nicht gewillt ist, eine nach Inhalt und Methode einseitige Lehrerausbildung zu akzeptieren".

Es gehört nach Meinung des Senats zu der sich aus dem Autonomierecht ergebenden Pflicht der Universität, einen Freiheitsraum für unterschiedliche Lehrmeinungen zu ermöglichen. Sollten jedoch die Planungen der Universität für die Lehrerbildung ideologisch einseitig ausgerichtet sein — so hat der Senat der Universität mitgeteilt —, wird er seine Mittel und Möglichkeiten einsetzen, um eine derartig einseitige Ausbildung zu verhindern.

Die Antwort des Gründungssenats auf dieses Schreiben ist in meinen Augen, was die Kritik an dem umstrittenen Planer-Papier anbelangt, eindeutig und ausreichend. Der Gründungssenat hat nämlich in seiner Sitzung am 4./5. Juli 1971 im vollen Einvernehmen mit den Vertretern der Planungskommission Lehrerbildung festgestellt:

Die erkenntnistheoretischen Positionen von den beiden Planern Dr. Maier und Frau Nevermann machen sich weder der Gründungssenat noch die Planungskommission Lehrerbildung zu eigen.

Daraufhin haben Professor Dr. Klink und Professor Dr. Dietrich ausdrücklich erklärt, daß ihre Bedenken und Befürchtungen wegen des Planer-Papiers ausgeräumt und gegenstandslos geworden sind.

Soweit Professor Dr. Barner Kritik erhoben hat, konnte diese im Gründungssenat am 4./5. Juli 1971 deshalb nicht diskutiert werden, weil Professor Dr. Barner der Einladung, an der Sitzung des Gründungssenats teilzunehmen und seine pauschale und zum Teil widersprüchliche Kritik zu erläutern, nicht gefolgt ist. Nachdem Professor Barner erneut seine Besorgnisse in der Öffentlichkeit dargelegt hat — ich verweise auf den gestern in den „Bremer Nachrichten" veröffentlichten Beitrag von ihm — und heute Gegenerklärungen mehrerer Hochschullehrer veröffentlicht worden sind, wird der Senat morgen nach geeigneten Lösungen suchen, um zu einem Ergebnis in dieser wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu gelangen. Professor Barner wird allerdings nicht — so wie der Gründungssenat vorgeschlagen hat — seine Behauptungen in der Senatskommission für Universitätsfragen erläutern können, weil, wie wir seit gestern wissen, er den Ruf, nach Bremen zu kommen, abgelehnt hat.

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten John zu beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Ja!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Bürgermeister, wären Sie bereit, zu dem hier schon mehrfach zitierten Pressebericht „Kritik am Planer-Papier erledigt", wo es zum Schluß heißt, daß Herr Professor Dietrich hier auch den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Koschnick, gebeten hat, die Planungskommission jetzt neu zu besetzen im Sinne einer Ausgewogenheit der politischen Ansichten, wären Sie zu diesen Vorschlägen oder zu diesen Berichten, falls Sie solche Vorschläge erreicht haben, bereit, Stellung zu nehmen?

Bürgermeister Koschnick: Ich habe eine solchen Vorschlag nicht bekommen. Das haben wir in der Senatskanzlei geprüft. Wir haben darüber keine Unterlagen gefunden. In dem Brief an mich, wo er seine Bedenken gegen die Planer geltend gemacht

hat, ist ein solcher Vorschlag nicht enthalten. Ich kann das nur festhalten. Ich habe meine Verwaltung sofort gebeten zu prüfen, ob eventuell ein vorheriges Schreiben da ist. Wir haben ein solches nicht gefunden.

(Abg. Borttscheller [FDP]: Unterstellen wir, es wäre so!)

Ich kann hier nur vortragen, was die Verwaltung festgestellt hat, mehr nicht! Völlig wertfrei! Wenn ich Ihrem Wunsch entsprechend unterstelle, muß ich sagen, daß die Planungskommissionen nicht vom Senat berufen worden sind, sondern Teile sind der universitären Selbstverwaltung. Das kann ich nur feststellen. Das wissen doch auch die früheren Kollegen aus dem Senat.

An dieser Stelle muß ich die heute morgen aufgrund einer Fragestellung von Gründungsrektor Dr. von der Vring vertretene Auffassung, der Senat sei von außen einer konkreten Macht ausgesetzt gewesen — und das bedeutet doch inhaltlich, der Senat habe sich von den Ministerpräsidenten bezüglich der Finanzierung der Universität Bremen unter Druck setzen lassen —, mit Entschiedenheit zurückweisen! Meine Erklärung gegenüber den Ministerpräsidenten am 11. März 1971 ist die Grundlage der bisherigen und zukünftigen Haltung des Senats in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung. Das haben wir auch der Deutschen Rektorenkonferenz mitgeteilt. Sie ist die gewollte und frei gewählte Haltung des Senats. Bisher hat lediglich die Bürgerschaftsfraktion der CDU hier im Parlament von einem Erfolg der Ministerpräsidenten gesprochen, als meine persönliche Erklärung zur Diskussion stand. Ich bedaure, daß in der Universität Bremen auch ein gleicher Eindruck entstanden ist.

Lassen Sie mich jedoch auch dies zur Person und zur Qualifikation des Bremer Gründungsrektors Dr. Thomas von der Vring sagen. Insbesondere deswegen, weil es heute erneut einige sehr persönlich gefärbte Angriffe gegen ihn gegeben hat. Ich darf mich hier auch wiederholen. Bereits am 2. September 1970 habe ich vor der Bürgerschaft dazu gesagt:

„Es muß jedem Staatsbürger und jedem Verantwortlichen in unserer Gesellschaft unbenommen sein, eigene gesellschaftspolitische Idealvorstellungen für sich und für Gesinnungsfreunde zu entwickeln und sich daran zu orientieren. Für die Wirksamkeit der konketen Handlungen ist aber nicht der Maßstab irgendeiner weltanschaulichen Vorstellung oder Bindung das Kriterium einer sachgerechten Würdigung, sondern das konkrete Handeln selbst. Dieses Handeln — und das haben doch viele von uns am eigenen Leibe erfahren — wird sich in der Regel auszurichten haben nach den vorgegebenen Verhältnissen, nach der gesellschaftlichen und damit auch politischen Wirklichkeit und nach dem verfassungsrechtlich und finanziell bedingten Spielraum. Herr Dr. von der Vring hat jedenfalls gegenüber dem Senat und gegenüber der Öffentlichkeit wiederholt deutlich gemacht, daß er diese Grenzen eines Handlungsspielraumes für die Universität Bremen sehr wohl sieht und sie vollinhaltlich bejaht".

Von dieser Erklärung brauche ich heute — nach den Erfahrungen fast eines Jahres — nicht ein Wort zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich damals auch darauf hingewiesen, daß es ein problematisches Ding ist, über theoretische Schriften, die man in jüngeren Jahren geschrieben hat, zu fechten und daraus rückblickend Schlußfolgerungen für das heutige Verhalten herzuleiten. Es wäre möglich, auch für einen Teil von Mitgliedern des Hohen Hauses aus ihren früheren Arbeiten auch einiges aus heutiger Sicht Negatives herzuleiten und Schlußfolgerungen zu ziehen. Ich habe damals davor gewarnt, ich warne heute noch einmal davor! Wir sollten uns mit den konkreten Sachfragen auseinandersetzen und nicht versuchen einmal festzustellen, was jemand mit 25 Jahren geschrieben hat. Das gilt für alle!

(Beifall bei der SPD — Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut!)

Ein Teil der Damen und Herren weiß, wer angesprochen ist!

Zu den Vorgängen der letzten Tage darf ich folgendes bemerken: Die Beteiligung der Länder an der Finanzierung der Universität Bremen ist seit der Sondersitzung der Ministerpräsidenten am 9. Juli 1971 weitgehend geklärt. Damit endet eine Entwicklung, die von den Ministerpräsidenten im Jahr 1964 eingeleitet worden war und die heute zwar nicht mehr den damals gewollten Abschluß gefunden, aber doch zu einem annehmbaren Vergleich geführt hat.

Obgleich die Fakten bekannt sind, darf ich sie kurz wiederholen: Die Länder Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland haben erklärt, sie seien „derzeit" nicht in der Lage, dem Investitionshilfeabkommen und dem Abkommen über die laufenden Betriebskosten beizutreten. Die Länder Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben sich noch nicht entschieden; im letzteren Fall hat deren Ministerpräsident jedoch eine negative Erklärung in der Presse abgegeben. Die Länder Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind bereit, auch ohne die vorgenannten Länder die Abkommen mit Bremen abzuschließen. Die beiden Abkommen werden eine Klausel enthalten, die es den CDU- beziehungsweise CSU-regierten Ländern ermöglichen wird, auch in einem späteren Zeitpunkt diesem Abkommen beizutreten. Die Abkommen werden nach Unterzeichnung der unterschriftsbereiten Länder der Bremischen Bürgerschaft zur Ratifizierung vorgelegt.

Für das Investitionshilfeabkommen, das ursprünglich eine Zuschußleistung der Länder an Bremen in Höhe von 100 Millionen DM vorsah, bedeuten diese Entscheidungen vom 9. Juli 1971, daß Nordrhein-Westfalen 50,8 Millionen DM, Hessen 22 Millionen DM, Hamburg 15 Millionen DM, Niedersachen 5,5

Millionen DM und Berlin 3 Millionen DM, insgesamt also 96,3 Millionen DM an Bremen zahlen werden.

Falls auch Schleswig-Holstein dem Abkommen beigetreten wäre, hätte es 1,5 Millionen DM zahlen müssen. Die restlichen 2,2 Millionen DM, die an sich von Rheinland-Pfalz hätten aufgebracht werden sollen, werden von Bremen übernommen. Das Saarland, das sich auch weigert, die Unterschrift zu leisten, hätte keine Mark bekommen und auch keine Mark bezahlt. Es ist etwas besonders Pikantes, wenn man hier die Nichtbeteiligung in der Öffentlichkeit als Erfolg der CDU deklariert.

Bezüglich des Abkommens über die Beteiligung der Länder an den laufenden Betriebskosten können noch keine endgültigen Zahlen genannt werden, weil die Entscheidung von Baden-Württemberg noch aussteht.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen dankt den SPD- und SPD/FDP-regierten Ländern für ihre Zusage, die beiden Abkommen über die Finanzierung der Universität Bremen trotz der abweichenden Haltung einiger CDU- beziehungsweise CSU-regierter Länder abzuschließen.

(Starker Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang dankt der Senat für die Haltung der FDP in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg, die sich ebenfalls für die Unterzeichnung des Abkommens mit der Begründung ausgesprochen haben, „wir wollen nicht, daß andere Länder bei uns hineinregieren", ohne dabei inhaltlich die Bremer Universität anzuerkennen.

Der Senat sieht andererseits in der ablehnenden Haltung einiger CDU- beziehungsweise CSU-regierter Länder einen unfreundlichen Akt gegen Bremen. Darüber kann auch die für mich, dem Präsidenten des Senats, von dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Kohl, abgegebene Vertrauenserklärung nicht hinwegtäuschen. Der Senat billigt die auf der Ministerpräsidentenbesprechung von mir abgegebene Erklärung, wonach es an sich schon ungewöhnlich und im Kreise der Ministerpräsidenten bisher einmalig ist, daß das Wohlverhalten einer Universität Grundlage für eine Sachentscheidung der Ministerpräsidenten sein soll. Er hält es — wie ich — für unmöglich und verfassungspolitisch unzulässig, daß in einem Bundesland durch die übrigen Bundesländer eine Sachkontrolle über eine Landeseinrichtung ausgeübt werden soll. Der Senat bedauert diese Entwicklung, die durch eine parteipolitische Polarisierung entstanden ist, und ist sicher, daß sie für den Föderalismus abträglich sein wird.

Gestatten Sie mir noch ein paar ergänzende Bemerkungen: Daß die von meinem Kollegen Kohl vertretene Ablehnung aus parteipolitischen Gründen erfolgt und damit als Wahlhilfe für die Bremer CDU zu verstehen ist, ergibt sich aus folgendem: Ministerpräsident Kohl hat die Ablehnung vornehmlich mit dem Argument begründet, nach seiner Auffassung seien der Landesregierung in Bremen durch das Universitätserrichtungsgesetz nicht genügend „Durchgriffsmöglichkeiten" gegenüber der Universität gegeben.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Was der Justizsenator der Landesregierung erklärt hat!)

Dem ist entgegenzuhalten, daß

erstens, wenn es nach den Vorstellungen der Bremer CDU gegangen wäre, die Dienstherrneigenschaft über die Universität seit 1967 nicht mehr beim Senat, sondern bei der Universität selbst gelegen hätte, und daß

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Das ist aber wenig seriös!)

— damit Sie auch noch etwas Seriöses bekommen —,

zweitens, Ministerpräsident Kohl dieses Universitätserrichtungsgesetz bereits seit September vergangenen Jahres bekannt ist und er dennoch zusammen mit allen anderen Ministerpräsidenten am 11. März 1971 dem Finanzierungsabkommen zunächst zugestimmt hat.

Diese widersprüchliche Haltung läßt sich nur damit erklären, daß, wenn elf Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU aus den Landtagen die Sperre der Zuschüsse an die Universität Bremen fordern, dann kein CDU/CSU-Politiker dieses Votum vernachlässigen kann. Das finde ich sehr real, und ich kann meinen Kollegen, den Ministerpräsidenten, keinen Vorwurf machen.

(Abg. Franke [SPD]: Zumal er gewählt werden will!)

Die Bremer CDU mag dies als Erfolg, vielleicht als Sieg werten. Ich sage heute nur dies dazu: Schon in naher Zukunft wird sich herausstellen, ob dieser Sieg nicht ein Pyrrhus-Sieg gewesen ist. Hier ist Bremen Schaden zugefügt worden, und nicht nur Bremen, sondern auch dem gesamten deutschen Föderalismus.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte hier an dieser Stelle auf folgendes besonders aufmerksam machen: Nach dem Investitionshilfeabkommen vom 4. Juni 1964 haben Bremen und die übrigen SPD- beziehungsweise SPD/FDP-regierten Länder Millionen in den gemeinsamen Investitionstopf gezahlt, wovon unter anderem auch die neue bayrische Hochschule in Regensburg finanziert worden ist. Dabei haben die SPD- beziehungsweise SPD/FDP-regierten Länder nie daran gedacht, die Zahlungen deshalb zu verweigern, weil die in Regensburg vertretene Richtung möglicherweise ihren Vorstellungen von einer modernen Hochschule nicht entspricht.

(Abg. Klein [CDU]: Keine Kaderbildung! — Abg. Meurer [CDU]: Es kommt darauf an, wofür das Geld gegeben wird!)

Wenn nunmehr die CDU- beziehungsweise CSU-regierten Länder damit beginnen, die Lösung von Sachfragen vom politischen Wohlverhalten anderer

Landesregierungen abhängig zu machen, dann ist das schon schlimm genug. Wenn sie aber, wie es hier geschehen ist, sogar das Wohlverhalten der Landesregierung anerkennen und nur das Wohlverhalten einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, also der Universität, in Zweifel ziehen und damit ihre ablehnende Haltung begründen, dann kann oder muß dies zu unerträglichen Konsequenzen führen.

Rein rhetorisch ist auf der Ministerpräsidentenbesprechung am 9. Juli 1971 deshalb auch schon die Frage gestellt worden, ob etwa in Zukunft ein reicher Sender seine Zuschüsse an einen armen Sender — auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts — davon abhängig machen soll, ob ihm dessen Programm gefällt oder nicht. Oder soll etwa auch der Bund es vom politischen Wohlverhalten der Länder abhängig machen, ob er deren Bemühungen und Planungen finanziell unterstützt? Für mich sind das schreckliche Visionen.

Die Bremer CDU sollte sich daher ernsthaft fragen, ob sie solche Konsequenzen gesehen hat und auch verantworten will. Denn eins ist doch klar: Einseitig nur auf Bremen und auf die hier regierende SPD bezogene „Wohlverhaltensklauseln" wird es in Zukunft nicht mehr geben. Die Frage an die CDU bleibt: Müßte sie nicht jetzt auch konsequenterweise die Ratifizierung eines Abkommens verweigern, das der Senat in Kürze vorlegen will, wo es um 97 Millionen DM für Bremen, das heißt für Investitionskosten der Universität geht? Müßte sie nicht konsequent auch dann nein sagen, wenn sie von den anderen CDU-Fraktionen fordert, um Gottes willen, bewilligt nichts?

Hier werden wir sehen, wie Sie sich verhalten, hier wird die Nagelprobe an Sie gestellt werden, und Sie werden vor der bremischen Bürgerschaft, vor der Bevölkerung verantworten müssen, was Sie draußen angerichtet haben!

Es offenbart sich hier für mich eine Schwäche der Bremer CDU, die, weil sie nicht in der Lage ist, die bremische Öffentlichkeit von der Richtigkeit ihrer Vorstellungen von einer konservativen und reformfernen Hochschulpolitik zu überzeugen, die Hilfe ihrer großen Brüder auf Länder- und Bundesebene in Anspruch nimmt und damit — langfristig gesehen — gegen bremische Interessen verstößt und darüber hinaus auch die föderative Zusammenarbeit der Länder aufs Spiel setzt.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Das war eben Wahlkampf! — Abg. Klein [CDU]: Nein, das war seriös!)

Das war ein Versuch, einmal darzulegen, welche Konsequenzen mit unüberlegten Forderungen von seiten der CDU auf der Bundesebene zurückschlagen können in jedes Land.

(Starker Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Sie verschleudern eine Milliarde Steuergelder mit dieser Universitätsgründung!)

Meine Damen und Herren, es gibt einige Zwischenrufe, lieber Herr Abgeordneter Klein, auf die ich nicht eingehe.

(Abg. Koschek [CDU]: Weil Sie es nicht können!)

Nein, weil ich dann etwas sagen müßte, wofür ich mich dann hinterher entschuldigen würde. Das möchte ich heute nicht mehr.

Zurück zum Thema Universitätserrichtungsgesetz. Dieses Gesetz mag nicht vollkommen sein — zugegeben —, aber es gibt dem Senat der Freien Hansestadt Bremen immerhin ein solches Maß an Eingriffsmöglichkeiten, daß die Westdeutsche Rektorenkonferenz anläßlich bestimmter Personalentscheidungen bereits von einem unerträglichen Eingriff in die Autonomie einer deutschen Hochschule gesprochen hat. Das wird jedoch von konservativen Kritikern bewußt verschwiegen oder heruntergespielt.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: In allen Zeitungen in Bremen nachzulesen! Da kann man doch nicht von Runterspielen reden!)

Verzeihen Sie, Sie waren doch nicht angesprochen, denn Sie haben es ja damals selbst verteidigt! Ich weiß gar nicht, warum Sie sich angesprochen fühlen!

(Abg. Meurer [CDU]: So genau kommt es beim Bürgermeister nicht drauf an!)

Es kommt beim Bürgermeister sehr genau drauf an! Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Zeitungen das herunterspielen, sondern das Problem ist einfach, daß Sie nicht anerkennen wollen, daß wir uns in einer Auseinandersetzung befinden! Auf der einen Seite der Vorwurf von Ihnen, wir würden zu viele hereinlassen in diese Universität, und auf der anderen Seite der Vorwurf der Rektorenkonferenz, wir würden zu viele ablehnen. Vor dieser Frage stehe ich nun einmal täglich, und von daher wäre es ganz gut, wenn Sie bei Ihrer Argumentation beides einmal recht deutlich machen würden. Das würde sicher das Gespräch vereinfachen.

Im übrigen, wer die Zeitungen liest und die Hochschulnachrichten verfolgt, der weiß, daß es Spannungen zwischen Staat und Universität nicht nur in Bremen gibt.

Abg. Gassdorf [CDU]: Er war in den letzten Tagen in München!)

Es gibt sie auch in Ländern, die nicht von Sozialdemokraten regiert werden, beispielsweise in Bayern. Werden jetzt etwa die CDU-Fraktionen alle erklären, gebt den Bayern kein Geld mehr, weil es Schwierigkeiten in München gibt und unter Umständen eine linkselitäre Gruppe die Führung in der Universität an sich reißt? Das können Sie doch im Ernst nicht wahrhaben wollen.

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Ja, bitte sehr, ja, doch!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Bürgermeister, gerade weil Sie das eben so deutlich gesagt haben, möchte ich die Frage an Sie richten, ob Sie nicht mit mir der Meinung sind, daß die im Protokoll der Sitzung der Planungskommission Lehrerbildung vom 14./15. 5. 71 geäußerte einmütige Auffassung, daß das Modell der Lehrerbildung auch im Sinne einer Änderung der Produktionsverhältnisse verstanden werden müsse, von uns beiden gemeinsam zu verwerfen ist?

Bürgermeister Koschnick: Verzeihen Sie, das weiß ich nicht! Sie sagen, die Lehrerbildung! Wenn Sie das noch einmal wiederholen könnten, dann wäre es für mich einfacher.

Abg. **Klein** (CDU): Der Kern der Frage war, daß hier ausweislich des Protokolls die Planungskommission Lehrerbildung die Auffassung vertritt, daß das Modell der Lehrerbildung auch im Sinne einer Änderung der Produktionsverhältnisse verstanden werden muß. Ende des Zitats!

Bürgermeister Koschnick: Gut! Hier steht im Zitat „auch". „Auch" heißt doch wohl, daß das Spektrum vielfältiger Meinungen „auch" eine Möglichkeit ist, die an der Universität untersucht werden muß. Es handelt sich einfach darum, daß das Wort „auch" da steht. Wenn da stünde „nur", wäre ich mit Ihnen einer Meinung, dann müßte man es verwerfen. Unter „auch" kann ich es nicht verwerfen, denn es ist eine wissenschaftliche Methode, über Fragen nachzudenken, die unter Umständen nicht unsere Freude finden, aber die wir als Fragen akzeptieren müssen.

(Abg. Meurer [CDU]: Hm!)

Man muß einmal wissenschaftlich unterscheiden, ob es so richtig ist.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Das ist doch eine politische Frage!)

Eine politische Frage, ja eben!

(Beifall bei der SPD — Starke Unruhe)

Und davon gehen wir ja aus, Herr Dr. Schäfer!

(Weiterhin starke Unruhe, Zurufe von der CDU — Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die politische Frage an uns stellen, ob ich der Meinung bin, ob die Produktionsverhältnisse sich verändern müssen, dann würde ich sagen, in bestimmten Bereichen ja, in allen Bereichen nein.

(Starker Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns darüber unterhalten, über welche Bereiche wir diskutieren beziehungsweise in welchen Bereichen das geschehen muß. Ich gehöre nicht zu denen, die der Meinung sind, daß wir in bestimmten Bereichen die Verluste abzudecken haben von der öffentlichen Hand, während wir in anderen Bereichen den Gewinnmaximierungen das Wort sprechen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Darüber müssen wir uns unterhalten. Aber ich halte nichts von dem allgemeinen Gerede von der generellen Veränderung der Verhältnisse. Dem habe ich nie das Wort gesprochen.

(Zuruf des Abg. v. Groeling-Müller [FDP])

Ich bin bereit, mit Ihnen konkret und real zu sprechen.

Im übrigen, lieber Herr von Groeling-Müller, würde ich in diesem Fall fast argumentieren können mit den FDP-Programmvorschlägen von Professor Maihofer, wenn Sie ihn kennen. Und da ist eine ähnliche Überlegung enthalten. Auch er fordert, daß geprüft werden muß, ob alles in der jetzigen Form erhalten werden kann und ob nicht auch Veränderungen eintreten müssen. Für diese Prüfung, für die offene Diskussion, dafür bin ich!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Bravo! — Abg. John [FDP]: Sehr gut!)

Ich bin nur nicht für vorgefaßte Ergebnisse, die hinterher wissenschaftlich belegt werden müssen. Das ist Theologie in der Politik, die ich nicht mitmachen werde.

(Abg. Klein [CDU]: Genau das will er!)

Nein, das will er nicht!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Doch!)

Schön, Sie sagen ja, ich sage nein, Sie sagen wieder ja, ich sage wieder nein. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten gibt es kaum noch einen Kompromiß. Bleiben Sie bei Ihrem Ja, ich bleibe bei meinem Nein!

Konkret: Nun lassen Sie uns weiter untersuchen, was will die CDU/CSU weiter machen? Sie will weiter die Universität Bremen in der Bundesrepublik als den linken Buhmann aufbauen. Notfalls taucht dann auch noch die Freie Universität Berlin auf. Und dann hat man die beiden Positionen, daß unter sozialdemokratischer Herrschaft die Wissenschaft verteufelt wird oder gar nur als „eine Dame eines alten Gewerbes" für bestimmte Zwecke genutzt wird, aber nicht mehr als wirklich freie Stätte wissenschaftlicher Forschung. Dabei stellt sie die Forderung, wir sollten wesentlich stärker in die Autonomie der Universität eingreifen. Ich glaube nicht, daß die CDU/CSU sich daran stören wird, daß der Ring Christlich-Demokratischer Studenten sich soeben noch beispielsweise in aller Schärfe gegen die Absicht der Berliner CDU gewandt hat, das Universitätsgesetz in Richtung

einer größeren staatlichen Eingriffsgewalt zu verändern.

(Abg. Ströh [SPD]: Es gibt auch vernünftige Leute in der CDU! — Abg. Meurer [CDU]: Das ist eben der Unterschied zu euch!)

Ja, das spricht weder für noch gegen die CDU! Es geht einfach darum, daß in diesen Bereichen auch offene Diskussionen notwendig sind. Und ich gehöre zu denen, die hier erklären, ich glaube, daß das bremische Universitätsgesetz eine arbeitsfähige Grundlage ist. Ich bin nicht sicher, daß es die ideale Arbeitsgrundlage ist, ich bin auch nicht sicher, ob nicht eines Tages aus den Erfahrungen der künftigen Hochschularbeit Veränderungskonsequenzen gezogen werden müssen in die eine oder andere Richtung, aber ich bin offen, ich glaube nicht, daß unser Gesetz die letzte Wahrheit darstellt, sondern nur eine brauchbare Arbeitsgrundlage.

Und ich möchte hier etwas für mich in Anspruch nehmen, was ich an anderer Stelle auch gesagt habe: Worin unterscheidet sich denn Bremen eigentlich von den anderen Universitäten? Einmal, daß sie von vornherein als Universität mit dem Odium linksrevolutionärer Gesellen behaftet ist, zweitens, weil auch zu Zeiten unter Professor Killy bestimmte Skepsis dagegen bestand, daß hier Mitbestimmungsmodelle realisiert werden, die nach Bedenken von ansonsten namhaften Leuten die eigentliche wissenschaftliche Arbeit zerreißen, auffasern oder aufgliedern würden und von daher einer Universität nicht gut zu Gesicht stehen würden. Das sind die Kritiker, die auch heute noch, zum Teil gewandelt, ihre Kritik über die Bremer Universität äußern.

Aber haben wir eigentlich erwartet, als wir hier in diesem Hohen Hause — und damals fast einmütig, darf ich sagen, wenn ich einmal die NPD ausnehme — fast einmütig bereit waren, konsequent ein Reformmodell zu erproben, haben wir damals wirklich erwartet, daß es keine Schwierigkeiten geben würde? Haben wir wirklich erwartet, daß dieses Modell nicht auf Kritik und nicht auf Vorurteile stoßen würde?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das haben wir doch alle gesehen! Nur eine Erwartung hat sich nach meiner Meinung nicht erfüllt, die nämlich, daß alle Kritiker echte und ernsthafte Gesprächsbereitschaft mitbringen würden. Stattdessen erweisen sich manche Kritiker als ideologisch verklemmt, als unfähig und unwillig, ihre eigenen Vorstellungen an der Wirklichkeit zu überprüfen.

(Abg. Schubert [CDU]: Nennen Sie mal welche!)

Auf der anderen Seite wollen wir nicht verhehlen, daß auch wir, die im Senat arbeiten, nicht unkritisch dieser Bremer Universität gegenüberstehen,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Na, na, na! — Heiterkeit bei der CDU)

weil wir wissen, daß sich aus der Verwirklichung dieser Reformen Schwierigkeiten ergeben werden, die wir heute im vollen Umfang nicht erkennen können, und von daher uns immer wieder prüfen müssen, ob der eine oder andere von uns vorgeschlagene Weg der richtige ist.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Einschließlich der Koalition!)

Einzig deshalb!

Und auch in dieser Koalition war es mindestens — das sage ich hier ganz freimütig — eine ernste Sorge insbesondere auch der Freien Demokraten gewesen, die bestimmte Wege nicht akzeptieren wollten. Das kann doch gar nicht bestritten werden! Aber wo leben wir eigentlich? Eine Koalition war nie ein Einheitsbrei, jedenfalls nicht in Bremen. Das würde ich gern festgehalten wissen. Ich sage Ihnen, so wie ich die Kritiker verurteile, die nicht bereit sind, mit der Universität zu reden, so sehr würde ich diejenigen verurteilen, die mit blauer Blume durch die Gegend wandeln und nicht bereit sind, kritisch ihrerseits um diese Reformen mit der Universität zu sprechen. Die Universität braucht es nämlich, daß nicht über die Universität gesprochen wird, sondern mit der Universität!

(Beifall bei der SPD)

Persönlich halte ich es mit Professor Draheim, dem Rektor der Universität Karlsruhe, Mitglied des Wissenschaftsrates, einem Sachverständigen also. Professor Draheim hat gesagt, man sollte der Bremer Universität die Chance geben, die Reform auszuprobieren. Und dieses Zitat möchte ich zugleich als einen Appell an Sie alle verstanden wissen!

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Meinungsverschiedenheiten an der Universität werden von der Opposition benutzt, sagte Herr Dr. Czichon, die Meinungsäußerungen unterschiedlicher Art an der Universität, so sagte der Hauptsprecher der Regierungspartei, sind Zeichen der Pluralität!

Meine Damen und Herren, dieser Gründungssenat der Universität in Bremen kann ganz gelassen jeden Hund, der ihn anbellt, anbellen und bellen lassen. Und er kann genauso gelassen ihn abfahren lassen, denn er ist ein geschlossener Zirkel von Sozialisten und läßt keinen andern zu Wort kommen. Es wird abgestimmt, die Hand hochgehoben, und dann ist alle Bellerei unter dem Tisch, Sie können reden, was Sie wollen! Was soll man denn dann noch argumentieren? Dieser Gründungssenat ist — und man hätte es hinnehmen können bei guter Absicht und bei fairer Art — einseitig besetzt und hat alle anderen Gremien, und das ist hier gesagt worden, einseitig nach seinen Vorstellungen besetzt.

Was nutzt es denn, zu diskutieren, wenn man durch Abstimmen in dem entsprechenden Gremium

vom Tisch gewischt wird! Und es wird ja immer einstimmig abgestimmt! Alle Berufungsvorschläge, alle anderen Vorschläge, ob Leute Examen haben oder nicht Examen haben, einstimmig geht das über den Tisch. Und das weiß man und läßt sich eigentlich im wesentlichen gar nicht aus der Ruhe bringen. Das, meine Damen und Herren, ist das, was wir an dem Verfahren kritisieren. Das ist das, was uns ärgert! Und wenn Sie das nicht glauben, dann darf ich Ihnen ein Zitat mit Genehmigung des Herrn Präsidenten von Professor Dr. Ulrich Lohmar, Mitglied des Bundestags und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, vorlesen. In der „Neuen Westfälischen Zeitung" vom 10. 6. 71, Nummer 132:

„Sehr viel schwieriger ist die andere Seite des Universitätsprojekts Bremen zu beurteilen. Die meisten der nach Bremen berufenen oder für eine Berufung vorgesehenen Hochschullehrer sind zugleich eindeutig politisch festgelegt: zumeist auf dem linken Flügel der SPD oder links außerhalb der Sozialdemokratie".

Meine Damen und Herren, warum sage ich denn das? Das sage ich nicht, um die Universität zu diffamieren, das lese ich nicht vor, um die Universität zu diffamieren, sondern ich wehre mich dagegen, daß ich mich bei solchen Diskussionen mit der Universität immer beschimpfen lassen muß, ich kneife. Ich muß mich beschimpfen lassen: Weise doch nach, daß das Sozialisten sind! Deshalb greife ich zum Autoritätsbeweis! Und wenn ich versuche nachzuweisen, daß einseitig verfahren wird, dann lasse ich mich auch als Denunziant und Schnüffler beschimpfen. Was sind das für Methoden!

Alles hätten wir uns sparen können, wenn man fair verfahren wäre. Aber ich habe es das letzte Mal hier schon gesagt, man war zu dieser Fairneß nicht bereit. Und das muß man sich in aller Deutlichkeit sagen lassen, hier von diesem Platz, denn an anderen Plätzen ist das außerordentlich schwierig, denn da sitzt ein Gremium von Leuten, das sich Tag und Nacht mit diesen Fragen auseinandersetzt, und andere Leute kommen als Berufstrottel hin und müssen sich dann abqualifizieren lassen mit dem Hinweis, daß man eben unwissenschaftlich argumentiert. Das kenne ich auch aus den Seminaren: Wenn meinen alten Lehrern etwas nicht paßte, bekam man es auch gesagt: bitte wissenschaftlich argumentieren! Also genau das finde ich in der neuen und modernen Universität.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Was ist denn das für eine Reform der Universität!

Dann führt der Sprecher der Regierungspartei, Herr Dr. Czichon, folgendes an: Er sagte in seiner Rede soeben hier, daß einige der Kritiker der Universität diese Universität — ich muß Ihnen das aus dem Gedächtnis wiedergeben — nicht richtig verstanden hätten. Meine Damen und Herren, an den Papieren, die bisher als Beweis herausgekommen sind, ist nichts falsch zu verstehen. Sie sind eindeutig, und Herr Dr. Dietrich, Professor an der PH seines Zeichens, müßte der letzte Trottel sein, wenn er auf seinem eigenen Fachgebiet die Dinge nicht versteht. Aber das muß er sich von den Laien hier vorhalten lassen, von Laien auf solchem Gebiet. Was sind denn das für Dinge!

Ich neige dazu, auch das hier einmal mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zu zitieren. Da schreibt der Herr Professor Dr. Dietrich, Spezialist also für Pädagogik: „Der künftige Lehrer soll zur Erkenntnis der ‚realen gesellschaftlichen Entwicklung' gelangen." „Was heißt das? Nach der Abbildtheorie existieren die gesellschaftlichen Prozesse außerhalb und unabhängig vom menschlichen Bewußtsein, damit also auch die ‚realen gesellschaftlichen Verhältnisse'. Für ein unvoreingenommenes Gemüt bedeutet diese Forderung zunächst, daß die gegenwärtigen realen gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren sind." Und das haben wir uns heute von einigen unvoreingenommenen Gemütern mehrfach anhören dürfen. Im Zitat weiter:

„Das führt unter anderem zur Erkenntnis vom allgemeinen gesellschaftlichen Widerspruch. Daher zur Erkenntnis des Widerspruchs zwischen gesellschaftlichen Klassen, Unterdrückern und Unterdrückten, Ausbeutern und Ausgebeuteten. Solche Widersprüche lassen erkennen, ‚daß die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht von allen im Interesse aller, sondern von wenigen im Interesse weniger bestimmt wird'. Ähnliche Aussagen finden sich bei Marx und anderen Klassikern des Marxismus-Leninismus. Sie nehmen praktisch das Ergebnis der Gesellschaftsanalyse voraus, das eigentlich erst durch wissenschaftliche Untersuchungen gefunden werden sollte."

Sicher hat Professor Dietrich die Ergüsse der Planer nicht mißverstanden. Auch ihre Zitate waren nicht mißzuverstehen. Und man wußte, als man sie hier an dieser Universität anstellte, was sie für eine Einstellung haben. Und von dieser Einstellung her mußte man wissen, was sie produzieren werden. Außerdem fand ständig ein Meinungsaustausch zwischen den Planern und der Plankommission statt. Niemand kann mir hinterher sagen, das ist soeben und zufällig aus dieser Sicht heraus zu Aktionen entstanden. Und man wußte von dem Papier erst, als es vorgelegt wurde und zur Entscheidung anstand. Das ist einfach falsch, das so zu behaupten!

Aber es gibt noch einige andere Punkte, meine Damen und Herren, mit denen man hier etwas leichtfertig umgeht. Und ich möchte wieder jenen Sprecher der Regierungspartei erwähnen, der mit dem Gesicht des braven Bürgers über Land zieht und hier Dinge falsch darstellt, absichtlich, wissentlich, gezielt und wiederholt.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter von Groeling-Müller, ich muß zurückweisen, daß ein Abgeordneter absichtlich, wissentlich etwas falsch darstellt. Dann würde er bewußt die Unwahrheit sagen. Und ich glaube, das ist eine parlamentarische Unter-

stellung, die auf keinen Fall so hingenommen werden kann. Die muß ich in aller Entschiedenheit zurückweisen! Sie können sagen, daß es nach Ihrer Meinung falsch ist. Aber ich glaube, Sie können nicht unterstellen, daß der Abgeordnete bewußt die Unwahrheit sagt. Das können Sie nicht!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Danke, Herr Präsident! Ich gehe in mich und muß sagen: Der, der so zitiert, kann nach meiner Meinung nur ahnungslos sein. Dr. Czichon war also bei diesem Zitat nach meiner Meinung absolut ahnungslos. Er ist nicht informiert, er kümmert sich nach meiner Meinung nicht um die Sache, denn er hat gesagt, die Professoren Dietrich und Klink haben ihre Bedenken zurückgezogen. Das stimmt, wenn man den Sachverhalt genau kennt, nach meiner Meinung nicht, denn die Herren haben ihre Bedenken zurückgezogen, weil Plankommission und — soweit ich informiert bin — auch Gründungssenat das Papier zurückgewiesen haben.

(Abg. Klemmer [SPD]: Na also!)

Damit waren die Bedenken hinfällig. Sie haben sie aber nicht zurückgezogen! Und genauso hat Dietrich — siehe Zeitung und seine Äußerungen — ganz klar gesagt, seine Bedenken bestehen im Grundsatz fort.

(Abg. Klemmer [SPD]: Wo hat er das gesagt?)

Nur zu diesem Papier sind sie hinfällig geworden, weil es zurückgezogen ist. Siehe „Weser-Kurier" vom entsprechenden Tag! Was für eine Methode politischer Argumentation!

Die Glaubwürdigkeit des so hoch informierten Sprechers der Regierung muß ich noch ein weiteres Mal in Zweifel ziehen. Laut „Bremer Bürgerzeitung" vom 18. Juni — ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren — steht als Überschrift: „FDP-Politikerin Hamm-Brücher setzt Hoffnungen auf Bremer Universität!"

(Abg. Uhde [SPD]: Damit haben Sie nicht gerechnet?)

Meine Damen und Herren, auch wir haben diese Hoffnung auf die Bremer Reformuniversität gesetzt. Hier aber wird die Bevölkerung meiner Meinung nach mit Auslassungen aus Unwissen getäuscht, auch von dieser Zeitung getäuscht, denn — wenn ich zitieren darf — in derselben Verlautbarung der FDP-Politikerin Staatssekretärin Dr. Hamm-Brücher steht: „Im Gegensatz zu den Bremer Freien Demokraten, die wegen der Hochschulpolitik die Koalition verlassen haben" — so schreibt die „Bremer Bürgerzeitung" —, „setzt sich Frau Hamm-Brücher" — und jetzt beginnt das — „für ein wichtiges Reformexperiment ein, weil dort erstmals versucht wird, konsequent von der inhaltlichen Reform des Studiums auszugehen."

Was weder die „Bremer Bürgerzeitung", die ja hier den Sprecher der Regierung zitiert, noch der Sprecher der Regierung nicht sagen, ist aber die Fortsetzung des Zitats. Und ich neige dazu, den Präsidenten in die Verlegenheit zu bringen und ihn zu fragen, was ich nicht offiziell tue, sondern ich bedenke das so vor mich hin:

(Heiterkeit bei der SPD)

Was würde er wohl antworten, wenn ich ihn fragte: Was tut eigentlich ein Mensch, der ein Zitat zur Hälfte bringt und die andere Hälfte wegläßt? Ich frage das nicht! Ich lese Ihnen die andere Hälfte mit Erlaubnis des Präsidenten hier vor: „Wenn ich Hochschulreform sage, dann meine ich eine Reform im Rahmen der sozialliberalen Demokratie, nicht aber die Sanktionierung einer neomarxistischen Verkündungshochschule."

Das war also der Vorbehalt! Da wollten einige — es scheint so, daß ich jetzt auch Zeitungskritik üben muß — ihren Wählern vormachen, daß hier die Bremer Freien Demokraten, und ich muß sie verteidigen, erzkonservativ sind, weil sie sich in Gegensatz zu Frau Hamm-Brücher setzen. Frau Hamm-Brücher hat uns aus der Seele gesprochen. Besser hätten wir das hier gar nicht darstellen können. Entschuldigen Sie, daß ich das so unzulänglich darstelle.

(Abg. Klemmer [SPD]: Das tun Sie doch immer!)

Sie kann es besser, und ich habe es hier besser zitiert.

Aber ich bin noch nicht ganz fertig! Ich kann mir nicht verkneifen, noch einiges sagen zu müssen, meine Damen und Herren. Herr Dr. Czichon sah die Reform in Liquidation, und das ist nicht wahr! Keiner in meiner Fraktion ist bereit, eine konservative Universität von Großvaters Stil zu übernehmen. Keiner will sie erhalten, und keiner wird auch nur eine Hand dafür erheben, meine Damen und Herren! Sie soll nicht liquidiert werden. Aber wir erwarten von einer Reformuniversität, daß sie nicht marxistisch-konservativ wird! Um vielleicht den spitzen Fragen Genüge zu tun, daß sie nicht einfach von einer sozialistischen Gruppe diktiert wird, und man sagen kann, was man will: Sie läuft so ab. Das ist das, was ich für tunlich halte.

Nun, meine Damen und Herren, muß ich mir ein letztes Wort gestatten, ein letztes Wort an die sozialdemokratische Regierungspartei dieses Hauses. Mir wird von jungen Sozialdemokraten vorgehalten: Du bist gegen diese Universität, seit dein Bruder Dr. Müller-Groeling abgelehnt wurde, als er sich hier beworben hat! Das ist die perfideste politische Beschimpfung, die man einem Politiker antun kann.

(Abg. Klemmer [SPD]: Was soll das denn?)

Damit geht man in Bremen-Nord hausieren in den Ortsvereinen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Aber doch nicht in der Bürgerschaft!)

Das ist die perfideste Propaganda, die man jemandem antut. Meine Fraktion ist aus der Regierungskoalition ausgeschieden. Und ich bin mit meiner

Fraktion solidarisch. Und man soll mit solchen Beschimpfungen und Primitivmethoden doch zu Hause bleiben — genauso wie mit den Falschzitaten! Was soll denn das? — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich hier nicht so verhalten wie der Kollege Dr. Czichon, der sich hier heute so benahm wie das Tier, das er bei der letzten Debatte hier im Hause als Beispiel nahm, sich an diesem Theater benimmt. Er hat damals dieses Haus als ein „Affentheater" bezeichnet. Ich muß feststellen, was er hier produzierte, war so etwas wie ein Affentheater.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Schepers, ich meine, der Bezug, den Sie jetzt hergestellt haben, der war das letzte Mal nicht angesprochen, sonst hätten wir ihn zurückgewiesen. Wir achten vom Präsidium sehr darauf, daß die Würde dieses Hauses gewahrt wird, und wenn ein Abgeordneter dieses Haus als ein „Affentheater" hinstellt, würden wir es mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Abg. Fischer [CDU]: Es ist aber geschehen!)

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, ich glaube, daß ich diesen Ausdruck von Herrn Dr. Czichon in der letzten Sitzung mit Recht gehört habe.

Präsident Dr. Klink: Herr Schepers, wenn wir es gehört hätten, hätten wir es zurückgewiesen. Ich würde Sie auch deswegen bitten, nach unserer Meinung eine Wiederholung eines solchen Mißverständnisses hier nicht durchzuführen!

Bitte fahren Sie fort in Ihren Ausführungen!

Abg. **Schepers** (CDU): Ich nehme an, daß außer mir noch einige Kollegen es gehört haben. Ich werde aber nicht darauf zurückkommen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Nein, Wilhelm, dann wärst du doch längst zum Staatsgerichtshof gegangen!)

Ach, deswegen habt ihr den Vorsitzenden heute gleich hierhergeholt!

(Abg. Klemmer [SPD]: Es gibt keinen Vorsitzenden, sondern einen Präsidenten!)

Meine Damen und Herren, bevor ich auf einige Ausführungen von Herrn Dr. Czichon eingehe, möchte ich mich doch mit dem Papier beschäftigen, das laut Zeitungsmeldungen die Abgeordneten heute haben sollten, nämlich der Dokumentation der Universität. In dieser Dokumentation steht auf Seite 2, daß eine solche Öffentlichkeit, die eingeladen ist zu den Sitzungen des Gründungssenats, die nur dasitzt, als Spitzel bezeichnet wird, und diese Öffentlichkeit, wenn sie aus vorliegenden Planerpapieren etwas veröffentlicht, denunziatorischen Charakter hat. Hier ist es unter dem Titel erschienen „Die mißbrauchte Öffentlichkeit oder die Mobilisierung öffentlicher Unvernunft" von Wolf-Gunther Brügmann. Dieser Ausdruck ist von dem Herrn Gründungsrektor Dr. Thomas von der Vring gebraucht worden.

Meine Damen und Herren, ich weise diese Form, diese Klassifizierung von Zuhörern auf das Entschiedenste zurück

(Beifall bei der CDU)

für alle Leute, die daran teilgenommen haben! Im Stile eines NS-Führungsoffiziers wird hier eine Öffentlichkeit abqualifiziert, im Stile eines SED-Propagandisten werden Leute beschuldigt, die nichts anderes tun, als der Aufforderung zu folgen, zuzuhören und sich dann ihre Gedanken über das zu machen, was dort vor sich geht!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Schepers, ich muß mich jetzt mal vergewissern, weil ich nicht ganz der Debatte gefolgt bin, weil ich mich um eine Protokollfrage bemüht habe. Habe ich es richtig mitgekriegt, daß Sie den Sachverständigen Dr. Thomas von der Vring als einen Mann hingestellt haben, der im Stile eines NS-Führungsoffiziers seine Ausführungen gemacht hat?

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, da muß ich Sie berichtigen!

Präsident Dr. Klink: Deswegen frage ich!

Abg. **Schepers** (CDU): Ich habe zitiert aus einer Vorbemerkung der Dokumentation der Universität. In dieser Vorbemerkung steht ein Satz, den Herr Dr. von der Vring am Sonntag, dem 4. Juli, gesagt hat: Eine Öffentlichkeit, die dasitzt und nur mit dem Ohr des Spitzels zuhört, hat denunziatorischen Charakter! Und dagegen verwahre ich mich. Das ist der Stil von Leuten, die ich eben skizziert habe!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Schepers, Sie haben das Recht, eine andere Meinung zu haben und sich sehr scharf gegen diese Ausführungen zu wenden. Aber ich würde es zurückweisen, wenn Sie sagen, daß das Methoden sind, die dem Stile eines NS-Führungsoffiziers entsprechen. Denn das ist eine persönliche Beleidigung! Ich muß das zurückweisen!

(Zurufe von der CDU: SED auch?)

Selbstverständlich! Ich weise zurück den Ausdruck NS- und SED-Führungsoffizier.

Abg. **Schepers** (CDU): Ich habe Sie genau verstanden. Erst nachdem Sie darauf aufmerksam gemacht wurden — auf den Hinweis aus meiner Fraktion —,

haben Sie dann auch den Hinweis auf die SED-Methoden zurückgewiesen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Schepers! Ich würde Sie darauf hinweisen, daß Sie sich an die Geschäftsordnung halten. Ich habe Ihnen gerade einen Ordnungsruf in sehr vorsichtiger Form erteilt. Ordnungsrufe sind nicht mehr zu diskutieren. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, daß ich nicht voll Ihren Ausführungen gefolgt bin, daß ich mich erst vergewissert habe durch eine Rücksprache bei meinem Vizepräsidenten, wie die Ausführungen waren. Als ich feststellte, daß „SED-Führungsoffizier" gefallen ist, habe ich den Ausdruck in gleicher Form zurückgewiesen. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen und nicht in eine Kritik dieser Feststellung hier einzutreten. Sie haben die Möglichkeit, sich innerhalb von drei Tagen an das Präsidium zu wenden, wenn Sie meinen, daß die Ordnungsmaßnahme nicht berechtigt war.

Bitte fahren Sie in Ihren Ausführungen fort!

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, vielen Dank! Ich verwahre mich trotzdem gegen das, was er hier in dieser Vorbemerkung schriftlich niedergelegt hat!

(Beifall bei der CDU)

Diese Denunzierung, von der hier gesprochen wird, diese Spitzelhaftigkeit, mit der die Zuhörer verglichen werden, ist ein Skandal! Das muß hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann es mir nicht erlauben, auf die anderen Vorgänge hier einzugehen, aber ich komme jetzt auf ein weiteres Papier aus dieser Dokumentation.

Das Papier enthält unter dem 26. 6.: Zu dem Antrag von Klaus Barner an den Gründungssenat der Universität stellt die PKN auf ihrer Sitzung fest zu 1), 1 b), zu 2), was Frau Kurth alles nicht gesagt haben soll. Diese Dokumentation enthält natürlich nicht das Schreiben von Herrn Dr. Barner vom 2. Juli 1971 an den Gründungssenat der Universität Bremen, wo er folgendes sagt — —

(Abg. Hardegen [CDU]: Das war beabsichtigt!)

Nein, das war rein zufällig, das ist ein reines Mißverständnis, um das es sich dauernd handelt, wenn hier aus offiziellen Papieren dieser Universität zitiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Es hat den Anschein, daß diese Universität der deutschen Sprache nicht mehr sehr mächtig ist.

(Beifall bei der CDU — Abg. Hardegen [CDU]: Oder ein Mißverständnis!)

„Auf einem Mißverständnis beruht natürlich, daß die Antwort auf die Frage des Gründungssenats an Dr. Barner und Frau Professor Dr. Ina Kurth, diese Behauptung, Frau Professor Kurth habe mir gegenüber geäußert, wir wollen ja hier in Bremen nicht Mathematik, sondern Politik machen, diese Behauptung hält Dr. Barner aufrecht.

Er hält ferner aufrecht die Frage, ob die Unterkommission Mathematik ganz auf die Linie des Projektpapiers eingeschwenkt ist und dabei Wesentliches für meine eigene zukünftige Arbeit in Bremen unverzichtbare Positionen aufgegeben hat, ist eine Frage der wissenschaftstheoretischen und wissenschaftspolitischen Beurteilung, die von verschiedenen Personen durchaus verschieden beantwortet werden kann, die Diskussionen der letzten Tage haben mein eigenes Urteil in dieser Frage nur noch bestärkt.

Richtig ist zu 3), daß Frau Professor Kurth in den beiden von mir angesprochenen Sitzungen der UKM aus durchaus sachlichen Gründen vergleichsweise oft zu Wort kommen mußte. Mein Eindruck, in ihr einen der beiden Chefideologen der UKM vor mir zu haben, resultiert jedoch nicht aus der von ihr beanspruchten Redezeit und auch nicht allein aus jenen beiden UKM-Sitzungen."

Meine Damen und Herren, es wäre doch für eine Dokumentation sicherlich von Nutzen, wenn auch diese Antwort von Professor Barner auf Fragen an ihn in ihr enthalten gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch zu einem weiteren Verhalten des Gründungsrektors Dr. Thomas von der Vring: Nach einer Zeitungsmeldung vom 22. 3. 1971 hat der Dr. von der Vring sich in einer Veranstaltung für eine Verstaatlichung der gewerblichen Berufsausbildung eingesetzt und hat dort unter anderem behauptet, ein großer Teil der Handwerksbetriebe müßte bankrott gehen, weil er dann nicht mehr in der Lage sei, seine gewerblichen Lehrlinge als billige Arbeitskräfte einzusetzen und also auszunutzen. Das war am 22. 3. Beweise blieb er schuldig an diesem Tag, wo er die Behauptung aufstellte. Immerhin bezeichnend für einen Wissenschaftler!

(Abg. Fischer [CDU]: Und vor einer Diskussion kniff er!)

Am 8. 4. wurde er aufgefordert mitzuteilen, welche Erkenntnisquellen Herrn Dr. von der Vring zu solchen Behauptungen geführt hätten. Dr. von der Vring hat auf dieses Schreiben nicht einmal reagiert. Am 20. 5. wird er öffentlich aufgefordert, doch zu antworten. Auch daraufhin hat er noch nicht einmal die Handwerkskammer einer Antwort für würdig befunden. Am 29. 6., also drei Monate später, ließ Herr Dr. von der Vring seine Sekretärin anrufen, er sei nunmehr bereit, Material zu sammeln, um seine Behauptung vom 20. 3. durch Beweise zu erhärten.

(Lachen bei der CDU)

Ich brauche mich zu dieser Methode, Behauptungen aufzustellen, ohne Beweise zu haben, nicht mehr zu äußern, dazu können Sie sich selber ein Bild machen.

Noch ein Weiteres, meine Damen und Herren! Herr Dr. Czichon ist natürlich nicht auf die Inhalte der Papiere eingegangen.

(Abg. Klein [CDU]: Mit keinem Wort!)

Mit keinem Wort, er ist auch nicht auf die Vorwürfe eingegangen, die erhoben worden sind. Er hat wie immer eine Rede gehalten für sich, eine Rede gehalten, die ihn in seiner Partei als einem von proletarischem Bewußtsein Besessenen nachweisen sollte.

(Abg. Ströh [SPD]: Wo hast du das bloß her, Wilhelm?)

Erich Ströh, bestimmt nicht von dir!

(Heiterkeit)

Anscheinend hat er es immer wieder nötig, diesen Nachweis in seiner Partei zu führen, anstatt einzugehen auf die Inhalte der Diskussionspapiere und der Papiere der Planungskommissionen für das, was sich bei der Eröffnung der Universität an Studiengängen für die Studenten vollziehen soll. Bis heute, und laut Antwort des Planers Maier am vergangenen Sonnabend bei einer Diskussion, liegen dort keine anderen Planungspapiere vor.

(Abg. Menke [CDU]: Hört, hört!)

Ich darf also feststellen mit dem Gründungssenatsmitglied Dr. Klink, wenn ich von der Unverbindlichkeit dieser Papiere ausgehe — und laut Wiethölter gibt es ja 10 000 Stück davon, die alle unverbindlich sind, die nur Diskussionsgrundlagen sind —, dann kann die Universität nicht im Oktober eröffnet werden. Oder aber diese Planer haben ein Jahr lang herumgesessen und nichts getan, als unverbindliche Papiere zu produzieren. Das muß man doch mal in aller Deutlichkeit sagen!

(Abg. John [FDP]: Die GEW sagt ja auch schon, daß es ein Grundsatzpapier ist!)

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat Herr Dr. Czichon gar nicht erwähnt, weil sie ja als fachlich bezogen zu den Dingen Stellung nehmen kann, was Herr Dr. Czichon nicht kann. Sie hat die Eindeutigkeit der Richtung dieser Papiere festgestellt. Das in einer Erklärung, die erst wenige Tage alt ist. Das kann die SPD mit noch so schönen Worten nicht aus der Welt schaffen.

Nun noch ein anderes Beispiel für das Selbstverständnis dieses Gründungssenats: Das Mitglied Professor Wiethölter sprach am 30. 6. 1971 in einer Veranstaltung in Karlsruhe „von einem Großlager konservativer Wissenschaftler, die sich hinter ehrwürdigen, aber hochproblematischen Kategorien wie Meinungsfreiheit, Gewissen, Überzeugung und Toleranz verschanzen."

Meine Damen und Herren, wer so über Begriffe wie Meinungsfreiheit, Gewissen, Überzeugung, Toleranz spricht, von dem kann ich nicht erwarten, daß er dem wissenschaftlichen Pluralismus an einer Universität Raum gibt! Das darf ich hier in aller Deutlichkeit feststellen. Wir sind ja nicht nur darin bestärkt worden durch die Professoren, und insofern trifft es nicht zu, was der Präsident des Senats gesagt hat, daß wir heute auf derselben Ebene diskutieren. Wir haben mittlerweile Äußerungen vorliegen nicht nur von Leuten wie Herrn Arnold, der in einer Art Ferndiagnose von Kanada aus die Verhältnisse hier zu schildern versucht, sondern wir haben ja mittlerweile Äußerungen vorliegen von Professor Klink, von Professor Dietrich, von Professor Oberschelp und von Professor Dr. Barner. Die haben wir mittlerweile vorliegen, und zwar aus dem inneren Kreis der zur Universität Gehörenden, mit Ausnahme von Herrn Professor Dr. Dietrich, der aber vom Fach her eine innere Beziehung zu der Problematik dort hat.

Insofern diskutieren wir von einer anderen Ebene, eher abgestützt auf Äußerungen von Wissenschaftlern, die sich mit dem Problem beschäftigt haben. Von denen kann man nicht sagen, daß sie aus parteiegoistischen Gründen solche Äußerungen von sich geben würden.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Kollege Schepers, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Schepers** (CDU): Nein, ich bin nicht bereit!

Herr Dr. Barner hat in seiner Ablehnung an den Senator für das Bildungswesen noch einmal dezidiert das zusammengefaßt, was er in dem Zeitungsartikel gestern zu der Frage der sozialistischen Mathematik im Allgemeinen und zu seinem Rücktritt im Besonderen gesagt hat.

(Abg. Ströh [SPD]: Warum verschweigen Sie eigentlich die anderen Professoren?)

Ich kann hier auch noch die Ablehnung von Oberschelp vorlesen, ich kann auch die Ferndiagnose von Arnold vorlesen, die habe ich ja hier liegen. Er bezieht sich lediglich auf vorliegende Arbeitspapiere, aber nicht auf Diskussionen mit Professoren und Planern.

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Doch, doch!)

Herr Dr. Barner beruft sich bei seiner Ablehnung auf die Erfahrung, die er seit einem Vierteljahr hier in Bremen gemacht hat im Gespräch mit der Planungskommission für Lehrerbildung, mit der Unterkommission für Mathematik und mit dem Gründungssenat. Er sagt:

„Meine Ablehnung hat auch nicht direkt mit der in der Öffentlichkeit viel diskutierten Nichtbestätigung der Berufung einiger meiner Kollegen durch den Senat zu tun. Ich bin zwar der Auffassung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, daß es nicht zu rechtfertigen ist, einzelne Hochschullehrer aus politischen Gründen nicht zu berufen, ich bin aber andererseits der Meinung, daß der Gründungssenat und einige der von ihm eingesetzten Berufungskommissionen durch ihre in skandalöser Weise politisierten Berufungsverfahren in dieser Hinsicht weit mehr gesündigt haben. Ich hätte es daher für konsequenter

gehalten, wenn der Senat der Hansestadt die kompletten Berufungslisten an den Gründungssenat zurückgegeben und die Suspendierung und völlige Neubesetzung einiger Berufungskommissionen angeordnet hätte. Die Gründe für die Ablehnung meines Rufes sind Ihnen, Herr Senator, wohl im wesentlichen bekanntgeworden. Ich fasse sie hier nur stichwortartig zusammen:

1. Angesichts der marxistisch orientierten Mehrheit in der für Mathematik zuständigen Planungskommission Naturwissenschaften, und angesichts der Tatsache, daß es den für die Mathematik zuständigen Berufungskommissionen gelungen ist, auch die Hochschullehrerschaft im Fach Mathematik mehrheitlich in ihrem Sinne zusammenzusetzen, sehe ich keine Chance zu verhindern, daß auch für die Forschung und Lehre im Fach Mathematik die marxistische Wissenschaftstheorie verbindlich werden wird.

2. In allen mir bekanntgewordenen Entwürfen für eine vorläufige Universitätsstruktur ist klar die Absicht zu erkennen, dem einzelnen Hochschullehrer die Entscheidung über Art und Thema seiner Lehrveranstaltung im Rahmen seiner Pflichtstunden völlig zu nehmen und sie Gremien zu übertragen, in denen er in der Regel nicht einmal mehr mit Stimmrecht vertreten ist. Daher kann er gegen seinen Willen zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen gezwungen werden, deren Einbindung in eine bestimmte politische Zielsetzung im Rahmen eines Projekts er mit seiner politischen Überzeugung und seinem Gewissen nicht vereinbaren kann."

Ich brauche diesem nichts mehr hinzuzufügen. Und auch auf diese Frage eines besorgten Wissenschaftlers, Herr Dr. Czichon, haben Sie keine Antwort gegeben. Wir haben Ihnen diese Frage vorgelegt, aber darauf antworten Sie nicht!

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Aber ja doch!)

Nein, Sie antworten darauf nicht, Sie wiederholen immer nur: Ich bin reformfreudig, wir sind reformfreudig, die SPD ist reformfreudig,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sie sind es nicht, das steht fest!)

mehr erzählen Sie uns hier nicht. Auf den Kern der Papiere aber, der Arbeitsunterlagen in diesen Kommissionen, um die es hier geht, gehen Sie einfach nicht ein. Im Gegenteil, Sie behaupten hier noch, daß das Recht mit Geld leichter zu erringen sei und beleidigen damit die deutschen Richter.

(Abg. Stäcker [SPD]: Was ist das denn?)

Damit stellen Sie sich hier hin!

(Starke Unruhe)

Meine Damen und Herren, auch der Präsident des Senats hat sich noch einmal bemüßigt gefühlt, auf Professor Killy zurückzukommen. Er hat aber nicht gesagt, daß Professor Killy im Februar 1970 dieses Modell, das er mitgebracht hat, für gescheitert erklärt hat, wenn der Senat es zuläßt, daß diese Universität solchen Gruppen überlassen wird. Diese Entwicklung ist eingetreten. Der Senat in Bremen ist nicht mehr in der Lage, trotz der Erklärung des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Koschnick, in der Aufbauphase der Universität die volle personelle und sachliche Verantwortung zu tragen und die Entscheidungen von vornherein mitzubestimmen.

Wenn dem so wäre, wie Bürgermeister Koschnick hier erklärt hat, wäre die Koalition ja im Mai nicht auseinandergegangen. Sie ist ja gerade deswegen auseinandergegangen, weil die größte Partei in der Koalition dem Willen und den Vorstellungen des Gründungssenats zu folgen bereit war, im Gegensatz zu ihrem Koalitionspartner. So sind doch wohl die Dinge!

Im übrigen sollten Sie nicht auf Bundestagsbeschlüsse, Herr Dr. Czichon, verweisen, die also gegen die Stimmen der CDU durchgekommen sind! Wenn Sie also schon von Bundestagsbeschlüssen sprechen, dann sollten Sie den sozialpolitisch wichtigsten nicht verschweigen, wo Sie die Rentenerhöhung abgelehnt haben.

(Lachen bei der SPD — Beifall bei der CDU — Abg. Stäcker [SPD]: Denken Sie an die Beschlüsse, die Sie gefaßt haben! Das ist zu billig!)

Den sollten Sie da nicht verschweigen! Wo Ihr soziales Gewissen erkennbar wurde, daran sollten Sie denken!

Im übrigen darf ich noch darauf hinweisen, daß 1967

(Starke Unruhe im ganzen Hause)

die Diskussion um die Universität eine ganz andere war, unter ganz anderen Voraussetzungen geführt wurde, als sie heute geführt wird. Wir stellen auf alle Fälle fest nach den Darlegungen des Kollegen Dr. Czichon, daß unsere Besorgnisse nicht beseitigt sind. Und wenn Sie zehnmal hinweisen auf die Bürgerschaftswahlen und meinen, das sei Wahlkampf! Es handelt sich darum, daß die

(Abg. Ströh [SPD]: Um was sonst? — Abg. Schnakenberg [SPD]: Da sind Sie kräftig bei!)

CDU besorgt ist, daß dieses Land und daß diese Partei, die diese Regierung trägt, es zuläßt, daß sich hier eine Universität entwickelt nicht in dem Sinne, wie dies dieses ganze Haus in seinen Absichtserklärungen seit 1960 gewollt hat,

(Abg. Düßmann [SPD]: Kaiserliche Werft!)

nämlich eine Universität, an der die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet, der Pluralismus der Wissenschaft und der Leistungsstandard und die Vergleichbarkeit mit anderen Universitäten gewährleistet sind.

(Starker Beifall bei CDU und NPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Schepers, eine Sekunde! Ich habe noch einmal im Protokoll nachgeschlagen vom 15. Juni auf Ihren Hinweis „Affentheater" in bezug auf dieses Haus. Ich war gerade damit beschäftigt, als ich vorhin eingriff, deswegen war also mein Zuhören nicht so präzise gewesen.

Aus dem Protokoll Seite 3322 geht eindeutig hervor, unmißverständlich hervor, daß der Ausdruck nicht gemünzt war auf dieses Haus, sondern daß er gemünzt war auf das bundesweite Geschreibe und Gerede über die Universität.

(Abg. Schepers [CDU]: Vielen Dank, Herr Präsident!)

Das geht aus dem Protokoll eindeutig hervor, und Sie sind auch dabei erwähnt — das ist ein Hinweis für Sie —, ich dachte Sie hätten das aus der Diskussion auch schon so verstanden. Dieses Mißverständnis konnte also nicht auftreten.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befinden uns allen anders lautenden Versicherungen der Opposition zum Trotze in der teuersten Wahlkampfveranstaltung dieser Saison.

(Abg. Klein [CDU]: Ach!)

Und ich gehe sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß die Einberufung dieser Sondersitzung von der Opposition mit dem Ziel verfolgt worden ist, der Bremer Öffentlichkeit, dem Bremer Wähler, der diese heutige Sitzung ja in der direkten Übertragung zu verfolgen imstande ist, der morgen darüber in der Presse das Nötige lesen wird, diesem Bremer Wähler zum wiederholtesten Male deutlich zu machen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, indem sie eine ganz bestimmte Universitätsgründung hier in Bremen nicht nur zuläßt, sondern aktiv betreibt und fördert, daß diese Sozialdemokratische Partei Deutschlands hier inmitten einer freiheitlich demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik eine Institution aufbaut, die geeignet ist, Phalanx, Vorhut der revolutionären Umgestaltung dieser Bundesrepublik im Sinne des Marxismus-Leninismus zu sein.

(Abg. Erbel [CDU]: Wie recht er hat!)

Das sind ja Ihre Vorwürfe, und um diese Vorwürfe zum wiederholtesten Male der Öffentlichkeit zu unterbreiten, also diese heutige Sondersitzung.

(Abg. Hardegen [CDU]: Sie haben es gemerkt!)

Und wenn ich als Opposition im Wahlkampf dem Wähler das verdeutlichen will

(Abg. Erbel [CDU]: Dem Steuerzahler!)

— der ist ja identisch mit dem Steuerzahler, Herr Kollege —, dann allerdings bin ich gehalten, und ich wiederhole mich, dann bin ich gehalten, diesem Wähler Beweise zu liefern.

(Abg. Koschek [CDU]: Das haben wir doch, wollen Sie noch mehr Beweise?)

Ich habe gestern zu Wählern auf einer Einwohnerversammlung zum heutigen Thema —

(Abg. Dr. Lienhoop [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

jetzt möchte ich keine Zwischenfragen beantworten —, zum Thema Universität, gesprochen. Und ich habe diese Wähler aufgefordert, diese heutige Debatte aufmerksam zu verfolgen.

(Abg. Fischer [CDU]: Hoffentlich tun sie das!)

Ich habe sie aufgefordert, dabei doch besonders auf folgendes zu achten: Ist die Opposition imstande, heute den Nachweis dafür zu bringen, daß die personelle Zusammensetzung des alleinig entscheidungsbefugten Organs der Universität so geartet ist, daß in irgendeiner Form dogmatisch einseitig fixierte Personen in diesem höchst wichtigen Entscheidungsorgan sitzen?

(Abg. Dr. Lienhoop [FDP]: Ja!)

Also, im Klartext gesprochen: Ist die Opposition imstande, heute hier nachzuweisen, daß der Gründungssenat, zum Teil wenigstens, aus astreinen Marxisten besteht?

(Abg. Lienhoop [FDP]: Ja!)

Zweiter Tip an den Hörer: Ist die Opposition imstande nachzuweisen, daß sich unter den berufenen Hochschullehrern — so rund fünfzig — eine bedrohliche Anzahl von Wissenschaftlern befindet, die aus einem revolutionär-marxistischen Ansatz ihre Vorlesungen und Übungen an der Bremer Universität abhalten werden?

Drittens schließlich, ist die Opposition imstande, verbindliche Beschlüsse der Universität, das heißt Entscheidungen des Gründungssenats, hier heute zu zitieren, aus denen hervorgeht, daß das Studium an der Bremer Universität im Sinne des Marxismus-Leninismus einseitig fixiert wird?

Darauf zu achten, war also meine Aufforderung gestern an die, die heute dieser Debatte als Wähler folgen. Welche Namen aus dem Kreis der zwölf Gründungssenatoren haben Sie heute hier nennen und damit gleichzeitig die Enthüllung verbinden können, welche revolutionären marxistischen Umtriebe sich mit diesen Namen verbindet? Keine!

(Abg. Hardegen [CDU]: Da haben Sie nicht zugehört!)

Keinen einzigen!

(Abg. Meurer [CDU]: Das ist doch gar nicht das Problem! — Abg. Klein [CDU]: Wiethölter!)

Also, Herr Abgeordneter Klein, gleich fange ich hier an lautschallend zu lachen!

(Abg. Klein [CDU]: Tun Sie es doch!)

Wenn mir ein ernstzunehmender Debattenredner hier verkaufen will, daß Wiethölter ein revolutionärer Marxist ist, dann muß dieses Haus in Gelächter ausbrechen.

(Abg. Fischer [CDU]: Sie sehen, daß das Haus nicht lacht! — Zuruf von der SPD: Er hat es ja nicht gesagt!)

Wiethölter ist alles andere, aber kein Marxist!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Franke, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage von Herrn Klein anzunehmen?

Abg. **Franke** (SPD): Doch, bei Herrn Klein ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Was halten Sie davon, Herr Kollege Franke, daß Herr Professor Wiethölter in unserer Fraktion und vor unserem Landesvorstand seine Auffassung klar und deutlich geäußert hat, er sei für die Abschaffung der Dreiteilung der Gewalten und für die Abschaffung der Gesetze und für die Einführung eines großen Planes, und dann auf die Frage, wer denn kontrollieren solle, antwortete, das wisse er noch nicht?

(Zurufe von der SPD — Starke Unruhe)

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Klein, die etwas merkwürdigen Formulierungen, die Herr Professor Wiethölter angeblich vor Ihrer Fraktion vorgetragen hat — —

(Lachen und starke Unruhe bei der CDU — Beifall bei der SPD)

Noch bin ich bei meiner Antwort! Diese etwas merkwürdigen Formulierungen können in der Tat zum Nachdenken anregen, aber eins steht ja doch wohl für jeden Sachkenner fest, daß das nicht die Kriterien dafür sind, daß er Marxist ist.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Franke, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Bitte schön!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege Franke, stimmen Sie mit mir in der Auffassung überein, daß die Beweiskraft unserer Argumente und der von uns vorgelegten Tatsachen von einem Ideologen beleuchtet werden muß?

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Das war aber mehr Nebel!)

Abg. **Franke** (SPD): Mit der Beweiskraft Ihrer Argumente, Herr Kollege Klein, setze ich mich gerade hier auseinander. Ich finde dieses Zwischenspiel sehr lehrreich. Die CDU-Fraktion behauptet, der Mann im Gründungssenat, der marxistische Umtriebe an dieser Universität in Gang setzt, ist der Professor Wiethölter aus Frankfurt.

(Abg. Klein [CDU]: Nicht nur er!)

Kann ich Sie so verstehen, ja?

(Zuruf von der CDU: Hat keiner gesagt!)

Hat keiner gesagt! Aha!

(Heiterkeit bei der SPD)

Hat keiner gesagt, so, so! Also Sie ziehen wieder zurück!

Herr Klein, jetzt habe ich ein bißchen das Frage-spiel mitgemacht, und vielleicht gestatten Sie mir, daß ich jetzt in meinen Ausführungen fortfahre.

(Abg. John [FDP]: Vielleicht kann ich dann eine Frage an Sie stellen!)

Also, Wiethölter ist wieder aus der Marxistenkiste draußen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nun frage ich mich, wer als nächster reinkommt.

(Abg. Klein [CDU]: Das unterstellen Sie zu Unrecht! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Seien Sie man vorsichtig!)

Also aus dem Gründungssenat ist scheinbar von Ihnen im Augenblick keiner in diese Ecke zu bringen.

Nun bin ich sehr gespannt, wie das mit den Berufenen, den Hochschullehrern, ist, welche Namen Sie da in die Debatte einzuführen imstande sind. Ich wäre sehr neugierig auf den Anteil von Marxisten unter den fünfzig, ob der wirklich so bedrohlich hoch ist, daß hier eine einseitige dogmatische Ausrichtung der gesamten Universitätslehre stattfinden wird. Ich bin also sehr neugierig auf diese Namen und die Begründungen, die Sie für diese Namen geben. Genannt worden ist immer nur einer, wenn hier kritisch diskutiert wurde, das ist der Name von Professor Gottschalch.

(Abg. Klein [CDU]: Holzer! — Abg. John [FDP]: Auf den komme ich noch!)

Bei Holzer haben Sie das Pech, daß nun ausgerechnet der bayerische Kultusminister Maier, der CSU-Maier, daß er ausgerechnet den zum Professor gemacht hat! Das ist ja eben der Schönheitsfehler!

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Jackisch [CDU]: Das haben wir schon dreimal gehört, bringen Sie doch mal was Neues!)

Also nun einmal raus mit den Namen, und raus mit den Beweisen! Gottschalch ist hier immer der einzige, der angeführt wird. Und was wird von Gottschalch angeführt? Von Gottschalch wird angeführt,

daß er mal die Rätedemokratie positiv diskutiert habe. Nun, Sie könnten hier auch ja erwähnen, was Gottschalch etwa in Richtung SED kritisch geäußert hat! Übrigens, Gottschalch hat bei der vorvorigen Landtagswahl in Berlin einen Wahlaufruf für die FDP unterzeichnet. Ich nehme nicht an, daß er das aus treumarxistischer Gesinnung heraus getan hat!

(Heiterkeit bei der SPD)

Gut also, Gottschalch hat sich mit der Rätedemokratie auseinandergesetzt! Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, wir Parlamentarier sollten durchaus auch die Grenzen des Parlamentarismus in der Bundesrepublik heute erkennen. Und wir sollten durchaus auch diesen Parlamentarismus heute in der Bundesrepublik als einen weiterzuentwickelnden diskutieren.

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Vorsichtig! — Heiterkeit)

Herr Dr. Borttscheller, Sie haben völlig recht, bei der Universität ist es nicht so einfach wie im Hafen, nicht wahr?

(Heiterkeit — Beifall bei der SPD)

Da kippt die Mauer oder sie steht, aber hier ist das alles anders!

(Erneute Heiterkeit — Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Sie steht, mein Lieber!)

Ich glaube nicht, daß die Weiterentwicklung des demokratischen Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland in Richtung Rätedemokratie erfolgen kann. Auf keinen Fall ist das meine Überzeugung, um irgendwelchen Mißverständnissen vorzubeugen!

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Entschuldigung, ich lache über etwas ganz anderes!)

Natürlich! — Aber eines sollte man als ernsthafter Politiker doch einer Universität zugestehen, daß sie in einzelnen Vertretern durchaus die Aufgabe hat, politische Systeme in der Bundesrepublik kontrovers zu diskutieren. Das ist auch die Aufgabe eines Hochschullehrers. Er hat hier Entscheidungshilfen etwa auch für den parlamentarischen Raum zu geben. Ob wir sie annehmen, ist die zweite Frage. Und Gottschalch wird ganz bestimmt nicht die Bundesrepublik Deutschland, und ganz bestimmt auch nicht Bremen im Sinne der Rätedemokratie verändern können. Gottschalch wird kritische Fragen zu stellen imstande sein, wird Studenten zu kritischen Fragen anregen. Solche Leute brauchen wir. Der Name Gottschalch reicht nicht aus, um hier die Bremer Universität als eine Indoktrinationsstelle für den Marxismus abzustempeln. Dieser einzige Name ist bislang immer mit dieser Verknüpfung Rätedemokratie genannt worden.

Ich frage mich jetzt in der Tat: Wo sind die anderen Namen? Denn das, meine Damen und Herren, ist doch wohl für die große Gefahr, die Sie an die Wand schreiben, zu wenig. So eine Schwalbe macht doch noch keinen Marxismus!

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. John [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich möchte jetzt nicht, Herr Präsident!

(Abg. John [FDP]: Wie bedauerlich! Schade!)

Also auch Fehlanzeige, was das Rotspektrum der berufenen Professoren anbelangt.

Nun, wie sieht es mit den verbindlichen Beschlüssen des Gründungssenats aus? Der Gründungssenat hat zum Beispiel bei der letzten Gründungssenatssitzung ein Modell verbindlich beschlossen — Sie werden es wahrscheinlich kennen —, das Strukturmodell zur Bremer Lehrerbildung. Dieses Strukturmodell zur Bremer Lehrerbildung — eine ganze Reihe von Seiten — ist verbindliche Wirklichkeit für die Bremer Universität. Und nun frage ich Sie: Wo ist die Auseinandersetzung von Ihnen mit diesem vom Gründungssenat beschlossenen Papier?

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Darauf wird überhaupt nicht Bezug genommen!)

Wir haben Ihnen heute hier einen Sachverständigen angeboten, der hat auch referiert, und der hat sich mit diesem Modell in einer wissenschaftlich exakten Weise auseinandergesetzt. Er hat Ihnen aufgezeigt, wie die Reformvorstellungen zur Lehrerbildung in der Bundesrepublik überhaupt in dieses Papier eingegangen sind.

Sie haben uns auch einen Sachverständigen angeboten. Nun, Herr Klein, ebenso hätten Sie reden können!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. John [FDP]: Zwischen Ihnen und Ihrem Sachverständigen war auch kein Unterschied!)

Damit will ich nicht sagen, daß Ihr Sachverständiger schlecht war. Ich will nur sagen, Herr Abgeordneter Klein, daß wir, wenn es um Polemik geht, eigentlich auch schon bei Ihnen ein sehr gutes Reservoir vorfinden!

(Abg. John [FDP]: Von Ihnen sind wir auch einiges gewohnt!)

Dieser Sachverständige hat sich mit diesem verbindlichen Beschluß „Vorlagen des Bremer Gründungssenats zur Lehrerbildung" nicht mit einem Satz auseinandergesetzt.

(Abg. Meurer [CDU]: Wo ist denn das verbindliche Papier?)

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, der Fraktionsvorsitzende der CDU und ihr hochschulpolitischer Sprecher Schepers sind bei der Gründungssenatssitzung, wo es um dieses Papier ging, anwesend ge-

wesen, möglicherweise sind sie vor dem Beschluß rausgegangen. Aber es steht fest, daß am vorletzten Sonntag, dem 5. 7., dieses Papier im Gründungssenat verbindlich beschlossen worden ist. Und wenn Sie das nicht wissen, meine Damen und Herren,

(Abg. John [FDP]: Natürlich wissen wir das!)

dann kann ich feststellen, daß Sie nicht einmal die Bremer Tageszeitungen lesen, weil die nämlich dieses Papier besprochen haben, der „Weser-Kurier" als auch die „Bremer Nachrichten"!

(Abg. John [FDP]: Das ist doch Frankes Märchenstunde! Da setzt die Kritik ein! Ich habe mich schon gemeldet!

Das ist schön, da werde ich Ihnen gleich antworten!

Die Bremer Lehrerbildung kann also an diesem Papier gemessen werden. Und dazu sind jetzt von Ihnen hier Ausführungen zu machen, inwieweit dieses Papier das liefert, was „Die Welt" so polemisch formulierte: „Lehrer, wie Marx sie will". Wenn das stimmt, daß hier an der Bremer Universität Lehrer ausgebildet werden, wie Marx sie will, dann muß die Lehrerausbildung durch dieses Papier so fixiert sein, denn das ist das einzige verbindliche Beschlußpapier zur Lehrerbildung!

Also, aus diesem Papier zitiert, aus diesem Papier aufgeblättert: Wo liegt hier die marxistische Fixierung? Der große Experte Schepers hat es bislang ängstlich vermieden, hier den Weg in das Papier hineinzugehen. Was haben Sie denn bis jetzt gemacht? Sie haben bis jetzt Ihre ganze Kritik zur Lehrerbildung auf Dietrich und Klink aufgebaut!

(Abg. John [FDP]: Die gehören ausgerechnet der SPD an!)

Jawohl! Was aber haben Dietrich und Klink kritisiert? Das haben Sie nämlich hier heute verständlicherweise nicht präzise der Öffentlichkeit gesagt. Ich stelle nämlich fest, daß Herr Professor Klink, Ihr Kronzeuge für die marxistische Lehrerausbildung an der Bremer Universität, diesem einzig verbindlichen Papier — ich sage es zum wiederholten Male — zugestimmt hat! Ihr Kronzeuge steht hinter dem Papier!

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Ich stelle fest, daß es eine Äußerung von Herrn Professor Dietrich schriftlicher Art gibt, indem er sagt: „Wie ich heute aus der Presse entnehme" — „Bremer Nachrichten" vom 5. 7. 1971 —, „wurde das kritisierte Planerpapier zurückverwiesen und ist damit gegenstandslos." Und jetzt kommt es, ich bitte aufzupassen: „Damit hat sich auch für mich" — sagt Dietrich — „diese Angelegenheit erledigt, da ich mit den Grundzügen voll einverstanden bin, wie sie in dem Papier ‚Struktur der Lehrerausbildung in Bremen' enthalten sind." Also auch Dietrich stellt sich hinter dieses Papier!

(Abg. Klein [CDU]: Die ganzen Inhalte erwähnen Sie nicht, die in den anderen Papieren sind!)

Sie, meine Damen und Herren, haben das große Pech, Ihre ganze Strategie heute für diese Sondersitzung, für diese Wahlkampfschau, auf ein Papier aufgebaut zu haben, das im Gründungssenat nicht beschlossen worden ist! Ich gebe zu, das ist schade, wenn man eine ganze Bürgerschaftssitzung im Hinblick auf ein Papier ausrichtet und dann erkennt, daß dieses Papier überhaupt nicht mehr relevant ist. Da sind einem natürlich die besten Reden verdorben!

(Heiterkeit bei der SPD)

Nun ist das ja auch wieder so eine merkwürdige Sache: Professor Dietrich und Professor Klink haben Kritik angemeldet, Kritik an einem Papier, das zwei Verfasser hat, Nevermann und Maier. Diese Kritik ist Gegenstand einer langen Auseinandersetzung im Gründungssenat gewesen. Am Ende dieser Auseinandersetzung im Gründungssenat hat der Gründungssenat dieses Papier zurückverwiesen. Der Gründungssenat hat statt dessen dieses Strukturmodell verabschiedet. Jetzt haben also Klink und Dietrich erklärt, das Zurückweisen hat unsere Meinung und Ansicht gegenstandslos gemacht, wir sind nun ganz auf dem Boden dieses beschlossenen Papiers.

Jetzt kommt die CDU und sagt: Das wollen wir heute nicht wahrhaben. Wir wollen heute nun einmal die Bedenken von Professor Klink und Dietrich in den Mittelpunkt stellen. Und daß sie am Ende von ihren Bedenken wieder runter sind, und daß Klink und Dietrich jetzt auf dem Beschlußboden des Gründungssenats stehen, Gott, das ist ein Schönheitsfehler, aber das ist ja nicht so schlimm, Hauptsache wir reden weiter von der marxistischen Universität. Ich hoffe, daß die Öffentlichkeit imstande ist, sich über diese Taschenspielertricks der Opposition ein Urteil zu erlauben!

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU — Abg. Fischer [CDU]: Diese Taschenspielertricks gebrauchen Sie!)

Meine Damen und Herren, ich möchte hier an dieser Stelle noch einmal präzisieren: Die Opposition ist außerstande, sich auf einen konkreten Beschluß des Gründungssenats zu beziehen, der deutlich macht, daß hier eine einseitige dogmatische Ausrichtung des Lehrerstudiums stattfindet. Die Opposition kann sich nur auf kritische Äußerungen zweier Bremer Professoren beziehen, die inzwischen ihre Äußerungen, nachdem allein dieses Papier beschlossen worden ist, zurückgezogen haben. Ich hoffe, es ist allmählich auch dem Dümmsten klar geworden, wie dumm Ihre Argumentation ist!

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU)

Was also jetzt von der Opposition zu leisten ist — und auf dieses Kunststück bin ich gespannt —, ist die Aufrechterhaltung ihres marxistischen Wehgeschreis unter Berufung auf dieses allein beschlossene Papier!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Franke, Sie haben vorhin in Ihrer Eigenschaft wahrscheinlich als Pädagoge gegenüber der Opposition das Wort „dumm" gebraucht.

(Abg. Meurer [CDU]: Das trifft uns nicht, das sind wir von ihm gewohnt!)

Ich meine, daß dieser Ausdruck parlamentarisch nicht sehr qualifiziert ist.

(Abg. John [FDP]: Das hat er von Herrn Dr. Czichon, der macht das auch immer!)

Ich meine deshalb, daß dieser Ausdruck zurückgenommen werden muß!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, ich ersetze den Ausdruck „dumm" durch „töricht"!

Und nun kommen wir zu den Mathematikern. Da gibt es also den Professor Oberschelp, und da gibt es den Professor Barner. Beide warnen vor der Mathematik in Bremen. Zwei Professoren, die sicherlich auch in bundesrepublikanischer Wissenschaftsdiskussion Gewicht haben, sonst hätte man sie nicht nach Bremen berufen. Gut, diese beiden warnen, auf diese beiden beziehen Sie sich.

Professor Oberschelp selbst bedauert zutiefst, daß sich die CDU auf ihn bezieht. Das hat er inzwischen in einem Brief ausgedrückt. Professor Oberschelp hat erklärt, daß seine wissenschaftlichen Bedenken in der Universität üblich sind, und daß er es bedauert, daß sie Ausgangspunkt eines polemischen Wahlkampfes werden. Gut, Sie können ihn also weiter strapazieren, ihm ist das aber nicht recht.

Bleibt also Barner! Meine Damen und Herren, Herr Professor Barner hat gewichtige Bedenken. Diese gewichtigen Bedenken kann die Opposition sehr wohl zur Kenntnis nehmen. Und warum soll sie nicht mit diesen Bedenken arbeiten? Verblüffend ist für mich nur das eine: Es gibt sechs Hochschullehrer, Mathematiker, an der Bremer Universität, sämtlich Habilitierte, nicht Hänschen und Fränzchen aus dem Silberwald, Leute von Rang, um die sich andere Universitäten geschlagen haben.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Wer war es?)

Ich will Ihnen einige Namen nennen: Timm, Horneffer,

(Zuruf von der CDU: Honegger?)

Horneffer — ja, ich weiß, Sie kennen die Mathematiker nicht, Sie kennen nur Barner und sonst nichts —, Münzner, Dombrowski. Sechs an die Universität Bremen berufene Mathematiker erklären zu dem Vorwurf, daß sie hier in Bremen — denn sie sind es, die hier Mathematik betreiben — sozialistische Mathematik zu treiben gedächten, daß das, ich zitiere deren Ausdruck, ein „absurder" Vorwurf ist, weil eine sozialistische Mathematik nicht denkbar, konzipierbar, praktikabel ist. So etwas gibt es schlechterdings überhaupt nicht in der mathematisch-wissenschaftlichen Landschaft!

Das weiß übrigens Herr Dr. Sieling, der selber Mathematiker ist, ganz genau. Und ich glaube nicht — ich nehme an, diese sechs Leute sind ihm auch bekannt, man verfolgt ja die Diskussion seines eigenen Faches —, daß Herr Dr. Sieling der Meinung ist, daß diese sechs Professoren hier in Bremen sozialistische Mathematik machen wollen. Und nun wundert mich nur: Als jetzt Herr Klein und Herr Schepers in ihrer Fraktion den großen Angriff vorbereiteten mit dem Beruf auf Barner und Oberschelp, da wundere ich mich, warum Herr Dr. Sieling in der Fraktion nicht aufgestanden ist und gesagt hat: Freunde hört zu: Es ist Unsinn, hier sind sechs namhafte Leute, die inzwischen bewiesen haben, daß es sozialistische Mathematik nicht geben kann, und wenn ihr damit kommt, lachen sie euch aus!

(Abg. Kähler [SPD]: Vielleicht war die Mehrheit anderer Meinung!)

Nun, ich nehme an, Herr Dr. Sieling wird das sogar gesagt haben. Aber es wird ihm so gegangen sein, wie es ihm öfter geht: Herr Klein hat gesagt: Freunde, ich will polemisieren, laßt den Sieling draußen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Und was erleben wir heute? Wir erleben, daß Herr Klein und Herr Schepers sich auf Barner und auf Oberschelp beziehen,

(Abg. Ströh [SPD]: Auf den Leim gekrochen!)

daß sie aber auf die anderen sechs, und jetzt ist ja noch Arnold dazugekommen, also die anderen sieben, sich nicht nur nicht beziehen, sondern deren Stellungnahme zur sozialistischen Mathematik — dieser absurden — überhaupt nicht erwähnen. Still ruht der See! Es gibt nur Barner und Oberschelp, die anderen haben nichts gesagt,

(Abg. Klemmer [SPD]: Der Silberwald!)

sie haben aber was gesagt, und diese sechs müssen Sie gefälligst in Ihr Kalkül einbeziehen.

Ich frage Sie jetzt, und zwar ganz gezielt, jetzt muß er reden, da frage ich ganz gezielt Herrn Dr. Sieling, der Mathematiker ist: Verdächtigt er diese sechs Mathematiker, daß sie hier in Bremen eine sozialistische Mathematik betreiben wollen? Sagen Sie von hier oben ja oder nein!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ich komme als nächster, glaube ich! — Zurufe von der CDU)

Gut! Also mit der Mathematik scheint es auch nichts zu sein.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Zirkus Krone! — Abg. Ströh [SPD]: Bleibt nur noch die Theologie!)

Bleibt nur noch ein sehr ernstzunehmender Einwurf der Opposition, daß sie es ablehnt, im Gründungssenat mit den Gründungssenatsmitgliedern zu diskutieren. Ich habe hier in der vorigen Sitzung die Aufforderung an die Opposition gerichtet — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —: „Ich spreche also, meine Damen und Herren, die Herausforderung an Ihre Adresse aus. Der Gründungssenat wird noch äußerst wichtige Entscheidungen bis zur Eröffnung der Universität vollziehen. Sie von der CDU sollen beweisen, ob Sie weiter kneifen oder nicht. Ich freue mich, denn ich werde dabei sein, auf die nächste Debatte vor dem Gründungssenat, und ich werde mich nicht scheuen festzustellen, wenn Sie wieder durch Abwesenheit oder durch Stummheit glänzen."

Nun, meine Damen und Herren, Herr Klein war nicht da, aber Herr Dr. Sieling und Herr Schepers waren da. Sie sagen, mit denen dort im Gründungssenat rede ich nicht. Meine Damen und Herren, welch parlamentarischer Hochmut! Ist Parlamentarismus wirklich nur so zu verstehen, daß wir hier zu den Problemen ausschließlich im Hohen Hause am Markt Stellung nehmen? Sind wir Parlamentarier nicht aufgerufen, in die Entscheidungsprozesse dieser Gesellschaft überall dort mitdiskutierend einzugreifen, wo in dieser Gesellschaft Entscheidungsprozesse ablaufen? Können wir immer nur stumme Gäste sein? Sind nicht Parlamentarier herausgefordert, mit all ihrem Gewicht, ihrem Sach- und Fachwissen und ihrer politischen Kompetenz, dort warnend ihre Stimme zu erheben, wo Dinge geschehen, die nach Ihrer Meinung falsch sind? Ich wiederhole hier die Feststellung: Indem die Opposition dem Gründungssenat die Diskussion verweigert, kneift sie.

Ich möchte der Opposition am Ende, gestatten Sie bitte, einen kleinen Vers in ihr politisches Stammbuch mitgeben von einem großen Deutschen. Darf ich ihn zitieren Herr Präsident?

Präsident Dr. Klink: Wenn er anständig ist, ja!

Abg. **Franke** (SPD): Das ist ein sehr anständiger Mensch gewesen.

(Abg. Fischer [CDU]: Stammt also nicht von Ihnen?)

„Da sind die Unbedenklichen, die niemals zweifeln, ihre Verdauung ist glänzend, ihr Urteil ist unfehlbar,

(Abg. Klein [CDU]: Das trifft auch auf Sie zu!)

sie glauben nicht den Fakten, sie glauben nur sich, im Notfall müssen die Fakten dran glauben.

(Abg. Klein [CDU]: Genau! — Lachen bei der CDU)

Ihre Geduld ist unbegrenzt, auf Argumente hören sie nicht".

(Abg. Fischer [CDU]: Selbsterkenntnis einer schönen Seele!)

Meine Damen und Herren, Sie sind jetzt in der Beweispflicht, Sie sind in der Beweispflicht, der Bremer Öffentlichkeit zu erklären: Wer im Gründungssenat ist Marxist, wer unter den Hochschullehrern ist Marxist, wie läßt sich aus dem beschlossenen Papier zur Lehrerbildung ein marxistisches Studium ableiten? Wenn Sie das der Bremer Öffentlichkeit nicht beantworten können, dann haben Sie nichts anderes gemacht als oberflächliche und plumpe Agitation.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben es jetzt 10 Minuten vor 6 Uhr, und wir haben noch acht Wortmeldungen eingetragen. Ich schlage vor, daß wir bis 19 Uhr in der Debatte fortfahren und dann in eine kurze, aber angemessene Unterbrechung eintreten, um danach die Beratungen fortzusetzen. Oder besteht die Meinung, daß wir durchtagen?

(Zurufe von der SPD: Ja! — Zurufe von der CDU: Nein!)

Die CDU möchte nicht durchtagen?

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Darf ich Sie bitten, Herr Präsident, daß Sie einfach kurz vor 19 Uhr feststellen, daß im Laufe der nächsten halben Stunde bestimmt keine Abstimmung bevorsteht. Dann können wir schnell im Wechsel essen und sind rechtzeitig alle wieder hier.

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Geschäftsordnung hat nun der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, darf ich mir entsprechend dem parlamentarischen Brauch von heute morgen einen Vorschlag erlauben: Nach Anhörung der Sachverständigen ist es ja vielleicht möglich, daß man die Abstimmung jetzt stattfinden läßt, und die Diskussionsredner können ja nachher weiterreden!

(Stürmische Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Meier, ich verhehle nicht, daß Ihr Vorschlag sehr vieles für sich hat, ich bin leider an die Geschäftsordnung gebunden und kann nicht so verfahren.

Meine Damen und Herren, wer dafür ist, daß wir durchtagen, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD)

Meine Damen und Herren, das ist die Mehrheit. Wir setzen die Beratung fort.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich einige Ausführungen zu den Herren Vorrednern mache, möchte ich kurz auf die vorliegenden Anträge eingehen. Die FDP-Fraktion hat zwei Änderungen zu den von uns gestellten Anträgen vorgeschlagen. Wir sind bereit, diese Änderungen aufzunehmen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Wir sind nicht bereit, sie anzunehmen!)

Herr Böhrnsen, um Ihre private Annahme bin ich im Augenblick nicht bemüht!

Die erste Änderung im zweiten Absatz des Antrags Nummer 563, aus dem die Professorennamen herausgenommen werden und damit direkt das Mißbilligen der Tätigkeit der Planungskommission in diesem Punkt zum Ausdruck gebracht werden soll, verschärft den Antrag nur noch. Wir sind gern bereit, dieser Empfehlung zu folgen.

Herr Präsident, ich darf Ihnen gleich die Anträge in der neuen Fassung heraufreichen. Es würde dann heißen:

„Die Bürgerschaft (Landtag) mißbilligt die Versuche der Planungskommission Naturwissenschaften, die Freiheit von Forschung und Lehre im Bereich der Mathematik durch ideologische Bindungen zu beeinträchtigen."

Zu dem Antrag Nummer 564 regt die FDP an, hinter „keinerlei" das Wort „neue" einzufügen, ihn sonst aber so zu belassen. Aufgrund dessen, daß in der letzten Aussage, „keinerlei die Universität betreffende Personalentscheidungen zu fällen", automatisch all das enthalten ist, was sich in bezug auf die Einstellungen auf Lebenszeit der bereits in Berufungsverhandlungen Befindlichen ergibt, sind wir auch hier bereit, dies Wort „neue" einzusetzen, so daß der Antrag Nummer 564 dann lautet:

„Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur Neuwahl des Senats nach den Bürgerschaftswahlen am 10. Oktober 1971 keinerlei neue Berufungsverhandlungen zu führen beziehungsweise führen zu lassen und keinerlei die Universität betreffende Personalentscheidungen zu fällen."

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dr. Sieling, besteht dann Einverständnis darüber, daß Ihre alten Anträge Nummer 563 und Nummer 564 zurückgezogen werden und ersetzt werden durch die jetzt von Ihnen vorgelegten Anträge?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Ja, das ist richtig!

Meine Damen und Herren, zu dem Antrag Nummer 565 möchte ich nur noch einmal darauf hinweisen, für wie wichtig wir es halten, daß in die gesamte Vorbereitung Leute aus der Praxis in genügendem Maße mit eingeschaltet werden. Wenn unter jungen Wissenschaftlern hier und da die Meinung geäußert worden ist, daß jemand, der als Lehrkraft schon einige Jahre im Beruf tätig gewesen ist, von vornherein zu verbildet ist, um hier noch sinnvoll mitwirken zu können, so etwas ist schon mal geäußert worden, dann halten wir das für falsch.

Wir meinen, daß Vertreter der Pädagogischen Hochschule, des Studienseminars und des Schulpraktischen Instituts unbedingt in gebührendem Maße eingeschaltet werden müssen. Wir werden deshalb den Antrag Nummer 565 der FDP unterstützen.

Nun zu den Ausführungen meiner Herren Vorredner! Meine Damen und Herren, Herr Horst-Werner Franke hat von uns schon immer eine gewisse Narrenfreiheit in bezug auf seine Formulierungen zugebilligt bekommen. Er sprach vorhin von den Taschenspielertricks der CDU. Wenn das, was wir heute hier gemacht haben, von ihm mit Taschenspielertricks verglichen wird

(Abg. Ströh [SPD]: Geben Sie doch mal eine Antwort auf die Frage von vorhin!)

— ich komme gleich darauf —, möchte ich wirklich wissen, wie dann Herr Franke selbst sich hier hinstellen und alles das vollkommen in den Wind schlagen kann, was Herr Professor Klink und Herr Professor Dietrich gesagt haben, indem er hier erklärt hat, sie hätten quasi abgeschworen.

Meine Damen und Herren, beide haben nicht abgeschworen. Ich selbst war am 4. 7., an dem heißen Sonntag, ja bei der genannten Veranstaltung dabei und bin selbst Zeuge davon geworden, mit welch engelhafter Geduld der Kollege Franke sich bemüht hat, Herrn Professor Klink Stück für Stück zu veranlassen, sein Schreiben doch ganz herunterzuspielen.

(Abg. Eggers [SPD]: Hat er es getan?)

Nein, ich habe damals ja schon in meiner Antwort auf Ihre Anregung, daß wir uns in die Debatte einschalten sollten, gesagt, daß Ihnen dieses Ziel an diesem Vormittag offensichtlich nicht gelungen sei. Aber eben weil Ihnen das nicht gelungen ist, geht es nicht darum, daß Herr Professor Dietrich abgeschworen hat. Er hat nur gesagt, seine Kritik sei dadurch, daß dieses spezielle Papier heruntergespielt worden sei, daß es also praktisch erledigt worden ist, nunmehr auch erledigt. Er hat aber gleichwohl gesagt, und das hat der Kollege Klein, so glaube ich, vorhin hier gebracht — —

(Abg. Franke [SPD]: Das stimmt eben nicht, ich habe Ihnen doch den Brief vorgelesen!)

Ich bitte Sie, das ist eine Auskunft, die, das muß ich annehmen, wenn sie der „Weser-Kurier" in Anführungsstrichen bringt, Herr Professor Dietrich an den Journalisten gegeben hat. Da kann ich Ihnen nicht folgen, wenn Sie jetzt sagen, das stimme nicht.

(Abg. Franke [SPD]: Ich gebe Ihnen gleich den Brief!)

Der Brief interessiert hier nicht, es handelt sich um einen Kommentar von Herrn Professor Dietrich an den Pressemann zu diesem Brief.

Meine Damen und Herren, noch so laute Wünsche, von Herrn Franke hier vorgetragen, ändern doch nichts an den Gegebenheiten. Wenn Sie vorhin meinten, Herr Franke, es müsse heute dem Dümmsten klargeworden sein, Sie haben sich dann berichtigt, dem Törichtsten klargeworden sein, was hier los sei, so kann ich nur fragen, von wem sind Sie überzeugt, daß ihm das klargeworden ist? Ihnen selbst scheint es jedenfalls klargeworden zu sein, sonst hätten Sie ja diese Aussage hier nicht getätigt! Falls Professor Oberschelp heute bedauert, was er geschrieben hat, oder daß wir das, was er geschrieben hat, als Faktum genommen haben, dann wundert mich das sehr. Wissenschaftler sind doch gewohnt, daß ihnen das, was sie veröffentlichen, dann auch echt abgenommen und zur Gesprächsgrundlage gemacht wird. Das haben wir getan, nichts weiter.

Nun komme ich zur Antwort auf Ihre sozialistische Mathematik. Herr Franke, wie Sie sich die Arbeit in der CDU-Fraktion vorstellen, läßt schließen auf die Arbeit in der SPD-Fraktion,

(Beifall bei der CDU)

so etwas hat es bei uns noch nicht gegeben, und so etwas wird es bei uns auch nicht geben, ganz gleich, wer die Fraktion führt oder führen wird.

(Abg. Launspach [SPD]: Na, da sind wir aber gespannt! — Abg. Hardegen [CDU]: Auf die Idee kann man nur kommen, wenn man bei Ihnen ist! — Abg. Ströh [SPD]: Wir wollten Sie ja nur in Schutz nehmen!)

Oh, für dieses SS-Kommando — Sonderschutzkommando — danke ich. Eine sozialistische Mathematik kann es genausowenig geben, wie es die von Ihnen immer wieder beschworenen katholischen Toiletten in Rheinland-Pfalz nicht gibt. Diese werden uns doch seit acht Jahren immer einmal wieder vorgehalten! Aber es gibt eine Mathematik, und die kann ich mir als Mathematiker vorstellen, in der es einigen Leuten wichtiger erscheinen mag, wie diese in die Gesamtunterrichtung beziehungsweise in die Gesamtbeeinflussung im Rahmen der Projekte einzubetten ist, als die Frage, was mathematisch an Gehalt drin ist beziehungsweise gerade gelehrt werden soll.

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Das hat nichts mit Sozialismus zu tun!)

Man kann in den ersten Semestern, das habe ich hier schon einmal ausgeführt, gerade in der Mathematik, selbst Herr von der Vring hat das ja heute zum Teil eingeräumt, nicht darauf verzichten, eine gewisse Grundlage zu legen, die punktuell im Rahmen von Projektstudien nicht geschaffen werden kann.

(Abg. Franke [SPD]: Das wird auch gemacht!)

Das ist einfach eine Tatsache, über die man nicht hinwegkommt. Ich meine, meine Damen und Herren, wenn alles, was sich in der Mathematik vollzieht, unter dem Eindruck oder unter dem Gesichtswinkel gesehen wird, daß es im Rahmen eines Projekts gesellschaftspolitisch relevant sein und richtig bezogen werden muß, dann leidet darunter das eigentliche Sachstudium der Mathematik. Das ist meine feste Überzeugung.

Wir werden ja in den ersten Semestern in Bremen Gelegenheit haben, das zu beobachten. Ich verspreche Ihnen, ich werde, wenn ich irgend kann, versuchen, dort Einblick zu gewinnen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dr. Sieling, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Franke anzunehmen?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Jawohl!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Dr. Sieling, ist Ihnen bekannt, daß sechs Mathematikprofessoren, von denen ich vorhin gesprochen habe und deren Namen Ihnen ja wahrscheinlich bekannt sind, zu den Vorwürfen des Professors Oberschelp folgendes erklärt haben: Daher wird es auch in Bremen mathematische Fachveranstaltungen geben, deren gesellschaftliche Relevanz nicht unmittelbar ersichtlich ist? Das nimmt Bezug auf das, was Sie eben gesagt haben. Ist Ihnen das bekannt, und sind Sie bereit, dann Ihre Befürchtungen zurückzustellen?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Franke, das bin ich nicht. Herr Bürgermeister Koschnick hat vorhin schon mal auf die Wichtigkeit dieses Wortes „auch" hingewiesen. Wenn das Wort „auch" dort in dem umgekehrten Bezug stehen würde, dann wäre ich mit Ihnen einig. Ich sage ja zu „Es darf auch Veranstaltungen geben, die gesellschaftlich relevant sind", sage aber nein, wenn es „auch Veranstaltungen gibt, die nicht gebunden sind".

Ich meine, der Schwerpunkt liegt in meiner Vorstellung anders als bei Ihnen. Insofern bin ich auch überzeugt, daß Herr Professor Barner, Herr Professor Bauer und andere die Dinge etwa so sehen, wie ich sie auch sehe. Hinzu kommt noch, daß die Beratungsergebnisse der Planungskommission am 4. 7. heruntergespielt worden sind. Meine Damen und Herren, langfristige Arbeitsergebnisse sind dort als ein Tausendstel, vorhin wurde sogar gesagt, als ein Zehntausendstel, als Zipfelchen dessen bezeichnet worden, was auf diesem Sektor vorliege. Ich glaube, Professor Wiethölter war es, der das Papier soweit heruntergespielt hat. Wenn aber in dieser langen Zeit nur ein Tausendstel des Ganzen von der Planungsgruppe erledigt worden ist, und dieses Tausendstel auch noch soweit heruntergespielt worden ist, dann frage ich mich, warum wir eigentlich die Planer mit solch guten Honoraren versehen haben. Wir müssen doch einmal fragen, was dabei effektiv herauskommt!

(Abg. Klein [CDU]: Genau! Nichts da!)

Das Studium soll im Herbst beginnen, Herr Franke. Wenn aber weiter nichts da ist als das Papier, auf welcher Basis soll es dann eigentlich beginnen? Da wird dieses Papier doch die Basis abgeben müssen oder man wird allen volle Freiheit lassen müssen, so daß wir praktisch dieses ganze Theater umsonst gemacht haben. Ich frage mich da wirklich, wohin wir kommen wollen, wenn wir auf allen Sektoren in der Weise arbeiten. Mir war es politisch interessant, daß das Ding heruntergespielt worden ist, ich frage mich aber jetzt, was bis zum Herbst daraus werden soll. Warten wir einmal ab!

(Abg. Schepers [CDU]: Nichts! — Abg. Franke [SPD]: Dann ist es ja gut! — Abg. Schepers [CDU]: Dann haben wir ja recht!)

Meine Damen und Herren, Sie haben uns dann noch etwas vorgeworfen. Sie haben gesagt, wir täten so, als hätten nur die beiden Professoren etwas gesagt, als hätten die andern gar nichts gesagt. Herr Franke, sind Sie mit mir einer Meinung, daß dieselbe Frage an die Denkschrift des Senats gestellt werden kann? In dieser steht ja auch nur, was diejenigen gesagt haben, die in den Augen des Senats richtig liegen. Es steht dort nichts von alledem, was wir in unseren Veröffentlichungen immer wieder betont und gesagt haben. Ich meine jetzt die Denkschrift, die den Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellt worden ist. Diese ist doch eine ganz einseitige Sache!

(Abg. Franke [SPD]: Dann ist Ihre auch einseitig!)

Selbstverständlich! Wir wollen uns doch hier nicht vormachen, Herr Franke, daß Sie nicht einseitig aus Ihrer Sicht debattierten und wir ganz selbstverständlich die Dinge aus unserer Sicht betonen. Wollen Sie das herunterspielen? Ich glaube, das haben wir beide nicht nötig.

(Abg. Franke [SPD]: Na ja, ist ja klar!)

Meine Damen und Herren, wenn Herr John und ich uns am 4. 7. nicht an der Debatte beteiligt haben, dann haben wir es nicht unterlassen in Form eines Kneifens, das wissen Sie, Herr Franke, ganz genau. Sie haben uns ja vor der ganzen Corona zur Debatte aufgefordert, und wir haben begründet, warum wir nicht wollten. Hier ist — das habe ich schon einmal gesagt — der Ort, wo wir Politiker uns auseinandersetzen müssen. Ein Gespräch mit Ihnen bei dem anwesenden Gründungssenat und den vielen Claqueuren, die dort aus Ihrem Bereich anwesend waren, bringt doch nichts ein. Sie und wir unterhalten uns hier! Mit dem Gründungssenat allein uns zu unterhalten, sind wir jederzeit bereit. Das habe ich auch Herrn von der Vring noch einmal gesagt. Aber Sie müssen uns verstehen, wenn Herr von der Vring vorweg erklärt hatte, mit der CDU setze er sich nicht mehr an einen Tisch, wenn in der Sitzung am 4. unter Vorsitz von Herrn von der Vring von einem Mitglied des Gründungssenats erklärt worden war, mit der CDU könne man keine fortschrittlichen Universitäten gründen, und danach keinerlei Einspruch von Herrn von der Vring erfolgte, keine Versuche der Richtigstellung oder der objektiven Betrachtung der Dinge gegeben waren, können Sie von uns doch wohl nicht erwarten, daß wir uns unsererseits jubelnd mit Herrn von der Vring an einen Tisch setzen. Das muß doch erst einmal behoben werden. Ich darf Ihnen übrigens sagen, daß Herr von der Vring mich persönlich inzwischen auf diese Dinge angesprochen hat.

Nun zu der Beweispflicht! Herr Franke, die Bremer Bevölkerung hat, soweit sie an der Universität interessiert ist, zum großen Teil das Gefühl und die Überzeugung, daß sich hier einseitig links Ausgerichtete und superlinks Ausgerichtete sammeln. Das sagen auch Leute, die der SPD angehören, und sogar solche, die in wichtigen politischen Stellungen innerhalb der SPD arbeiten.

(Abg: Klein [CDU]: Lohmar sagt das! — Abg. Schepers [CDU]: Das sagen Sie selber doch! — Abg. Franke [SPD]: Ist denn links gleich Marxist?)

Herr Franke, dann haben Sie doch die Beweispflicht, einmal aufzuzeigen, daß es nicht so ist, daß diese Befürchtung nicht Rechtens ist.

(Beifall bei der CDU — Abg. Franke [SPD]: Links gleich Marxist! — Abg. Dr. Czichon [SPD]: Wer angegriffen wird, muß beweisen!)

Nun zu der Sondersitzung selbst! Herr Franke, ich habe zur Kenntnis genommen, daß Sie hier vorhin die Gelegenheit beim Schopf gefaßt haben und Ihren Beitrag so ein bißchen auf Art einer Wahlkampfschau geleistet haben.

(Abg. Schepers [CDU]: Das war eine Pflichtübung!)

Das war gar nicht schlecht, so, wie Sie es gemacht haben, und das

(Abg. Fischer [CDU]: Ein gewandter Mensch!)

unter dem Vorwurf, daß wir den Wahlkampf ins Parlament hätten tragen wollen. Meine Damen und Herren, bevor man eine Sondersitzung einberufen läßt — darüber haben wir uns keinem Zweifel hingegeben —, überlegt man es sich doch zur Genüge, ob

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist aber die Frage!)

es sich verantworten läßt, daß Abgeordnete aus dem wohlverdienten Urlaub oder von der Kur zurückgeholt werden, daß Kranke herangeschleppt werden und ob es sich verantworten läßt, daß hier eine Sondersitzung, die selbstverständlich mit Kosten verbunden ist, stattfindet.

Es ist aber doch so, daß heute — wie auch Herr Dr. Graf vor einigen Wochen an diesem Platz erklärt hat — durchaus die Möglichkeit besteht, besonders nachdem jetzt zwei Bremer und zwei nicht Bremer

Professoren in die Debatte eingegriffen und uns in den Argumenten bestärkt haben, zu verhindern, daß in dem vor uns liegenden Vierteljahr noch Weichen in einer Weise gestellt werden, die nachher nicht mehr reparierbar sind. Das würde doch wohl viel höhere Kosten bringen. Wir müssen uns daher als Opposition bemühen, Sie davon zu überzeugen, und besonders den Senat davon zu überzeugen, daß er den Weg, den er bisher gegangen ist, so nicht weitergehen, sondern frühzeitig die Weichen herumwerfen sollte. Sollte uns das heute nicht gelingen, dann haben wir wenigstens unsere Pflicht im Rahmen des Möglichen getan. Dann bleibt uns nichts anderes übrig, als auf den 10. 10. zu warten, um von dann ab hoffentlich mehr Einfluß nehmen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Dann noch kurz etwas zu der Dienstherrneigenschaft, die Herr Bürgermeister Koschnick vorhin angeschnitten hat. Meine Damen und Herren, die Dienstherrneigenschaft hat einmal eine große Rolle gespielt zu einer Zeit, als es an den Universitäten noch anders aussah. Damals war die große Gefahr, daß durch staatliche Organe die Universität auf ihrem Entfaltungsweg gebremst würde. Inzwischen aber hat sich gezeigt, daß die Universitäten heute von innen heraus gebremst werden, mehr als es gut ist. Infolgedessen spricht heute oder schon seit Jahren doch niemand mehr von der Dienstherrneigenschaft. Damals gingen wir davon aus, daß diejenigen verantwortlich zeichneten, die an der Universität fest verankert waren. Heute haben wir ein ganz anderes Gründungsgremium. Ich habe schon einmal gesagt, daß wir mit dem Gründungsgremium das „Bremer Modell" noch mitgemacht haben, solange die Professorenseite genügend stark vertreten war. Nachdem aber die Professorenseite auf Wunsch und Vorschlag der Studenten in einem Maße und in einem Rahmen ergänzt worden war, den wir für falsch hielten, haben wir erklärt, jetzt geht es nicht mehr, jetzt muß die Sache etwas mehr unter Kontrolle genommen werden. Der Staat kann nicht wahllos Steuergelder verschleudern, ohne sich soweit abzusichern, daß er jederzeit den Kopf für die Ausgabe dieser Gelder hinhalten kann.

Wenn vorhin gesagt worden ist, durch die Finanzierungsabsagen sei eine Situation eingetreten, die wir als CDU als Erfolg buchten, so möchte ich in aller Deutlichkeit erklären, daß ich die Tatsache, daß die CDU- beziehungsweise CSU-Ministerpräsidenten nicht in gutem Glauben an Bremen diese Gelder bewilligen konnten, durchaus nicht als einen Erfolg buche. Ich sage im Gegenteil ganz klar heraus, daß es geradezu unbeschreiblich ist, daß hier in Bremen durch das Wirken des Senats und durch Ihr Wirken, meine Damen und Herren von der SPD, eine Situation auf dem Hochschulsektor geschaffen worden ist, die uns als Land in Verruf gebracht hat. Durch die Entwicklung auf dem Hochschulsektor, wie sie hier durch Sie praktiziert worden ist!

(Beifall bei der CDU)

Man darf doch in dieser ganzen Sache nicht Ursache und Wirkung verwechseln.

Herr Czichon meinte vorhin, wir seien hier der Nabel der Hochschulpolitik. Herr Czichon, habe ich Sie so richtig verstanden?

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Ja!)

Das ist ja gerade der Grund, weswegen die Ministerpräsidenten auch als „Egoisten" in bezug auf die Hochschulen in ihren eigenen Ländern und der Entwicklung dort nicht gern sehen, daß sich hier in Bremen auf der grünen Wiese, wo doch praktisch noch nichts verankert ist in einer historischen Entwicklung der Universität, diese Linken sammeln, die an den anderen Hochschulen nicht so zum Zuge gekommen sind, wie sie es sich einmal vorgestellt haben, um hier nun das zu praktizieren und dann von Bremen als Plattform später auf die anderen Länder einzuwirken. Können Sie es denn den Ministerpräsidenten verübeln, wenn diese sich das sehr überlegen? Auch SPD-Ministerpräsidenten haben ja zum Teil sehr, sehr lange überlegt, bevor sie ja gesagt haben.

Meine Damen und Herren, das Ganze ist wirklich besorgniserregend. Der einzige Trost, den ich persönlich beim Blick auf diese Entwicklung habe, ist der, daß mir bekannt ist, daß auch Herrn Bürgermeister Koschnick, und ich meine, auch Herrn Thape, nicht alles bedingungslos ideal erscheint, was hier geschieht. Ich glaube, bei beiden Herren ist diese Kritik da, sie können diese hier nur nicht so vertreten. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, die Dinge hier so aufzuzeigen, wie sie sind, frühzeitig zu warnen und immer wieder darauf hinzuweisen, damit Sie endlich die Weichen umstellen und dafür sorgen, daß es hier in Bremen zu einer Entwicklung kommt, die es der CDU und den anderen Oppositionfraktionen dieses Hauses ermöglicht, ein Ja zu der Entwicklung an der Universität Bremen zu sagen. Wir werden als Fraktion dazu jederzeit bereit sein, wenn Sie die Voraussetzungen dafür schaffen. Darum geht es! Seit eineinhalb Jahren kämpfen wir darum.

Allerdings kann man, wenn man sich über das Wie und Wo unterhalten will, nicht von der Basis ausgehen, die Herr von der Vring heute morgen hier aufgezeigt hat. Herr von der Vring sagte richtig: Als Wissenschaftler kenne man kein „Basta", das gebe es nur bei den Politikern. Ich meine, wenn wir uns über Dinge der Universität und der Bildungspolitik ganz allgemein unterhalten, darf es auch für uns Politiker kein „Basta" geben, schon gar nicht auf seiten der Vertreter der Universität.

Denken Sie nur einmal an die gesamte Entwicklung auf dem Schulsektor. Seit Jahren haben wir hier vertreten, daß es mit modernen „Schulsystemen" Versuche geben muß. Sie sagen dagegen: Integrierte Gesamtschule! Basta! Sobald das Geld da ist.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wo haben wir das gesagt?)

Das ist doch genau dieses „Basta", das Herr von der Vring heute morgen zu Recht abgelehnt hat. Das soll-

ten Sie nicht vertreten, meine ich, sondern Sie sollten mit uns bereit sein, die Dinge sich entwickeln zu lassen und objektiv zu prüfen, was gut ist und was weniger gut ist, um daraus dann die Konsequenzen ziehen zu können.

Ich habe dann nur noch zwei Punkte vorgemerkt. Einmal habe ich, wenn ich so sagen darf, geschrieben „Thapes Traum". Herr Senator Thape, aus Äußerungen, die Sie vor diesem Hause gemacht haben, geht Ihre Überzeugung hervor, daß in Bremen alles besser gemacht wird, indem man hier gleich alle Gruppen am Gespräch beteiligt, die Dinge also ausdiskutiert, und daß daher Ihre Hoffnung beziehungsweise Ihr Traum ist, daß es später keine Schwierigkeiten mehr an dieser Universität Bremen geben wird.

Herr Senator, ich weiß nicht, ob Sie heute noch selbst daran glauben oder davon träumen. Ich persönlich bin überzeugt, daß es an dieser Universität zu Schwierigkeiten kommen muß, weil ja jetzt in den Vorgesprächen die Linken unter sich sind. Später werden dann ja auch andere als nur Linke kommen. Dann wird es hier in die andere Richtung laufen mit den Schwierigkeiten, nicht wahr?

Man braucht sich dort nicht über Einverständnis zu rühmen, wo alle an den Debatten Teilnehmer aus einem Sektor — aus einer Kiste, wie Herr Franke sagt — kommen, so man uns, die wir nicht aus dieser Kiste kommen, und das kommen wir ja Gott sei Dank nicht, wo man uns von vornherein sagt: Mit euch können wir uns gar nicht auseinandersetzen, weil ihr aus einem ganz anderen Milieu stammt, weil ihr mit einem ganz anderen Sprachschatz kommt. Wir können uns gar nicht unterhalten. Das vertrat Wiethölter selbst vor der CDU-Fraktion und dem Landesvorstand, als er zu Beginn der Diskussion dort sagte: Es wird bei unserer Debatte nichts herauskommen, weil wir uns gar nicht verstehen können, weil wir von ganz verschiedenen Plattformen ausgehen.

Ich meine, auch die andere Seite hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, mit einem Wortschatz zu arbeiten, der es ermöglicht, daß auch sie, die nicht aus der dortigen Kiste stammen, sich mit diesen Leuten in vernünftigem Deutsch unterhalten. Da sitzt die Schwierigkeit, meine Damen und Herren!

Doch nun zu Herrn Bürgermeister Koschnick. Er kommt mir wie ein Akrobat vor. Mit dem einen Bein steht er auf der Zusicherung, die er auf der Ministerpräsidentenkonferenz gemacht hat, mit dem anderen Bein steht er auf dem Scherenflügel der sich an der Bremer Universität nun einmal abzeichnenden Realität. Und diese Schere klafft langsam immer weiter auseinander. Er hat zwar sehr lange Beine, aber irgendwann wird es nicht mehr reichen, und er wird von dieser Schere herunterfallen. Dann, meine Damen und Herren, ist die Krise da. Und wenn in dem Augenblick bereits ein Großteil der Hochschullehrer zu den alten Bedingungen in Amt und Würden sitzt, wird es zu spät sein, dann wird Bremen nicht mehr die Möglichkeit haben, hier zu revidieren.

Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir unsere Anträge gestellt, die sicherstellen sollen, daß bis zum Herbst in bezug auf die Vorbestimmung der Universität in Bremen nichts Entscheidendes mehr geschieht.

Meine Damen und Herren, ich sehe, die rote Lampe leuchtet auf. Ganz zum Schluß darf ich mir noch erlauben, eine Frage an den Herrn Präsidenten zu richten. Wir haben wiederholt festgestellt, daß der als Sachverständige gebetene Herr von der Vring Herrn Franke mehrfach mit Material von seinem Platz aus versorgt hat. Ich möchte anregen, einmal zu überprüfen, ob das richtig ist und zum anderen zu überlegen, ob Herr von der Vring dann nicht auch die Opposition mit dem bei ihm ohnehin nutzlos herumliegenden vielfachen Material, das unseren Standpunkt vertritt, versorgen sollte, das er für seine Dokumentationen ja auf keinen Fall benötigen wird!

(Beifall bei der CDU — Abg. Meurer [CDU]: Sehr richtig!)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dr. Sieling, nehmen Sie es mir bitte ab, wir haben vom Präsidium diese Dinge nicht gesehen. Wir werden aber dem Sachverständigen Dr. von der Vring Ihre Bitte nahelegen, damit er auch Ihnen sein Material zur Verfügung stellt.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nur zwei Bemerkungen zu machen.

Einmal hat der Präsident des Senats vorhin geäußert, er stehe auf dem Standpunkt, die Tatsache, daß die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder dem Finanzierungsabkommen für die Bremer Universität nicht zugestimmt haben, schade dem föderalistischen System in der Bundesrepublik.

(Abg. Reichelt [SPD]: Da hat er recht!)

Ich weiß nicht, wie der Herr Präsident des Senats diese Äußerung verantworten will. Ich weiß auch nicht, wie er weiterhin die Äußerung verantworten will, die dahin ging, daß bei den Entscheidungen der Ministerpräsidenten Wohlverhalten vorausgesetzt wird, hier Wohlverhalten der Bremer Universität beziehungsweise des bremischen Senats. Das ist meines Erachtens eine Verkennung der Tatsachen. Es handelt sich hier nicht darum, daß in irgendeiner Art und Weise Wohlverhalten vorausgesetzt wird oder daß ins einzelne gehende und die innere Struktur der Universität berührende Bedingungen gestellt werden, sondern es handelt sich darum, daß im Kreise der Ministerpräsidenten die Zweifel bestehen und nicht ausgeräumt worden sind, ob die Bremer Universität die verfassungsmäßig garantierte Freiheit von Lehre und Forschung gewährleistet.

Das ist eine Voraussetzung, die für eine finanzielle Unterstützung der Universität mit Sicherheit gegeben sein muß, so daß der Senat allen Grund

gehabt hätte, hier wirklich Klarheit zu schaffen. Er hat aber, wie sich aus seiner Dokumentation ergibt, diese Klarheit selber nicht gewinnen können. Er weiß selbst nicht, woran er ist mit der Entwicklung an der bremischen Universität. Und das ist die Ursache dafür, daß bedauerlicherweise die Ministerpräsidentenkonferenz die finanzielle Unterstützung der bremischen Universität nicht einhellig beschließen konnte.

Eine zweite Bemerkung, die ich machen möchte, bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Czichon. Ich bedauere außerordentlich, daß Herr Dr. Czichon sich im Augenblick nicht im Saal befindet, weil ich es ihm gern ins Gesicht gesagt hätte.

Herr Dr. Czichon hat geäußert, daß die Reformbestrebungen für das Universitätswesen in der Bundesrepublik jahrzehntelang Not gelitten hätten, und daß erst dann eine Reformbewegung sich gezeigt hätte, als Fensterscheiben eingeworfen wurden, das heißt also, als Gewalt angewendet wurde. Ich erspare es mir, darauf einzugehen, ob man die Dinge so unkompliziert sehen kann. Was ich aber bedauere, ist die Äußerung, die Herr Dr. Czichon gemacht hat und die dahin ging, wir sollten uns nicht wundern, daß wieder Gewalt angewendet werden würde, wenn man den Reformmöglichkeiten an der Universität Bremen die Lebensvoraussetzungen verweigern sollte. Ich glaube, so habe ich Herrn Dr. Czichon richtig verstanden.

Ich bedauere diese Formulierung, weil sie dazu führen kann, daß bei Heißspornen die Dinge falsch verstanden werden und daß diejenigen, die eine eigene Vorstellung von Reformen haben, eine eigene Vorstellung, die unter Umständen mit den Grundsätzen unserer Verfassung nicht übereinstimmt, dann glauben, zu Gewalt greifen zu können. Und so wollen wir hier doch weiß Gott nicht argumentieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe nicht gesehen, daß der Sachverständige — in Anführungsstrichen — Herr Dr. von der Vring in der Lage gewesen wäre, uns überzeugend darzutun, daß die Voraussetzungen für eine freiheitliche Universität hier in Bremen gegeben sind.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich ein glücklicher Zufall, daß die letzte Sitzung des Bundesrats am 9. Juli gleichzeitig mit der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten stattfand, auf der auch über die Finanzierung der Bremer Universität entschieden wurde. An diesem 9. Juli wurde ganz allgemein deutlich, daß es kein isoliertes Bremer Universitätsproblem gibt, wie uns auch heute hier verschiedentlich dargestellt wurde, sondern es gibt lediglich eine von der CDU/CSU ausgehende Polarisierung der Politik in der Bundesrepublik, die parteipolitische Entscheidungen und Wahlkampftaktik

(Abg. D r . Z a n d e r [CDU]: Mit Parteipolitik hat das doch nichts zu tun!)

vor Sachentscheidungen stellt.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Völlig richtig!)

Es war der Bonner CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel, der dankenswerterweise bereits im Bundestag angekündigt hatte, daß der Bundesrat als Instrument und verlängerter Arm der Opposition mißbraucht werden sollte, und entsprechend wurde auch verfahren. Ob Städtebauförderungsgesetz, ob Universitätsfinanzierung oder die Arbeit der Bund-Länder-Kommission zur Bildungsplanung — und das kann ich nun ganz genau beurteilen —, überall wird die zentrale Steuerung der Christdemokraten spürbar, die es noch immer nicht überwunden haben, daß sie im demokratischen Wechselspiel von der sozialliberalen Koalition abgelöst wurden, die zwar keine utopischen Hoffnungen erfüllen kann, aber mit einem seit langem fälligen Reformprogramm endlich ernst macht.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Sehr gut!)

Wenn man den Argumenten nachspürt, die uns heute von der CDU in Bonn, aber auch in Bremen, entgegengehalten werden, so laufen sie doch alle nur darauf hinaus, eine Entlastung und Entschuldigung für die langanhaltende Restaurationsperiode unter Bundeskanzler Adenauer zu bringen, eine Restaurationsperiode, die uns ja gerade einen Teil der gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten, die wir heute zu überwinden haben, gebracht hat. Man versucht vergeblich nachzuweisen, daß die SPD/FDP-Regierung nicht mehr erreichen könne als die früheren Regierungen unter Adenauer und Erhard. Das ist der Kernpunkt der ganzen Auseinandersetzung der letzten Monate.

Bremen ist zufälliges Symbol, aber nicht etwa Kernpunkt dieser Auseinandersetzung. Hier in Bremen soll mit allen Mitteln eine Reformuniversität verhindert werden, die beweisen will, daß Reformen nichts mit billigen Schlagworten von Rot und Schwarz zu tun haben. Auch hier können Reformvorstellungen und das damit verbundene Umdenken hart und kontrovers mit persönlichen Interessen oder Gruppeninteressen zusammenprallen. Das ist geschehen, das geschieht, und niemand bestreitet das. Mit verfassungsfeindlichem Denken und Handeln, mit geplantem Umsturz und heimtückischer Unterwanderung hat das jedoch überhaupt nichts zu tun.

In Bremen geht es schon längst nicht mehr um angebliche oder tatsächliche Sorgen, denn dann müßten meines Erachtens ja noch Sachgespräche möglich sein, sondern in Bremen geht es um den Versuch, den Bolschewistenschreck der fünfziger

Jahre aufzupolieren und für die Bürgerschaftswahl noch einmal wirksam werden zu lassen.

Gleichzeitig muß mit Bedauern festgestellt werden — das ist heute schon gesagt worden —, daß auch der Bundestagswahlkampf 1973 bereits begonnen hat, und in dieser Auseinandersetzung werden die Argumente, je nach dem Tagesbedürfnis, bis zur Unkenntlichkeit ausgetauscht in der Hoffnung, der Bürger könne das gestern Gesagte von der heutigen Argumentation nicht mehr unterscheiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, monatelang wurde uns der Gründungssenat als homogener Block linker Kadergruppen vorgestellt, in dem Sachauseinandersetzungen nicht mehr möglich seien. Jetzt aber, da ein Mitglied des Gründungssenats seine gegenteilige Meinung gegen ein Diskussionspapier zur Lehrerbildung vorgebracht hat und zwei Hochschullehrer eine — inzwischen allerdings revidierte und variierte — kontroverse Auffassung vortragen, wird diese erfreulich offene, gewollte Diskussion als Ausdruck der Zerrissenheit und gleichzeitig auch als Ausdruck der finstersten hochschulpolitischen Absichten denunziert. Das paßt doch einfach nicht zusammen!

Die ganze Aufregung ist unverständlich, ist provinziell, wenn man berücksichtigt, was von Anfang an als Sinn dieser öffentlichen Universitätsgründung bezeichnet wurde: daß einmal die Universitätskonflikte, die bundesweit sind und die nie bestritten wurden, schon in der Gründungsphase sichtbar ausgetragen werden sollten, in aller Öffentlichkeit. Es ist doch selbstverständlich, daß Universitätsreform kein Hoheitsakt und keine Angelegenheit einer einmaligen Diskussion sein kann, sondern eine permanente Aufgabe ist, die viele, auch die härtesten Auseinandersetzungen bringen wird. Das ist doch gar nicht anders möglich bei einer Einrichtung, die so verfestigt war in ihrer Struktur, und die so eindeutige, aber auch völlig unzeitgemäße Privilegien zu verlieren hat, wie das an den deutschen Hochschulen der Fall ist.

Ich bin Professor Klink und den Hochschullehrern Oberschelp und Barner dankbar, daß sie aus den unterschiedlichsten Motiven heraus ihre Diskussion in aller Öffentlichkeit geführt haben. Wir haben damit ein Verfahren verdeutlicht, das allem Anschein nach — auch in diesem Hause hier — weniger bekannt war, als ich es bisher als selbstverständlich angenommen hatte. Ein beiderseitiger Lernprozeß zwischen Universität und Öffentlichkeit spielt sich ab.

Die Universität hat sicherlich erneut festgestellt, daß die Öffentlichkeit ihres Gründungsprozesses nicht nur Hintergründe aufhellt und Mißtrauen abbaut, sondern auch Mißverständnisse, aber auch Unterstellungen und Verleumdungen fördern kann, und die Öffentlichkeit sieht zum ersten Male völlig unverschleiert, daß eine Universität nicht von Grund auf gut oder böse ist, sondern eine Einrichtung ist, in der wissenschaftliche Theorien in aller Härte, verbunden aber auch mit mancherlei menschlichen Unzulänglichkeiten, aufeinanderprallen. Das ist universitärer Alltag von Konstanz bis Kiel und von Bonn bis Berlin.

Doch was andernorts hinter verschlossenen Türen abgehandelt wird, auch ausgekämpft wird oder nur gelegentlich in zum Teil völlig unbegreiflichen Protestaktionen ausbricht, ist in Bremen jedem Interessierten, natürlich auch dem Gegner, sichtbar. Das ist der große Unterschied. Auch das, meine Damen und Herren, ist schon ein Stück Universitätsreform!

Die Krise der Universität ist eine Krise der Wissenschaft. Diese jüngste Feststellung von Professor Uwe Wesel in der „Zeit" vom 9. Juli — ich möchte diesen Artikel allen empfehlen, die heute diskutiert haben oder aufmerksam zugehört haben — kann nicht oft genug unterstrichen werden. Dieser eine Satz macht auch deutlich, warum über Bremen so heftig gestritten wird. Hier wird nämlich nicht nur geredet, gefordert und am Symptom kuriert, hier wird tatsächlich versucht, neue Entscheidungen zu treffen, und allein um diese neuen Entscheidungen geht es: Um den Abbau der Ordinarienherrschaft, um die Mitbestimmung bei Lehre und Forschung, um die Beteiligung aller Statusgruppen, um den Abbau von Privilegien, um die öffentliche Kontrollierbarkeit von universitären Entscheidungen, und um berufs- und praxisbezogene Studiengänge, also um die Studienreform schlechthin, die ja nicht aus Zufall bisher an allen anderen Universitäten, auch jenen, die reformieren wollen, nicht gelungen ist.

Der Bremer Senat und auch die Bremer Universität haben sich so oft und so eindeutig zur Freiheit von Lehre und Forschung bekannt, die Universität zum letzten Mal am 4./5. Juli, daß es schon fast eine Unterstellung ist, erneut darauf hinzuweisen.

Auch das Papier der wissenschaftlichen Mitarbeiter Nevermann und Maier ist vom Gründungssenat nicht nur kritisiert, sondern auch eindeutig abgelehnt worden. Die Mitarbeiter erarbeiten gemäß den Weisungen der Planungskommissionen Vorlagen. Diese Vorlagen werden in den Planungskommissionen diskutiert und dienen als Material für die Beschlußfassung. Erst dann kann sich der Gründungssenat mit solchen Vorlagen voll beschäftigen. Und nicht nur der Gründungssenat, sondern auch die neuberufenen Hochschullehrer werden voll in den Planungsprozeß und in diese Beschlußdiskussion eingeschaltet. Das ist weit mehr, als bisher bei Universitätsneugründungen üblich war, wo Eckprofessoren die Marschroute bestimmten und alle nachfolgenden, auch die nachfolgenden Hochschullehrer, sich nur noch in vorgezeigten Bahnen bewegen konnten.

Auch die heutige Diskussion, das ist doch wohl schon deutlich geworden, wird keine Annäherung bringen. Weil diese Annäherung nicht beabsichtigt ist, soll bis zum 10. Oktober auf jeden Fall der Eindruck schrecklicher Geschehnisse in Bremen aufrechterhalten werden. Da wir aber nicht nur öffentlich aneinander vorbeireden, sondern unsere Äußerungen auch protokollarisch für die Zukunft festgehalten werden, halte ich es doch für notwendig, nochmals darauf hinzuweisen, daß es in Bremen keine einseitig ausgerichtete, ideologisch belastete,

von Revolutionstechniken geprägte Hochschule geben wird.

(Abg. H a r d e g e n [CDU]: Wie wollen Sie das verhindern?)

Das gilt auch speziell für die Lehrerbildung, da wir als Landesregierung bestimmen, wie die staatlichen Prüfungen aussehen werden. Das ist auch heute vom Sachverständigen Dr. von der Vring sehr deutlich gesagt worden. Wir bestimmen, welche Lehrer wir einstellen, und es werden Lehrer sein, die nicht nur in Bremen, sondern in allen Bundesländern einsetzbar und verwendbar sein müssen. Es werden aber auch Lehrer sein, die stufenbezogen für alle Schularten ausgebildet werden.

Wenn es erlaubt ist, Herr Präsident — ich glaube, man kann gleich auf einen Antrag der FDP eingehen —, dann möchte ich sagen, daß der Antrag der FDP, für mich gesehen, gegenstandslos ist, weil diese Kommission, die hier gefordert wird, als Arbeitskreis bereits besteht, und zwar ein Arbeitskreis zwischen Universität, Pädagogischer Hochschule und dem Bildungssenator. Die letzte Sitzung hat am 29. Juni stattgefunden. Verantwortlich für diesen Kreis ist Landesschulrat Banse. Teilnehmer sind der Gründungsrektor, Professor Huber aus Hamburg von der Universität, der Rektor der PH, Herr Ubbelohde, und Professor Siegert. Und dieser Arbeitskreis wird sich mit den Lehrerbildungsfragen beschäftigen.

Allerdings wird er den Strukturplan, der vom Gründungssenat verabschiedet wurde, diskutieren, er kann also nicht — und er lehnt es auch ab — Papiere behandeln, die von den zuständigen Gremien der Universität oder der Pädagogischen Hochschule nicht erörtert oder beschlossen worden sind, denn ein Teil der heutigen Diskussion drehte sich ja — und das ist für mich das Erschreckende — um Papiere, die überhaupt nicht mehr auf dem Tisch liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Grundgesetz, Landesverfassung und unser klares, unanfechtbares und durch keine Diffamierung zu erschütterndes Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie ist Grundlage unserer Hochschulpolitik und gilt auch für Ausbildung und Forschung.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Sieling zu beantworten?

Senator Thape: Ja, natürlich!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Senator, wenn Sie so sehr stark betont haben, daß die Papiere ja ein Zwischenbericht und beim Gründungssenat vom Tisch seien, sind Sie dann mit mir der Auffassung, daß die Grundeinstellung derer, die diese Papiere geschaffen haben, sich damit in keiner Weise geändert hat und daß infolgedessen diese Planer, die wir damals schon attackiert haben, als berufen wurde, sich als das erwiesen haben, über das wir damals schon besorgt waren?

Senator Thape: Dieser Auffassung bin ich nicht, denn wenn ich zum Beispiel jeden der 5000 Lehrer kritisch betrachten wollte, die wir in Bremen haben, ob die vielleicht Dinge sagen, die mir nicht ganz gefallen oder Ihnen nicht gefallen oder meiner Fraktion nicht gefallen, dann würde ich zu anderer Arbeit überhaupt nicht mehr kommen. Ich bin der Auffassung, daß es entscheidend ist, was aus dieser Universität herauskommt, welche Entscheidungen und gültigen Beschlüsse gefaßt werden, und daß alles andere sich im Vorfeld einer Diskussion abspielt,

(Beifall bei der SPD)

und diese Diskussion ist frei, und auch der Irrtum ist frei.

Selbstverständlich sehe ich bestimmte Bemerkungen sehr kritisch an, aber doch nicht nur an der Universität, sondern auch an anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts in Bremen und außerhalb Bremens.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Auch bei der CDU!)

Mir paßt auch nicht alles, was an der einen oder anderen Stelle geschieht, und Ihnen sicherlich auch nicht. Aber ich kann doch nicht mit einer Erklärung, die vielleicht als persönliche Erklärung aus der Handelskammer herauskommt, die ganze Handelskammer belasten. Ich kann doch nicht den Professor Rubin benutzen, um die ganze Hochschule, an der er arbeitet, zu diffamieren oder zu kritisieren oder abzuwerten.

Wir müssen die Dinge sehen, wie sie sich tatsächlich darstellen. Und hier ist ein Diskussionsprozeß, und wir tun in Bremen tatsächlich etwas, was weit über das hinausgeht, was an anderen Stellen geschieht. Und deshalb ist dieses Neuland für uns vielleicht auch manchmal etwas unbegreiflich, auch etwas schwierig, aber ich meine, die Universität hat unsere volle Unterstützung zu erfahren, natürlich mit den eindeutigen Einschränkungen, die nicht nur heute hier ganz klar ausgesprochen worden sind von Bürgermeister Koschnick, von den Sprechern auch der SPD-Fraktion, von mir früher gesagt worden sind und jetzt gerade hier bei diesem kurzen Beitrag, den ich heute noch leisten möchte, ebenfalls angesprochen werden.

Ich darf noch einmal kurz zurückschalten: Dieses Bekenntnis ist aber keine Absicherung der Ordinarienuniversität mit ihrer schon längst nicht mehr bestrittenen Strukturkrise. Problematisch ist nicht die Reform, problematisch ist, daß die Kenntnis über die tatsächlichen Zusammenhänge gerade bei manchen laut auftretenden Kritikern nicht sehr weit verbreitet ist und ihnen deshalb — und jetzt habe ich „dumme Schlagworte" hier stehen —, ich würde sagen, die törichten Schlagworte von der Kaderschmiede, der Rote-Zellen-Universität und von so-

zialistischer Mathematik so leicht über die Lippen purzeln, obwohl gerade das letzte Schlagwort von der sozialistischen Mathematik von dem, der es genannt hat, von Herrn Barner nämlich, längst zurückgezogen worden ist, der in aller Öffentlichkeit festgestellt hat, daß das eine Bezeichnung war, die keine Grundlage hatte und die von ihm etwas vorschnell benutzt worden ist. Und es ist sehr deutlich herausgestellt worden, daß Mathematik nicht ausschließlich in Projekten dargestellt werden kann. Auch das sind also Erklärungen und Mitteilungen, die doch so eindeutig sind, daß wir uns nicht mehr mit einseitigen Erklärungen dagegen wenden sollten.

Wir werden — und das gilt auch für mein Haus — unseren Weg weitergehen, unbeirrt von Eingriffen, aber aufgeschlossen für Kritik und Anregungen. Durch die Arbeit muß bewiesen werden, daß der Bremer Weg nicht nur gangbar ist, sondern auch ein Weg ist, der aus der Sackgasse der Universitätskrise herausführen kann. Die Universitätskrise wurde ja nicht in Bremen erfunden. Das ist nun allein wieder eine Erfindung der Bremer CDU. Aber je härter die Auseinandersetzung wird, desto mehr habe ich den Eindruck, daß gerade der Beweis dieser Arbeitsfähigkeit — und dieser Beweis liegt unmittelbar vor — verhindert werden soll aus Sorge vor einem positiven Beweis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand kann für einen Erfolg garantieren. Es gibt kein Beispiel für das Bremer Experiment, aber kühne Planung und ein mutiges Beginnen ist ja der einzige Ausweg aus der von allen zitierten Krise. Es steht meines Erachtens gerade Bremen gut an, das seine Geschichte nicht gemeistert hätte, wenn frühere Generationen sich Argumenten aufgeschlossen hätten, die heute von der Opposition erneut vorgetragen wurden. Die Zeit ist längst überfällig für einen mutigen Versuch. Wir werden ihn machen und uns laufend der Öffentlichkeit stellen. Wer bessere Methoden kennt, um die deutschen Universitäten endlich wieder arbeits- und handlungsfähig zu machen, möge sie nennen. Wir sind jederzeit zur Prüfung bereit. Bisher sind uns jedoch alle Kritiker die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, welche Alternativen sie eigentlich anzubieten haben.

(Vizepräsident B u g l a übernimmt den Vorsitz)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Abschluß noch eine persönliche Bemerkung zum Gründungsrektor Dr. von der Vring, der heute sehr, sehr hart angegriffen worden ist in diesem Hause, ohne daß er sich dagegen wehren konnte. In Dr. von der Vring sind viele Hoffnungen gesetzt worden, gegen ihn aber auch viele Vorwürfe und Bedenken erhoben worden. Ich meine, für mich sagen zu dürfen, daß er viele Hoffnungen erfüllt hat und viele Vorwürfe entkräftet hat. Er ist ein wertvolles Bindeglied, und darum beneiden uns viele andere Universitäten, zwischen einer unruhigen Generation nicht nur an den Universitäten, sondern auch an den Schulen — und für die Schulen ist die Universität überhaupt nicht verantwortlich, das möchte ich einmal ganz klar herausstellen — und der Universität. Er ist ein Bindeglied zwischen dieser Universität und den gesellschaftlichen und politischen Forderungen, die von staatlicher Seite zu stellen sind, ein echter Sachwalter dieser schwierigen Aufgabe. Ein Sachwalter, der mit großem Engagement und auch mit großer Fairneß seine Aufgabe wahrnimmt,

(Abg. J o h n [FDP]: Über Fairneß kann man aber streiten!)

und der wahrlich mit großer Fairneß, und das möchte ich hier ganz eindeutig sagen, und das ist meine Meinung —

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Ihre Meinung!)

ich sage ja, meine Meinung, nicht Ihre, sonst stände ich nicht hier —, diese Aufgabe wahrnimmt und deshalb auch Vertrauen verdient hat, Vertrauen in die Arbeit, die er ja letzten Endes für eine Institution wahrnimmt, für die wir uns, und ich meine, das ist auch heute wieder deutlich geworden, doch mit Leidenschaftlichkeit einsetzen, und zwar mit einer Leidenschaftlichkeit, die nicht etwa dahin zielt, das Ganze abzublasen, sondern vollverantwortlich weiterzuführen auch für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten John zu beantworten?

Senator Thape: Selbstverständlich!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Senator, halten Sie es, wenn Sie von der besonderen Fairneß des Herrn Dr. von der Vring sprechen, auch für angebracht, daß dieser Herr Dr. von der Vring Politikern — soweit es Politiker der FDP betrifft, auch mich persönlich —, daß er Politikern Briefe schreibt, mehrere Male ihnen Verfahren androht wegen der verschiedenen Äußerungen, die sie getan haben sollen, ein Verfahren läuft ja noch, meinen Sie, daß das auch zu den Aufgaben eines Gründungsrektors gehört, der besonders fair handelt?

(Starke Unruhe bei der SPD — Abg. S t r ö h [SPD]: Dagegen kann man sich doch auch wehren! — Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Ihn dürfen Sie aber angreifen! — Abg. J o h n [FDP]: Ich habe ihm noch nicht mit Verfahren gedroht!)

Senator Thape: Auch durch Ihre Zwischenfrage, Herr John, bin ich nicht gehalten, auch nur ein einziges Wort von dem, was ich gesagt habe, zurückzunehmen.

(Starker Beifall bei der SPD — Abg. J o h n [FDP]: Das habe ich auch nicht anders erwartet!)

Ich halte nichts von Prozessen, nebenbei bemerkt!

(Abg. John [FDP]: Dann sind wir uns ja einig!)

Ich halte nichts davon, wenn die Universität prozessiert, ich halte nichts davon! Wenn Sie das machen im politischen Wahlkampf, mögen Sie das tun.

(Abg. John [FDP]: Ich mache es ja gar nicht!)

Denn in politischen Fragen soll man es nicht tun, auch nicht in hochschulpolitischen Fragen. Aber, Herr Abgeordneter John, ich glaube, soviel an Objektivität sollte jeder hier im Hause aufbringen, um festzustellen, daß gerade dieser Gründungsrektor zum Teil mit Vorwürfen überschüttet worden ist, bevor er überhaupt hier anfangen konnte zu arbeiten, daß jedes Wort dreimal im Munde herumgedreht wurde, daß man versucht hat, ihm die übelsten Dinge zu unterstellen und daß er aus dieser Situation heraus im Interesse der Universität auch versucht hat, bestimmte Klarstellungen zu erreichen, damit Dauervorwürfe nicht wieder erhoben werden können, Dauervorwürfe, die sich längst als gegenstandslos herausgestellt haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. Hardegen [CDU]: Man hat ihn nur zitiert, nichts unterstellt! — Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator Thape, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Senator Thape: Bitte schön!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, in diesem Zusammenhang möchte ich an Sie die Frage richten: Weshalb mußte Herr Dr. von der Vring ausweislich des Senatsprotokolls vom 4. September 1970 nach Aussage von Herrn Bürgermeister Koschnick diesem versichern, daß sich sein theoretisches Konzept in Bremen nicht werde durchführen lassen?

Senator Thape: Dann müßte ich das ganze Konzept lesen. Ich kann jetzt die Diskussion nicht nachvollziehen, die sich dort ergeben hat. Es ist ja Ihre Fähigkeit, Kleinstsätze zu zitieren, um darauf Antworten haben zu wollen, die in Wirklichkeit nur in einem großen Zusammenhang gesehen werden können. Darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben, weil ich die Situation jetzt nicht im Gedächtnis habe.

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Senator Thape: Ja, selbstverständlich!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, stimmen Sie mir zu, daß folgendes Zitat aus dem Senatsprotokoll vom 1. September 1970 zutrifft? Ich zitiere: „Herr Bürgermeister Koschnick berichtete dem Senat über ein Gespräch, das er mit Herrn Dr. von der Vring geführt habe. Herr Dr. von der Vring habe ihm gegenüber geäußert, er wisse, daß sich sein theoretisches Konzept in Bremen nicht mehr durchführen lasse".

(Zuruf von der SPD: Das ist ja dasselbe!)

Senator Thape: Dann müßte ich jetzt die Einzelheiten des Konzepts kennen, ich müßte das Senatsprotokoll haben. Es ist durchaus möglich, daß das stimmt, vielleicht stimmt es gar nicht, vielleicht sind einige Worte hinzugefügt oder weggelassen worden, ich weiß es nicht!

(Oho-Rufe bei der CDU — Abg. Ströh [SPD]: Natürlich, das kennen wir doch von Ihnen! — Abg. Hardegen [CDU]: Herr Klein hat gesagt: ich zitiere! Das ist eine Unterstellung! — Abg. Ströh [SPD]: Herr Klein ist ja allwissend!)

Ich kann doch jetzt nicht über Senatsprotokolle diskutieren, die ich nicht kenne.

(Starke Unruhe — Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Senator Thape: Natürlich, selbstverständlich!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, stimmen Sie mir zu, wenn ich Ihnen sage, daß dieses Senatsprotokoll, das hier im vollen Wortlaut zitiert ist, nicht enthält einen Teil des theoretischen Konzepts des Herrn Dr. von der Vring, sondern lediglich, daß Herr Bürgermeister Koschnick berichtet von einem Gespräch mit Herrn Dr. von der Vring, so wie ich es zitiert habe, und sind Sie bereit, den Beweis entgegenzunehmen, nämlich den vollständigen Wortlaut des Senatsprotokolls? Ich bin gern bereit, ihn Ihnen zu überreichen.

Senator Thape: Nein, das brauche ich nicht, weil ich es ja habe, nicht hier, aber ich kann es mir besorgen, da brauche ich Sie doch nicht, Herr Klein, um mir Protokolle zu besorgen. Ich muß sagen, ich verstehe Ihre Zwischenfrage Nummer drei überhaupt nicht! Es ist mir also völlig unklar, was Sie damit wollen.

(Abg. Klein [CDU]: Ich kann aber die Ausgangsfrage gern wiederholen, wenn Sie es wünschen! — Zuruf von der SPD: Das reicht! — Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

(Starke Unruhe)

Senator Thape: Ja, selbstverständlich! Man muß ja versuchen, Herrn Klein zu begreifen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, Sie sind doch Senatsmitglied und waren in dieser Senatssitzung vom 1. September 1970. Was sind die Gründe dafür, daß Herr Bürgermeister Koschnick in dieser Senatssitzung ausweislich dieses Protokolls, das ich hier zitierte, berichtet, Herr Dr. von der Vring habe ihm gegenüber geäußert, er wisse, daß sich sein theoretisches Konzept in Bremen nicht würde durchführen lassen?

Senator Thape: Ja, das war nach einer Diskussion zwischen Herrn Dr. von der Vring und Herrn Bürgermeister Koschnick. Das geht doch eindeutig aus dem Protokoll hervor,

(Ab. K l e i n [CDU]: Warum, habe ich gefragt!)

und das theoretische Konzept von Dr. von der Vring stand überhaupt nicht zur Debatte, sondern der Standpunkt der Universität. Denn Dr. von der Vring ist ja nicht der Diktator der Universität, sondern ist ein Organ dieser Universität, der abhängig ist von den Entscheidungen der akademischen Gremien, heute wie später. Jetzt vom Gründungssenat, später vom akademischen Senat und von den Fachbereichskommissionen.

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Schäfer zu beantworten?

Senator Thape: Bitte schön!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Dr. Schäfer!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Senator, ich habe nur eine Erweiterung dieser Frage von Herrn Klein. Er fragte, warum ist diese Aussage gemacht worden? Die Begründung, warum hat er?

(Heiterkeit und Unruhe bei der SPD)

Senator Thape: In dem Protokoll ist eine Diskussion zitiert zwischen Herrn Bürgermeister Koschnick und Herrn Dr. von der Vring. Ist das verboten?

(Abg. D r . S c h ä f e r [CDU]: Nein!)

Und wenn Sie den Grund wissen möchten, dann fragen Sie doch Herrn Bürgermeister Koschnick.

(Starke Unruhe — Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Franke zu beantworten?

Senator Thape: Bitte sehr!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Senator Thape, stimmen Sie mir zu, daß die verschiedentlichen Versuche der Opposition, Herrn Gründungsrektor von der Vring zu diffamieren, unerträglich werden?

(Heftiger Widerspruch bei der CDU — Abg. F i s c h e r [CDU]: Was heißt hier diffamieren? Das ist ja eine Unverschämtheit von Ihnen, eine Unverschämtheit! — Starke Unruhe)

Senator Thape: Ihre Frage, Herr Franke, enthält schon gleich die Antwort!

(Weiterhin starke Unruhe — Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Senator Thape: Bitte sehr!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, stimmen Sie mir in der Auffassung zu,

(Abg. Wilma L a n d w e h r [CDU]: Nein!)

daß dieses Konzept des Herrn Dr. von der Vring sich bezieht auf die Thesen zur Gründung einer bremischen Universität, die Herr Dr. von der Vring dem Gründungssenat vor seiner Berufung zum Gründungsrektor vorgetragen hat?

Senator Thape: Nein, das glaube ich nicht, sondern er bezieht sich auf seine eigenen theoretischen Auffassungen, die er als Wissenschaftler dargestellt hat, und zwar nicht speziell für Bremen, sondern ganz allgemein von der schon lange im Bund laufenden Diskussion, denn er ist ja lange in der laufenden Diskussion über die Hochschulreform tätig. Deshalb ist er ja auch nach Bremen berufen worden.

(Abg. K l e i n [CDU]: Davon bin ich überzeugt!)

Davon bin ich überzeugt! Ja, und ich bin auch überzeugt, daß der Abschluß der Universitätsdiskussion mit dem heutigen Tag noch nicht erreicht ist, daß wir uns in diesem Hause noch sehr oft darüber unterhalten werden, allerdings nach dem 18. Oktober,

(Z u r u f : 10. Oktober!)

nach dem 18. Oktober uns stärker werden mit Fakten auseinandersetzen können, und die Diskussion dann etwas leichter und allgemeinverständlicher wird, weil dann nämlich die Universität eröffnet wurde und bereits durch ihre Leistung beweisen kann, daß vieles von dem, was man ihr heute unterstellt und ihr vorwirft, nicht den Tatsachen entspricht

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Graf.

Abg. **Dr. Graf** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die heutige Debatte ist etwas mühsam,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Natürlich! — Abg. Ströh [SPD]: Von seiten der Opposition meinen Sie doch?)

weil insbesondere die Ausführungen der Redner von seiten der SPD nicht nur in der Form, sondern auch der Sache nach so geführt worden sind, daß die Antworten eigentlich in der vorangegangenen Debatte bereits gegeben wurden.

(Beifall bei der CDU)

Und es ist deshalb mühsam, im Grunde Reden wiederholen zu sollen, die bereits im Juni hier gehalten worden sind.

Es hat niemand in der ganzen Universitätsdebatte dem Senat vorgeworfen, daß seine Erklärungen vom 7. 7. 1970 und vom 18. 8. 1970 von ihm nicht ernst gemeint sind.

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Da waren Sie doch noch dabei!)

Da waren wir dabei, und ich will Ihnen dazu gleich noch Näheres sagen! Aber das Entscheidende ist doch folgendes: Es ist doch Augenwischerei, diese Erklärungen bereits als Beweis dafür anzuführen, wie die Universität aussieht.

(Starker Beifall bei FDP und CDU)

Jetzt kommt natürlich Herr Franke und sagt, bitte, der Beweis!

(Abg. Franke [SPD]: Genau!)

Genau! Dafür habe ich volles Verständnis, Herr Franke, und ich will Ihnen gern einräumen, daß Sie damit eine sehr weiche Stelle treffen.

(Aha-Rufe bei der SPD)

Eine weiche Stelle deshalb, weil Herr Dr. von der Vring bereits in senatsinterner Erörterung erklärt hat, alles, was über den einen oder anderen Bewerber gesagt wird, er ihm wieder sagen würde, so daß selbst im senatsinternen Bereich eine ehrliche Erörterung nicht möglich war.

(Hört, hört! bei der CDU — Abg. Hardegen [CDU]: Das ist ein tolles Ding, das ist ja unerhört! — Unruhe — Glocke)

Ich darf Ihnen aber auf der anderen Seite etwas versichern, Herr Franke, und bitte lesen Sie das nach im Protokoll der Sitzung vom 15. Juni dieses Jahres, das heute morgen verteilt worden ist, auf Seite 3315. Da habe ich folgendes ausgeführt: „Ich habe eben gesagt, daß die für den Fachbereich Sozialisationsforschung, Psychologie und Erziehungswissenschaft, für den Fachbereich Soziologie/Politische Wissenschaften und für den Fachbereich Kommunikation und Ästhetik zur Berufung freigegebenen Hochschullehrer nach vorsichtiger Schätzung aufgrund unserer Überprüfung zu 70 Prozent einen marxistischen oder radikalsozialistischen Ansatz haben." Sie dürfen versichert sein, Herr Franke, das ist das Ergebnis einer gewissenhaften Überprüfung von mir als Mitglied des Senats.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz — Abg. Franke [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ich möchte jetzt nicht antworten!

Diese Dinge im einzelnen zu belegen, Herr Franke, erforderte die Mitnahme ganzer Bücherkisten, um hier aus den verschiedenen Schriften der einzelnen zur Berufung freigegebenen Damen und Herren zu zitieren.

Aber nehmen wir doch das von Ihnen angesprochene Beispiel Wiethölter. Sie haben hier triumphierend am Ende eines Hin und Her festgestellt, er sei nun raus aus der

(Abg. Franke [SPD]: Marxistischen Kiste!)

marxistischen Kiste. Aber ich darf Ihnen einmal in Prosa, frei von der heute so üblichen Geheim- und Imponiersprache, die allein noch keine Wissenschaftlichkeit bedeutet, die

(Abg. John [FDP]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Auffassung von Herrn Professor Wiethölter darlegen. Herr Professor Wiethölter ist der Meinung, daß die Gesetze, die der Staat verabschiedet und die für das Geschehen im Staat ausschlaggebend sind, der Entwicklung hinterherklappen. Das ist sicherlich eine alte Jacke, das ist keine neue Erkenntnis, denn tatsächlich läuft die Entwicklung dergestalt, daß sich zunächst einmal in einer Gesellschaft eine bestimmte Auffassung heranbildet, zu einer Mehrheit gelangt und nachher der Staat diese Auffassung sanktioniert. So ist es häufig. Soweit also keine neuen Gedankengänge.

Nur, die Konsequenzen, die Herr Professor Wiethölter daraus zieht, sind in Prosa gesprochen die: Der angehende Jurist muß — —

(Zurufe von der CDU — Abg. Hardegen [CDU]: Herr Franke gibt von der Vring Infomationen! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Bitte fahren Sie fort, Herr Abgeordneter Dr. Graf.

Abg. **Dr. Graf** (FDP): Der angehende Jurist muß deshalb dazu erzogen werden, daß — gleichgültig, wo er arbeitet, als Beamter, als Richter oder Anwalt — er mit Hilfe der Anwendung der Gesetze die Gesellschaft verändert.

Und, Herr Franke, nun sage ich Ihnen ganz ehrlich: Wenn jetzt nach diesen Vorstellungen ein soziologisches Eingangsstudium für die Juristenausbildung geschaffen wird, das den Zweck hat, politische Inhalte in die Ausbildung zu bringen, dann

ist das nach meiner Auffassung eine Entwicklung, die wir nicht gutheißen können.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der CDU: Sehr richtig! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Da sind wir anderer Auffassung als Sie!)

Denn Sie müssen mir zugute halten, Herr Franke, als einem Mann, der in relativ jungen Jahren die Geschehnisse im Dritten Reich miterlebt hat — jedenfalls aber schon mit vollem Bewußtsein —, daß ich in diesem Dritten Reich gelernt habe, was ein Rechtsstaat wert ist. In jenen Tagen, als kein politischer Gegner des Regimes sicher davor war, daß es nicht mitten in der Nacht an der Tür klopfte und jemand auf Nimmerwiedersehen verschwand, in dieser Zeit habe ich persönlich gelernt, was Rechtsstaatlichkeit bedeutet.

(Beifall bei FDP und CDU — Abg. Ströh [SPD]: Brauchen Sie uns nicht zu erzählen!)

Und die Auffassung von Herrn Professor Wiethölter — und jetzt bringe ich einen Vergleich, der nicht von mir stammt — führt dazu,

(Abg. Schepers [CDU]: Franke muß das hören!)

daß die Strafbarkeit eines Sturms auf ein Pressehaus danach zu beurteilen ist, ob es sich um eine Springer-Presse oder um eine linksradikale Zeitung handelt. Der Vergleich stammt nicht von mir. Das ist eine Charakterisierung der Wiethölterschen Auffassung.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig!)

Und nun, Herr Franke, muß ich Ihnen eines sagen: Gerade im Hinblick auf die Erklärungen über die Pluralität, über die Freiheit von Wissenschaft und Lehre des Senats vom 7. 7. und vom 18. 8. des vergangenen Jahres besteht nicht die Notwendigkeit, daß solche Leute kommen. Ich habe damals in der Senatssitzung — am Tage danach war ja infolge einer Indiskretion die Erörterung im Senat hier in der Ortspresse zu lesen — gesagt,

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

daß ich nichts gegen Herrn Professor Wiethölter im breiten Fächer einer pluralistischen Personalausstattung einzuwenden hätte. Wir können es uns aber nicht wünschen, daß Herr Professor Wiethölter mit diesen Auffassungen der tonangebende Mann für die Juristenausbildung hier an der Bremer Universität ist.

Der Senat hat doch Verpflichtungen übernommen, ist Verpflichtungen eingegangen, und er ist in seinen Entscheidungen frei. Er kann doch handeln, er kann den einen oder anderen ablehnen. Und das ist gerade das Entscheidende: Hier in Bremen wird eine Universität auf der grünen Wiese errichtet. Das von Ihnen auch heute — nicht von Ihnen persönlich, von Rednern Ihrer Fraktion, Herr Franke — gebrachte Argument, daß der eine oder andere Planer, Hochschullehrer, Wissenschaftler mit Dank hier oder dort angenommen worden sei, sagt gar nichts. Denn an den bestehenden Universitäten sind ja retardierende Momente, da kann man im Rahmen einer pluralistischen Ausstattung diese Leute brauchen, und man soll sie da sogar nehmen, sie aber allein in der Personalausstattung dieser Universität zu finden, kann nicht gewünscht werden.

Gerade diese Entwicklung, die Diskrepanz zwischen den Erklärungen des Senats im vergangenen Jahr und dem praktischen Ablauf der Hochschulgestaltung, war für uns der Grund, die Änderung dieser Hochschulpolitik zu verlangen, weil wir einfach mit gutem Gewissen nicht mehr zu diesen Erklärungen stehen konnten.

Und damit komme ich zur Dokumentation des Senats der Freien Hansestadt Bremen über die Universität Bremen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink, Herr Dr. Graf, sind Sie einverstanden, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Blase zu beantworten?

Abg. **Dr. Graf** (FDP): Im Hinblick auf die fortgeschrittene Stunde möchte ich meine Ausführungen zunächst einmal abschließen!

(Abg. Schepers [CDU]: Er kann sich ja zu Wort melden!)

Ich möchte mich nicht bei den netten kleinen Dingen aufhalten, die die Dokumentation bietet. Ich bitte Sie zum Beispiel, soweit Sie die Exemplare bei sich haben, einmal die Anlage 26 aufzuschlagen. Da ist in Photokopie ein Schreiben des Gründungsrektors an den Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Meine Damen und Herren, schauen Sie sich das doch einmal an. Das ist ein Schreiben ohne Briefkopf, und da ist der handschriftliche Vermerk drauf: „Abgesandt 21. Juni 71". Das sind nicht etwa die Unterlagen, die in der Senatskanzlei sein müßten, dort müßte doch der Originalbriefbogen der Universität sein, das ist vielmehr der Durchschlag, der bei der Universität liegt,

(Abg. Klein [CDU]: Natürlich, da kommt es auch her! — Abg. Schepers [CDU]: Da weiß man, wo es gemacht ist!)

unterschrieben „v. d. V." — abgekürzt.

Ich meine, das erregt ja den Verdacht, daß bei der Fertigstellung der Dokumentation die Zeit ein bißchen knapp war und der Weg von der Universität zum Rathaus nicht immer hat erledigt werden können.

(Abg. Meyer [SPD]: Und Sie waren Senatsmitglied!)

Mich interessieren diese Dinge dabei nicht. Was ich hier im Hinblick auf die Dokumentation einmal darstellen wollte, ist folgendes: Die Dokumentation

erweckt den Eindruck, als sei die Universitätspolitik des Senats stets einmütig, also auch mit voller Billigung der FDP-Mitglieder, betrieben worden.

(Abg. Schepers [CDU]: Manipulation!)

Und sie erweckt den Eindruck, als habe die FDP völlig überraschend und auch noch entgegen anders lautenden Zusagen das Überstimmen im Falle Gottschalch zum Anlaß genommen, völlig unvorhergesehen die Koalition aufzulösen. Dieser Eindruck, den die Dokumentation vermittelt, ist falsch.

Ich darf folgende Fakten nur einfach der Reihe nach aufzählen: Seit dem Rücktritt von Professor Killy und den anderen Professorenmitgliedern des ersten Gründungssenats waren wir mißtrauisch geworden, und wir wurden laufend mißtrauischer, und das hat sich in folgenden Dingen dokumentiert: Es hat am 16. Februar 1970 ein Koalitionsgespräch stattgefunden, in dem darüber gesprochen wurde, was nach der Einstellung der Arbeit des Gründungssenats unter Professor Killy geschehen solle. Es hat am 25. Mai 1970 ein zweites Koalitionsgespräch stattgefunden, und zwar war der Gegenstand der Sitzung das Universitätserrichtungsgesetz. Laut Niederschrift haben wir Freien Demokraten damals die Tendenz verfolgt, die Staatsaufsicht über die Universität nach den Thesen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zu verstärken und diese nicht nur auf die Rechtsaufsicht zu beschränken. Das war das zweite Koalitionsgespräch.

Am 25. Juni des vergangenen Jahres war eine Ministerpräsidentenkonferenz, auf der insbesondere Herr Bürgermeister Weichmann aus Hamburg Bedenken wegen der Entwicklung der Bremer Universität angemeldet hat. Er sprach von einer „Revolutionsuniversität". Am 26., am Tage danach, habe ich schriftlich Herrn Bürgermeister Koschnick um ein weiteres Koalitionsgespräch gebeten, das am 30. 6. des vergangenen Jahres stattfand. Das war das dritte. In diesem Koalitionsgespräch haben wir auf die Gefährdung der finanziellen Unterstützung durch die anderen Länder und die Gefährdung des Rufes Bremens hingewiesen, das in den Geruch gerate, es werde offenbar mit der Universität nicht fertig. Herr Speckmann, damaliger Finanzsenator, wies insbesondere auch auf ein warnendes Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz aus Berlin hin und auf die finanzpolitischen Folgen der Fortsetzung dieser Universitätspolitik.

Ich darf ein paar Zeilen aus der Ergebnisniederschrift verlesen: „Herr Bürgermeister Koschnick faßte das Gespräch dahingehend zusammen, daß die Bedenken der FDP gegen den Gründungssenat und den Gründungsrektor nicht ausgeräumt seien. Für die SPD gab er der Hoffnung Ausdruck, daß man die Universität im Griff behalten werde."

Ergebnis der Koalitionsbesprechung: Der Bildungssenator wurde von den koalitionstragenden Parteien aufgefordert, ein Papier über die Struktur der Universität vorzulegen. Das war das Papier, das am 7. Juli 1970 verabschiedet wurde. Es entstand auf Drängen der FDP. Das ist ein Papier, zu dessen Inhalt wir heute noch stehen. Die Entwicklung ging aber weiter! Am 11. August habe ich als Landesvorsitzender der FDP ein Schreiben an Bürgermeister Koschnick gerichtet und habe darin eindeutig praktisch das Mitbestimmungsrecht in Universitätsfragen gefordert, und zwar sollten diese Dinge auf einer Koalitionsausschußsitzung behandelt werden. Das ist nicht geschehen. Herr Bürgermeister Koschnick sagte mit Recht, das sei eine Sache, die den Senat allein anginge und die der Senat allein von sich aus regeln könne. Das ist dann in der Senatssitzung am 18. 8. geschehen. Auch diese Senatserklärung ist also auf unser Drängen zurückzuführen. Ich könnte weiter fortfahren! Ich brauche nur noch zu erwähnen: Am 5. Oktober schrieb Herr John an den Präsidenten des Senats und brachte dabei die Bedenken zum Ausdruck, die sich aus der Praxis der Personalauswahl durch den Gründungssenat ergaben. Wir hatten dann am 20. Oktober ein weiteres Koalitionsgespräch. Und das letzte, meine Damen und Herren, fand schließlich am 17. Mai dieses Jahres statt.

Wie sieht also die Bilanz aus? Wir hatten zwischen Februar 1970 und Mai 1971 fünf Koalitionsgespräche, und bei Koalitionsgesprächen steht immer die Frage der Auflösung der Koalition im Hintergrund. Darum heißen sie ja Koalitionsgespräche. Und wir hatten laufend Auseinandersetzungen im Senat und in der Senatskommission für Universitätsfragen.

(Abg. Götze [SPD]: Stimmt doch nicht, das sind doch Märchen!)

Nun, meine Damen und Herren, wenn die Dokumentation den Eindruck erweckt, das sei eine Politik, die die volle Billigung auch des damaligen Koalitionspartners gefunden habe, dann ist dieser Eindruck insofern falsch, weil in keiner Weise dabei zum Ausdruck kommt, daß es laufend Auseinandersetzungen und auch laufend Kompromißlösungen gegeben hat.

Das ist die erste Anmerkung zur Dokumentation, und die zweite — sie bezieht sich auf den letzten Akt der Trägödie — ist diese: Es heißt in der Dokumentation auf Seite 7: „Die FDP nahm diese Entscheidung" — Entscheidung in Sachen Gottschalch — „zum Anlaß, das Koalitionsbündnis aufzukündigen, obgleich sie vorher erklärt hatte, der Koalitionsfall sei für sie nur dann gegeben, wenn den beiden Vorschlägen der Universität, Professor Dr. Gottschalch und den wissenschaftlichen Lehrbeauftragten Dr. Schneider zu berufen, mit Mehrheit gefolgt würde. In einem Falle würde sie sich ohne Koalitionsrisiko überstimmen lassen."

Nun, meine Damen und Herren, das ist in der Dokumentation eine Behauptung, die durch ein Dokument nicht belegt ist. Ich darf mit einigen Sätzen den letzten Hergang schildern: Am 13. Mai dieses Jahres — Herr Dr. Borttscheller, das war am Vorabend der Bundesratssitzung, bei der wir drei

damaligen FDP-Senatoren, Sie, Herr Speckmann und ich, uns in Bonn trafen — stand diese Personalentscheidung als abschließende Personalentscheidung der ersten Berufungsrunde in Sachen Lehrerausbildung bereits vor der Tür. Wir haben damals unter uns dreien gesprochen und haben, als Bürgermeister Koschnick am späten Abend hinzukam, ihm eindeutig erklärt, wie unsere Haltung sein würde. Von einer Halbierung der Vorschläge war nicht die Rede. Wir haben gesagt — ich glaube, es war Ihre Formulierung —: Wir bleiben hart! Das war am Donnerstag. Am Montag, dem 17., war das Koalitionsgespräch, das zu dem Mißverständnis in der Presse geführt hat, bei dem, in der zeitlichen Reihenfolge, nacheinander Herr Dr. Borttscheller, dann ich und schließlich auch Herr John als Fraktionsvorsitzender gleichlautende Erklärungen abgegeben haben. Dann kam die Senatssitzung vom 18. Mai.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das, was mich enttäuscht: Am 18. ist diese Frage im Senat angesprochen worden, und dieses Dokument ist nicht in der Dokumentation enthalten. Ich bitte den Präsidenten, daß ich diese wenigen Zeilen des Protokolls eben verlesen darf. Da heißt es auf Seite 877 des Senatsprotokolls unter der Ziffer 531:

Herr Bürgermeister Koschnick trug das Ergebnis vorbereitender Gespräche vor, und weiter unten folgendermaßen: „Keine Einigung sei erzielt worden über die Berufung von Professor Dr. Wilfried Gottschalch, in dessen Falle die Vertreter der SPD der Berufung zustimmten, während die Vertreter der FDP sie ablehnen wollten, und im Falle von Dr. Gerhard Schneider, dessen Berufung die SPD-Vertreter ebenfalls zustimmen wollten, zu dessen Berufung die Vertreter der FDP jedoch ihre Entscheidung in der heutigen Senatssitzung bekanntgeben wollten. Er frage nunmehr, ob sich die FDP in den beiden letzteren strittigen Fällen bei Übereinstimmung im Senat der Öffentlichkeit gegenüber absichern wolle oder sogar die Koalitionsfrage stellen werde. Er sei nach dem Ergebnis der gestrigen Besprechung zu dem Schluß gelangt, daß die Koalitionsfrage nicht gestellt sei".

Dann heißt es weiter im Protokoll: „Herr Senator Dr. Graf entgegnete, im Fall der Übereinstimmung der FDP-Senatoren im Senat werde sich für die FDP die Koalitionsfrage stellen."

(Abg. Fischer [CDU]: Hört, hört, das ist doch allerhand!)

Das war am 18.

(Abg. Fischer [CDU]: Das nennt man Dokumentation!)

Das ist ein Dokument, das diese Dokumentation nicht enthält. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich

(Abg. John [FDP]: Manipulation nennt man das auf deutsch!)

habe im Namen meiner Kollegen Dr. Borttscheller und Speckmann und auch in meinem Namen meine tiefe Enttäuschung und mein Bedauern darüber auszudrücken, daß dieses Dokument unterdrückt ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Am 28. Juni, am Abend, bevor der Senat die Fassung der Dokumentation endgültig verabschiedet hat, hatte ich um 15.45 Uhr eine Verabredung mit Herrn Kählitz, der auf meine Bitte später Herrn Lindhorn hinzuzog. Beide Herren sind da. Dieses Protokoll lag bei dieser Unterhaltung vor. Es wurde nicht in der Dokumentation gebracht, über deren abschließende Fassung der Senat am Tage darauf beriet.

Meine Damen und Herren, es mag eine Geschmacksfrage sein, wie der Senat Mitglieder behandelt, von denen zwei nahezu zwölf Jahre und eins sechs Jahre diesem Gremium angehört haben, aber ich glaube, es ist eine ziemlich einmalige Leistung, daß eine Landesregierung in dieser Form eine Dokumentation veröffentlicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Statt dessen, meine Damen und Herren, werden unbewiesene Unterhaltungen hier in diese Dokumentation eingeführt, über die ich mich mit Herrn Speckmann sehr nachdrücklich und längere Zeit unterhalten habe. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß diese Unterhaltung offenbar eine Verwechslung ist mit einem Gespräch am 11., ein Gespräch, welches lange zurücklag. Das heißt also, wir haben am 13., am 17. und am 18. Mai eindeutig erklärt, für uns würde das die Koalitionsfrage bedeuten. Da kann sich doch wirklich dieser Senat nicht auf den Standpunkt stellen, daß für ihn unsere Entscheidung überraschend gekommen sei. Es geht aus dieser Dokumentation hervor, daß man uns die Freiheit geben wollte, auf den Markt zu gehen und darzustellen, wir seien feine Leute, wir seien überstimmt worden, wir wollten es ja gar nicht.

Ich glaube, man verkennt, daß wir kein politisches Alibi wollen, sondern eine zielbewußte Politik. Eine Summe politischer Alibis ist für uns kein Äquivalent für eine fehlgelaufene Entwicklung. Wir wollen eine brauchbare Hochschule und kein ideologisch verkrustetes Institut hier in Bremen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Nun hat das Wort der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte vor dem Beitrag des Herrn Dr. Graf hatte an und für sich den von mir erwarteten Verlauf insofern genommen, als man sich von seiten des Senats bemühte, wie auch von seiten der SPD-Fraktion, nach bewährter Taktik aus schwarz weiß zu machen und alles zu verniedlichen. Den Gipfel der Unmöglichkeiten in dieser Richtung, so meine ich, hatten wir in der

vergangenen Debatte am 15. Juni hier in diesem Hause erlebt.

Diese Sitzung ist von besonderem Interesse, weil zirka 14 Tage später die völlig einseitige Dokumentation des Senats der Freien Hansestadt Bremen erschien. Mit völlig einseitigen Behauptungen gespickt, wie es ja hier auch eben von Herrn Senator Dr. Graf dargestellt wurde. Eine Dokumentation, als ob die Opposition nie Fakten in diesem Hause auf den Tisch gelegt hätte. In dieser Dokumentation beruft sich der Senat auf die Erklärung vom 7. Juli 1970, in der seitens des Senats garantiert wurde, daß sich an der Universität Bremen das pluralistische Bild unserer Gesellschaft widerspiegeln könne. Meine Damen und Herren, dann heißt es wörtlich in dieser Dokumentation des Senats: „In dieser Auffassung stimmt der Senat der Freien Hansestadt Bremen mit dem Gründungssenat der Universität Bremen überein."

Es bleibt mir völlig unerfindlich, wie diese Behauptung in der Dokumentation gewagt werden kann, nachdem wir hier 14 Tage vorher das Gegenteil bewiesen hatten. Denn in der 39. Sitzung des Gründungssenats vom 10. Oktober 1970 hatten sowohl Frau Gerstenberger als auch Herr Dr. von der Vring die Verbürgung solcher Pluralität mit deutlichen Worten ausdrücklich abgelehnt, wie jedermann nachlesen kann. In der Bürgerschaftssitzung vom 15. 6. ist des Weiteren deutlich genug die sozialistische Spielwiese der Planungskommission Lehrerbildung — in diesem Fall von Herrn Kollegen John — und die kommunistischen Überlegungen von drei anderen Planungskommissionen — in diesem Fall von mir — angesprochen worden.

Das Gravierendste aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, waren die auch heute wieder angesprochenen Äußerungen Professor Wiethölters auf der 46. Sitzung des Gründungssenats. Ja, und, meine Damen und Herren, wenn also — ich darf es noch einmal wiederholen — die Verrufenen die Berufenen zu sein haben, wenn kommunistisches Handeln nicht von der Universität Bremen ferngehalten wird, nun frage ich doch mal: Warum nimmt zu solchen beweisbaren Äußerungen, die im Gründungssenat unwidersprochen geblieben sind, weder Herr Senator Thape Stellung, warum verliert Herr Dr. Czichon nicht ein Wort dazu, warum sagt Herr Franke dazu nichts, obwohl dieses alles schriftlich niedergelegte, beweisbare Tatsachen sind?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der letzten Sitzung und auch heute auf den entsprechenden Anstoß Herrn Brouwers ist in bewährter Taktik darauf niemand eingegangen. Auf der letzten Sitzung war Herr Bürgermeister Koschnick nicht da, wie jetzt, und der Herr Bildungssenator Thape saß stumm und schweigend auf der Regierungsbank.

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Aber lächelnd!)

Meine verehrten Damen und Herren, vielleicht, Herr Thape, tun Sie mir heute den Gefallen, nun mal auf diese Äußerungen Wiethölters, daß in Bremen eine Minderheitenuniversität für eine Minderheit geschaffen wird, eine Antwort zu erteilen. Wie stützt denn der Senat seine Behauptung, er stimme in Sachen Pluralität mit dem Gründungssenat überein, obwohl, wie gesagt, dieser das genaue Gegenteil erklärt hat? Sind Sie der Meinung, Herr Senator Thape, daß eine mit zirka 1,8 Milliarden DM zu finanzierende Universität das Geschäft einer Minderheit zu sein hat?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist im Grunde genommen genau jene Haltung des Senats und der Mehrheitsfraktion, die im Endpunkt die heutige Situation heraufbeschworen hat. Es ist doch wenig sinnvoll, das Scheitern des Finanzierungsabkommens als einen unfreundlichen Akt gegenüber dem Bremer Senat zu bezeichnen, denn die Schuld liegt doch eindeutig bei denen, die es seit Jahr und Tag dulden, daß an der Gründungsuniversität Bremen ungeniert kommunistische Denkmodelle produziert werden,

(Beifall bei NPD und CDU)

und daß hier, und, meine Damen und Herren, dafür war der heutige Vormittag ein Beweis, eine Herrschaft arroganter Dürftigkeit errichtet wird!

(Beifall bei der NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Senat in seiner Dokumentation dazu meint, die verschiedensten erarbeiteten Papiere seien ein wesentliches Merkmal des transparenten „Bremer Modells" und die Universitätsgremien hätten die Pflicht, gesellschaftskritische Denkmodelle zu entwickeln, so ist das wiederum eine durch nichts zu rechtfertigende Verniedlichung. Denn, meine Damen und Herren, wir können doch hier in Bremen nicht so tun, als säßen wir hier isoliert auf einer Insel und bemerkten nichts von den hochschulpolitischen Entwicklungen um uns herum und in der Bundesrepublik. Wir wissen doch sehr wohl, daß bestimmte Sprecher Roter Zellen ihren kommunistischen Schliff in einem Institut der Universität Leipzig erhalten, ehe sie hier in der Bundesrepublik tätig werden.

Wenn die Planungskommission Lehrerbildung ein Papier zur Didaktik der Eingangsphase der integrierten Lehrerausbildung erstellt, das nun hier auch heute verniedlicht worden ist, weil es zurückgezogen worden ist, das geradezu lupenrein auf dem historischen und dialektischen Materialismus aufbaut, das aufbaut auf der Lehre vom objektiven Sein und der Erkenntnistheorie, auf der Lehre der Basis und des gesellschaftlichen Überbaus, meine Damen und Herren, dann lassen wir uns doch hier weder vom Gründungssenat noch vom politischen Senat für dumm verkaufen. Unverbindliche Papiere sollen das sein, drei Monate vor Beginn des Studiums, und sonst liegt nichts vor?

Nein, meine Damen und Herren, so kann man die Dinge hier nicht darstellen! Sieht der Senat

nicht oder will er nicht sehen? Zum Beispiel die beweisbaren Folgen solcher Planungen, die ja in der hochschulpolitischen Landschaft sichtbar sind, wie in Berlin, natürlich auch unter einem SPD/FDP-Senat? Das Wintersemester an der Pädagogischen Hochschule Berlin schloß 1971 mit einer „Roten Woche", mit einer Machtdemonstration der Linken. Am 1. Februar 1971, morgens um sieben, begann eine bis ins einzelne vorbereitete Besetzung der Pädagogischen Hochschule durch kommunistische Gruppen. Auf dem Dach der PH Berlin wehten rote Fahnen mit Hammer und Sichel, an den Eingängen wurden die von der Roten Zelle PH ausgestellten und von dem Rote-Zellen-Funktionär Czerlinski unterzeichneten Passierscheine kontrolliert, ohne die kein Student oder Dozent, nicht einmal der Rektor, das Gebäude betreten durfte. Der Passierscheinkontrolleur ist übrigens ein studentischer Vertreter im Akademischen Senat der PH Berlin!

Obwohl am 5. Februar der Personalrat der Pädagogischen Hochschule schärfstens dagegen protestierte, daß auf der PH rote Fahnen mit Hammer und Sichel wehen und feststellte, daß sich die Dienstkräfte — wohlgemerkt die Dienstkräfte — der PH ausschließlich einem Staat mit demokratischer Verfassung verpflichtet fühlen, geschah nichts. Bezeichnend ist, daß gegen dieses rote akademische Theater nicht Lehrkräfte, sondern das Dienstpersonal protestierten. An jener vorzüglichen PH, die uns den ebenso vorzüglichen Professor Gottschalch beschert, zur großen Freude übrigens offensichtlich des Berliner Bildungssenators, der froh ist, daß er ihn in Berlin los wird.

(Abg. John [FDP]: Sie müssen lesen, was dazu im „Tagesspiegel" steht!)

Was uns in Bremen bevorsteht, meine Damen und Herren, wenn wir diese Dinge so weiterlaufen lassen, ergibt sich eben aus diesen Beispielen. Die Kommunisten haben doch dort, wie überall, die Bedeutung der Lehrerausbildung frühzeitig erkannt und danach gehandelt. An keiner Hochschule konnten sie ihre Positionen so festigen wie zum Beispiel in Berlin an der Pädagogischen Hochschule. Und, meine Damen und Herren, es hieße nun Eulen nach Athen tragen, auf die verschiedensten Verlautbarungen der Roten Zellen PH, ob in Berlin oder in Heidelberg oder anderswo, einzugehen, die ganz klar erklären, daß ihre Hauptaufgabe an der Universität die Ausbildung künftiger Lehrer ist — so heißt es in einer Verlautbarung der Roten Zelle Germanistik Heidelberg —, es gilt, Studenten und Lehrer zu Sozialisten zu erziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gäbe es nun irgendein vereinzeltes Papier zur Lehrerbildung in Bremen, wie das vorhin hier angesprochene, und wäre dies ein Ausnahmefall, dann brauchte man sich in der Tat nicht sonderlich zu erregen. Aber diese Grundeinstellung, die hier deutlich wird, zieht sich doch im Grunde genommen wie ein roter Faden durch alle Planungen in Bremen, durch alle Planungen der verschiedensten Disziplinen.

(Abg. Heiber [SPD]: Leg doch mal eine andere Platte auf!)

Es geht grundsätzlich um die Heranbildung eines genügend breiten akademisch ausgebildeten Nachwuchses für das wissenschaftlich-technische Zeitalter in der Bundesrepublik, in dem wir jetzt stehen. Diese Aufgabe wird die Bremer Universität nach unserer Überzeugung nicht erledigen können.

An sich müßte es doch insbesondere für Naturwissenschaftler einen hohen Reiz bedeuten, an diese Universität zu kommen, die neu errichtet wird und die damit vermutlich mit all jenen Hilfsmitteln der Lehre und Forschung ausgestattet wird, an denen es an anderen deutschen Universitäten nur zu oft fehlt. Gerade aber, meine ich, auf diesem Gebiet ist der Drang nach Bremen ausgesprochen mäßig. Mehr noch — wie wir jetzt wissen —, diejenigen, die sich in dem Glauben nach Bremen beworben haben, hier an einer normalen Universität zu unterrichten, ziehen sich inzwischen zurück. Ein Mathematiker muß natürlich verwirrt werden, wenn er erfährt, daß auch in Bremen die Mathematik nach den Prinzipien sogenannter gesellschaftlicher Relevanz betrieben werden soll. Stattdessen haben wir aber hier ein ausgemachtes Überangebot auf dem Sektor Ästhetik und Kommunikation. Darunter, meine Damen und Herren, kann man nun in der Tat sehr vieles verstehen, und wer wollte seine Laufbahn als Akademiker nicht als Ästhet und in enger Kommunikation mit den sogenannten gesellschaftlich relevanten Gruppen beginnen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Lesen des gestern in den „Bremer Nachrichten" erschienenen Beitrags von Professor Barner ist gegenüber den zwar ideologisch eindeutigen, aber intellektuell dürftigen Erzeugnissen der Bremer Universitätsplaner ein wahrer Genuß: Eine wissenschaftlich fundierte und klare Stellungnahme, die zu dem zwingenden und logischen Schluß kommt, daß die von den Universitäten vertretene Meinung einer kapitalistischen Gesellschaft und die Grundlagenforschung der Systemstabilisierung und damit dem Klassenfeind dient. Und weiter kommt Barner zu dem Schluß, die Universität Bremen habe dagegen die Aufgabe, die revolutionäre Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung dadurch vorzubereiten, daß sie den Studenten und damit der zukünftigen gesellschaftlichen Elite das richtige, und das heißt das marxistisch-leninistische Bewußtsein vermittelt.

An einer anderen Stelle weist Professor Barner mit Recht darauf hin, daß alle Bremer Papiere zum Projektstudium ein völliges Desinteresse an jeder Art von Grundlagenforschung aufzeigen. Und damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir bei dem Zauberwort des fächerübergreifenden Projektstudiums. Es wird in Bremen bestimmt, daß Forschungsprojekte von einem gesellschaftlich wichti-

gen Problem auszugehen haben. Als gesellschaftlich wichtig wird alles verstanden, was mit den Widersprüchen, Spannungen und Interessengegensätzen innerhalb unserer Gesellschaft zu tun hat. Das heißt, durch das Gegenüber von Herrschenden und Beherrschten, Armen und Reichen, Kapital und Arbeit, das heißt auf gut Deutsch: durch Klassenkampf!

(Abg. John [FDP]: Herr und Knecht!)

Die eindeutige Bindung von Forschungsprojekten an eines dieser sogenannten gesellschaftlich relevanten Probleme ist eine typische materialistische Forderung, die allerdings nicht etwa den Reiz der Neuheit für sich in Anspruch nehmen könnte. In vergangenen Jahrhunderten haben Regierungen sehr oft die Wissenschaftler zwingen wollen, lediglich Forschungen zu betreiben, bei denen ein bestimmter Nutzen gesellschaftlicher oder anderer Art erkennbar war. Gegen solchen Zwang wehrt sich zu Recht jede moderne Wissenschaft, weil durch einen solchen Zwang die Grundlagenforschung gehemmt oder unmöglich gemacht wird. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß gerade aus den Erkenntnissen der Grundlagenforschung später erheblicher Nutzen resultieren kann. Und daraus resultiert auch die Erkenntnis, daß es kurzsichtig und ausgemacht unklug ist, allzu sehr Nützlichkeitsüberlegungen bei der Forschung ins Spiel zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dadurch wird wohl oder übel die Bremer Universität eine Weltanschauungsuniversität, eine auf Gesellschaftsveränderung getrimmte Konkordatsuniversität, wie Professor Hennis jüngst unmißverständlich feststellte. Auf Professor Hennis würde ich mich nicht berufen, wenn ich nicht wüßte, daß er ein engagierter Gegner der NPD ist. Kein Wunder, so schrieb Hennis am 18. 6. 1971, daß daher der Kerntrupp der gescheiterten Berliner Kritischen Universität nahezu geschlossen nach Bremen in Marsch gesetzt wird. Was in Berlin angeblich an der Schmutzkonkurrenz der Establishmentuniversität scheiterte, soll nun in Bremen frei von Konkurrenz mit staatlichem Privileg erneut versucht werden. Dieser Äußerung Professor Hennis' braucht man im Grunde genommen nichts hinzuzufügen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gestehe gern, daß mir bei der Konzipierung dieser Rede des öfteren der Gedanke an die Sinnlosigkeit dieses Tuns gekommen ist, denn es ist in der Tat kein Vergnügen, nunmehr in einer dreizehnten Debatte mit seinen begründeten und beweisbaren Besorgnissen in allen Bildungs- und Universitätsdebatten das Gefühl zu haben, gegen eine rote Mauer des Unverstands zu argumentieren.

(Beifall bei der NPD)

Zwar verstärkt sich die Kritik an der Universität Bremen von allen Seiten, aber Senat und SPD negieren es und haben es auch heute verniedlicht. Zwar ziehen sich Fachwissenschaftler zurück, aber auch dieses wird bagatellisiert. Zwar ist das Länderabkommen inzwischen gescheitert, aber es wird auf reaktionäres Treiben zurückgeführt.

Angesichts dessen möchten wir nochmals in aller Eindeutigkeit feststellen: Es besteht für uns nicht der geringste Zweifel, daß in Bremen unter unseren Augen nicht etwa eine gesellschaftskritische, sondern eine Universität mit komunistischen Grundzügen entsteht. Während in diesen Tagen in München oder Berlin sich der Terror breit macht, während sich die ersten kommunistisch geführten Allgemeinen Studentenausschüsse, wie etwa in Bonn, etablieren, hat sich die Regierung in Bonn offensichtlich zum Zusehen entschlossen. Der Senat in Bremen verschließt die Augen vor der aufkommenden Gefahr. Eine Demokratie geht aber mit Sicherheit dann zugrunde, wenn sie auch gegenüber jenen Gruppen, die ganz offensichtlich den Sturz der Demokratie betreiben — und das tun doch wohl diejenigen, die sich dem kommunistischen Handeln verschrieben haben —, wenn sie sogar denen gegenüber Toleranz übt.

Das besagt, daß auch eine kleine Minderheit, wenn sie gut dirigiert und geführt ist, einen Staat durchaus in seinen Grundfesten erschüttern kann. Der eigentliche Machtwechsel vollzieht sich dann so geräuschlos, daß der biedere Bürger eines morgens erschreckt aufwacht und vor einer neuen Diktatur steht. Angesichts der Entwicklung der Universität Bremen drängt sich diese Sorge auf, der wir hiermit Ausdruck geben. Der politische Senat in Bremen kann und soll aus dieser seiner Verantwortung nicht entlassen werden. Die Bürger dieses Landes aber sind aufgerufen, eine politische Änderung der Dinge herbeizuführen.

(Beifall bei NPD und CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, Senatssitzungen nachzuvollziehen, aber das, was der Kollege Dr. Graf hier sagte, kann nicht unwidersprochen bleiben, einfach deshalb, weil ganz eindeutig festgestellt worden ist, und zwar von Bürgermeister Koschnick in der von ihm zitierten Sitzung, daß der Koalitionsfall nur bei Übereinstimmung in beiden Fällen eintreten sollte. Danach ist auch gehandelt worden. Wenn ich mich nicht sehr irre, hat Bürgermeister Koschnick auch noch mit dem Kollegen Speckmann konferiert. Aber das kann ich jetzt nur mitteilen aus dem Gedächtnis, und nicht etwa aus der eigenen Kenntnis. Aber das muß einmal klargestellt werden, Herr Kollege Dr. Graf, und dann müssen Sie das ganze Protokoll zitieren, denn es ist doch gerade in Gesprächen zwischen Ihnen und Herrn Bürgermeister Koschnick klargeworden, daß er deutlich gemacht hat, daß Sie sich äußern möchten, wenn der Koalitionsfall eingetreten ist, und das ist nicht geschehen. Das ist eben später geschehen, und nicht in dem Augenblick.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Graf zu beantworten?

Senator Thape: Ja, ich bin bereit!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Graf!

Abg. **Dr. Graf** (FDP): Ich habe folgende Frage: Wollen Sie, Herr Senator, damit die Existenz dieses nicht in die Dokumentation aufgenommenen Protokolls vom 18. Mai leugnen?

Senator Thape: Nein! Es sind nur Teile, aber es ist nicht alles verlesen worden von Ihnen, Herr Kollege Dr. Graf.

(Abg. John [FDP]: Das ganze Protokoll vorlesen!)

Aus dem Protokoll geht meines Erachtens — ich habe es jetzt nicht hier, ich kann es nicht zitieren —

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP] überreicht das Protokoll)

sehr deutlich hervor, daß Bürgermeister Koschnick diese Frage gestellt hat: Ist das der Koalitionsfall? Und da ist nicht geantwortet worden, obwohl ich jetzt, ehrlich gesagt, gar nicht weiß, was das Ganze mit der Lehrerbildung an der Universität zu tun hat, über die wir ja an sich heute diskutieren.

(Abg. Dr. Graf [FDP]: Es ist eine gute Seite lang, Sie können es vorlesen!)

Ja, aber trotzdem, ich muß es mir erst einmal anschauen.

(Zurufe von FDP und CDU)

Nein, nein, so einfach ist es ja nicht! Ich muß ja die ganzen Protokolle sehen aller Sitzungen, die sich damit befaßt haben. Wir haben dieses Thema nicht nur in einer Sitzung behandelt. So einfach ist das nicht!

(Abg. Fischer [CDU]: Das kann ich mir denken!)

Und noch ein Satz zu Herrn Vorsatz!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten John zu beantworten?

Senator Thape: Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Sind Sie bereit, Herr Senator, zuzugestehen, daß am 17. Mai dieses Jahres, nachdem wir dreieinhalb Stunden lang — von jeder damaligen Koalitionsfraktion waren drei Abgeordnete dabei, unter den Senatoren war auch Frau Bürgermeister Mevissen zugegen — zusammensaßen, Sie etwa eine Viertelstunde nach Schluß der Sitzung, die Sie schon vorher verlassen hatten, in einer Sitzung des Landesvorstandes der SPD von Herrn Senator Dr. Graf angerufen und darauf hingewiesen wurden, daß Herr Senator Dr. Graf die Koalitionsfrage stellen würde unter den Prämissen, die vorhin genannt wurden?

(Abg. Kahrs [SPD]: Das ist was anderes!)

Senator Thape: Ich habe die Sitzung nicht vorzeitig verlassen, sondern wir haben sie allgemein verlassen, weil die Sache zu Ende war, und ich habe festgestellt durch den Anruf, daß es sich um ein Mißverständnis handelte bei der FDP. Ich habe aber gleichzeitig festgestellt, daß alle Mitglieder der SPD, Senatoren wie auch Abgeordnete, der Auffassung waren, der Fall sei klar. Und wir mußten zu der Überzeugung kommen, daß Sie sich hinterher erst überlegt haben, was die ganze Aktion zu bedeuten hat.

(Abg. John [FDP]: Da können Sie doch nicht behaupten, Sie wußten nicht Bescheid!)

Aber das ist doch Vergangenheit. Ich gehe nur darauf ein, weil es nicht unwidersprochen bleiben kann. Aber ich halte es für völlig witzlos, hinterher noch festzustellen, was an der einen oder anderen Stelle gewesen ist. Aber dieser eine Punkt in bezug auf die Darstellung der Koalitionskrise im einen oder im anderen Fall, meine ich, daß der aus dem Senatsprotokoll eindeutig hervorgeht. Aber ich muß mir die Protokolle selber ansehen, um mir die betreffenden Stellen herauszusuchen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Thape, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Senator Thape: Bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, stimmen Sie mir zu, daß die vom Senat vorgelegte Dokumentation auch deshalb einseitig ist, weil sie die Kritik der CDU-Opposition und die Gründe, die die CDU-Opposition für ihre Kritik angegeben hat, mit keinem Wort erwähnt, obgleich die Dokumentation auch zur Meinungsbildung von CDU- und CSU-Ministerpräsidenten dienen soll?

Senator Thape: Nein, der Meinung bin ich nicht, weil es sich um eine Regierungsvorlage handelt, und da konnten Dinge, die aus dem Parlament oder dem parteipolitischen Raum herauskommen, nicht aufgenommen werden.

Ich bin allerdings auch nicht der Meinung, daß diese Dokumentation einseitig ist, weil eine Fülle von Dokumenten, aus denen auch Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche hervorgehen, mit aufgenommen worden ist. Ich halte sie durchaus für ausgewogen, weil sie auch kritische Momente und kritische Aussagen gegen die Universität enthält.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Thape, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Graf zu beantworten?

Senator Thape: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Graf!

Abg. **Dr. Graf** (FDP): Herr Senator Thape, sind Sie nicht der Meinung, daß der 18. hinter dem 17. liegt, und daher die letzte Erklärung von seiten der FDP vor dem Überstimmen am 19. Mai stammt?

Senator Thape: Nein, das würde ich nicht sagen!

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Daß die Tage hintereinanderliegen, weiß ich, aber nicht vom Ergebnis der Diskussion her. Es hat sich jeden Tag eine neue Situation ergeben, Herr Kollege Dr. Graf. Wir wollen doch nicht so tun, als sei von Anfang an die Front schon glasklar abgesteckt gewesen. Das stimmt doch einfach nicht!

Es gibt sogar Leute, die meinen, daß sich erst in Ihrer Pressekonferenz eine Eskalation ergeben hat, aus der Sie nachher selbst nicht mehr herauskonnten, so daß eine Situation entstanden ist, die Sie ursprünglich gar nicht wollten!

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen doch keine Geschichtsklitterung betreiben.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das ist in der Fraktion diskutiert worden! — Zurufe von der FDP — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich würde Sie bitten, Herrn Senator Thape zu ermöglichen, seine Ausführungen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, Zwischenfragen zu stellen, Sie haben die Möglichkeit, selbst zum Rednerpodium zu kommen! Bitte, unterbrechen Sie nicht, Sie haben eine Frage gestellt und einen Anspruch darauf, eine Antwort zu bekommen. Geben Sie nun Herrn Senator Thape die Möglichkeit, seine Antwort in Ruhe zu geben!

Senator Thape: Herr Präsident, das ist natürlich ein Thema, worauf die FDP sehr empfindlich reagiert, weil sie eben selber noch nachvollziehen muß, wie das eigentlich alles gekommen ist. Aber ich wollte hier nur festhalten, daß es zumindest auch eine Auffassung gibt,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Alles dokumentiert!)

die dagegensteht. Und ich könnte mir denken, daß Bürgermeister Koschnick etwas stärker in diesen Verhandlungen gewesen ist und Einzelheiten noch etwas besser darstellen kann. Ich wollte nur verhindern, daß Ihre Aussage, Herr Kollege Dr. Graf, völlig unwidersprochen im Protokoll bleibt. Das ist meine Verpflichtung, die ich hier erfüllen mußte.

Nun zu Herrn Vorsatz! Da ergibt sich doch eine etwas merkwürdige Parallele zur Diskussion, die man manchmal mit Vertretern der sogenannten APO zu führen hat. Immer dann, wenn sie eine Antwort bekommt, die ihr nicht gefällt, dann behauptet sie, man habe auf ihre Frage nicht geantwortet. Das gleiche machen Sie auch. Ihre Fragen sind in der Vergangenheit beantwortet worden, sie sind sogar heute beantwortet worden, bevor Sie sie überhaupt gestellt haben, zum Teil durch Bürgermeister Koschnick, der gerade auf die Frage in bezug auf Wiethölter und die Minderheit eine eindeutige Aussage gemacht hat.

Ich darf noch einmal feststellen — auch vorhin habe ich schon darauf hingewiesen —, daß maßgebend für uns Beschlüsse der Universität sind, und nicht etwa Diskussionsbeiträge, die sehr vielfältig und kontrovers sind, und Diskussionsbeiträge, die wir uns durchaus nicht im einzelnen zu eigen machen.

Punkt zwei: Die Erklärung, daß eine Minderheit für diese Universität zunächst in Frage kommt, bezieht sich natürlich darauf, daß sich zunächst nur eine Minderheit den Mühen einer Universitätsreform unterziehen wird. Das ist die Praxis, die sich aus der ganzen universitären Diskussion der letzten zweieinhalb bis drei Jahre ergeben hat. Man sollte nicht an den Worten herumklauben, sondern sollte dann auch die volle Diskussion in seine eigene Betrachtung mit einbeziehen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Koschnick.

(Abg. John [FDP]: Jetzt kommt die Feuerwehr!)

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein früherer Senatskollege hat aus Senatsprotokollen zitiert. Das ist eine Frage, die den Gesamtsenat angeht, doch auf die Stellungnahme muß ich wohl antworten!

(Abg. John [FDP]: Das war der Zwischenruf eines Abgeordneten!)

Ich meine nur, Sie werden verstehen, daß ich darauf gern antworte.

Kollege Dr. Graf hat aus einem Senatsprotokoll zitiert vom 18. Mai. Ich mache darauf aufmerksam, daß am 18. Mai keine Entscheidung getroffen worden ist, sondern daß wir am 19. Mai die Beratungen fortgesetzt haben.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das hat er gar nicht gesagt!)

Ich trage jetzt aus meiner Sicht vor. Am 19. Mai sind im Senat die Entscheidungen gefallen! Am 19. Mai ist die Entscheidung für Herrn Gottschalch gefallen.

Und wenn wir wörtlich zitieren — ich habe ein Wortprotokoll hier —, dann darf ich sagen, daß dort zum Fall Gottschalch von mir folgendes konkret gesagt worden ist:

„Ist der Senat bereit, heute über Gottschalch zu entscheiden? Ich darf Ihnen, ja, ich muß Ihnen sogar sagen aus meiner Position, ich kann ein erneutes Aussetzen im Falle Gottschalch für mich nicht mehr mitmachen. Ich beantrage die Abstimmung. Es kann sich als Ergebnis der Abstimmung erweisen, daß ein solcher Spannungsbereich hier im Kollegium ist, daß unter Umständen ein solcher Beschluß nicht vollzogen werden kann. Nur, das ist eine Konsequenz, die dann hinterher erklärt werden muß."

Hintergrund ist folgendes. Ich will jetzt den Hintergrund sagen: Montag, Dienstag, Mittwoch gab es Gespräche, einmal in größerem, dann in kleinerem Rahmen. Die Kollegen der FDP haben auch ausdrücklich auf meinen Wunsch, den ich am Freitag vor dieser entscheidenden Woche im Bonner Haus an sie herangetragen habe, erklärt, wo die Grenze ihrer Entscheidungs- und Zustimmungsmöglichkeit besteht. Ich habe sie damals in Bonn gebeten, da wir am folgenden Montag mit den fachkundigen Abgeordneten beider Fraktionen zusammen waren, auch gegenüber den Abgeordneten deutlich zu machen, wo die Möglichkeit eines Kompromisses für sie besteht, und wo sie keine sehen, es sehr deutlich zu sagen. Dazu bekenne ich mich, daß ich sie darum gebeten habe, weil ich einfach meine, es kann nicht so im Gespräch zwischen Koalitionspartnern sein, daß immer nur der Präsident des Senats Interpret anderer Meinungen ist. Und darum habe ich um ihre eindeutige Stellungnahme nachgesucht.

Am Montag abend gingen die Partner auseinander und waren der Meinung, alles ist ausgesprochen, man könne eine Entscheidung treffen, um dann allerdings sehr schnell festzustellen, daß das ein Irrtum war

(Abg. John [FDP]: Und dann wurde telefoniert!)

— jawohl! —, nachdem der Kollege Graf bei mir und meinem Kollegen Thape anrief. Wir haben deswegen am nächsten Dienstag die Dinge erst im Senat erörtert und haben die Entscheidung ausgesetzt und dann am Mittwoch weiterberaten. Es tagte übrigens am Dienstag die Bürgerschaft.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Am Mittwoch war Bürgerschaft!)

Nein, am Dienstag war Bürgerschaft, ausnahmsweise Dienstag. Es wurde leider für mich ein solches Problem, weil hier im Hause an diesem Dienstag ein Teil der Verärgerung entstanden war. Dienstag war Bürgerschaft!

(Abg. Dr. Graf [FDP]: Das stimmt!)

Das stimmt! Wir streiten ja gar nicht! Dienstag war Bürgerschaft! Akzeptieren Sie das eben einmal!

Am Mittwoch haben wir dann abschließend im Senat gesprochen. Auf die ganz konkrete Frage, wo der Koalitionsfall ist, ist mir gesagt worden, wir können uns in beiden Fällen nicht überstimmen lassen, höchstens in einem Falle!

(Abg. Dr. Graf [FDP]: Wann ist das gesagt worden?)

Am Mitwoch! Verzeihen Sie, Herr Kollege Dr. Graf! Sprechen Sie mit Ihrem Kollegen Speckmann!

(Abg. Dr. Graf [FDP]: Das habe ich getan!)

Gut! Dann muß ich Ihnen sagen, so ist das gewesen! Ich habe dann gesagt, weil ich sah, welche Spannungen da waren, Herr Kollege Dr. Borttscheller war derjenige, der in allen Sitzungen — am besagten Mittwoch war er allerdings nicht zugegen, da haben wir die Stimme aber mitgezählt — sich am stärksten gegen Herrn Gottschalch gewandt hat, wenn wir jetzt abstimmen, und Sie sagen, es ist der Koalitionsfall, das steht im Protokoll, dann vollziehen wir nicht, denn wir hatten kein Interesse, an Professor Gottschalch die Koalition platzen zu lassen! Ich wiederhole noch einmal: Es kann sich als Ergebnis der Abstimmung erweisen, daß hier im Kollegium ein solcher Spannungsbereich ist, daß unter Umständen ein solcher Beschluß nicht vollzogen werden kann.

Das kann ja nicht bestritten werden, das Protokoll ist ja von allen genehmigt worden, auch von den Kollegen der FDP. Wenn Sie jetzt also sagen, die Dokumentation ist unrichtig, dann erwidere ich, die Senatskanzlei ist davon ausgegangen, und zwar mit meiner vollen Billigung

(Abg. John [FDP]: Lückenhaft!)

— oder lückenhaft, schön! —, daß wir hier den Senatsbeschluß wiedergeben können. Wir haben doch in keinem Fall, Herr Abgeordneter John, in Dokumentationen Senatsprotokolle verwandt. Wir haben einen Beschluß, und zwar den entscheidenden Beschluß, zitiert und sonst nichts. Ich glaube auch nicht, daß es gut ist, daß wir uns gegenseitig Senatsprotokolle aufrechnen.

(Abg. John [FDP]: Sie wollten mit der Dokumentation etwas erreichen! Das ist es doch!)

Verzeihen Sie, Sie können doch nicht sagen, daß das falsch ist, was wir hier mitgeteilt haben.

(Abg. John [FDP]: Lückenhaft!)

Herr John, Sie waren ja lange genug im Senat, um das beurteilen zu können! Ich muß Ihnen hier konkret sagen, diese Dokumentation ist sachlich in Ordnung!

(Zurufe von FDP und CDU)

Das ist meine Meinung, Sie haben eine andere Meinung, das ist logisch. Ich erkläre noch einmal,

ich werde in Dokumentationen Senatsprotokolle nicht verwenden.

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Haben Sie doch!)

Nein, einen Beschluß! Nur der Beschluß ist veröffentlicht worden, sonst gar nichts, Herr Kollege Dr. Borttscheller! Und wir haben im Senat, gemeinsam ein Prinzip gehabt, Senatsprotokolle nicht in der Öffentlichkeit zu gebrauchen!

(Zurufe von der SPD! Sehr richtig! — Beifall bei der SPD)

Beschlüsse allerdings, Senatsprotokolle aber nie!

(Abg. Reichelt [SPD]: Nach dem Senatsgesetz!)

Nein, das ist nicht die Frage! Die Freiheit des Senats, durch Beschlüsse Dinge freizugeben, ist immer gegeben. Es war eine alte Grundregel des Senats, die Protokolle in der Öffentlichkeit nicht zu gebrauchen.

Nun muß ich drei Bemerkungen machen, und ich sage es noch einmal, meine persönliche Auffassung zu diesen Spannungen ist, hätte ich auch nur annähernd — jetzt spreche ich als Person — erkennen können, daß diese Entscheidung solche Konsequenzen bewirken würde, ich wäre nicht in die Presse marschiert und hätte erklärt, das haben wir — Gott sei Dank — hinter uns. Dabei habe ich die Haltung der Freien Demokraten vertreten und verteidigt. Ich habe diese Entwicklung nicht gesehen. Und meine Kollegen im Senat haben Sie auch nicht gesehen. Das mag meinetwegen Blindheit gewesen sein, das mag jeder einzelne für sich entscheiden, doch haben wir diese Entwicklung nicht kommen sehen. Und ich möchte hinterher auch nichts anderes hineingeheimnissen.

(Abg. Koschek [CDU]: Herr Senator Schulz hat aber anders gestimmt! — Abg. John [FDP]: Natürlich hat er sich der Stimme enthalten!)

Ja, das ist gesagt worden, das ist auch in der Öffentlichkeit gesagt worden, aber aus anderen Gesichtspunkten als die Kollegen von der FDP, auch das ist zweifelsfrei.

(Abg. John [FDP]: Wir kommen gleich zu Gottschalch!)

Ich diskutiere mit Ihnen nicht über Gottschalch! Ich diskutiere über ein Problem meiner Kollegen im Kollegium des Senats, und darüber spreche ich! Ihr Recht, über andere zu sprechen, räume ich Ihnen ein, das kann und will ich ja gar nicht beschneiden. Ich spreche über die Position, die ich hier zu vertreten habe! Ich darf noch einmal sagen: Wir haben diese Trennungstendenz nicht erkannt. Und ich war buchstäblich bestürzt, als ich mittags die Reaktion aus der FDP-Fraktion hörte.

Ich möchte mich hier vor diesem Hohen Hause nicht weiter über diese Tage ausbreiten und über Dinge, die sich in diesen Tagen entwickelt haben. Ich meine auch, daß es zu einem ganz wichtigen Bereich gemeinsamer Zusammenarbeit gehört, über Gespräche, die persönlich geführt werden, nicht in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Jeder von hier aus unserem Kreis muß das Recht haben, mit mir einmal über bestimmte Sorgen zu sprechen und zu wissen, daß der Bürgermeister darüber schweigen kann, wie ich umgekehrt ja auch andererseits nicht enttäuscht worden bin, wenn ich mit Ihnen einige Sorgen unter vier Augen, unter acht Augen, unter zehn Augen besprochen habe. Das, meine ich, gehört einfach zu unserem Amt.

(Beifall bei der SPD)

Und über diesen Bereich möchte ich deshalb nicht weiter sprechen!

(Abg. Fischer [CDU]: meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Eine Sekunde, gleich!

Nur eines möchte ich auch sagen: Wenn die Frage aufgeworfen wird: Haben wir gewarnt, wir Freien Demokraten, in den verschiedensten Phasen, dann würde ich ja sagen. Das habe ich in der Presse auch gesagt. Ich darf nur noch einmal sagen, das habe ich erklärt. Das war der 18. August 1970, wo wir im Senat einen Beschluß gefaßt haben, die Senatskommission für Universitätsfragen paritätisch zu besetzen. Das war ein Ergebnis eines ganz ernsthaften Vorstoßes des Landesausschusses der FDP, der nach der Berufung von Herrn Dr. von der Vring sagte: Wir haben Sorgen über die Entwicklung, wir möchten einen wesentlich stärkeren Einfluß haben. Das war kein formales Koalitionsgespräch. Es wurde, weil es um eine Senatszuständigkeit ging, als ein Senatsbeschluß deklariert. Aber wir haben damals einen solchen Beschluß gefaßt und haben auch die gemeinsamen Regeln für die Zusammenarbeit getroffen.

Dieser Beschluß hatte einige Prämissen, und diese Prämissen sind nicht von uns in Frage gestellt worden. Sie sind hier vor geraumer Zeit in der Bürgerschaft einseitig durch einen Antrag der FDP in Frage gestellt worden. Und dennoch, auch darüber werde ich jedenfalls nicht mehr rechten. Denn ich meine, wir werden kein Stück weiterkommen, wenn wir nach der Entwicklung der Vergangenheit immer wieder fragen, sondern wir müssen heute fragen, was müssen wir heute oder morgen für die Universität tun.

Ich bekomme eben einen Hinweis von Herrn Kählitz: Am 19. Mai haben wir über Schneider nicht entschieden, wir haben am 19. Mai nur über Gottschalch entschieden. Und an diesem 19. Mai ist ein Mißverständnis eingetreten, was ich Herrn Kollegen Dr. Graf hinterher bescheinigt habe. Die Besorgnis nämlich, daß eventuell zuerst über Gottschalch und am nächsten Dienstag oder 14 Tage

später über Schneider entschieden und die FDP wieder überstimmt wird. Diese Besorgnis habe ich aus den Gesprächen hinterher feststellen können. Das war nicht meine Absicht und auch nicht die der SPD-Senatoren. Ich habe vielmehr vorher verbindlich erklärt gehabt: Wir werden Sie nicht in beiden Fällen überstimmen. Aber ein solcher Eindruck konnte möglicherweise entstanden sein, und über Eindrücke kann man nicht mehr rechten. Das sind individuelle Entscheidungsprozesse bei jedem einzelnen.

(Glocke)

Herr Fischer, dann Herr Dr. Graf!

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, Zwischenfragen zu beantworten? Das Wort erteilt der Präsident der Bürgerschaft, und nicht der Präsident des Senats.

Bitte, Herr Fischer!

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Bürgermeister, teilen Sie die Ansicht, daß die Senatoren der FDP ihre Entscheidung in dem Fall Gottschalch und Schneider deswegen getroffen haben, weil sie ernste Befürchtungen hinsichtlich der Personalpolitik der Universität hatten und der dadurch einer freiheitlichen Entwicklung der Universität drohenden Gefahr?

Bürgermeister Koschnick: Diese Formulierung würde ich so nicht akzeptieren, weil ich ja nicht die letzten Motive der FDP kenne. Ich kann Ihnen hier nur sagen, daß die Freien Demokraten aus ernsthafter Sorge wegen der Entscheidungen gehandelt haben. Das unterstelle ich ihnen, denn sonst geht man nicht aus einem 24-jährigen Regierungsbündnis heraus. Alle weiteren Motive müßten Sie mit den Freien Demokraten klären, und nicht mit dem Präsidenten des Senats, der von der anderen Coleur ist.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Fischer, wünschen Sie eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte!

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Bürgermeister, haben Sie und die im Senat verbliebenen Herren Senatoren die Entscheidung der FDP-Senatoren zum Anlaß genommen, sich selber Gedanken über etwaige Gefahren, die diese Entwicklung an der Universität mit sich bringt, zu machen?

Bürgermeister Koschnick: Sie können ruhig unterstellen, daß wir, seit wir uns über die Gründung der Universität unterhalten, uns regelmäßig Gedanken machen. Zweitens, daß wir natürliche Besorgnisse haben,

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Thomas freut sich!)

daß wir Besorgnisse haben über die Entwicklung an den Universitäten. Ich möchte aber noch einmal deutlich machen, daß wir die deutsche Universitätsmisere nicht auf die Universität Bremen allein übertragen können. Hier stehen wir vor einer ganz großen Frage, daß wir Entwicklungsströme sehen, die, wenn wir in Deutschland rechtzeitiger reformiert hätten, heute nicht vorhanden wären.

(Beifall bei der SPD)

Und ich bestreite gar nicht, daß ich auch in dem einen oder anderen bremischen Bereich erhebliche Besorgnisse habe, sonst hätte ich ja einen Teil der Beschlüsse im Senat nicht mit gefaßt, und ich hätte mich auch nicht kritisch mit der Universität auseinandergesetzt. Ich spreche von den Besorgnissen. Aber es bedeutet nicht Verdammung, und das Gefühl ist einfach hier nicht zu verdrängen, daß die einen davon sprechen, verdammt diesen Haufen, diese Universität, und die anderen sagen, wie können wir mit kritischer Distanz und meinetwegen auch mit staatlichen Machtmitteln dafür sorgen, daß die Universität demokratisch so entwickelt wird, daß sie förderlich für Bremen ist. Das letzte ist meine Position.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Hoffentlich geschieht es!)

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Graf zu beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Graf!

Abg. **Dr. Graf** (FDP): Herr Bürgermeister, erinnern Sie sich, daß am 19. Mai über Gottschalch abgestimmt wurde, über Schneider aber die Entscheidung zurückgestellt und praktisch abhängig gemacht wurde von dem Votum des Wissenschaftssenators in Berlin, so daß also praktisch aus der Entscheidungsfreiheit des Bremer Senats diese Frage ausgeschieden ist?

Bürgermeister Koschnick: Fairerweise muß ich sagen, daß ich mich erinnere, nur nicht in dieser Diktion. Ich darf Ihnen hier folgendes sagen, und zwar aus einem auch von Ihnen genehmigten Protokoll: Der Name Schneider zirkuliert seit gestern durchs Parlament, bei der Parlamentssitzung. Hier wird der Senat erst entscheiden, wenn aus dem jetzigen inneren Streit im Fachbereich Romanistik und Universität Berlin und über die Entscheidung des Berliner Kultussenators Klarheit herrscht für den Senat.

Wir sind damals davon ausgegangen, daß Ihre Informationen, die Sie uns gegeben haben, so gravierend und beweisbar sind, daß bereits der Fall Schneider durch die Universität in Berlin und durch den Kultussenator Stein so erledigt ist, daß wir darüber nicht mehr sprechen müssen. Sie haben uns am Tag vorher soviel an Informationen dargeboten, die nachgewiesen werden sollten, wo wir gesagt haben, eine einseitige Information allein genügt uns nicht. Wir sind in einigen Bereichen ja

auch Informationen aufgesessen, die wir hinterher revidiert haben, wir wollen vom Kultussenator wissen, was gespielt wird. Nur das war der Sinn. Ihre Besorgnisse, Kollege Dr. Graf, die habe ich gerade vorher dargestellt, waren jetzt, bedeutet das etwa beim nächsten Mal, und so haben Sie es gesehen, wenn eine gute Stellungnahme aus Berlin kommt, dann werden Sie mich überstimmen. Das waren Ihre Besorgnisse. Ich habe Ihnen gesagt, das war nie unsere Absicht. Wir hatten vorher erklärt, daß wir Sie in beiden Fällen nicht überstimmen werden. Nun, die Dinge sind gelaufen, lassen Sie uns über die Zukunft sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Borttscheller.

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe den Diskurs zwischen dem Präsidenten des Senats und meinem Freund Dr. Graf voll auf mich wirken lassen. Ich muß sagen, manchmal durchzog die Wortung des Präsidenten so etwas wie Wehmut und Bedauern. Es ist aber ganz einfach, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Wallungen aus dem Wege zu gehen beziehungsweise sie auszuräumen.

Wir stellen vier Bedingungen

(Zurufe und Unruhe bei der SPD)

zur Besserung der Verhältnisse an der Universität und als Beweis dessen, daß die SPD gewillt ist, das Ruder mindestens um 90 Grad herumzulegen: 1. Änderung der Zusammensetzung der Planungskommission. 2. Personelle Überholung des Gründungssenats. 3. Keine unwiderrufliche Entscheidung bei der Berufung von Hochschullehrern bis Herbst, und 4. die Änderung des Universitätserrichtungsgesetzes.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Nunmehr hat das Wort der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Haben Sie keine Sorge! Alles, was ich mir hier mit nach oben genommen habe, lese ich Ihnen nicht vor!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Aber ich weiß heute, warum man eine neue Lehrerbildung haben will! — Heiterkeit)

Fragen Sie doch mal die zuständigen Leute, Herr Kollege Böhrnsen! Ich will keine Vorlesung halten, ich möchte hier nur noch zu einigen Dingen Stellung nehmen, die meines Erachtens gesagt werden müssen.

Es ist hier wiederholt und auch in den Beiträgen von Herrn Senator Thape davon gesprochen worden, daß es in Bremen ja um eine Reformuniversität gehe, und daß man dafür alles tun müsse. Ich habe heute schon gesagt, daß man über Reformuniversität aus verschiedener Sicht — diese Erfahrung habe ich jedenfalls in den letzten anderthalb Jahren machen müssen — doch wohl sehr verschiedener Meinung ist. Die einen verstehen unter Reform die Reform in einer Gesellschaftsordnung, die bei uns gekennzeichnet ist unter anderem durch das Bestehen einer parlamentarischen Demokratie, die anderen verstehen unter Reform die „systemüberwindende Reform", womit sie praktisch das Wort Revolution kaschieren.

Lassen Sie mich hier einige Beispiele anführen: Ich habe schon vor Monaten wiederholt gesagt, daß ich das, was in bezug auf die Personalpolitik seitens des Gründungssenats gemacht wird, als „Guerillataktik" bezeichnen müßte. Ich muß sagen, wenn man hier von diesem Podium und bei anderer Gelegenheit immer wieder diese Reformuniversität beschwört, wenn man sagt, wenn dieses Reformexperiment in Bremen nicht gelingt, dann hat das Auswirkungen auf die gesamte Reformbewegung in der Bundesrepublik, dann, so meine ich, wird nämlich auch umgekehrt ein Schuh daraus.

(Abg. Franke [SPD]: Ein Holzschuh!)

Warum ist das so? Weil wir nämlich doch in der Bundesrepublik — und Bremen ist in der Tat nur ein Teil dieser Entwicklung — vor der Frage stehen, wird die Reform, so wie wir sie verstehen, von einer totalitären Richtung, wie wir es an den verschiedenen Hochschulen immer mehr heute sehen, erstickt oder nicht?

Da bin ich allerdings der Meinung, es kommt darauf an — das ist keine parteipolitische Angelegenheit, das ist eine Angelegenheit aller Demokraten —, diese Reform, die wir für erforderlich halten, miteinander für erforderlich halten, vor dieser totalitären Bedrohung zu bewahren.

Aber zu dieser Guerillataktik, die ich vorhin erwähnte, gehören ja auch die berühmten Eckprofessoren, von denen hier heute die Rede war. Ich behaupte, und ich werde versuchen, Ihnen hier dafür den Beweis anzutreten, daß wir nämlich dabei sind, durch eine geschickte Taktik neue Eckprofessoren, und zwar neuer Art, zu bekommen. Ich möchte Ihnen dazu aus einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung" vom 21. 6. „Reformer resignieren vor dem Druck von links" folgendes zitieren:

„Der stille Machtkampf um Posten und Positionen hat dazu geführt, daß an den Universitäten — —" Entschuldigung, jetzt brauche ich doch die Brille!

(Abg. Franke [SPD]: Der Mann wird alt!)

„Der zähe Machtkampf um Posten und Positionen hat meines Erachtens dazu geführt, daß in den sozial- und literaturwissenschaftlichen Fachbereichen die Tutorenschaft ausschließlich, die Assistenten zur guten Hälfte marxistisch orientiert sind, und gerade hier hat es in letzter Zeit eine wahre Stellenexplosion gegeben."

Meine Damen und Herren, das ist nicht auf Bremen bezogen, das ist eine Festestellung, die sich auf die verschiedenen Hochschulen in der Bundesrepublik bezieht. Wir werden hier — und zwar wird das auch dieses Haus beschäftigen, wenn es nämlich die Haushaltsberatungen am Ende dieses Jahres führt, und so zeichnet es sich im Haushaltsausschuß ab — nämlich vor die Frage gestellt werden, wieviel Planstellen für Tutoren für die Bremer Universität beispielsweise bereitgestellt werden. Nun ist gegen ein Tutorenprogramm, wenn es normal abläuft, nichts zu sagen, denn dieser Begriff des Tutorenprogramms stammt ja aus angelsächsischen Ländern. Wenn aber dieses Tutorenprogramm umfunktioniert wird in ideologischer Form, dann meine ich, ist größte Wachsamkeit geboten, und dieses Haus wird sich unter anderem also mit solchen Dingen zu befassen haben.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter John, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Meier entgegenzunehmen?

Abg. **John** (FDP): Ja, sehr gern, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Meier!

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Abgeordneter John, Sie haben eben den Haushaltsausschuß angesprochen. Können Sie mir folgende Frage beantworten: Hat der Haushaltsausschuß in der Vergangenheit bei der Beratung des Universitätshaushalts, und zwar jetzt sprich Personal, die gleichen Maßstäbe angewandt wie in allen anderen Bereichen?

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Meier, ich habe nicht gesagt, daß der Haushaltsausschuß bisher andere Maßstäbe angewandt hat, darüber habe ich gar nicht gesprochen. Ich habe gesagt, was vor dem Haushaltsausschuß steht bei der Beratung der neuen Haushalte, nämlich 1972/73 in bezug auf das Tutorenprogramm. Ich habe ein Beispiel herausgenommen! Das wird eine Aufgabe sein, die wir auch unter dem von mir skizzierten Gesichtspunkt beachten sollten.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter John, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Meier zu beantworten?

Abg. **John** (FDP): Ja, bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Meier!

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Abgeordneter John, darf ich dann unterstellen, daß Sie mit mir der Meinung sind, daß die Universität in der Vergangenheit — ich spreche nicht von den Fragen, die morgen kommen — gleichermaßen behandelt worden ist vom Haushaltsausschuß wie alle anderen Bereiche?

Abg. **John** (FDP): Also, Herr Kollege Meier, bei den Sitzungen, bei denen ich dabei war, hatte ich durchaus den Eindruck, daß der Haushaltsausschuß nicht bereit war, alle Forderungen der Universität zu erfüllen, genauso, wie er es bei anderen Stellen der Verwaltung auch nicht getan hat. Ich habe Ihnen das schon persönlich gesagt! Aber ich weiß gar nicht, warum Sie diese Frage hier stellen, wenn ich auf ein Problem aufmerksam mache, das in der Zukunft vor uns steht, und das hängt nämlich mit einer solchen Personalpolitik zusammen. Wenn man von einem Tutorenprogramm spricht, dann muß man wissen, was man davon zu erwarten hat unter den Gesichtspunkten, wie wir das hier erleben. Ich glaube, das darf man in diesem Zusammenhang noch sagen.

(Abg. Friedrich M e i e r [SPD]: Ich danke Ihnen!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten uns auch über folgendes hier im klaren sein: Ich habe schon in der vorigen Debatte in diesem Haus gesagt, daß es zweifellos so ist, daß das — —

(Abg. H e i b e r [SPD]: Warum wiederholen Sie sich immer?)

Ja, das tue nicht nur ich, das tun auch andere hier, das werden Sie vielleicht bemerkt haben, aber es müssen diese Dinge ja einmal besprochen werden.

Ich habe hier gesagt, daß es durchaus den Eindruck erwecken kann — und dieser Eindruck hat sich bei mir inzwischen verfestigt —, daß nämlich in Bremen eine ganze Reihe von Leuten, die sich hier beworben haben, nicht nur zufällig hier sind. Ich muß Ihnen sagen, diese sogenannten Zufälle, von denen ich gesprochen habe, haben bei mir, nachdem ich weiteres Material dazu einsehen konnte, ein sehr fatales Gefühl verstärkt. Ich denke zum Beispiel daran, daß eine Planerin beispielsweise, die auch für ein bestimmtes Papier verantwortlich ist, ihre Arbeit zur Ersten Lehrerprüfung bei dem hier vielumstrittenen Professor Gottschalch geschrieben hat, und manches andere mehr.

Es wäre sehr interessant, das Papier dieser Bewerberin mit dem zu vergleichen, was sie in ihrer wissenschaftlichen Arbeit zur Ersten Lehrerprüfung gesagt hat. Ich glaube aber, angesichts der fortgeschrittenen Zeit sollten wir darauf verzichten. Wir werden bei einer anderen Gelegenheit darauf noch zurückkommen. Ich hatte mir es eigentlich vorgenommen, um dem Kollegen Franke, der heute ja ganz konkrete Fragen stellte nach marxistischer Einstellung und so weiter, diese Dinge zu beantworten. Ich werde jetzt im Interesse der fortgeschrittenen Zeit, wie gesagt, darauf verzichten.

Aber gestatten Sie mir zum Abschluß einen Hinweis auf diesen vielumstrittenen Herrn Gottschalch. Er hat nämlich in einer Rede zur Eröffnung der Kritischen Universität im Jahr 1967 über die Funktion der Parlamente — und das geht uns hier alle an — folgendes gesagt. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„So meine ich, daß von der Verfassungswirklichkeit her gesehen die Bundesrepublik und Westber-

lin schon seit den fünfziger Jahren keine parlamentarische Demokratie mehr ist. Man kommt zwar noch auf demokratische Weise ins Amt, dann aber regieren die Autoritäten. Das Parlament ist nicht mehr Gegengewalt der Exekutive, die Parlamentsmehrheit verwandelt vielmehr die als Richtlinien der Politik vom Regierungschef verkündeten Befehle in Gesetze und bevollmächtigt schließlich die Regierung, auf dem Verordnungswege den Rechtsstaat in einen Maßnahmenstaat umzuwandeln. Faktisch sind die Parlamente zur Bedeutung von Standesämtern herabgesunken."

So geht das in langen Passagen weiter! Wenn Sie ein solches Bündel von Dokumentationen aus dem Jahr 1967 in diesen letzten Tagen lesen, so muß ich bekennen als Freier Demokrat, die Bedenken, die wir gegen Herrn Professor Gottschalch geltend gemacht haben, die Bedenken, die dann schließlich dazu geführt haben, daß diese Koalition auseinanderbrach, sind vollauf durch die Zitate, die in umfangreicher Sammlung vorliegen und die ich gern zur Verfügung stelle, abgedeckt.

Und ich darf Ihnen noch eines sagen: Ein Bürger aus Bremen — ich habe das schon in einem Brief dem Präsidenten des Senats mitgeteilt — hat mich vor kurzem auf einen Widerspruch aufmerksam gemacht, denn Herr Gottschalch hat ja hier in Bremen am 24. Mai, so war es jedenfalls in der Presse zu lesen — die Veranstaltung war wohl am 22. oder 23. —, erklärt, er habe niemals Studenten zur Gewalt, nämlich gegen die parlamentarische Demokratie aufgerufen. In einem Beitrag der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 18. April 1968 ist folgendes zu lesen, was Herr Gottschalch über den Westberliner Senat gesagt hat, ich habe es in den jetzigen Unterlagen wiedergefunden, daß er nämlich wörtlich ausgeführt hat: „Wir werden diesem Senat unsere Meinung aufzwingen oder ihn stürzen."

Es ist nicht die Angelegenheit eines Abgeordneten und auch nicht die Angelegenheit einer Fraktion dieses Hauses, in die Organisationsgewalt und in die Personalhoheit des Senats einzugreifen, der ja Herrn Gottschalch zum Beamten auf Lebenszeit hier ernennen will. Das muß er verantworten, und wie er das will, ist seine Angelegenheit.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Wird er nicht können!)

Ich kann nur sagen, ich bedaure diese Entwicklung außerordentlich. Es wäre wahrscheinlich besser und zweckmäßiger gewesen, Herr Bürgermeister, wenn wir vorher manches von dem, was wir heute wissen, gerade in diesem Personalfall, gewußt hätten. Ich weiß nicht, ob Ihnen das zum Beispiel damals schon bekannt war. Aber der Senat wird sich entscheiden müssen. Auf diese Entscheidung bin ich persönlich gespannt.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst greife ich die Bemerkung des Herrn Kollegen Meier auf bezüglich des Verhaltens der Fraktionen im Haushaltsausschuß. Das gibt mir Veranlassung zu sagen, daß diese Universitätsgründung auch noch einen anderen sehr wichtigen Aspekt hat. Nicht nur diesen erheblichen ideologischen Aspekt, sondern auch einen finanzpolitischen Aspekt, den wir noch mehr in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen stellen müssen.

In einer Zeit, wo die Deputationen den Finanzplan, den der Senat einzuhalten sich verpflichtet hat, um mehr als 1,31 Milliarden überschreiten allein für die Haushaltsjahre 1972/73, kann nicht all das in Erfüllung gehen, was die Universitätsgründer wünschen, und wir müssen sehr, sehr strenge finanzpolitische Maßstäbe anlegen, und ich hoffe, daß das im Haushaltsausschuß auch für die Zukunft möglich sein wird. In diesem Zusammenhang nur ein Beispiel. Ich will nur zum Ausdruck bringen, daß das auch noch eine erhebliche Problematik in sich birgt.

Ich habe vor einigen Wochen der „Bremer Bürgerzeitung" entnommen, daß im Zentrum Geisteswissenschaften der Universität geplant ist ein Großraum von 3 100 Quadratmetern, und daß sich dadurch die Quadratmeterkosten erhöhen. In der „Bürgerzeitung" wurde nicht angegeben, was mit diesem Raum geschehen solle. Ich bin seitdem intensiv bemüht zu erfahren, was man mit einem solchen Großraum will. Es gibt darauf keine Antwort, erst recht keine begründete Antwort. Es ist von dem Leiter des Universitätsbauamts gesagt worden, damit könnten die Projektvorstellungen der Universität erfüllt werden, und wenn das nicht möglich sei, ja, dann müsse man sich eben einen anderen Verwendungszweck einfallen lassen. Das sind also gerade im Hinblick auf unsere finanzpolitische Misere Äußerungen, die man nicht im Raum stehen lassen darf. Man muß ihnen nachgehen, und wir werden das tun.

Nun aber zurück zu den Ausführungen zu Herrn Kollegen Thomas Franke.

(Z u r u f von der SPD: Thomas gibt es nicht!)

Nur zur Unterscheidung von Herrn Dr. Franke! Wir, meine Damen und Herren, sind der Auffassung, daß das, was Sie hier vorgetragen haben zu der Verbindlichkeit der Papiere und zu dem verabschiedeten Strukturpapier — vor einigen Tagen verabschiedet —, unsere Darlegungen nicht entkräftet, sondern daß bei genauerer Betrachtung unsere Darlegungen gestützt werden.

Wie ist in Wirklichkeit der Sachverhalt? Was vor einigen Tagen verabschiedet worden ist und was Herr Dr. von der Vring heute morgen behandelt hat, dieses Modell der Lehrerbildung, Strukturmodell der Lehrerbildung, enthält nicht die inhaltlichen Aussagen, die wir kritisiert haben, sondern es enthält lediglich die formalen Struk-

turen, die nicht in diesem Zusammenhang unseren Bedenken begegnen. Es gibt nur drei inhaltliche Ausgestaltungen der Studiengänge, die wir zur Kenntnis genommen und mit denen wir uns kritisch auseinandergesetzt haben: Erstens das Nevermann-Maier-Papier über die Eingangsphase, zweitens das Papier von Barbara Busch über Arbeitslehre Politik, einer Schülerin von Gottschalch, wie soeben schon zu Recht gesagt wurde, und drittens gibt es, in dem verabschiedeten Modell allerdings nicht sichtbar, Abschnitte des Strukturmodells Lehrerbildung, die von der Planungskommission Lehrerbildung vorgelegt worden sind, welche inhaltliche Bedeutung haben, nämlich die Definition der Ziele der Erziehung. Diese drei Abschnitte oder Papiere, die inhaltliche Bedeutung haben, sind eindeutig marxistisch ausgeprägt, und dies allein hat unsere Kritik begründet.

Ich darf zum Beweis, Herr Franke, auf die Vorlage für die Sitzung des Gründungssenats am 4. und 5. 7. 71 verweisen. Da finden Sie unter I das Ziel der Lehrerausbildung und dann 1) Organisation von Bildungsvorlauf als Aufgabe des Erziehungswesens. Dieser Abschnitt mit inhaltlicher Bedeutung ist bislang in allen Entwürfen des Strukturmodells Lehrerbildung enthalten gewesen. Es heißt dort unter anderem — ich will es nur ganz kurz zitieren —:

„Ziel der Erziehung ist es, die heranwachsenden Gesellschaftsmitglieder auf die objektiven Anforderungen des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses vorzubereiten. Die gesellschaftliche Arbeit der Menschen vergegenständlicht sich in Produktionsmitteln, von denen objektive Ansprüche an die Kenntnisse und Fähigkeiten der Gesellschaftsmitglieder ausgehen. Diese Kenntnisse und Fähigkeiten in jeder nachwachsenden Generation auf den objektiv vom Arbeitsprozeß geforderten Stand zu heben, ist Aufgabe der Erziehung. Erziehung muß demnach in der Lage sein, diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu entwickeln, die unentbehrlich sind, soll es dem Menschen gelingen, den Prozeß der Aneignung der Natur in der Arbeit auf dem jeweils entwickelten Stand der Produktivkräfte selbständig und bewußt fortzusetzen."

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Zurückgezogen!)

Hier finden Sie also eine klare marxistische inhaltliche Aussage, die sich voll deckt mit dem marxistischen Busch-Papier. Dieser Abschnitt aber, verehrter Herr Kollege Franke, ist nicht verabschiedet worden vom Gründungssenat. Er hat das zurückgestellt, ebenso wie er zurückgestellt hat das Busch-Papier, und ebenso wie er zurückgestellt hat das Nevermann-Maier-Papier. Aber durch die bloße Zurückstellung ist es doch schließlich nicht in seiner politischen Gefährlichkeit beseitigt, denn dahinter steht doch die völlig einseitige marxistische Besetzung der PKL.

Ich habe Ihnen das bewiesen an Hand des Protokolls der Sitzung der PKL, vollzählig besetzt auch mit allen hauptamtlichen Planern, vom 14./15. 5. 71, wo diese Vorlage „Strukturmodell" besprochen worden ist. Und was ist ausweislich des Protokolls geschehen? Man hat kritisiert, daß nicht deutlicher sozialistisch formuliert worden ist, wo es um inhaltliche Aussagen ging. Man hat gesagt, es ist zwar materialistisch formuliert, aber das kann unter Umständen idealistisch mißdeutet werden, müssen wir es nicht doch so deutlich formulieren, daß klar ist, daß hier ein sozialistisches Lehrermodell gemeint ist?

Das war also Gegenstand der Diskussion, das ist die Aussage der Planer, und von solchen Planern kann man doch nichts anderes erwarten als inhaltliche Vorschläge, die marxistisch ausgeprägt sind. Dagegen richtet sich unsere Kritik, und Sie haben keinen Sachbeitrag geleistet, denn Sie haben dazu mit gar keinem Wort Stellung genommen. Und das möchte ich doch am Schluß dieser Debatte mit aller Deutlichkeit feststellen.

Ich weiß nicht, Herr Bürgermeister Koschnick, wie Sie es verantworten wollen, solche Planer zu beschäftigen. Ich habe damals im Haushaltsausschuß dagegen gestimmt, weil mir keiner sagen konnte, was die Planer eigentlich wollen und was sie eigentlich sollen. Ich habe gefragt, ist es denn nicht so, daß die Hochschullehrer selbst darüber entscheiden, was sie lehren! Will man sie anbinden? Und dann wurde ich bestätigt in meiner Auffassung, als ich sah, daß hier eine Strukturkommission unter Leitung von Wolfgang Nitsch gebildet wurde,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Ausgerechnet!)

die dann Projektzentren vorschlug mit halbparitätischer Besetzung, und gerade diese Projektzentren — das können Sie auch hier in diesen Protokollen lesen — sollten die ideologischen Aussagen der PKL verwirklichen, und man bemühte sich sogar um eine eigene Haushaltsautonomie, damit, wenn die politischen Verhältnisse in Bremen sich einmal ändern, diese Modelle, wie es hier wörtlich heißt im Protokoll vom 15. 5. 71, „nicht so leicht vereinnehmbar seien".

Sind diese Dinge Ihnen eigentlich unbekannt? Wie ist es denn heute möglich, daß man die gesamte Arbeit dieser marxistisch besetzten Planungskommissionen als unverbindlich erklärt, ohne daß man einen einzigen verbindlichen inhaltlichen Vorschlag

(Abg. Hartjen [SPD]: Beweise!)

für die Ausgestaltung der Studiengänge vorlegen kann kurz vor Eröffnung dieser Universität? Das ist doch die eigentliche Problematik! Allein die Tatsache, daß nichts anderes vorliegt als diese drei

inhaltlichen Papiere, beweist doch, daß wir recht haben,

(Heftiger Widerspruch bei der SPD — Beifall bei der CDU)

daß hier nichts anderes inhaltlich gemacht wird, als marxistische Richtlinien zu verabsolutieren und in Studiengänge einfließen zu lassen.

Und jetzt distanziert man sich einfach davon durch diesen Taschenspielertrick — jetzt gebe ich das Wort vom Taschenspielertrick zurück —, indem man sagt, das ist nicht verbindlich, das stellen wir zurück. Die Öffentlichkeit soll meinen, es sei vom Tisch, es handele sich lediglich um einen pluralistischen Meinungsbeitrag irgendwelcher Redner. Das ist es eben gerade nicht, sondern es handelt sich hier um den Versuch, marxistische Inhalte zu institutionalisieren auf Staatskosten. Und genau das wollen wir nicht!

(Abg. Vorsatz [NPD]: Sehr richtig! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sind Sie farbenblind? — Abg. Schnakenberg [SPD]: Der Nebel hat ihn getäuscht!)

Noch ein Wort zu Herrn Gottschalch! Sehen Sie, Herr Bürgermeister, auch dazu können Sie uns heute abend eine Antwort geben. Dieser Herr Gottschalch spricht nicht nur gegen unsere Verfassung und gegen unsere Verfassungswirklichkeit, er will auch handeln und handelt auch entsprechend dem, was er sagt. Es gibt eine Fülle von Material bei Herrn Senator Stein. Das wird Ihnen sicherlich zur Verfügung stehen. Ich möchte, um das zusammenfassend klarzustellen, nur eine, wie mir scheint, ganz wichtige Passage aus seinem Buch „Parlamentarismus und Rätedemokratie" zitieren. Er sagt dort wörtlich:

„Wenn ich auch nicht sicher bin, ob eine rätedemokratische Organisation der Gesellschaft funktionieren wird, so zweifle ich doch nicht daran, daß sie, sozialistische Produktionsverhältnisse vorausgesetzt, funktionieren kann." Und jetzt kommt es, Frau Kollegin Landwehr, für diesen Satz, der jetzt kommt, werden Sie Verständnis haben:

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wieso ich?)

„Gewißheit" — fährt Herr Gottschalch fort — „habe ich jedoch darüber, daß das Parlament als eine entscheidende politische Instanz längst der Vergangenheit angehört und auch nicht mehr als entscheidende Instanz zu retten ist."

Das ist die Auffassung von Herrn Gottschalch. Und er fährt fort: „Eigentliches Problem der Rätedemokratie ist nicht ihr Organisationsprinzip, sondern die Frage, wie die ökonomischen Voraussetzungen für das Funktionieren der Rätedemokratie, sozialistische Produktionsverhältnisse also, geschaffen werden können. Die Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische wird nur auf dem Wege der Selbstorganisation und Selbstbetätigung der Massen möglich sein." — Und jetzt gibt er taktische und strategische Anleitungen, wie diese Selbstorganisation und Selbstbetätigung der Massen möglich ist.

Meine Damen und Herren, ein solcher Mann als Mentor dieser Gründer, die er in Berlin gestützt hat! Es ist kein Zufall, sondern völlig recht von Herrn John, zu sagen, daß Frau Busch über Arbeitslehre die erste Lehrerarbeit bei ihm geschrieben hat mit der Note 1. Kruder Marxismus, wenn Sie sich das ansehen! Ich habe die Arbeit da!

(Lachen bei der SPD)

Dieser Mann, gestützt auf die linken Gründer, diese gescheiterten Gründer der Kritischen Universität in Berlin mit all den vielfältigen, auch gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem Senat in Berlin, diese Leute sind eine Gefahr. Und wir sollten darüber sachlich diskutieren, wie wir diese Gefahren erkennen und sie bannen können. Das ist kein Autodafé, das ist kein Hexenprozeß, sondern das ist verantwortliche Wahrnehmung unserer verfassungsmäßigen Pflichten!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Czichon zu beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Bitte schön!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Czichon!

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Kollege Klein, ist Ihnen bekannt, daß Professor Gottschalch in einem Leserbrief an den „Spiegel" zur Frage seiner Einstellung zur Rätedemokratie gesagt hat: „Ich meine, daß Rätedemokratien nur in klassenlosen Gesellschaften, also eben nicht in der Bundesrepublik funktionsfähig sein werden"?

(Lachen bei CDU und FDP)

Abg. **Klein** (CDU): Verzeihen Sie, Herr Kollege Dr. Czichon, das sage ich doch von Anfang an. Er sagt ausdrücklich: Die Rätedemokratie ist nur möglich, wenn sozialistische Produktionsverhältnisse hergestellt werden. Und sein ganzes Streben ist darauf gerichtet, diese sozialistischen Produktionsverhältnisse hier herzustellen. Er träumt noch von dem Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit — das ist für ihn die Klassengesellschaft — in das Reich der Freiheit. Das ist die klassenlose Gesellschaft. Und er hetzt die Jugend gegen uns und auch das Parlament auf, damit das verwirklicht wird.

(Starker Beifall bei der CDU — Glocke)

Einen Moment noch! Sehen Sie sich doch bitte an, was da in den Bezirksverordnetenversammlungen

in Berlin los gewesen ist, wo man Resolutionen einmütig gegen eine solche Lehrerausbildung in Berlin verabschiedet hat.

(Abg. John [FDP]: Parlamentsbesetzung war das!)

Die Aufsicht liegt dort bei den Bezirksverordneten. Und da sind hundert Studenten der PH hineingekommen und haben gestört, haben Krach geschlagen, um Professor

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das haben wir auch alles schon gehabt!)

Gottschalch zu salvieren.

Was soll das alles? Dort ist ganz klar zum Ausdruck gekommen, daß dieser Mann die APO und die Kritische Universität organisieren wollte gegen das verrottete demiautoritäre System unserer parlamentarischen Demokratie, für die ich mich mit meinen Freunden einsetze.

(Abg. Schepers [CDU]: Herr Czichon weiß das nicht! — Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ströh anzunehmen?

Abg. **Klein** (CDU): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Klein, sind Sie nach den Ausführungen des Sachverständigen Dr. von der Vring der Meinung, daß Herr Gottschalch in der Bundesrepublik eine sozialistische Produktionsweise begründen kann?

Abg. **Klein** (CDU): Sie meinen also die Herstellung der klassenlosen Gesellschaft? Dazu will ich Ihnen folgendes sagen: All die Leute, die dieser Schimäre nachrennen, die bringen Unglück über die Menschheit, wenn sie politische Macht bekommen, um zu versuchen, diese Schimäre zu vollstrecken!

(Beifall bei der CDU)

Es wäre eine reaktionäre Illusion, eine klassenlose Gesellschaft herzustellen. Aber es wird geschrieben, es wird organisiert, um sie zu erreichen!

Ich weiß gar nicht, Herr Kollege, wie ausgerechnet Sie zu einer solchen Frage kommen, wo Sie doch als Gewerkschaftsangehöriger selbst in den Augen dieser Leute einem verrotteten Herrschaftssystem angehören.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Auch die Gewerkschaften, das hat auch von der Vring geschrieben, gehören zu diesen Herrschaftsapparaten, die man gegeneinandertreiben soll, damit sie paralysiert werden, auf daß endlich der glückhafte Zustand, dieses Nirwana der klassenlosen Gesellschaft, dieses Reich der Freiheit und der Humanität, über uns hereinbricht!

Meine Damen und Herren, ich würde Ihnen das nicht noch einmal so deutlich sagen, wenn ich nicht die Überzeugung hätte, daß

(Lachen bei der SPD)

einzelne von Ihnen — auch diese Reaktion zeigt das wieder — einfach aufgrund mangelnder Information urteilen.

(Abg. Ströh [SPD]: Nur Herr Klein ist informiert!)

Es kann ja sein, daß wir auch einmal den Sinn in der Debatte sehen, uns gegenseitig zu informieren. Ich biete Ihnen auf jeden Fall Material, mit dem man sich auseinandersetzen muß. Mit diesem Papier, mit dieser marxistischen Diskussion der PKL, wo man sogar das, was man jetzt zurückgestellt hat, noch marxistisch verschärfen wollte — hier nachzulesen —, hat sich niemand von Ihnen auseinandergesetzt. Und das ist vom Mai dieses Jahres.

Was soll es denn, jetzt wieder zu fragen, wieso ist denn der Gründungssenat einseitig ausgerichtet? Darüber haben wir lange gesprochen. Wir haben viel Material vorgelegt. Ich erinnere nur an die Veröffentlichungen der Studenten über die revolutionäre Umwälzung durch Bildungspolitik, durch sozialistische Bildungspolitik, und, und, und! Darauf weichen Sie aus, weil wir davon heute hier nicht gesprochen haben. Aber hier zu diesem Kernproblem nehmen Sie mit gar keinem Wort Stellung. Das hätte ich von Ihnen erwartet. Warum sprechen Sie nicht einmal über diese marxistischen Ausrichtungen, wie sie sich gerade in der Lehrerbildungskommission als einem zentralen ideologischen Institut beweisen lassen, und zwar beweisen lassen mit den Papieren der Gründer, die wir selbst bekämpfen?

Ich bin auch veranlaßt, etwas zur Fairneß des Herrn von der Vring zu sagen, weil sich die Auseinandersetzung jetzt immer mehr verschärft. Wenn hier die Fairneß gelobt wird, muß man bei diesem Urteil einbeziehen, daß Herr von der Vring bei der Ausübung seines Vorsitzes im Gründungssenat Dinge zuläßt, die ich nicht mit Fairneß vereinbaren kann. Ich spreche jetzt nicht von Äußerungen, die er beliebte über mich zu machen, als ich im Gründungssenat war, das sollen andere machen, aber ich war Zeuge folgenden Vorfalls im Gründungssenat: Herr Kollege John war nicht anwesend. Herr Kahlweit bezeichnete Herrn John — ich will mich anders ausdrücken, es muß korrekt wiedergegeben werden —: Herr Kahlweit, Mitglied des Gründungssenats, meinte, es sei zu bedauern, daß die Universitätsgründung in Bremen leiden müsse unter den DDR-Komplexen eines alternden Volksschullehrers. Und einige Sätze später sagte er, Herr John benähme sich mit seinen Angriffen gegen die Uni-

versität wie ein Vopo, der aus dem Hinterhalt ohne Anruf schösse.

(Abg. John [FDP]: Ich habe das Tonband! Ich habe es mir schicken lassen! Ich kenne das! — Abg. Fischer [CDU]: Donnerwetter!)

Beides sind unerhörte Verleumdungen,

(Beifall bei der CDU)

vor allem, wenn man weiß,

(Abg. Schepers [CDU]: Das ist doch Faschismus!)

daß John, zu dem man stehen kann, wie man will, in der Zone für seine Überzeugung im Zuchthaus gesessen hat. Und Herr von der Vring hat mit keiner Silbe das kritisiert!

(Abg. Fischer [CDU]: Weil er so fair ist!)

Ich habe auch schon häufig öffentlichen Vorsitz geführt. Herr von der Vring, wenn Sie von uns als fairer Gesprächspartner akzeptiert werden sollen, dann müssen Sie in einem solchen Fall von gröbster Verleumdung eingreifen oder Sie haben nicht mehr unseren Respekt!

(Abg. Stäcker [SPD]: Ihre Rolle haben wir kennengelernt, Herr Klein! — Beifall bei CDU und FDP — Abg. Stäcker [SPD]: Ihre Rolle kennen wir auch im Untersuchungsausschuß!)

Kein Mensch hat mir einen Vorwurf gemacht, auch nicht Ihre Freunde, daß ich in irgendeiner Weise das Verfahren verletzt hätte, selbst die härtesten Gegner nicht. Aber bitte, es ist nicht meine Sache, darüber zu rechten, fragen Sie lieber Ihren Kollegen Grantz, der weiß das ganz genau.

Zum Abschluß noch eine Bemerkung! Sie bauen jetzt im Wahlkampf einen gewaltigen Popanz auf,

(Lachen bei der SPD)

nämlich den, diese CDU schadet Bremen.

(Zurufe von der SPD: Natürlich! — Beifall bei der SPD)

Wir haben etwas erreicht

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Aber am laufenden Band!)

hier im Zusammenhang mit der Universitätsgründung, selbst wenn diese Planungskommissionen jetzt allmählich dadurch unverbindlich werden, daß man andere einsetzt. Wir haben natürlich auch etwas dadurch erreicht, daß wir uns der Hilfe der CDU/CSU-Ministerpräsidenten und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedient haben. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden wir uns noch sehr nachhaltig bedienen, denn diese Universität ist ja auch und gerade auf Bundesmittel angewiesen. Und dadurch soll nun Schaden entstanden sein. Darauf sagen wir: Es genügt eine winzige Nadel, um diesen Popanz zum Zerplatzen zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Und glauben Sie bitte nicht, daß das der Bevölkerung nicht klar ist! Wir wollen, daß hier nicht mehr als eine Milliarde DM Steuergroschen verschleudert werden für Leistungen, die nicht effektiv sein können und die für die Bundesrepublik einen Schmarren bedeuten.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Denn das ist ja doch das Schlimmste an dieser Sache, nicht nur die gesellschaftspolitische Gefahr, sondern auch, daß das, was da nun erarbeitet wird, für unsere Gesellschaft, für unseren Fortschritt, auch für unseren sozialen Fortschritt, nicht brauchbar ist!

Und dafür wollen Sie Steuermittel einsetzen!

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Das ist doch der Punkt! Unser Ausruf: „Kein Arbeitergroschen für eine Spartakusuniversität" ist eine begründete Sachaussage!

(Abg. Ströh [SPD]: Unverschämte Selbstgerechtigkeit! — Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Das wollte ich Ihnen zum Abschluß sagen. Die Bevölkerung wird entscheiden! Die Bevölkerung hat das Recht und die Pflicht, eine Entscheidung zu treffen,

(Abg. Ströh [SPD]: Unverschämte Selbstgerechtigkeit!)

und wir haben die Pflicht, die Tatsachen vorzulegen, die diese Entscheidung der Bevölkerung stützen. Das haben wir getan, und deswegen lassen wir uns auch ganz gern ab und zu von Ihnen, Herr Kollege Franke, der Dummheit bezichtigen und der Taschenspielertricks. Das weisen wir zwar zurück, das trifft uns aber nicht!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß die Ausführungen jetzt eine gewisse Härte annehmen. Das war Ihre Feststellung, der ich nur zustimmen kann. Ich hoffe, daß wir jetzt auf ein normales Niveau zurückkommen!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU will Tatsachen vorlegen,

(Zurufe von der CDU)

Tatsachen, die beweisen sollen, und ich beziehe mich auf Ihre letzten Ausführungen, Herr Kollege

Klein, Tatsachen dafür, daß die Bremer Sozialdemokratie hier eine Spartakus-Universität aufbaut.

(Zuruf von der CDU: Zuläßt!)

Zuläßt, gut!

Herr Kollege Klein, wer heute dieser Debatte aufmerksam gefolgt ist, der wird in der Tat fragen, wo sind denn die Tatsachen, die diesen ungeheuerlichen Vorwurf abstützen?

(Abg. Sagner [CDU]: Das haben Sie noch nicht gemerkt?)

Sie haben heute hier zwei Papiere in den Vordergrund Ihrer Diskussion gestellt. Sie haben das Papier Nevermann-Maier immer wieder zitiert, und Sie haben das Papier Busch zitiert.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Strukturpapier!)

Und im gleichen Atemzuge haben Sie immer wieder zugegeben, daß diese Papiere — sie wüßten es — zurückgewiesen sind. Nun fordern Sie uns zur Auseinandersetzung mit diesen Papieren auf. Herr Kollege Klein, für eine Spartakus-Universität ist nicht maßgebend das, was zurückgewiesen ist, sondern für eine Spartakus-Universität wäre das maßgebend, was verbindlicher Beschluß der Universitätsgremien ist.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Was gibt es denn da?)

Über diese verbindlichen Beschlüsse haben Sie heute hier trotz intensiven Fragens von unserer Seite kein Wort verloren. Sie sagen, da ist zwar dieses Strukturmodell, aber Sie geben im gleichen Atemzuge zu verstehen, das sei ja nur so eine äußerliche Beschreibung des Lehrerstudiums, es lohnte nicht, sich damit auseinanderzusetzen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Franke, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Nein, Herr Präsident!

(Unruhe bei der CDU)

Herr Kollege Klein, dieses Strukturpapier, auf das sich heute in einem sehr sachlichen und wie ich meine, auch wissenschaftlich abgesicherten Vortrag der Sachverständige Dr. von der Vring in einem halbstündigen Vortrag bezogen hat, dieses Strukturpapier hat elf Seiten Text nach einem tabellarischen Vorspann. Der Inhalt dieser elf Seiten Text ist von dem Sachverständigen dargestellt worden. Das ist die Wirklichkeit, nach der sich Lehrerbildung an der Bremer Universität vollzieht.

Sie sind es der Bremer Öffentlichkeit bei Ihrer Tatsachenarbeit schuldig, zu beweisen, daß diese elf Seiten Text, und daß die Darstellungen, wie sie der Gründungsrektor hier heute gegeben hat, daß das Beweis für den Aufbau einer Spartakus-Universität sei. Zu diesem Papier, das ich vorhin hier fortwährend zum Überdruß für uns und mancher Zuhörer hochgehalten habe, um zu provozieren, nehmen Sie zu diesem Papier Stellung! Ich gebe allerdings zu, Herr Kollege Klein, Sie selbst können zu diesem Papier nicht Stellung nehmen, weil Sie von Lehrerbildung nichts verstehen!

(Erneute Unruhe bei der CDU)

Aber es gibt eine ganze Menge Leute in Ihrer Fraktion, die bildungspolitisch engagiert sind. Diese Leute hätten ja dieses Papier einmal auseinandernehmen können, um zu beweisen, wie hier Spartakus freudige Urständ feiert.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

Wo sind die Beweise? Wissen Sie, wenn Sie sagen, ich müßte Ihnen das Papier erst einmal geben, so stelle ich fest, wer über vertrauliche Senatsprotokolle als Oppositionspartei verfügt, der sollte sich doch wohl ein öffentlich verabschiedetes und in der Presse besprochenes Papier der Universität auch besorgen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen doch nicht etwa sagen, Sie könnten zu dem Papier nicht reden, weil Sie es nicht in Ihren Händen hätten. Dann wenden Sie sich bitte an den Abgeordneten Schepers, Ihren Hochschulexperten, der hat doch sicherlich dieses Papier.

(Abg. Klein [CDU]: Ich habe es doch auch, ich habe es doch hier behandelt!)

Herr Kollege Klein, ich stelle fest, daß Sie das Strukturpapier hier mit keinem Wort kritisch besprochen haben. Sie haben die Behauptung in den Raum gestellt, hier gründeten die Bremer Universitätsgremien eine Spartakus-Universität, Sie haben sich aber geweigert, den verbindlichen Beschluß zum Aufbau des Lehrerstudiums mit einem kritischen Wort zu erwähnen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Franke, sind Sie bereit, Zwischenfragen zu beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Nein, bitte keine Zwischenfragen!

Sie haben sich mit dem Papier Arbeitslehre und Politik einer einzigen Planerin auseinandergesetzt. Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, daß es im Tagesordnungspunkt 17 der letzten Gründungssenatssitzung einen Beschluß gegeben hat — ich habe ihn hier — zum Studiengang Arbeitslehre und Politik. Das ist der verbindliche Beschluß, der für Arbeitslehre und Politik von der Universität verabschiedet ist. Dieser verbindliche Beschluß müßte

Gegenstand Ihrer Kritik sein, wenn Sie diese Universität in die marxistische Ecke drängen wollen.

(Abg. John [FDP]: GEW Bremen-Nord sagt Grundsatzpapier!)

Wo ist Ihre Ausführung zu diesem Universitätsbeschluß?

(Glocke — Zurufe von der CDU: Der beantwortet doch keine Zwischenfragen!)

Grundsätzlich jetzt keine Zwischenfragen!

(Zuruf von der CDU: Er muß doch auf Fragen Antworten erteilen! — Unruhe und Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, hier sind heute von mir an diesem Pult an die Opposition konkrete Fragen gestellt worden. Die konkrete Frage: Wie haltet ihr es mit der zukünftigen Lehrerbildung auf der Grundlage des Gründungssenatsbeschlusses? Antwort der Opposition: Schweigen!

Wir haben gefragt: Wer im Gründungssenat ist ein gestandener Marxist, so daß von ihm aus Gefahr für die Bremer Universität eintritt? Keine Antwort von der Opposition!

Wir haben gefragt: Wer von den fünfzig berufenen Hochschullehrern — Namen bitte — ist ein Marxist, der revolutionären Umtrieben nachgeht?

(Abg. Schepers [CDU]: Goldene Schallplatte von Franky-Boy!)

Von fünfzig berufenen Hochschullehrern haben Sie einen einzigen Namen genannt, nämlich Gottschalch!

(Abg. Fischer [CDU]: Durch Wiederholungen werden Ihre Argumente auch nicht besser!)

Und nun will ich Ihnen zum Fall Gottschalch etwas sagen: Sie wissen ganz genau, in welch unerhörtem politischen Kampf mit revolutionären Kräften, die es durchaus an Universitäten gibt, der Wissenschaftssenator in Berlin steht. Sie wissen genau, welch harte Auseinandersetzung zwischen Stein und Kräften an der FU besteht. Wenn Stein es nur könnte, die Leute, die nach seiner Meinung ihm all diese Schwierigkeiten einbringen, diese Leute von ihrer Einwirkung auf Studenten und Universität zurückzuziehen, dann würde er das auch tun. Nun ist eben dieser Stein in dieser harten Auseinandersetzung in einem offiziellen Schreiben gefragt worden: Haben Sie, Senator Stein, Bedenken gegen die Berufung von Professor Gottschalch nach Bremen? Ist Gottschalch ein Verfassungsfeind?

Glauben Sie, daß Stein einen Augenblick gezögert hätte, Gottschalch in die richtige Ecke zu stellen, wenn das darstellbar wäre? Stein hat geantwortet in einem offiziellen Schreiben, das in der Dokumentation des Senats enthalten ist, daß gegen Professor Gottschalch keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen.

(Unruhe bei der CDU)

Wissen Sie, ich will Ihnen mal was sagen! Wenn ich Ihnen hier aufblättere, wo Sie uns die Antworten schuldig geblieben sind, dann können Sie diese Feststellung nicht damit abblocken, daß Sie jetzt im Chor hier ein Antigemosere machen! Sie sollten hier vom Pult die Fragen beantworten!

(Weiterhin Unruhe bei der CDU — Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren,

(Abg. Gassdorf [CDU]: Er ist jetzt ganz sachlich!)

wer auszieht, um die Bremer Universität zu entlarven, wer auszieht, um Tatsachen dafür zu bringen, daß hier eine der gefährlichsten Universitäts-Institutionen der Bundesrepublik überhaupt gegründet wird, der muß Stellung nehmen zu den Personen, der muß Namen nennen und Beweise für diese Gefährlichkeit dieser Professoren bringen.

(Abg. John [FDP]: Muß die totalitäre Reform bescheinigen!)

Wer hier auszieht, um diese Universität zu entlarven, muß Tatsachen dafür bringen, daß die Beschlüsse dieser Universität gefährlichen, revolutionären Chrakter haben.

(Abg. Schepers [CDU]: Dummes Zeug, die sind doch unverbindlich!)

Wer aber hier abgelehnte, zurückgewiesene Papiere zum Gegenstand einer Debatte macht, wer es ablehnt, auf die Beschlüsse des Gründungssenats einzugehen, wer keinen einzigen Namen zu nennen imstande ist unter einer Schar von fünfzig Hochschullehrern, der hat eines deutlich bewiesen: daß er eine Fülle von diffamierenden Behauptungen gegenüber der Sozialdemokratie aufstellen kann, daß er aber, in die Beweispflicht genommen, passen muß!

Wenn Sie jetzt mit dem primitiven Trick kommen, daß Sie sagen, Moment mal, wir behaupten, daß da Marxisten sind, ihr müßt beweisen, daß es keine sind, dann muß ich sagen, Herr Kollege Klein, soweit sollten Sie sich dann von einem Philologen als Jurist belehren lassen, die Beweispflicht im deutschen Recht hat immer noch der, der die Beschuldigung vorträgt, und nicht der Angegriffene!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann verstehen, daß gegebenenfalls die CDU Unmut zeigt,

(Abg. Fischer [CDU]: Bei solch flegelhaften Ausführungen! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Den Ausdruck „flegelhafte Ausführungen" muß ich zurückweisen.

(Abg. Fischer [CDU]: Der Mann hat von Diffamieren gesprochen! — Unruhe bei der CDU)

Herr Abgeordneter Fischer, ich habe Ihren Zwischenruf eben zurückgewiesen, ich bitte Sie, in keine Diskussion darüber einzutreten!

Ich bitte den Präsidenten des Senats, in seinen Ausführungen fortzufahren.

Bürgermeister Koschnick: Ich kann verstehen, daß zur späten Abendstunde Unruhe, auch bei der Opposition, eintritt, wenn ich mich zu Wort melde. Verzeihen Sie, ich bin angesprochen worden und sollte antworten. Ich melde mich, und schon wird gemurrt. Das ist etwas eigenartig, aber ich gebe zu, es ist spät, es sind wohl die Nerven bei allen etwas angespannt und überreizt. Ich bemühe mich, sachlich zu bleiben. Ich gebe zu, es fällt nicht immer leicht.

Herr Gottschalch spricht und handelt gegen die Verfassung, so sagt Herr Abgeordneter Klein, und verweist auf eine Fülle von Material bei Herrn Senator Professor Stein in Berlin. Genau, weil dieser Vorwurf erhoben wurde, als der Name aufkam, hat der Senat offiziell an den Berliner Senator für Wissenschaft geschrieben und konkret gefragt, was in Berlin vorliegt.

(Abg. Jackisch [CDU]: Haben wir vorhin schon gehört!)

Mein lieber Herr Jackisch, ich glaube, ich war gefragt worden und sollte darauf antworten und nicht ein Abgeordneter. Vielleicht geben Sie mir deshalb die Gelegenheit, auf eine Frage Ihrer eigenen Fraktion zu antworten. Ich bin auch bereit zu schweigen, wenn es künftig dann heißt, Sie stellen Fragen und verbieten dem Regierungschef, darauf eine Antwort zu geben. Wenn das Ihr Stil ist, dann akzeptiere ich ihn, aber nur für Sie persönlich.

(Abg. Meurer [CDU]: Und was macht die Bundesregierung? — Abg. Fichtner [NPD]: Lassen Sie sich nicht irretieren, Herr Bürgermeister! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Gassdorf, ich bitte, die Gespräche einzustellen! Es wurden Fragen gestellt, zu diesen Fragen wird jetzt eine Antwort gegeben. Ich glaube, es liegt im Interesse des Parlaments, wenn es sich ernst nimmt, daß auf gestellte Fragen auch geantwortet wird.

Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Koschnick: Wir haben wegen der an uns herangetragenen Zweifel an den Berliner Senator für Wissenschaft und Kunst geschrieben und ihn gebeten, uns mitzuteilen, ob in irgendeiner Form Bedenken in Berlin bestünden, wenn dem Professor Gottschalch ein Ruf erteilt würde, und insbesondere, ob Bedenken bestehen bezüglich seiner Verfassungstreue. Darauf hat ein amtierender Minister uns schriftlich mitgeteilt, daß er zwar aus den Jahren der Reformdiskussion und der Unruhen in Berlin ein Dienststrafverfahren eingeleitet hatte gegen Herrn Gottschalch, aber nicht wegen Verfassungsuntreue, sondern wegen Beleidigung. Das Dienststrafverfahren ist abschlägig beschieden worden für den Senator zwischenzeitlich, außerdem lag das drei Jahre zurück. Das alles ist geschrieben im Jahr 1971.

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Vorfälle, so schreibt er, die über eine kritische Einstellung hinaus Anlaß dafür bieten könnten, die Verfassungstreue von Herrn Gottschalch in Zweifel zu ziehen, sind mir nicht bekanntgeworden.

Nehmen Sie bitte diese Erklärung zur Kenntnis, und verlangen Sie von mir nicht, daß ich jetzt sage, ich akzeptiere, daß eine Fülle von Material bei Herrn Senator Professor Stein liegt, denn das würde ja bedeuten, daß er uns Material unterschlagen hätte. Eine solche Argumentation muß ich auch für einen Kollegen in einem anderen Kabinett zurückweisen.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr richtig!)

Ich muß es aus einem anderen Grund auch tun, ich darf Ihnen das sagen: Wir haben auch bei einem anderen Wissenschaftler bei einem Kollegen einer anderen politischen Coleur angefragt und haben in dem konkreten Fall eine ähnliche Antwort bekommen. Und wir akzeptieren diese Antwort, und wir unterstellen nicht, daß ein CDU-Minister, ein CSU-Minister, ein SPD-Minister, ein FDP-Minister auf solche Fragen keine ehrlichen Antworten gibt. Und darum darf ich bitten, daß Sie mindestens das zur Kenntnis nehmen, was Professor Stein uns mitgeteilt hat. Sonst kann kein Dienstherr in Deutschland sich mehr auf das Votum eines anderen Dienstherrn verlassen.

Das schließt nicht aus, daß neben dieser Stellungnahme die Pflicht des Senats bestehen wird, von sich aus selbst zu prüfen und sich nicht allein darauf zu verlassen, was ein anderer Minister schreibt. Davon spreche ich nicht! Hier ist der Vorwurf erhoben worden, es gebe eine Fülle von Material bei Professor Stein, das beweisen würde, daß Herr Gottschalch gegen die Verfassung spricht und handelt. Mehr brauche ich jetzt zu diesem Bereich nicht mehr zu sagen!

Es wäre sehr reizvoll für mich, einmal über einige der Dinge zu sprechen, die hier ein bißchen polemisch — aber warum nicht? — hochgekommen sind. Aber, sehen Sie, der Senat in Bremen wird in seiner Funktion sich begrenzen müssen auf Entscheidungen der Universität, die an ihn offiziell von dem durch Gesetz bestimmten Gremium herangetragen werden. Das Universitätsgesetz hat den Gründungssenat — das Universitätserrichtungsgesetz, ich streite nicht um die Worte —, hat das akademische Gremium bestimmt und den Rektor beziehungsweise den Kanzler, konkret den Rektor als den gesetzlichen Vertreter dieser Universität, verantwortlich gemacht.

Wenn nun im Vorfeld wissenschaftlicher Auseinandersetzungen Überlegungen von wissenschaftlichen Mitarbeitern entwickelt werden, die vom Gründungssenat als dem zuständigen Gremium nicht akzeptiert werden, ja, wenn festgestellt wird in einigen ganz konkreten Fällen aufgrund dieses Schreibens des Senats, die Theorien beziehungsweise die Vorstellungen dieses Mitarbeiters macht sich der Gründungssenat und auch die Lehrerbildungskommission nicht zu eigen, sondern verwirft sie, dann muß ich sagen, ist die konkrete Möglichkeit der Diskussion und des Entscheidungsprozesses zwischen Senat und Gründungssenat auf eine richtige Stufe gestellt. Ich erwarte von diesem Gründungssenat, daß er bei Zweifeln über den richtigen Weg in dieser Universität, bei Zweifeln der Verletzung der wissenschaftlichen Pluralität, bei Zweifeln, daß jetzt die Methodenvielfalt nicht gewährleistet wird, auf die Bedenken des Senats eingeht und konkret Stellung nimmt. Das hat er getan!

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Und wenn nicht?)

Das werden wir genau sehen, dann werden wir den Konfliktfall haben, bei dem wir an Hand des Gesetzes uns durchsetzen werden.

(Abg. J o h n [FDP]: Dann werden Sie von Herrn Wiethölter verklagt!)

Na schön! Zunächst aber muß ich sagen, eine Klage eines Bürgers, auch wenn er im öffentlichen Dienst ist, gegen den Dienstherrn oder gegen die Rechtsaufsicht ist für mich nichts Strafbares, nichts Schändliches, das habe ich hinzunehmen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Er meinte die Klage der Universität natürlich!)

Gut! Auch die öffentlich-rechtliche Anstalt kann doch gegen den Senat klagen, wenn es um eine Rechtsfrage geht!

Da aber, wo es um eine politische Entscheidung geht, werden wir uns durchzusetzen wissen. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen, und das hoffe ich auch für die Zukunft für diesen und den nächsten Senat garantieren zu können.

(Abg. J o h n [FDP]: Die klagen doch am laufenden Band! — Z u r u f e von der CDU — Starke Unruhe)

Ich glaube nicht, daß es dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit entspricht, wenn der Weg, der verfassungsrechtlich allen Staatsbürgern und Einrichtungen gegeben ist, etwa heute als ein Kriterium des besonderen Verhältnisses von Staatstreue dargestellt wird. Das ist es eben nicht. Die Zeiten sind vorbei, daß eine Klage gegen den Dienstherrn oder gegen die Rechtsaufsicht zur Klärung einer Rechtsfrage gleich mit dem Odium der mangelnden Staatstreue belastet werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Dabei verhehle ich gar nicht, daß ich kein Prozeßhansel bin und manches weiß Gott auf anderer Ebene gern ausgetragen wissen will. Aber legitime Interessen, die rechtlich zu vertreten sind, haben alle die wahrzunehmen, die verantwortlich in bestimmten Vertretungspositionen arbeiten. Da, wo es um den Senat geht, werde ich ihn zu vertreten wissen, und da, wenn ein Rektor meint, seine Universität, für die er zu handeln hat, ist rechtmäßig falsch behandelt worden, ist es seine Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß die Rechtsprobleme geklärt werden.

Das nächste! Es kann nicht bestritten werden, daß wir wahrscheinlich Artikulationsschwierigkeiten haben, wenn es um die Wissenschaft und die Universität geht. Ich habe das in meiner eigenen Fraktion, ich habe es in der Öffentlichkeit gesagt. Es ist heute sehr schwierig, wenn wir uns in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit einer elitären wissenschaftlichen Sprache auseinanderzusetzen haben, die nach meiner Meinung manches mehr verschleiert, als sie aussagt.

(Abg. M e n k e [CDU]: Richtig!)

Nur, das ist nicht ein Problem von Bremen, das ist ein Problem der heutigen Wissenschaftskritik, das ist ein Problem sämtlicher Diskussionen im Bildungsrat, im Wissenschaftsrat, mit jeder Universität.

Wir werden uns der Mühe unterziehen müssen auf der einen Seite, daß wir uns kritisch mit den Problemen auseinandersetzen und werden auf der anderen Seite der Universität immer wieder sagen müssen, das erklärt bitte verständlicher, damit auch der Bürger konkret begreift, was da gesagt wird! In diesem gemeinsamen Lern- und Auseinandersetzungsprozeß befinden wir uns nicht nur in Bremen. Da befinden wir uns in jeder Universität heute.

(Abg. V o r s a t z [NPD]: Aber wir begreifen die Papiere nicht!)

Verzeihen Sie, dann sagen Sie mir bitte, welche Papiere des Gründungssenats von Ihnen angegriffen werden.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das habe ich schon ein paarmal gesagt!)

Verzeihen Sie, eben habe ich ganz nach rechts gesprochen.

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Da können Sie auch Herrn Klein meinen, der ist ganz Rechtsaußen!)

Ich darf ein zweites Argument sagen! Wir verkennen alle, daß die Universitätsgründung in Bremen nicht losgelöst ist von einer bestimmten bildungspolitischen Situation. Sie ist ein Ergebnis eines aufgebrochenen Universitätsreformbewußtseins in einer großen Schicht jüngerer und mittlerer Generationen. Dabei müssen wir heute erkennen, daß diese Generationen in bestimmten Bereichen

gesellschaftspolitische Positionen bezogen haben, die nicht die meinigen sind. Ich werde deshalb mit ihnen ringen darum, daß sie Positionen beziehen, die meiner Vorstellung näher kommt und die auch ich vertreten kann. Meine Vorstellung basiert auf Sicherung der demokratischen Ordnung, in der wir leben.

Aber verzeihen Sie, das ist nicht ein Problem, das nur in einer Universität angesiedelt ist! Steht es nicht fest, da die größten Schwierigkeiten in den ersten beiden Semestern an der Universität entstehen, weil sie, zum Teil belastet von den Gymnasien, auf die Universitäten kommen?

Stimmt es denn etwa nicht,

(Abg. S t ä c k e r [SPD]: Genau!)

daß unter Umständen — und ich spreche jetzt auch einmal von Bremen — die revolutionäre Elite an einem Teil der bremischen Gymnasien nicht aus den Arbeiterhaushalten kommt, sondern aus Bereichen, die mindestens vermögensmäßig ganz anders strukturiert sind?

(Abg. K l e i n [CDU]: Richtig! — Beifall bei der SPD)

Stimmt es denn etwa nicht, daß wir heute auch die Schule überfordern, wenn wir einen Teil der Pflichten, die die Eltern nicht mehr wahrnehmen, auf die Lehrer verlagern wollen, und müssen diese nicht daran scheitern?

Stimmt es etwa nicht, daß ein Teil auch der Unruhen an den Universitäten auf Prozesse zurückzuführen sind, die nicht in der Universität geboren sind, sondern auch zurückzuführen sind aufs Elternhaus?

Und ich frage hier ganz offen, sind wir alle ganz gefeit davor, daß wir nicht eines Tages auch in unseren eigenen Haushalten Schwierigkeiten bekommen können? Werden wir dann den Mut haben, uns wirklich unseren Kindern zu stellen? Ich würde es für mich bejahen!

Aber es ist eine Frage, die nach meiner Meinung am Anfang all der Überlegungen stehen sollte. Und sind Sie nicht auch der Meinung, daß wir wahrscheinlich eine ganze Reihe mehr geschafft hätten, wenn wir nicht nur in Schlagworten, wenn wir nicht nur in groben Rastern diskutieren würden — ich meine jetzt alle —, und wenn wir einmal ein bißchen mehr um die wirklichen Probleme einer jungen Generation auch in diesem Hohen Hause nachdenken würden? So glaube ich auch nicht, daß wir weiterkommen, wenn wir davon sprechen, was an der Bremer Universität erarbeitet wird —

(Abg. J o h n [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

im Augenblick möchte ich keine Zwischenfragen annehmen, ich bitte um Entschuldigung, wenn Sie nachher noch Zwischenfragen stellen wollen, werde ich sie gern beantworten —, was an der Bremer Universität erarbeitet wird, wird keine Bedeutung für Staat und Gesellschaft haben, auch dient es nicht dem sozialen Fortschritt!

Diese Universität wird am 15. Oktober mit der Arbeit anfangen. Wir werden Befürchtungen haben können, wir werden Hoffnungen haben können über die Universität, aber die Arbeit an dieser Universität, die wissenschaftliche, sachliche Arbeit wird erst konkret nachvollzogen werden können in zwei, in drei oder vier Jahren. Ich glaube, es führt nicht ein bißchen zu unserer eigenen Position, mit den Wissenschaftlern, auch mit den kritischen Wissenschaftlern, fertigzuwerden, wenn wir sie von vornherein verteufeln und ihr das Arbeitsergebnis vorwegnehmen.

Meine große Sorge bei der Auseinandersetzung um die Wissenschaft, aber auch um die Politik ist, daß wir Prämissen setzen, die wir als ewige Wahrheiten verkünden und dann zum Schluß schlußfolgernd Rechtspositionen aufbauen. Das ist das, vor dem ich eine große Sorge habe. Und ich warne Sie, nach dem Wahlkampf hört sich manches anders an. Ich warne Sie, reine Wahlkampfargumentation hier in die parlamentarische Auseinandersetzung hineinzuführen,

(Abg. J o h n [FDP]: Das machen Sie, Herr Bürgermeister!)

um dabei mit dem Argument, kein Arbeitergroschen für eine Spartakus-Universität, zu werben! Ja, wer will denn eine Spartakus-Universität? Beim besten Willen: Sie können uns ja vieles vorwerfen, aber wer will denn so etwas? Auch in der Universität nicht!

(Abg. J o h n [FDP]: Aber die Beweise können Sie doch bekommen, wenn Sie wollen!)

Das ist Ihre Befürchtung! Ich nehme sogar Ihre Befürchtung ernst, ich sage Ihnen aber auch, wir sind anderer Meinung und werden dafür sorgen, daß das, was Sie an Befürchtung hegen, nicht eintritt. Aber eines sage ich auch: Wir kommen keinen Schritt weiter, wenn wir uns gegenseitig verteufeln und dem anderen von vornherein den guten Willen absprechen.

(Abg. J o h n [FDP]: Das erleben wir in jeder Gründungssenatssitzung!)

Deshalb bitte ich darum, bei aller Schärfe der Auseinandersetzung, doch sehr wohl die Positionen derjenigen zu sehen, die auch in diesen Bereichen Verantwortung tragen.

Und noch eine letzte Bemerkung: Ich glaube, wir wären heute in Bremen sehr viel weiter, und wir würden manches einfacher haben, wenn wir nicht tatsächlich soviel verfestigte gesellschaftliche Strukturen in den letzten zwanzig Jahren konkretisiert und aufgebaut hätten, auch wenn wir offener gewesen wären für die Reformanstöße, als es an der Zeit war. Wir können jedenfalls auch die CDU nicht aus der Verantwortung entlassen, denn sie hat an diesen verfestigten Strukturen entscheidend Anteil.

Ich bekenne, wahrscheinlich nicht nur die CDU allein, auch wir haben in bestimmten Bereichen nicht rechtzeitig einen Teil dieser Reformnotwendigkeiten gesehen.

(Starker Befall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich lasse in der Reihenfolge abstimmen, wie die Anträge auf der Tagesordnung stehen, und zwar in der neuen Fassung die Entschließungsanträge der CDU-Fraktion. Nummer 563 ist ersetzt durch den Antrag Nummer 566, und der Antrag Nummer 564 ist ersetzt durch den Antrag Nummer 567. Die Anträge Nummer 563 und 564 sind damit zurückgezogen und sind nicht Gegenstand der Abstimmung.

Danach stimmen wir jetzt ab über den Entschließungsantrag Nummer 566 der CDU-Fraktion:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die marxistisch-leninistische Ausrichtung des Modells der an der Universität Bremen vorgesehenen Lehrerbildung, wie sie in der Vorlage der hauptamtlichen Planer zur Sitzung der Planungskommission Lehrerbildung am 9./10. Juni 1971 zum Ausdruck kommt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) mißbilligt die Versuche der Planungskommission Naturwissenschaften, die Freiheit von Forschung und Lehre im Bereich der Mathematik durch ideologische Bindungen zu beeinträchtigen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU, FDP und NPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Der Antrag ist abgelehnt, und zwar mit einem Stimmenverhältnis 50 dagegen, 48 dafür.

Nunmehr stimmen wir ab über den Antrag 567 der CDU:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur Neuwahl des Senats nach den Bürgerschaftswahlen am 10. Oktober 1971 keinerlei neue Berufungsverhandlungen zu führen bzw. führen zu lassen und keinerlei die Universität betreffende Personalentscheidungen zu fällen.

Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU, FDP und NPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Der Antrag ist abgelehnt, und zwar mit einem Stimmenverhältnis 50 : 48.

Es folgt jetzt die Abstimmung über den Antrag Nummer 562 der FDP-Fraktion:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zu berichten, wie er zu verhindern gedenkt, daß die Bremer Universität den Versuch unternimmt, an einem entscheidenden Punkt, nämlich durch die Lehrerausbildung und damit über unsere Schulen, unsere Gesellschaft im Sinne des marxistisch-leninistischen Klassenkampfes revolutionär zu verändern.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür FDP, CDU und NPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Auch dieser Antrag ist abgelehnt mit dem Stimmenverhältnis 50 : 48.

Nunmehr stimmen wir ab über den Dringlichkeitsantrag Nummer 565 der FDP-Fraktion:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Kommission von Fachleuten zu berufen, die einen Alternativplan zum Lehrerbildungsmodell der hauptamtlichen wissenschaftlichen Planer der Planungskommission Lehrerbildung des Gründungssenats für die Universität Bremen erarbeitet.

Der Kommission sollten Vertreter der Pädagogischen Hochschule, des Studienseminars und des Schulpraktischen Instituts angehören.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür FDP, CDU und NPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Auch dieser Antrag ist abgelehnt mit einem Stimmenverhältnis 50 : 48.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) erledigt.

Ich danke den Vertretern des Senats und den Herren Sachverständigen.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich die Hoffnung zum Ausdruck bringen — ich habe es das letzte Mal schon gesagt, daß das vor den Parlamentsferien die letzte Sitzung sei, heute haben wir die allerletzte Sitzung —: Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Urlaub. Für die, die ihren Urlaub unterbrochen haben, eine gute Rückreise, und ich hoffe, daß wir uns gesund und mit neuen Kräften bei der September-Sitzung wiedersehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 21.16 Uhr.)

Druck: Hans Krohn, Bremen